



**University of
Zurich**^{UZH}

**Zurich Open Repository and
Archive**

University of Zurich
University Library
Strickhofstrasse 39
CH-8057 Zurich
www.zora.uzh.ch

Year: 2014

Das Fanal von Wangen. Der Schweizer Minarettdiskurs – Ursachen und Folgen

Wäckerlig, Oliver

Abstract: In der Schweizerischen Öffentlichkeit wird der Islam seit einigen Jahren wiederkehrend problematisiert. 2009 erreichte die öffentliche Debatte mit der Volksabstimmung über ein Minarettbau-Verbot einen Höhepunkt. Dies löste in der Folge auch breitere Diskussionen über Religion in der Gesellschaft aus. In dieser Arbeit wird aufgezeigt, wie sich aus einem lokalen Konflikt um ein Minarett seit 2006 eine Anti-Islam-Kampagne entwickelte, die 2009 in einem Minarettbau-Verbot in der Schweizer Bundesverfassung gipfelte. Es wird dabei die Herausbildung einer spezifischen Islamfeindlichkeit aus einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit nachgezeichnet, die mit einer zunehmenden Politisierung von Religion einhergeht. Die Wechselwirkung zwischen lokalen Ereignissen und einem übergeordneten Islamdiskurs beförderte zudem eine Konfliktodynamik, der sich die Akteure kaum entziehen konnten und die zu einer Ausweitung des Konflikts und einer Verhärtung der Fronten führte. Ausgehend vom lokalen Minarettstreit wird die zunehmende Vernetzung von islamophoben Aktivisten im deutschsprachigen Raum beschrieben und insbesondere die Rolle der „Islam-Experten“ untersucht, welche den Bau von Minaretten in der Öffentlichkeit erfolgreich als ein dringliches Problem von allgemeiner Relevanz darzustellen vermochten.

Posted at the Zurich Open Repository and Archive, University of Zurich

ZORA URL: <https://doi.org/10.5167/uzh-92420>

Monograph

Published Version

Originally published at:

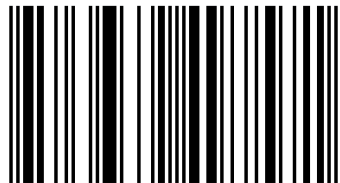
Wäckerlig, Oliver (2014). Das Fanal von Wangen. Der Schweizer Minarettdiskurs – Ursachen und Folgen. Saarbrücken: AV Akademikerverlag.

Das Fanal von Wangen

In der Schweizerischen Öffentlichkeit wird der Islam seit einigen Jahren wiederkehrend problematisiert. 2009 erreichte die öffentliche Debatte mit der Volksabstimmung über ein Minarettbau-Verbot einen Höhepunkt. Dies löste in der Folge auch breitere Diskussionen über Religion in der Gesellschaft aus. In dieser Arbeit wird aufgezeigt, wie sich aus einem lokalen Konflikt um ein Minarett seit 2006 eine Anti-Islam-Kampagne entwickelte, die 2009 in einem Minarettbau-Verbot in der Schweizer Bundesverfassung gipfelte. Es wird dabei die Herausbildung einer spezifischen Islamfeindlichkeit aus einer allgemeinen Fremdenfeindlichkeit nachgezeichnet, die mit einer zunehmenden Politisierung von Religion einhergeht. Die Wechselwirkung zwischen lokalen Ereignissen und einem übergeordneten Islamdiskurs beförderte zudem eine Konfliktdynamik, der sich die Akteure kaum entziehen konnten und die zu einer Ausweitung des Konflikts und einer Verhärtung der Fronten führte. Ausgehend vom lokalen Minarettstreit wird die zunehmende Vernetzung von islamophoben Aktivisten im deutschsprachigen Raum beschrieben und insbesondere die Rolle der „Islam-Experten“ untersucht, welche den Bau von Minaretten in der Öffentlichkeit erfolgreich als ein dringliches Problem von allgemeiner Relevanz darzustellen vermochten.

Oliver Wäckerlig

M.A. 1976, Studium der Soziologie und der Religionswissenschaft an der Universität Zürich. Laufende Promotion am Religionswissenschaftlichen Seminar der Universität Zürich.



978-3-639-49757-1

Das Fanal von Wangen

Wäckerlig



Oliver Wäckerlig

Das Fanal von Wangen

Der Schweizer Minarettdiskurs – Ursachen und Folgen

AV AkademikerVerlag

Oliver Wäckerlig

Das Fanal von Wangen

Oliver Wäckerlig

Das Fanal von Wangen

**Der Schweizer Minarettdiskurs – Ursachen und
Folgen**

Reihe Gesellschaftswissenschaften

Impressum / Imprint

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek: Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Alle in diesem Buch genannten Marken und Produktnamen unterliegen warenzeichen-, marken- oder patentrechtlichem Schutz bzw. sind Warenzeichen oder eingetragene Warenzeichen der jeweiligen Inhaber. Die Wiedergabe von Marken, Produktnamen, Gebrauchsnamen, Handelsnamen, Warenbezeichnungen u.s.w. in diesem Werk berechtigt auch ohne besondere Kennzeichnung nicht zu der Annahme, dass solche Namen im Sinne der Warenzeichen- und Markenschutzgesetzgebung als frei zu betrachten wären und daher von jedermann benutzt werden dürften.

Bibliographic information published by the Deutsche Nationalbibliothek: The Deutsche Nationalbibliothek lists this publication in the Deutsche Nationalbibliografie; detailed bibliographic data are available in the Internet at <http://dnb.d-nb.de>.

Any brand names and product names mentioned in this book are subject to trademark, brand or patent protection and are trademarks or registered trademarks of their respective holders. The use of brand names, product names, common names, trade names, product descriptions etc. even without a particular marking in this works is in no way to be construed to mean that such names may be regarded as unrestricted in respect of trademark and brand protection legislation and could thus be used by anyone.

Coverbild / Cover image: www.ingimage.com

Verlag / Publisher:

AV Akademikerverlag

ist ein Imprint der / is a trademark of

OmniScriptum GmbH & Co. KG

Heinrich-Böcking-Str. 6-8, 66121 Saarbrücken, Deutschland / Germany

Email: info@akademikerverlag.de

Herstellung: siehe letzte Seite /

Printed at: see last page

ISBN: 978-3-639-49757-1

Copyright © 2014 OmniScriptum GmbH & Co. KG

Alle Rechte vorbehalten. / All rights reserved. Saarbrücken 2014

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	5
1.1. Problemstellung und bisherige Forschung	5
1.2. Forschungsdesiderat	7
1.3. Fragestellungen und Aufbau der Arbeit	9
2. Theorie und Methodik	11
2.1. Diskurs- und Konfliktanalyse	11
2.2. Inhaltsanalyse	13
2.3. Operationalisierung	13
2.4. Experteninterviews	15
 I. Das Fallbeispiel Minarettbau in Wangen bei Olten	 16
3. Einführung	17
4. Konfliktanalyse	18
5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz	35
5.1. Drei-Ebenen-Kommunikation in der Diaspora	39
5.2. Das Wangner Minarett als polysemes Zeichen	46
5.3. Integration ins Dorf	48
5.4. Lokaler Rangordnungskonflikt	52
6. Fazit Teil I	56
 II. Islamophobie und die Ausweitung des Minarettstreits	 59
7. Einführung	60
8. Islamophobie	61

Inhaltsverzeichnis

9. Islamophobe Deutungsmuster	68
9.1. Von der neorassistischen “Überfremdung” zur islamophoben “Unterwanderung”	68
9.2. Entschärfung radikaler Deutungen	75
10. Islamophobe Akteure	82
10.1. Grenzgänger: Experten und Akteure aus der “Mitte der Ge- sellschaft”	84
10.2. Mediale Präsenz	91
11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition	95
11.1. Gelegenheitsstrukturen	95
11.2. Spezifikation der Deutungsmuster	99
12. Fazit Teil II	105
 III. Anschlüsse an den Minarettdiskurs	 107
13. Einführung	108
14. Politisierung von Religion	111
14.1. Die christliche Leitkultur	111
14.2. Religiöse Fundamentalisten: IZRS vs. KSIS	120
15. Diskursive Konstruktion des Islams	126
15.1. Was ist ein Minarett?	129
15.2. Was ist eine Moschee?	132
15.2.1. Der diskursive Kampf um den Moschee-Begriff . . .	137
15.2.2. ‘Ground-Zero-Moschee’ und transatlantische Vernet- zung	139
15.3. Was ist der Islam?	142
15.3.1. Taqīya und die Loyalitätsvermutung	144
15.3.2. Rechtsstaat vs. Scharia und Demokratie vs. Rechtsstaat	148
15.3.3. „Nationalsozialismus, Kommunismus und Islam“ . .	156
16. Fazit Teil III	161

Inhaltsverzeichnis

IV. Das islamophobe Netzwerk	163
17. Einführung	164
18. Die beginnende Vernetzung	166
18.1. Tour d' Europe: Exportschlager Minarettverbot	166
18.2. Lokale Minarettgegner und die Islamexperten	170
18.3. Bürgerbewegung Pax Europa	178
19. Die religiöse Rechte	181
19.1. Bekenntnisbewegung	182
19.2. 1683: Der ewige Abwehrkampf	195
20. „Eurabia“	202
20.1. <i>Bat Ye'ors</i> Gefolgschaft	203
20.2. Christian Solidarity International und Zukunft CH	208
21. Der Counterjihad	210
21.1. Solidarität mit Israel als religiöser Counterjihad	217
21.2. Christenverfolgung	221
22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik	226
22.1. Die Biografie des Blogs <i>Politically Incorrect</i> (PI-news) . . .	226
22.2. BPE, Die Freiheit und PVV vs. PRO, FPÖ und Vlaams Belang	232
22.2.1. „Städte gegen Islamisierung“	234
22.2.2. Der Kampf um Berlin: Pro-Deutschland vs. Die Frei- heit	239
22.3. PI-news und die Christen - Absage an die Atheisten	243
22.4. Konservative Wende - Absage an die Liberalen	248
22.4.1. Islamkritik als Kulturkritik	252
22.4.2. Neue Rechte	256
23. Fazit Teil IV	259
24. Schluss	261
Literaturverzeichnis	265

Abbildungsverzeichnis

4.1. Medienberichte und juristische Auseinandersetzung um den Minarettbau	21
4.2. Problematisierung des Minarettbaus	25
4.3. Minaretteinweihung am 27. Juni 2009 (ow)	31
5.1. Gebäude des Kulturvereins (ow)	53
9.1. Anti-Minarett-Plakat	75
20.1. T-Shirts und Buttons aus dem PI-news-Angebot	203
22.1. „Draw-Mohammed-Day“	232

1. Einleitung

„Wir haben nichts gegen Muslime – wir sind nur gegen den Islam.“¹ Was soll das bedeuten und weshalb werden solche Aussagen in der Öffentlichkeit nicht problematisiert?

„Minarette sind politische, keine religiösen Symbole!“² Wer bestimmt das? Auf welche Expertenmeinungen wird dafür zurückgegriffen?

Die Debatte um den Bau von Minaretten in der Schweiz steht am Beginn eines intensivierten öffentlichen Diskurses, der viele Themen aufgreifend an bestehende Deutungsmuster anschliessen kann und in transnational wabernden Diskussionen zunehmend verfestigte islamophobe Deutungen hervorbringt. Die ständige Aktualisierung islamophober Deutungsmuster durch publizistische und politische Akteure schafft ein soziales Milieu durch eine Lesergemeinschaft, welche dieselben Bücher und Zeitschriften liest, sich auf einschlägigen Internet-Plattformen und an Podiumsdiskussionen austauscht und sich dabei gegenseitig bestätigt. Die führenden islamophoben Aktivisten vernetzen sich vermehrt und treffen sich, um auf lokaler oder überregionaler Ebene Vereine und Parteien zu gründen sowie öffentliche Veranstaltungen wie Vorträge, Tagungen oder Demonstrationen zu organisieren.

1.1. Problemstellung und bisherige Forschung

Die Anti-Minarett-Initiative, die Ende 2009 von den Schweizer Stimmberechtigten klar – und für alle Beteiligten überraschend – angenommen wurde, zeigt die Virulenz einer Auseinandersetzung, in der noch ganz andere Aspekte, wie das Verhältnis der Schweiz zur Welt, von Staat und Religion, von Demokratie und Rechtsstaat oder von Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft neu verhandelt werden.

¹ Gängige Aussage zur präventiven Distanzierung von Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung.

² Eine Deutung, die sich im Diskurs in der Auseinandersetzung mit dem Grundrecht auf Religionsfreiheit festgesetzt hat.

1. Einleitung

Eine innergesellschaftliche Pluralisierung von Wertvorstellungen, verbunden mit einer vor allem migrationsbedingten religiösen Pluralisierung stellt lokale und nationale kollektive Identitäten zur Disposition. Der (geplante) Bau von Minaretten und Moscheen als sichtbare Zeichen religiöser Identität im öffentlichen Raum hat vielerorts zur Wahrnehmung von religiös-kultureller Differenz geführt, die als Keim einer entstehenden 'Parallelgesellschaft' problematisiert wurde. Solche Problemwahrnehmungen gab es auch an Orten, wo keine islamischen Bauten geplant waren. Zudem zeigt ein religionswissenschaftliches Nationalfondsprojekt der Universität Zürich, dass es in der Schweiz auch Bauprojekte nicht-christlicher religiöser Gemeinschaften gab, die indifferent oder gar positiv bewertet wurden, wie etwa ein Gurdwara der Sikh-Gemeinschaft oder ein architektonisch auffälliges buddhistisches Kloster und Wat.³ Weshalb und wie erwachsen nun aus Differenzbeobachtungen Konflikte?

Konflikte um Bauprojekte islamischer Gemeinschaften werden in europäischen Ländern seit den 1990er Jahren vermehrt wissenschaftlich untersucht. In Deutschland hatte der Kultur- und Sozialgeograf Thomas Schmitt (2003; 2007) mehrere Fallstudien zu Konflikten um Moschee- und Minarettbauten vorgelegt, bei denen mit Analysen von Medienberichten und Interviews mit Akteuren die jeweils spezifischen raumbezogenen, ethnisch-kulturellen und religionsbezogenen Aspekte der Konflikte herausgearbeitet wurden. In England finden wir ähnliche sozialgeografische Studien, etwa bei Gale und Naylor (2002) über den Konflikt um den Ausbau einer Moschee in London in den 1990er Jahren. Jörg Hüttermann (2000; 2003; 2006) untersuchte Minarettkonflikte in Deutschland u.a. durch teilnehmende Beobachtung im Anschluss an stadtsoziologische Konzepte wie der 'Street Corner Society' (Whyte) oder 'Etablierte und Aussenseiter' (Elias und Scotson) mit Rangordnungskonflikten zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten, die sich von „peripheren“ zu „avancierenden Fremden“ wandeln (Hüttermann 2006: 178ff.).

In der Schweiz erschien 2009 der Sammelband „Streit um das Minarett“ von Tanner et al. mit kulturwissenschaftlichen, religionshistorischen und religionsrechtlichen Zugängen zur sichtbar werdenden Präsenz des Islams und zur

³ Projekt „Sichtbar gemachte religiöse Identität, Differenzwahrnehmung und Konflikt“ (unter Mitarbeit von Oliver Wäckerlig) im Rahmen des Nationalen Forschungsprogramms 58 *Religionsgemeinschaften, Staat und Gesellschaft*. Schlussbericht online unter: http://www.nfp58.ch/files/downloads/Schlussbericht_Lueddeckens.pdf. Vgl. für einen Überblick zur Entstehungsgeschichte von Bauten verschiedener religiöser Traditionen zudem die Website des Projekts „Kuppel – Tempel – Minarett“ des Zentrums Religionsforschung der Universität Luzern: <http://www.religionenschweiz.ch/bauten/>.

1. Einleitung

Anti-Minarett-Initiative. Ebenfalls noch vor der Minarettabstimmung wurde 2009 der Sammelband „Minarett-Initiative – Von der Provokation zum Irrtum“ von Gross et al. veröffentlicht, mit polit- und rechtswissenschaftlichen sowie historischen Perspektiven auf die Volksinitiative.

Baumann und Tunger-Zanetti (2010) lieferten eine Übersicht über die Errichtung verschiedener Bauten religiöser Gemeinschaften in der Schweiz und stellten sie in den Kontext der Minarettverbots-Debatte. Im Sammelband von Uehlinger, Lüddeckens und Walthert (2013) sind u.a. Fallbeispiele von Bauprojekten mit konfliktiver und nicht-konfliktiver Entstehungsgeschichte enthalten, wobei die Rahmenbedingungen diskutiert werden, die Konflikte begünstigen oder erschweren. Eine Analyse sämtlicher kantonalen und eidgenössischer Volksabstimmungen, die religiöse Gemeinschaften betreffen, legte Vatter (2011) mit dem Sammelband „Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie“ vor.

Imhof und Ettinger (2007) sowie Ettinger (2010a,b) hatten Religion in der öffentlichen Kommunikation und die Minarettdebatte öffentlichkeitssoziologisch beleuchtet. Die Argumentationsmuster von 'Islamexperten' finden wir etwa bei Widmann (2008), Riexinger (2009), Rommelspacher (2009), Schiffer (2009a,b) oder Schneiders (2009) analysiert.

Populismus- und Extremismus-Forscher wie Geden (2006; 2007) und Häusler (2008a,b; 2010) haben Diskursstrategien von politischen Parteien wie der Schweizerischen Volkspartei, der Freiheitlichen Partei Österreichs oder den Deutschen Pro-Parteien untersucht. Skenderovic (2006; 2007) verbindet dabei Rechtspopulismus mit Islamophobie, einem neuen sozialwissenschaftlichen Forschungszweig im deutschsprachigen Raum, der etwa in den Jahrbüchern für Antisemitismusforschung 17 und 18 von Benz (2008; 2009) aufgenommen wurde und bei Farid Hafez (2010) zum ersten Jahrgang des Jahrbuchs für Islamophobieforschung geführt hatte. In Bezug auf die Schweiz und den Minarettstreit hatte Skenderovic (2009) bei Benz publiziert und Kreis (2010) bei Hafez.

1.2. Forschungsdesiderat

Bei der Untersuchung des Konflikts in Wangen bei Olten lassen sich viele Parallelen zu anderen Fallbeispielen etwa bei Schmitt (2003) und Hüttermann (2006) in Deutschland aufzeigen. Neben Auseinandersetzungen im Kontext von Migration und Integration finden sich auch ähnliche Unterstel-

1. Einleitung

lungen gegenüber Muslimen, wie der Vorwurf der Verheimlichung oder gar Verschwörung. In der Forschung, die bestimmte Konflikte um islamische Bauprojekte kultur- und sozialwissenschaftlich kontextualisiert, fehlt bisher aber der explizite Bezug auf islamophobe Deutungsmuster.

Die Islamophobieforschung operiert vornehmlich auf einer Makroebene, etwa mit historischen Vergleichen und der Identifikation von Stereotypen, teilweise mit Verknüpfungen zur Mesoebene, etwa durch die Untersuchung von Parteien und ihren Strategien in der Populismusforschung. Die Forschung über 'Islamkritiker' verortet die Akteure mit wirkmächtigen Expertenmeinungen in den einschlägigen publizistischen Plattformen, etwa in Zeitschriften und im Internet. Auch die Öffentlichkeitssoziologie bleibt mit der Untersuchung von Leitmedien auf einer aggregierten Ebene, um gesamtgesellschaftliche Entwicklungen zu verfolgen.

Was weitgehend fehlt, sind Untersuchungen, welche die unterschiedlichen Ebenen miteinander verknüpfen. Da sich nun zunehmend islamophobe Bezüge bei islamischen Bauprojekten feststellen lassen, müssen diese stärker berücksichtigt werden, was die vorliegende Arbeit ausgehend von einem Fallbeispiel leisten will. Die sogenannten 'Islamexperten' nehmen hier eine wichtige Brückenfunktion ein, da sie etwa mit Referaten bei lokalen Minarett- oder Moscheebaugegnern, durch die Einbindung in regionale bis internationale Organisationen und durch ihre Auftritte in Massenmedien sowie durch ihre publizistischen „Besteller“ an den Schnittstellen stehen, wo der Transfer von Deutungsmustern im Diskurs stattfindet.

Um die lokale Konfliktebene mit der Minarettdebatte und deren Auswirkungen in Beziehung zu setzen, eignet sich eine Diskursanalyse, womit die Prozesshaftigkeit des Konflikts in den Blick genommen und die Entwicklung vom Streit in Wangen bis zum nationalen Minarettverbot rekonstruieren werden kann, insbesondere unter Berücksichtigung von Rückkopplungseffekten der überregionalen Debatte auf Wangen und des Einflusses eines anderen Konflikts in Langenthal auf die Strategien der Akteure in Wangen.

Im Forschungsprozess hat sich schliesslich gezeigt, dass seit einigen Jahren ein immer dichteres transnationales islamophobes Netzwerk entstanden ist, das grob eingeteilt einer religiösen und einer politischen Rechten mit deren Ressourcen und Kanälen entstammt und bisher weitgehend unbeschrieben blieb. Eine Analyse dieses Netzwerks erlaubt die Einteilung in unterschiedliche islamophobe Flügel, die in einem hochdynamischen Feld zum Teil zusammenfinden, oft aber gegeneinander agieren. Damit kann klarer be-

1. Einleitung

stimmt werden, welche Spielarten von Islamophobie existieren und auf welchen Grundlagen diese beruhen.

1.3. Fragestellungen und Aufbau der Arbeit

In Teil I steht der Minarettstreit in Wangen bei Olten im Zentrum, der als Musterfall betrachtet werden kann und über den lokalen Kontext hinaus landesweit an Bedeutung gewonnen hat. Mit einem in Kapitel 2 beschriebenen diskursanalytischen Ansatz wird der Konfliktverlauf, unter Beachtung seiner Dynamik und Prozesshaftigkeit, nachgezeichnet, sowie die Positionierung der relevanten Akteure analysiert.

Es wird nach den Rahmenbedingungen und Auslösern für den Konflikt gefragt: Wie verlief die Konfliktkommunikation? Wer hatte sich am Konflikt beteiligt und woran hatte der sich entzündet? Welche Perspektiven hatten die Beteiligten auf den Minarettwunsch des türkischen Kulturvereins und welche Themen wurden behandelt? Welche Dynamik hatte der Konflikt entwickelt und welche Rolle spielten dabei äussere Einflüsse, etwa die Debatte um die Anti-Minarett-Initiative? Welche Rolle spielte die Etikettierung des Konflikts als „religiös“?

In Teil II wird der Begriff „Islamophobie“ theoretisch gefasst und seine Operationalisierung im Feld diskutiert. Beim Übergang vom lokalen Konflikt zur nationalen Minarettdebatte wird nach der Transformation des Themas und der diskursiven Anschlussfähigkeit an frühere Auseinandersetzungen mit dem „Fremden“ gefragt sowie nach Anpassungsstrategien zur Vermeidung von Vorwürfen der Fremdenfeindlichkeit oder Diskriminierung an die Minarettopposition. Wie gelang es dieser Opposition aus lokalen Baukonflikten ein nationales Problem von allgemeiner Relevanz zu behaupten? Welche Rolle spielten dabei 'Islamexperten' mit der Etablierung von generalisierenden Deutungsmustern? Wie konnte Überzeugungskraft bis hinein in die politische Mitte entfaltet werden?

Teil III behandelt die Folgen der Minarettdebatte mit der Gelegenheit für diskursive Anschlusskommunikation durch verschiedenste Akteure. Dies reicht von Leitkultur-Debatten bis zur Gründung von religiösen Organisationen, die ihre Wurzeln in der Minarettdebatte haben. Weiter soll die diskursive Konstruktion des Islams beschrieben werden: Was ist ein Minarett? Was ist eine Moschee? Was ist der Islam?

1. Einleitung

In Teil IV wird schliesslich versucht, ein islamophobes Netzwerk zu beschreiben. Wie radikalisierten sich lokale Gegner von Minarett- und Moscheebauprojekten und über welche Kanäle organisierten und organisieren sie sich in der Schweiz und in Deutschland? Auf welche Ressourcen können sie dabei zurückgreifen? Wie sind dabei die 'Islamexperten' eingebunden und für wen ergreifen sie Partei? Welche Rolle spielen in diesem Netzwerk islamophobe Blogs im Internet? Welche Unterstützung erhalten Aktivisten von religiösen und anderen Organisationen? Wie lassen sich schliesslich die unterschiedlichen islamophoben Positionen kategorisieren, um ein differenzierteres Bild dieses neuen Phänomens zu erhalten?

Die Datenerhebung, die für den Konflikt in Wangen und seinen Kontext den Zeitraum von Herbst 2005 bis Sommer 2009 umfasst, wurde danach bis Oktober 2011 fortlaufend ergänzt. Neue Diskursstränge, die sich aus dem Minarettdiskurs entwickelt hatten, wurden über die Berichterstattung in den Massenmedien weiterverfolgt. Den Aktivitäten der eruierten 'Islamexperten' wurde weiter nachgegangen und Zeitschriften und Internetplattformen, die aus dem Diskurs heraus Relevanz entwickelten, wurden in die Untersuchung miteinbezogen. Parallel dazu wurden Feldmaterialien wie veröffentlichte Argumentarien, Manifeste, Essays, Stellungnahmen, Flyer, Newsletter oder Videos analysiert.

2. Theorie und Methodik

2.1. Diskurs- und Konfliktanalyse

Der Wangner Minarettbau wird in dieser Untersuchung als Thema eines Diskurses aufgefasst. Nach Keller et al. (2001: 7) sind mit Diskursen

„(...) in der gesellschaftlichen und politischen Öffentlichkeit meist (mehr oder weniger) öffentliche, geplante und organisierte Diskussionsprozesse gemeint. Sie beziehen sich auf ein spezifisches Thema von allgemeinem gesellschaftlichem Belang. Der Begriff bringt sowohl die Bedeutung von Kommunikation und Argumentation, als auch eine sprachvermittelte Wahrnehmung und Konstruktion von Wirklichkeit zum Ausdruck.“

Neben einer solchen Prozessanalyse ist Diskursanalyse auch Konfliktanalyse: „Sie rekonstruiert diskursive Auseinandersetzungen, in denen die Diskursteilnehmer Deutungen für soziale und politische Handlungszusammenhänge entwerfen und um die kollektive Geltung dieser Deutungen ringen“ (Schwab-Trapp 2001: 264).

In Konflikten reproduzieren oder verändern die diskursiven Auseinandersetzungen „(...) die dominanten und kollektiv mehr oder weniger verbindlichen Sichtweisen sozialer oder politischer Ereignis- und Handlungszusammenhänge (...)“ (ebd. S. 287). Schwab-Trapp bezeichnet solche dominanten Sichtweisen in Anlehnung an Michel Foucault, einen der Begründer der Diskurstheorie, als diskursive Formationen. In diesen werden verschiedene mehr oder weniger benachbarte Diskurse miteinander verknüpft, die so in Beziehung zueinander gesetzt werden und eine historische Ordnung bilden, die als öffentlich umkämpftes Gut einem beständigen Wandel unterworfen ist. Historisch gewachsene Deutungen und Diskurse werden aufgegriffen und aktualisiert, um als Vergangenheitsdeutungen die legitime Sichtweise in der Gegenwart zu rechtfertigen. Dabei sind legitime Deutungen „(...) kollektiv anerkannte Deutungen und als kollektiv anerkannte Deutungen sind sie legitimierungsfähige Deutungen – Deutungen, die dazu benutzt werden können, soziales und politisches Handeln zu legitimieren“ (ebd. S. 286). Die Erzeu-

2. Theorie und Methodik

gung und Veränderung diskursiver Formationen durch Diskursakteure findet in mehr oder weniger öffentlichen Arenen statt, die als Diskursfelder unterschiedlichen Logiken folgen, denen sich die Akteure anpassen müssen, um sich Gehör zu verschaffen. Die Autoren müssen Beiträge produzieren, die sowohl dem Feld, in dem sie agieren, als auch dem Feld, in dem sie beheimatet sind, angepasst sind (ebd. S. 286 f.).

Die öffentlichen Diskurse finden in gesellschaftlichen Foren statt, wobei die Massenmedien als grösstes Forum die meisten Bürger erreichen. Denn diese „informieren sich über und beobachten das Geschehen in der Gesellschaft in erster Linie über die Medien und entwickeln ihre Deutungen der Welt durch die Beobachtung der Deutungsangebote, die sie vor allem über die Medien erfahren“ (Gerhards 2008: 334). Die den öffentlichen Diskurs prägenden Deutungsmuster sollen rekonstruiert und ihr auftauchen sowie ihre Entwicklung über die Zeit nachgezeichnet werden. Deutungsmuster bezeichnen dabei

„(...) grundlegende bedeutungsgenerierende Regulationsmuster (innerhalb der Diskurse), die nahelegen, worum es sich bei einem Phänomen handelt. Soziale Deutungsmuster organisieren individuelle und kollektive Erfahrungen und leiten Handeln an. Sie stiften dadurch Sinn (...) und werden in ereignisbezogenen Deutungsprozessen aktualisiert. Eine Deutung ist die Verknüpfung eines allgemeinen, typisierten Deutungsmusters mit einem konkreten referenziellen Anlass.“ (Keller 2001: 132).

Mit den im Minarettdiskurs aktivierten Deutungsmustern sind daher nicht zwingend bestimmte Positionen verbunden,¹ aber es werden Perspektiven nahegelegt, die eine Problemwahrnehmung begründen. Der diskursive Gegenstand wird von verschiedenen Seiten beleuchtet und erscheint dann je nachdem übergross, problematisch, harmlos, etc. In der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit ringen verschiedene Diskursstränge² um die Deutung der Situation und versuchen eine spezifische Problemwahrnehmung durchzusetzen bzw. den Minarettbau überhaupt als Problem zu konstituieren. Zudem können durch Argumente, die mit dem Gebrauch von Deutungsmustern transportiert werden, diskursive Schnittstellen zu anderen Diskursen entstehen, wodurch unterschiedliche Diskurse miteinander verschränkt werden,

¹ Beispielsweise wird das Deutungsmuster: „Der religiöse Friede wird gefährdet“ von Befürwortern wie Gegnern des Minarettbaus ins Feld geführt.

² In Konkurrenz stehen etwa ein legalistischer (15.3.2) und ein populistischer (15.3.2) Diskursstrang, die um den Vorrang des Grundrechtsschutzes bzw. des mutmasslichen „Volkswillens“ streiten.

2. Theorie und Methodik

was das Legitimationspotential diskursiver Beiträge erhöht und die Relevanz eines Diskurses durch zunehmende Verbreiterung des Problemfeldes steigert (Schwab-Trapp 2008: 182f.).³

2.2. Inhaltsanalyse

Die Diskurse manifestieren sich empirisch in einzelnen Diskursbeiträgen, die von individuellen Akteuren vorgetragen werden (Schwab-Trapp 2001: 271). Das methodische Instrument zur Analyse dieser Diskursbeiträge ist die Inhaltsanalyse (Gerhards 2008; Diekmann 2007: 576–625; Kamber und Schranz 2001; Früh 2007).

Durch eine Pressearchivrecherche wurden für den Untersuchungszeitraum von September 2005 bis Juni 2009 – von der Publikation des Baugesuchs für ein Minarett bis zu dessen Einweihung – aus einem Schweizer Mediensample deutschsprachiger Zeitungen, Zeitschriften sowie Fernsehberichten systematisch 409 für die Diskursanalyse relevante Berichte erhoben, um sowohl die lokale und regionale sowie die überregionale Medienberichterstattung zu erfassen.

Aus den Medienberichten mit Bezug auf den Minarettbau in Wangen wurden die darin enthaltenen Diskursbeiträge formal und inhaltlich anhand eines inhaltsanalytischen Kategoriensystems codiert, das sowohl theoriegeleitet entwickelt wurde und sich auf eine frühere Untersuchung abstützt, als auch in der Erhebungsphase auf induktive Weise laufend ergänzt wurde (vgl. Glaser et al. 2008: 53ff.).

2.3. Operationalisierung

Die Forschungsfragen wurden durch ein inhaltsanalytisches Kategoriensystem operationalisiert, um eine systematische Inhaltsanalyse durchzuführen, die nach Gerhards (2008: 340) in der Lage ist, als eine quantitative Inhaltsanalyse grössere Textmengen zu analysieren, was allerdings auf Kosten der Aussagereichweite gehe. Mit Verweis auf Früh (2007) beschreibt Gerhards Kategoriensysteme als Selektions- und Klassifikationssysteme, wobei der

³ Die Argumentation, dass der Minarettbau in Wangen die Integration türkischer Migranten behindere, koppelt beispielsweise den Minarettdiskurs an einen allgemeineren Integrationsdiskurs, wodurch dem lokalen Minarettstreit nationale Bedeutung zugeschrieben werden kann.

2. Theorie und Methodik

Forscher nur jene Merkmale von Texten erfasst und in Kategorien zusammenfasst, die er zuvor durch seine Fragestellung als relevant definiert hat. Die Klassifikation ist nicht abschliessend, sondern führt empiriegeleitet zur Bildung weiterer Kategorien.

Die Grundgesamtheit der Inhaltsanalyse bilden alle Medienbeiträge zum Minarettbau in Wangen bei Olten in deutschsprachigen Zeitungen, Zeitschriften und Rundfunksendungen der Schweiz. Als Stichprobe dient ein Mediensample⁴, aus dem mit einer Keyword-Suche („Minarett“ *und* „Wangen“) in Pressearchiven⁵ jene 409 Berichte im Untersuchungszeitraum ausgewählt wurden, die den Minarettbau in Wangen bei Olten zentral thematisieren. Diese Beiträge dienen der Rekonstruktion des Minarettdiskurses in der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit.

Analysiert wurden pro Beitrag maximal zwei Aussagen zum Minarettbau in Wangen bei Olten, die in ihrem Kontext zur Interpretation beziehungsweise zur Kategorisierung berücksichtigt wurden. In einem Codebook wurden die Kategorien definiert, ihre Ausprägungen erfasst und Konventionen dafür festgehalten, nach welchen Kriterien Elemente klassifiziert werden. Als Grundlage diente ein Codebook zur Typisierung von jüdischen und muslimischen Akteuren in den Medien.⁶ Die erhobenen Daten wurden in Excel erfasst, wobei die zugrunde liegenden Medienberichte parallel dazu zu einer Konfliktbiographie zusammengefasst wurden.

⁴ *Zeitungen und Zeitschriften*: AZ Medien: Oltnen Tagblatt, Solothurner Zeitung, Aargauer Zeitung, Zofinger Tagblatt, Berner Rundschau, Sonntag; Tamedia: Berner Zeitung, Der Bund, Tages-Anzeiger, SonntagsZeitung, 20min; NZZ-Gruppe: Neue Zürcher Zeitung, NZZ am Sonntag; Ringier: Blick, Sonntags Blick; Axel Springer Schweiz AG: Der Beobachter; *Formate des Schweizer Fernsehens*: Schweiz Aktuell, Tagesschau, 10vor10, Rundschau, Der Club, Arena. Es wurden aus forschungsökonomischen Gründen keine Radiosendungen berücksichtigt.

⁵ Swissdix AG und zusätzlich die Online-Archive von 20min.ch und sf.tv.

⁶ Die Studie wurde 2004 am Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) der Universität Zürich im Auftrag der Anti Defamation (ADL) Kommission, Bnai Brith Zürich, unter der Schirmherrschaft der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) erstellt. Dank geht an Dr. Patrik Ettinger vom fög für die Nutzung des Codebooks.

2.4. Experteninterviews

Für die Rekonstruktion der diskursiven Beziehungen auf nicht-medialer Ebene wurden zusätzlich mit vier lokalen Diskursakteuren⁷ teilstandardisierte mündliche Interviews geführt. Diese Befragten wurden in der Medienanalyse identifiziert und als zentrale Akteure des Diskurses ausgewählt. Sie sind „Experten“ im weiteren Sinn, da sie als selbständige Akteure von Bedeutung sind oder über einen privilegierten Zugang zu Informationen und Entscheidungsprozessen verfügen, beispielsweise über die Vorgeschichte des Konflikts vor der Veröffentlichung des Baugesuchs für ein Minarett (vgl. Meuser und Nagel 2009: 470).

In den Interviews konnten die Befragten ihre Perspektive auf die Konfliktursachen, auf andere Akteure und den Diskursverlauf schildern sowie ihre eigenen Motive darlegen. Für diese Experteninterviews wurden im Hinblick auf die genannten Erkenntnisinteressen und die in der Medienanalyse eruierten Themen Leitfäden⁸ erstellt, die eine Problemzentrierung (Witzel 1982: 108f.) ermöglichen. Die Leitfäden dienten vor allem als Orientierungshilfen in der Gesprächsführung, denn der Redefluss der Befragten wurde zwar durch punktuellen Nachfragen gelenkt, aber möglichst nicht unterbrochen, damit deren eigene Schwerpunktsetzung sichtbar wurde und nachvollzogen werden konnte, ob sie die Themen aus der Medienanalyse von selbst ansprechen und wie sie diese gegebenenfalls einordnen. Die transkribierten Interviews wurden schliesslich themenanalytisch anhand ihrer Argumentationsstruktur analysiert und auf ihre Kernaussagen reduziert (vgl. Froschauer und Lueger 2003: 158ff.). Diese Expertenmeinungen wurden nun in die durch die Medienanalyse begonnene Rekonstruktion der diskursiven Beziehungen miteinbezogen, um gerade auch die Ebenen des Diskurses zu erfassen, die von den Medien nicht direkt aufgegriffen wurden.

⁷ Experteninterviews mit folgenden Akteuren: Reformierter Dorfpfarrer (Minarettgegner), Gemeindepräsident, Bauverwalter, Lokaljournalist (alle März/April 2010). Ein Interview mit dem Pressesprecher und späteren Vereinspräsidenten des betroffenen Türkischen Kulturvereins wurde von Dr. Andreas Tunger-Zanetti zur Verfügung gestellt, der dafür im Rahmen des Projekts «Kuppel – Tempel – Minarett» des Zentrums Religionsforschung Luzern im Februar 2009 vor Ort war. Ein eigenes Interview konnte nicht durchgeführt werden, da der Kulturverein 2010 auf mehrfache Anfrage an keinem Gespräch mehr interessiert war.

⁸ Die Leitfäden für alle Fallbearbeitungen zu religiösen Bauten wurden von Annegret Kestler erstellt.

Teil I.

Das Fallbeispiel Minarettbau in Wangen bei Olten

3. Einführung

Ein Türkischer Kulturverein wollte im Jahre 2005 ein Minarett auf sein Vereinslokal in Wangen bei Olten (Kanton Solothurn) bauen und stiess auf erbitterten Widerstand in der lokalen Bevölkerung, der erst durch einen Bundesgerichtsentscheid gebrochen wurde. Der lokale Konflikt warf hohe Wellen und griff in der Schweiz auf zwei weitere Bauprojekte anderer islamischer Vereine über, was in den drei betroffenen und auch in zwei nicht betroffenen Kantonen 2005 und 2006 in den jeweiligen Kantonsparlamenten zu religionsbezogenen Verbotsanträgen führte. Schliesslich gelangte die Auseinandersetzung um die Sichtbarmachung des Islams im öffentlichen Raum durch den Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 2007 auf die nationale Ebene und mündete Ende 2009 in einer allseits unerwartet angenommenen Volksinitiative zum Bauverbot für Minarette.¹

In der Schweiz steht der Fall Wangen daher am Beginn der jüngsten Auseinandersetzung um religiöse Symbole in der politischen Öffentlichkeit, weshalb es sich lohnt, genauer darauf einzugehen. In einem ersten Schritt wird anhand einer Medienanalyse und Interviews mit lokalen Diskursakteuren der Minarettstreit in Wangen bei Olten rekonstruiert, wobei der Schwerpunkt der Analyse auf der Entwicklung und Dynamik des lokalen Konflikts liegt. Zum besseren Verständnis der vielfältigen Bedeutungen des Minarettbaus für den Türkischen Kulturverein wird anschliessend die Diasporasituation der aus der Türkei eingewanderten Personen und ihrer Nachkommen in den Blick genommen. Über die Darstellung der unterschiedlichen Sichtweisen auf den Minarettbau durch den Kulturverein und durch die ansässige Bevölkerung werden schliesslich konfligierende Integrationsverständnisse aufgezeigt, die einem lokalen Rangordnungskonflikt teilweise zu Grunde liegen und einer einvernehmlichen Lösung beim Bau dieses sichtbaren Zeichens religiöser Identität im Wege stehen.

¹ Bei der Abstimmung zur Minarett-Initiative am 29.11.2009 stimmte Wangen gleich wie die umliegenden Gemeinden im Kanton Solothurn mit 61 Prozent JA-Anteil für ein Minarettbauverbot bei einem Landesdurchschnitt von 57,5 Prozent.

4. Konfliktanalyse

Wangen bei Olten liegt mit seinen 4600 Einwohnern im Schweizerischen Mittelland, im Dreieck der Ballungszentren Basel, Bern und Zürich. Am Jurasüdfuss sind Wangen und die anderen Dörfer entlang der Hauptverkehrsachsen immer mehr zu einem Agglomerationsgürtel zusammengewachsen.

Der 1978 gegründete türkische Kulturverein Olten kündigte im September 2002 der Gemeinde Wangen an, dass er von Olten herziehen und ein leer stehendes Fabrikgebäude mieten werde. Im März 2003 wurde ein Baugesuch für die Umnutzung der inzwischen erworbenen Gewerbeliegenschaft zum Betrieb von Aufenthalts-, Ess-, Spiel-, Büro- und Gebetsräumen gestellt. Im Mai wurde die Nutzungsänderung für die Liegenschaft nach Einholung eines Gutachtens über die Zonenkonformität der neuen Nutzung in der Gewerbezone bewilligt. Im September 2005 wurde schliesslich ein Baugesuch für ein Minarett amtlich publiziert.

Übersicht Konfliktverlauf

Im Fall Wangen lässt sich ein lokaler Konflikt nachzeichnen, der sich am Minarettbau entzündet, bis vor das Bundesgericht gelangt und erst Mitte 2009 durch die feierliche Einweihung des Minaretts vorläufig ein Ende findet, wobei die Konfliktkommunikation während vier Jahren vornehmlich über die Medien stattfand.¹

Der Konflikt begann im September 2005 mit dem Leserbrief² eines ehemaligen Gemeinderates von Wangen zu dem im Amtsblatt publizierten Baugesuch für ein Minarett: Darin wurde das geplante Minarett zum Problem erklärt, indem es mit den „Unruheherden“, „Rotlicht-Milieu“ und „Disco-Welt“ in Verbindung gebracht wurde, welche für „Lärm, Schmutz und Nachtruhestörungen“ verantwortlich seien. Zusammen mit dem Minarett werde die Gemeinde dadurch einer „schleichenden Unterwanderung von allen Seiten“

¹ In modernen Gesellschaften ist der grösste Teil der Konfliktkommunikation medienvermittelt, wie Wessler (2002: 189) feststellt.

² Oltner Tagblatt vom 7.9.2005: Ein Minarett in Wangen?

4. Konfliktanalyse

ausgesetzt, welche die Lebensqualität mindern würde. Bemerkenswert war der im frühen Diskursstadium noch fehlende Hinweis auf eine drohende Islamisierung. Begründet wurde die Problematisierung des Minaretts allein wegen des befürchteten Lärms – denn ein Minarett sei nach Google ein „Moscheeturm, von dessen Brüstung aus der Muezzin die Muslime fünfmal am Tag zum Gebet ruft“. Dies zeigt, dass zu diesem Zeitpunkt der Begriff Minarett jeweils erklärt werden musste, da er noch nicht im allgemeinen Sprachgebrauch verankert war. Der Leserbriefschreiber hatte im Internet auch herausgefunden, dass der Muezzin heutzutage „mit vier Lautsprechern ausgewechselt“ werde und verglich die störende „Berieselung von Moslemischen Gebeten“ mit Hundegebell, Kuhglocken, Gänseschnattern und Hähnekrähen. Er warf dem Kulturverein zudem Wortbruch vor, da dieser früher dem Gemeinderat zugesichert haben soll, „keinen Ausbau in einen Gebetstempel vorzunehmen“. Um sich vor „solchen Projekten“ zu schützen, rief er zu einer Unterschriftensammlung und zu Einsprachen gegen das Baugesuch auf.

Damit konstituierte sich eine lose strukturierte lokale Bürgerinitiative, die im Dorf innert weniger Tage knapp 400 Unterschriften für eine Sammeleinsprache gegen den Minarettbau zusammenbrachte. Hierbei kündigte sich auch bereits die populistische Vermischung von Recht und Politik im Diskurs an, denn ein 400-fach vorgebrachtes Argument wird baurechtlich nicht gewichtiger – wohl aber macht es Druck auf Verwaltung und Exekutive. Der Gemeindepräsident sprach sich nach Eingang der Einsprachen im Oktober öffentlich³ gegen das Bauprojekt aus und führte als Grund die fehlende Vertrauensbasis zwischen dem Kulturverein und der Bevölkerung an. Der reformierte Pfarrer doppelte im November in einem Interview⁴ nach, denn die evangelisch-reformierte und römisch-katholische Kirchgemeinde hatten gemeinsam ebenfalls Einsprache gegen einen Minarettbau im „christlichen Kulturkreis“ erhoben. Auch die kantonale SVP hatte von der Sache erfahren und forderte im Solothurner Kantonsrat sogleich einen Baustopp für „störende religiöse Bauten“, wofür sie aber keine Mehrheit fand.

Die örtliche Bau- und Planungskommission lehnte das Baugesuch schliesslich im Februar 2006 mit einem Wust an Gründen ab, nachdem sie das Gesuch und die Einsprachen extern hatte prüfen lassen, um die Unvoreingenommenheit der Kommission zu demonstrieren. Im Februar gelangte mit dem Rekurs des Kulturvereins gegen den Entscheid zeitgleich der sogenannte

³ Interview im Oltner Tagblatt vom 4.10.2005.

⁴ Interview im Oltner Tagblatt vom 5.11.2005.

4. Konfliktanalyse

Karikaturenstreit (aufgrund von Mohammed-Karikaturen in einer dänischen Zeitung) in die massenmediale Öffentlichkeit, was den Islam in der Schweiz in eine internationale Perspektive rückte und dem Minarettstreit breite Publizität bescherte.⁵ Im Juli 2006 hiess das Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn die Beschwerde des Kulturvereins gut, worauf der Wanger Gemeinderat (die Exekutive der Einwohnergemeinde) den Entscheid im August 2006 ans Verwaltungsgericht weiterzog und dort Ende November 2006 unterlag – der Gemeinderat (mit einem Oberrichter als Präsidenten) war gar nicht zur Beschwerde berechtigt, welche deshalb als ein politisches Zeichen des Engagements für „Wangen“ gewertet werden kann. Die Beschwerde zweier Anwohner dagegen, die den Entscheid ebenfalls weitergezogen hatten, wurde abgewiesen.

Dabei werden nun mehrere Punkte ersichtlich: Zu Beginn hatte die Problematisierung des Vereins mit seinem Baugesuch noch keine gewichtige religiöse Dimension. In der Folge lag dann aufgrund des baurechtlichen Einspracheverfahrens die Argumentation noch vornehmlich auf rechtlicher Ebene. Es wurden Dinge wie Zonenordnungen oder die Parkplatzsituation⁶ diskutiert, da nur solche Argumente in einem Baurechtsverfahren Erfolg versprochen. Erst als sich der Rechtsweg als zu steinig erwiesen hatte und sich eine Niederlage der Minarettgegner abzuzeichnen begann, wurde der Konflikt auf weitere Themen ausgeweitet.

Logik und Dynamik des lokalen Konflikts

Mit Niklas Luhmanns Konfliktkonzept formuliert, gewann der lokale Konflikt soziale Existenz durch den Gebrauch des Nein im ersten Leserbrief gegenüber der durch die Baupublikation vermittelten Erwartung des Kulturvereins ein Minarett bauen zu dürfen (vgl. Luhmann 1981: 100). Im Konflikt wurde also Widerspruch kommuniziert. Der Kulturverein, der sich durch das Baugesuch bereits exponiert hatte, wurde nun genötigt, auf dieses Nein zu reagieren, worauf ein medial inszenierter Schlagabtausch folgte, der sich über mehrere Jahre hinzog und vor allem rund um Gerichtsentscheide – und

⁵ Nach der Ablehnung des Baugesuchs hatte das Kompetenzzentrum für interkulturelle Konflikte (TikK) im März und April von sich aus interveniert und der Gemeinde und dem Kulturverein seine Vermittlerdienste angeboten. Der Vorschlag zur Mediation wurde an einer Gemeinderatssitzung diskutiert und zurückgewiesen, da die Sache nicht akut sei und sich auf juristischem Weg befinde. Auch der Kulturverein wollte dem TikK keine Auftrag erteilen, da der Ball nun bei der Gemeinde liegen würde.

⁶ Gemäss Schmitt (2007: 175) ein ‚Klassiker‘ in Moschee-Debatten.

4. Konfliktanalyse

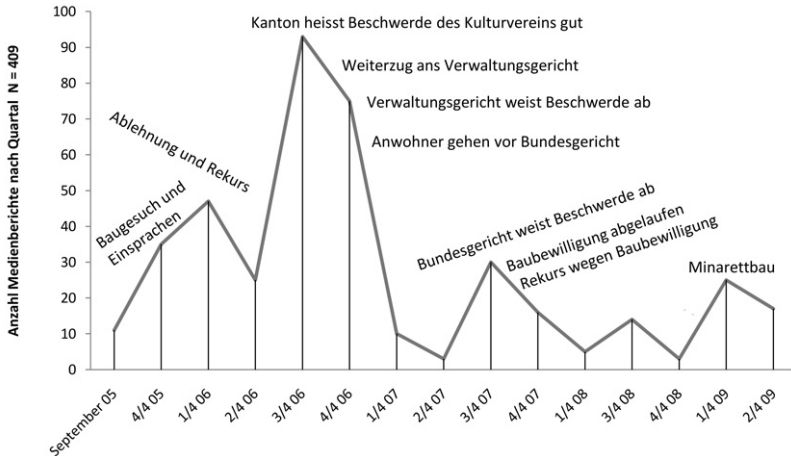


Abbildung 4.1.: Medienberichte und juristische Auseinandersetzung um den Minarettbau

später im Zusammenhang mit der Anti-Minarett-Initiative – zu Kommunikationsverdichtungen führte, während zwischen solchen Ereignissen der Streit zum Teil monatelang nicht mehr öffentlich thematisiert wurde (vgl. Abbildung 4.1).

Die Fronten verhärten sich

Ein sich sozial etablierendes Konfliktsystem aktiviert nach eigener Logik immer neue Ressourcen und breitet sich aus. Es entsteht eine Zwei-Parteien-Struktur, wobei einer Partei alles nützt, was der anderen Partei schadet – und umgekehrt (vgl. Luhmann 1981: 100f.). So wurde von der Bürgerinitiative stets auf die „Volksmeinung“ und den „Volkswillen“ verwiesen und betont, dass sich „die Bevölkerung“ gegen den Minarettbau wehre. Damit stand jeder, der eine Alternativposition vertrat und vermittelnd eingreifen wollte, unter Verdacht gegen das „Volk“ zu agieren, so z.B. ein sozialdemokratischer Gemeinderat, der sich Sorgen um das „Image der Gemeinde“ machte,⁷ da in der polarisierten Konfliktstruktur keine anderen Positionen mehr akzeptiert wurden. Auch Aussenstehende, etwa Leserbriefschreiber aus Nachbarorten, wurden wiederum in Leserbriefen barsch zurechtgewiesen, indem sie der un-

⁷ Er hatte als einziger Gemeinderat nicht für einen Weiterzug des Falles ans Verwaltungsgericht gestimmt (Oltner Tagblatt vom 22.8.2006).

4. Konfliktanalyse

zulässigen Einmischung in eine Wangner Dorfangelegenheit bezichtigt wurden (und das Minarett gerne in ihrem Dorf aufstellen dürften).⁸

Schliesslich kann konstatiert werden, dass das Recht nicht nur Konflikte löst, es ermöglicht sie gar: Das Recht bot dem türkischen Kulturverein als klar schwächerer Konfliktpartei Rückendeckung, so dass eine Fortsetzung des Konflikts gewagt werden konnte (vgl. Luhmann 1981: 104). Der Vorstand des Kulturvereins argumentierte im Diskurs denn auch rein legalistisch und versuchte – so die Sicht des Gemeindepräsidenten – das Minarett „um jeden Preis durchzuboxen“, denn Vereinsvertreter hätten ihm Ende September 2005 am Tag der offenen Tür gesagt: „Wenn das Gesetz sagt, wir dürfen bauen, dann bauen wir“.⁹

Der Wangner Bauverwalter teilte daraufhin im ersten Bericht¹⁰ des Schweizer Fernsehens über den Minarettstreit im Oktober 2005 mit, dass er es nicht für wahrscheinlich halte, dass baurechtlich etwas gegen den Bau eines Minaretts spreche. Es seien aber viele Emotionen im Spiel, was die Sache schwierig mache. Mit beidem sollte er schliesslich Recht behalten.

Minarettgegner unter Druck

Im Juli 2006 wurde der Rekurs des Kulturvereins gutgeheissen, da das Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn feststellte, dass die Liegenschaft des Kulturvereins gemäss der früheren Umbaubewilligung auch als Gebetsstätte dienen dürfe und dass das Minarett bloss ein äusseres Symbol dieser bereits bewilligten Nutzung sei.¹¹ Im August zogen die Gemeinde und zwei Anwohner den Entscheid weiter ans Verwaltungsgericht. Daraufhin geriet die Gemeinde im September von aussen unter Druck: In der Hauptausgabe der Tagesschau wurde berichtet, dass die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus (EKR) von Behörden und Bevölkerung mehr Offenheit und Respekt gegenüber der muslimischen Minderheit verlange. Der Streit

⁸ Dieser regionale Disput wurde im Oktober und November 2005 in der Leserbriefspalte des Oltner Tagblattes geführt.

⁹ Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006. Es zeigt sich später auch auf überregionaler Diskursebene, dass der muslimischen Minderheit das Beschreiten des Rechtswegs – trotz oder gerade wegen der guten Erfolgsaussichten – im Islamdiskurs übel genommen wird: Es wird als Zwängerei und als anmassendes, ständiges Stellen von Forderungen diskursiv delegitimiert, so z.B. die Forderung nach muslimischen Grabfeldern oder der Rekurs gegen ein Kopftuchverbot an der Schule. Dagegen erscheint aber bspw. der allgemein als juristisch chancenlos eingeschätzte, politisch motivierte, Weiterzug des Wangner Minarett-Falles ans Bundesgericht den Minarettgegnern nicht als Zwängerei.

¹⁰ Interview in Schweiz Aktuell vom 10.10.2005.

¹¹ Medienmitteilung der Staatskanzlei Solothurn vom 16.7.2006.

4. Konfliktanalyse

um das Baugesuch für ein Minarett in Wangen wurde als exemplarisch für eine Tendenz in der öffentlichen Debatte genannt, Muslime kollektiv für das Weltgeschehen verantwortlich zu machen. In ihrem Bericht hielt die EKR zudem fest: „Stereotype den Muslimen gegenüber, z.B. die Vorstellung einer Unterwanderung durch Fundamentalisten, die sich in Gebetshäusern treffen, widerspiegeln sich in den Reaktionen auf Baugesuche wie auch in den Entscheidungen der Exekutiven, die dem öffentlichen Druck nachgeben und mit oft unsachgemässen Begründungen die Bewilligungen verweigern.“¹²

Zwei Tage später doppelte der Basler Bischof Kurt Koch, Vizepräsident der Bischofskonferenz und römisch-katholischer Vertreter im Rat der Religionen, in der Sonntagspresse nach: Man dürfe den Islam nicht pauschal mit Terror gleichsetzen, sondern müsse ihn von den fanatischen Auswüchsen unterscheiden. Er wolle den Muslimen Minarette als „Zeichen der Identität“ zugestehen. Es gehe darum, öffentlich zu seiner Religion stehen zu können.¹³ Damit nahm er gegen die lokale Kirchgemeinde Stellung. Dies provozierte die einzige öffentliche Reaktion der römisch-katholischen Kirchgemeinde Wangens im Minarettediskurs durch einen maliziösen Leserbrief der Präsidentin, worin sie den Muslimen empfahl, das Minarett bei Kochs Bischofsitz in Solothurn aufzustellen.¹⁴

Auch politisch stand die Gemeinde nun im Gegenwind: Die Wangner Entscheidungsträger sahen sich am medialen Pranger, sie fühlten sich von der EKR verunglimpft. Der Gemeindepräsident verwahrte sich gegen den Vorwurf, die Wangner seien intolerant und fremdenfeindlich.¹⁵

Die Gemeinde stand nun unter Rechtfertigungsdruck.¹⁶ Nach dem Sieg des

¹² Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) zur aktuellen Entwicklung, Angst 2006: „Mehrheit und muslimische Minderheit in der Schweiz“. S. 27.

¹³ Interview in der NZZ am Sonntag vom 3.9.2006. Der Bischof wurde im November 2010 vom Papst zum Kardinal ernannt.

¹⁴ Oltner Tagblatt vom 14.9.2006. Dieser innerkirchliche Konflikt war symptomatisch für das Verhältnis von Kirchenleitung und Basis im Minarettediskurs: Unter dem Titel „Hassattacken auf Bischof Koch wegen Minarett-Initiative“ erschien im Sonntag vom 22.11.2009 ein Artikel mit Interview eine Woche vor der Anti-Minarett-Abstimmung, worin Bischof Koch „massive“ Reaktionen wegen der Haltung der Bischofskonferenz schilderte. Er sei als Landesverräter bezeichnet worden und es sei auch zu Kirchenaustritten gekommen. Bei der evangelisch-reformierten Landeskirche war die Haltung von Führung und Basis ähnlich gespalten: Beide Landeskirchen empfahlen die Ablehnung der Anti-Minarett-Initiative, das Kirchenvolk stimmte aber beiderseits mit rund 60 Prozent für die Initiative (vgl. Hirter/Vatter 2010: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009).

¹⁵ Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006.

¹⁶ In einem ähnlich gelagerten Fall um den Bau eines Minaretts in Bobingen/ Schwaben Anfang der 1990er Jahre geriet die Kleinstadt in den überregionalen Medien unter Verdacht, ein ausländerfeindliches hinterwäldlerisches Dorf zu sein, was im Ort als ein Angriff von aussen wahrgenommen wurde und eine Wagenburgmentalität bzw. „das Schliessen der eigenen Reihen“ erhöhte (Schmitt 2003: 220f.).

4. Konfliktanalyse

Kulturvereins beim Bau- und Justizdepartement des Kantons Solothurn schienen dem Minarettbau nichts mehr im Weg zu stehen. Die Minarettgegner argumentierten sowohl vor Verwaltungsgericht, als auch später vor Bundesgericht kaum mehr materiell, d.h. das Minarett stand nicht mehr im Zentrum – es wurde also nicht versucht, die vielfältigen Begründungen des lokalen erstinstanzlichen Baubewilligungsverfahrens zu verteidigen. Vielmehr beriefen sich die Minarettgegner nun auf allgemeinere Rechtsgüter wie die „Gemeindeautonomie“ oder auf angebliche Verfahrensmängel durch die „Verweigerung des rechtlichen Gehörs“, was den Rechtsstreit zwar in die Länge zog, denn es wurde auf lokaler Ebene, nach Niederlagen der Minarettgegner bei allen Instanzen, die Baubewilligung für abgelaufen erklärt, was wiederum ein Rekursverfahren nötig machte, aber am Ausgang des Verfahrens wenig Zweifel aufkommen liess.

Befreiungsschlag der Minarettgegner

Das Minarett, das ab Juli 2006 wohl kaum mehr verhindert werden konnte, trat als Thema in den Hintergrund. Dafür begann nun eine Skandalisierung des Kulturvereins. Der Gemeindepräsident warf dem Kulturverein vor, er sei nicht kooperativ und die Mitglieder würden nichts dazu beitragen, das nötige Vertrauen für einen Minarettbau aktiv aufzubauen. Zudem würde der Islam nicht durch Aktionen Schlagzeilen machen, die der Friedensförderung und Völkerverständigung dienten.¹⁷ Schliesslich wurde dem Kulturverein vorgehalten, eine Flagge mit dem Vereinslogo (einem heulenden Wolf) neben den Flaggen der Schweiz, der Türkei und Wangens (mit dem heiligen Gallus) gehisst zu haben. Diese Beflaggung kurz nach dem Sieg beim Bau- und Justizdepartement wurde im Dorf als provokatives Triumphsymbol wahrgenommen, was wiederum zeigte, dass sich die Minarettgegnerschaft zu diesem Zeitpunkt kaum mehr Siegeschancen ausrechnete. Gleichwohl wurden die Segel nun nicht gestrichen, vielmehr wurde ein neues Konfliktfeld erschlossen.

Die Vereinsflagge löste nun mit Herbstbeginn 2006 das Minarett als Konfliktgegenstand ab, was sich in der Medienanalyse empirisch nachzeichnet lässt (vgl. Abbildung 4.2). Musste das geplante symbolische, sechs Meter hohe

¹⁷ Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006. Damit verwies er auf die muslimischen Reaktionen auf die Regensburger Papst-Rede vom 12. September, was am 22.9.2006 zu einer Arena-Sendung unter dem Titel „Papst empört Muslime – Kampf oder Dialog der Kulturen?“ geführt hatte, wo auch der Fall Wangen thematisiert und damit wie beim Karikaturenstreit im Februar 2006 in eine internationale Perspektive gerückt wurde.

4. Konfliktanalyse

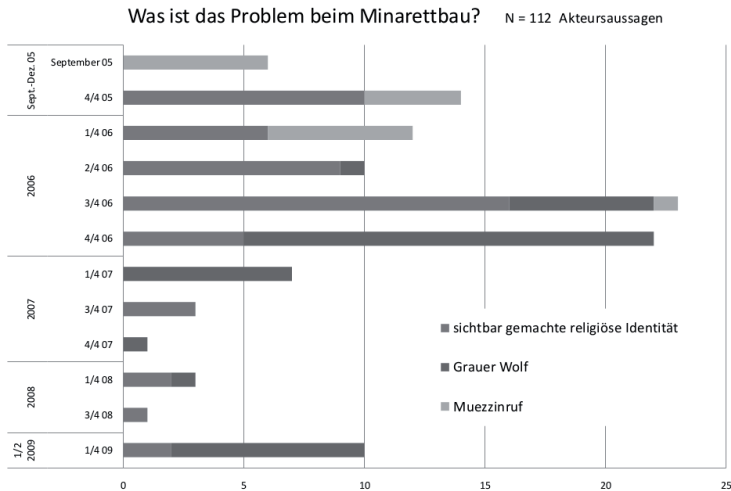


Abbildung 4.2.: Problematisierung des Minarettbaus

Minarett zu Beginn gedanklich noch mit einem Muezzin bestückt werden, um einen bedrohlichen Eindruck zu machen und um schliesslich als „dominantes“ und „aggressives“ Symbol zur Sichtbarmachung des Glaubens problematisiert zu werden, so eignete sich nun die Flagge als Tuch mit starkem Symbolgehalt einiges besser zur konfliktiven Auseinandersetzung.

Der Gemeindepräsident war nämlich im Internet auf einen Bericht des Verfassungsschutzes Nordrhein-Westfalens von 2004 gestossen, worin das Zeichen des „Grauen Wolfes“ einer „ethnisch (rassistisch)-nationalistisch“ orientierten türkischen Bewegung mit „stark islamisch gefärbter Ideologie“ zugeschrieben wurde. Die Bewegung sei am Führerprinzip ausgerichtet und gewaltbereit. Mit ihren totalitären Strukturen biete sie diesem Bericht gemäss auch einen Nährboden für islamistisch geprägte extremistische Bewegun-

4. Konfliktanalyse

gen.¹⁸ Daher sei es doch paradox, meint der Gemeindepräsident, dass die Wangner von der Rassismuskommission des Rassismus verdächtigt würden. Er verwahrte sich nochmals gegen die Vorwürfe an die Bevölkerung und möchte nicht, dass deren „offene Haltung“ in „Fremdenhass“ umschlage.¹⁹

Nun erschien am Tag darauf ein Frontseiten-Kommentar unter dem Titel „Fatales Symbol“, worin die Stellungnahme der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus gerügt wurde, da diese in ihrer Beurteilung des Wangner Minarettstreits den politischen Hintergrund des Vereins nicht berücksichtigt hätte. Es schien nun „unerträglich“, die Fahne einer „gewalttätigen Ideologie“ in der Region Olten wehen zu sehen.²⁰ Damit hatte die Polarisierung im Konfliktsystem auch auf die lokale Medienberichterstattung übergegriffen. Durch die unterstellte Verbindung des Kulturvereins zu einer extremistischen, gewalttätigen Organisation wurden die Mitglieder des Kulturvereins gesellschaftlich diskreditiert und somit als Diskursakteure delegitimiert.²¹

Selben Tags folgte der Auftritt des reformierten Pfarrers von Wangen in der Fernsehdiskussionssendung Zischtigclub zum Thema „Minarett-Streit: Wie viel Islam erträgt die Schweiz?“²² Der Pfarrer beschrieb die Mitglieder des

¹⁸ Vgl. Schiffauer (2006) zur Kritik an der Datenerhebung des Verfassungsschutzes und der damit verbundenen begrenzten Aussagekraft, sowie an der rezipierenden Gesellschaft, in der es seit 9/11 eine „problematische Tendenz gibt, Behauptungen in Verfassungsschutzberichten als ‚wahr‘ zu unterstellen“ und dass bereits die Tatsache, im Verfassungsschutzbericht erwähnt zu sein, als Verurteilung gewertet werde (ebd. S. 251). Dies betrifft ironischerweise auch die Minarettgegner, wenn sie in Berichten der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus (EKR) erwähnt werden und dadurch glauben, als Rassisten abgestempelt zu sein. Konfliktakteure nutzen nach Wessler (2002: 190) vermehrt Wissen als Ressource zur Konfliktaustragung und rechtfertigen ihre Positionen mit Ergebnissen wissenschaftlicher Untersuchungen und Expertenmeinungen.

Das Internet bietet einen niederschweligen Zugang zu Informationen, die unhinterfragt (und ohne Korrektur durch Experten) für den eigenen Kontext übernommen werden. Der Initiant der Bürgerinitiative, die Baukommission für die Begründung der Ablehnung des Minarets sowie der Anwalt der Anwohner in Gerichtsverfahren stützen sich auf Informationen aus Wikipedia zum Stichwort „Minarett“ und später zu „Graue Wölfe“. Auch in einem redaktionellen Kommentar heisst es einmal: „Im Internet ist viel Besorgniserregendes über die ‚Grauen Wölfe‘ als rechtsextreme Türkenbewegung zu erfahren.“ (Oltner Tagblatt vom 30.9.2006).

¹⁹ Ein zweites Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006. Umrahmt werden die Interviews auf einer Doppelseite links und rechts von Berichten zu den Haltungen der EKR und des Bischofs mit Fotos des EKR-Präsidenten und des Bischofs. Der Bericht wurde zudem auf der Frontseite gross angekündigt.

²⁰ Oltner Tagblatt vom 26.9.2006.

²¹ Die Qualität der Informationen und ihre Verarbeitung zur konkreten Situationsbeurteilung wurde im Diskurs kaum hinterfragt, was im Zusammenhang mit eklatantem Wissensmangel über islamische Diasporagemeinschaften und Religion im Allgemeinen steht. Das Nichtwissen (wollen) betrifft dabei auch die Medienschaffenden, wie es Dahinden und Wyss (2010) im Projekt: „Rolle der Massenmedien beim Zusammenprall der Kulturen“ des Nationalen Forschungsprogramms 58 aufzeigen.

²² Club vom 26.9.2006. Der Pfarrer nahm nun als einziger Wangner Diskursakteur teil, nachdem im Club vom 21.2.2006 zum Thema: „Wangen SO: Provoziert das Minarett die Christen?“ noch ein Vertreter des Kulturvereins und der Initiant der lokalen Bürgerinitiative teilgenommen hatten.

4. Konfliktanalyse

türkischen Kulturvereins ähnlich wie der Gemeindepräsident als distanziert zur Gemeinde Wangen: Sie würden überhaupt keinen Kontakt zum Dorf aufnehmen und sich nicht am gesellschaftlichen Leben beteiligen („reine Abschottungspolitik“). Sie wollten im Dorf „auf Gedeih und Verderb“ etwas gegen eine Mehrheit durchsetzen, die skeptisch sei und immer skeptischer werde, je mehr es auf Konfrontation hinauslaufe. Er erwähnte auch die Fahne der „Grauen Wölfe“ und sprach von der „Gefahr des Grauen Wolfes“.

Am nächsten Tag wurde der Gemeindepräsident im Blick zitiert, wonach der Verein sich nun glaubwürdig von den „Grauen Wölfen“ distanzieren müsse.²³

Tags darauf meldete sich der Initiant der Bürgerinitiative gegen das Minarett in Wangen per Leserbrief²⁴ zu Wort und sah nun angesichts der „Grauen Wölfe“ seine Befürchtung einer schrittweisen Expansion des Kulturvereins („Salamitaktik!“)²⁵ und die damit verbundenen – immer schon vermuteten – unlauteren Motive bestätigt. Erstmals stellte er nun den Minarettstreit in den grösseren Zusammenhang des Islamdiskurses, indem er auf die Regensburger Papst-Rede und die muslimischen Reaktionen darauf verwies, wobei er einen Gegensatz zwischen „uns westlichen Ländern“ und „islamischen Ländern“ konstruierte und seine Bürgerinitiative als Gegenbewegung in der Nachfolge der Kreuzzüge positionierte – zur Abwehr von politisch oder religiös motivierten Menschen, die andere Menschen unterjochen wollten.

Reaktion des Kulturvereins

Im Oktober sah sich der Kulturverein zu einer Medienmitteilung genötigt, „weil die Bevölkerung uns missversteht und weil gegenüber uns beleidigende und erniedrigende Aussagen gemacht werden“²⁶, in welcher der Vorstand alle unterstellten Verbindungen zu gewalttätigen Organisationen zurückwies. Im November beteiligte sich der Türkische Kulturverein am „Tag der offenen Moscheen“²⁷ des Kantons Solothurn und versuchte dabei die medial

²³ Blick vom 27.9.2006.

²⁴ Berner Zeitung vom 28.9.2006.

²⁵ Hüttermann (2003: 80ff.) bezeichnet das Schlagwort der „Salamitaktik“ als einen ‚Klassiker‘ in Konflikten um islamische Symbole: Dieser Vorwurf meint ein verschleiertes strategisches Vorgehen des Konfliktgegners, der potentiell gefährliche Absichten verfolgt und dient dabei als Anknüpfungspunkt für Verschwörungstheorien.

²⁶ Medienmitteilung vom 16.10.2006, online: <http://de.otko.com/> (21.1.2014).

²⁷ Gemäss Berner Zeitung vom 13.11.2006 stammte die Idee aus dem Kanton Aargau und gelangte über die „Interreligiöse Arbeitsgemeinschaft“ (Iras-Cotis) zum Solothurner Integrationsdelegierten.

4. Konfliktanalyse

vermittelten Vorurteile zu zerstreuen. Mehrere hundert Personen seien der Einladung nach Wangen gefolgt – allerdings niemand aus der Minarettgegnerschaft.²⁸

Zwei Tage später fand in Olten eine Podiumsveranstaltung²⁹ mit dem Journalisten Werner van Gent statt, der im Minarettstreit zu einem Runden Tisch riet.³⁰ Tatsächlich organisierte das Oltner Tagblatt bereits am nächsten Tag ein Rundtischgespräch mit einer Vertreterin des Kulturvereins, zwei Minarettgegnern (Gemeindepräsident und Initiant Bürgerinitiative), dem Solothurner Integrationsdelegierten, dem Generalsekretär des Bistums Basel und einer Islamwissenschaftlerin. Allerdings wurde das Thema schnell wieder auf die „Grauen Wölfe“ gelenkt, da der Gemeindepräsident just zu diesem Zeitpunkt ein Schreiben des Chefs des Inlandnachrichtendienstes aufs Tapet brachte, das eine Gefahreinschätzung des Kulturvereins beinhaltete – als Antwort auf eine offizielle Anfrage der Gemeinde beim Bundesamt für Polizei vom August, die bereits Ende September bei der Gemeinde eingetroffen war. Im Zeitungsbericht zum Rundtischgespräch wurde nun der Brief des Schweizer Staatsschutzes auszugsweise öffentlich und es schien nun „von höchster Stelle in Bern“ bestätigt, dass der Kulturverein zu einer „rechtsextremistischen Organisation“ gehörte.³¹ Dieses Dokument des Staatsschutzes wurde von den Diskursteilnehmern nun gerne aufgegriffen, da es als Deutungsangebot durch das *symbolische Kapital* (vgl. Schwab-Trapp 2001: 273) des Repräsentanten einer anerkannten politischen Institution Gewicht erhielt.

Diese erneuten Vorwürfe setzten die Vertreterin des Kulturvereins am Runden Tisch unter Druck. Als eine „glaubwürdige“ Distanzierung von den „Grauen Wölfen“ und ein Moratorium für den Minarettbau gefordert wurde (bis „das Vertrauen gewachsen ist“), erklärte sich die Vereinsvertreterin bereit „mit einem Minarett zuzuwarten“ und „die entstandenen Vorbehalte abzu-

²⁸ Oltner Tagblatt und Tages Anzeiger vom 13.11.2006.

²⁹ Organisiert von der Kommission für Integration der Stadt Olten, Iras-Cotis und dem Schweizerischen Roten Kreuz Kanton Solothurn.

³⁰ Oltner Tagblatt und Berner Rundschau vom 15.11.2006.

³¹ Oltner Tagblatt vom 18.11.2006. Im Antwortschreiben des Staatsschutzes wurden neben dem Wangner Kulturverein noch andere Vereine genannt, worauf der St. Galler Regierungsrat beim Bund intervenierte und die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrates zum Schluss kam, dass der Staatsschutz im Minarett-Streit in Wangen bei Olten mit „nicht verifizierten Informationen unnötigen öffentlichen Wirbel“ verursacht habe. Das Verhalten grenze dabei an „grobe Fahrlässigkeit“ (Sonntags Zeitung vom 3.2.2008; Original-Bericht: <http://www.admin.ch/ch/d/ff/2008/5061.pdf>, 21.01.2014). Diese offizielle Korrektur gelangte aber nie bis auf die lokale Diskursebene hinunter, worauf dem Kulturverein der Ruch des Extremismus anhaften blieb. Im Sommer 2010 kritisierte die Geschäftsprüfungsdelegation der Eidgenössischen Räte die Arbeitsweise des Geheimdienstes erneut (NZZ-online und Tages Anzeiger vom 2.7.2010).

4. Konfliktanalyse

bauen“.³²

In den nächsten zwei Tagen konstatierten nun verschiedene Zeitungsberichte eine „Aufweichung der Fronten“ im Minarettstreit.³³ Wie das Schweizer Fernsehen daraufhin berichtete, hatte sich das Verwaltungsgericht zu einem Ortstermin in Wangen eingefunden und tagte nach einem Rundgang mit den Parteien in einem Restaurant, wo der Antrag der Gemeindebehörden für eine Sistierung des Baugesuchs durch ein fünfjähriges Moratorium zurückgewiesen wurde, da die Sache „entscheidungsreif“ sei. Der Anwalt des Kulturvereins präzisierte gegenüber dem Fernsehen, dass beim Entgegenkommen des Vereins, ein Rückzug des Baugesuchs nie zur Diskussion gestanden habe. Die Gemeindebehörden hatten beim Gericht nun auch das Schreiben des Staatsschutzes eingereicht.³⁴ Als letzten Trumpf versuchte die Gemeinde noch eine Planungszone über das Gebiet zu verhängen, da eine Ortsplanungsrevision kurz bevor stehe, was aber nicht mehr gelang.³⁵

Eskalation

Schliesslich realisierten die Diskursakteure, dass die für kurze Zeit wahrgenommene Tauwetter-Stimmung im Minarettstreit nicht mehr zu einer einvernehmlichen Lösung führen würde – und als schuldige Konfliktpartei wurde schnell der Kulturverein ausgemacht, der eine grosse, „vielleicht einmalige Chance“ vertan habe. Er habe es abgelehnt, „den Fuss auf die goldene Brücke zu setzen“, die ihm die Gemeinde habe bauen wollen, wie es in einem redaktionellen Kommentar hiess.³⁶

Kurz darauf wurde der Entscheid des Verwaltungsgerichts publik und stiess auf breites Medieninteresse. In einem Kommentar wurde konstatiert, dass der Verein nun die Baubewilligung habe, aber den Turm nicht errichten sollte, da er „als Bedrohung“ wahrgenommen würde. In einem anderen Kommentar wurden die „Moscheebetreiber“ aufgefordert ohne Turm weiter zu beten – dafür mit einem Moratorium bis 2015 – „wenn ihre Worte vom friedlichen

³² Oltner Tagblatt vom 18.11.2006.

³³ 20min-online vom 18.11.2006, SonntagsZeitung vom 19.11.2006, Solothurner Zeitung, Bund, Berner Zeitung, Tages Anzeiger, NZZ vom 20.11.2006.

³⁴ Schweiz Aktuell vom 20.11.2006.

³⁵ Oltner Tagblatt vom 21.11.2006. Diese Verhinderungsstrategie wurde auch im Minarett-Streit in Bobingen angewandt (vgl. Schmitt 2003: 200f.).

³⁶ Oltner Tagblatt vom 21.11.2006.

4. Konfliktanalyse

Zusammenleben mehr sind als Lippenbekenntnisse“.³⁷

In einer Glosse wurde später über die Rudelbildung bei Wölfen sinniert, die eine Bedrohung darstellen würden (im Alpen-Kanton Wallis) – was aber auch für die „Grauen Wölfe“ gelte – daher dürfe „Wangen nicht zu einem Treffpunkt Grauer Wölfe werden, die sich um ein Minarett scharen“.³⁸ Für einen Solothurner SVP-Kantonsrat war nun klar, dass es nicht mehr „nur um ein Minarett, sondern um den Ausbau eines Stützpunktes einer extremistischen Organisation“ gehe.³⁹

In seiner Akteurszeitschrift stellt einer der Hauptinitianten der Anti-Minarett-Initiative mit Verweis auf den bekannten Brief des Staatsschutzes fest, dass die Wangner Moschee nicht bloss ein Gebetshaus sei, sondern der „Stützpunkt einer gewalttätigen Kampforganisation“. Die Auseinandersetzung trete nun in eine „völlig neue Phase“ ein, deshalb müsse der Bürger nun „handeln“, denn „unser Land gehört uns – nicht Exponenten ausländischer Gewalttrupps“.⁴⁰

Zeitgleich erreichte der Islamdiskurs in der Schweiz mit der „Schulweihnachts-Debatte“, nach dem Karikaturenstreit und der Regensburger Papst-Rede, einen dritten Höhepunkt im Untersuchungszeitraum. Der Blick titelte: „Adventskränze und Christbäume – raus aus der Schule“, was auf Forderungen „radikaler Muslim-Eltern“ zurückgehen würde.⁴¹ Das Thema beschäftigte eine Woche lang die Medien und nötigte Vertreter organisierter Muslime zu Stellungnahmen und Distanzierungen, denn: „Diese Forderung brachte das Blut von Herr und Frau Schweizer ins Wallen“ wie der Blick rückblickend konstatierte.⁴²

Nach Weihnachten wurde dann ein Anschlag auf das Vereinsgebäude verübt, mehrere Fensterscheiben wurden eingeworfen und die „Wolfsfahne“ wurde gestohlen. Nur die regionalen Medien berichteten darüber und in einem redaktionellen Kommentar hiess es dazu, dass die „offene Gewalt“, die beim Übergriff auf das Vereinslokal zum Zuge gekommen sei, dem „unversöhnlichen Beharren“ des Vereins auf dem Minarett-Projekt zugeschrieben werden

³⁷ Oltner Tagblatt und Solothurner Zeitung vom 25.11.2006. Der zweite Kommentator verlängerte das von den Minarettgegnern vorgebrachte Moratorium ohne Begründung nochmals um einige Jahre.

³⁸ Oltner Tagblatt vom 1.12.2006.

³⁹ SonntagsZeitung vom 3.12.2006.

⁴⁰ Ulrich Schlüer in seiner Schweizerzeit vom 8.12.2006.

⁴¹ Blick vom 11.12.2006.

⁴² Blick vom 18.12.2006.

4. Konfliktanalyse



Abbildung 4.3.: Minaretteinweihung am 27. Juni 2009 (ow)

müsse. Der Verein habe die „Zeichen auf Eskalation“ gestellt.⁴³

Rückblickend sagen lokale Akteure dem Autor im Interview, dass man durch die Dynamik des Konflikts gar nie zur Besinnung gekommen sei, denn es habe immer Handlungsdruck bestanden. Am Ende aber, als das Minarett installiert war und sich die Welt ungerührt weiterdrehte, verstand man gar nicht mehr, warum man wegen „dieses Türmleins“ eine so grosse Sache daraus gemacht hatte (vgl. Abbildung 4.3).⁴⁴

Fundamentalkonflikt

Der lokale Konflikt nahm in der zweiten Hälfte 2006 zum Teil die Züge eines Fundamentalkonflikts (Imhof 2011: 169ff.) an, d.h. es schien (1) in einer Regulierungsdimension aus der Sicht der Minarettgegner (und auch der Bauherrschaft) im Streit nur ein Entweder-Oder zu geben (bauen oder nicht-bauen), was Hirschman (1994: 301) als *unteilbaren* Konflikt beschreibt. In einem als *teilbar* wahrgenommenen (oder darin überführten) Konflikt gibt es

⁴³ Oltner Tagblatt vom 29.12.2006.

⁴⁴ Schmitt (2003: 202) hatte vergleichbares auch im Bobinger Minarettstreit beobachtet und notiert, dass die Eigendynamik des Konflikts ab einem gewissen Eskalationsniveau schnell zu einem „Weiter-So!“ verleite und eine „Augen-zu-und-durch“-Mentalität, „ohne grosse Rücksicht auf fremde und eigene (Image-)Verluste“ befördere.

4. Konfliktanalyse

dagegen Verhandlungsspielraum, ein Mehr-oder-Weniger ist verhandelbar.⁴⁵ In Wangen wurde aber kein Interessensausgleich angestrebt, da die Minarettgegner auf einem bedingungslosen Rückzug des Baugesuchs beharrten, bis irgendwann „die Zeit reif“ und „Vertrauen“ geschaffen worden sei.⁴⁶ Damit wurde (2) in einer Anerkennungsdimension die Anerkennung des Kulturvereins als Konfliktpartei bereits von Beginn an in Frage gestellt. Als Diskursakteur vollends delegitimiert wurde der Kulturverein durch die unterstellte extremistisch-gewalttätige Gesinnung der Vereinsmitglieder wegen der vom Staatsschutz behaupteten Mitgliedschaft des Kulturvereins in einer rechtsextremistischen Organisation. Nachdem sich der Kulturverein wiederholt weigerte, die umstrittene Vereinsflagge mit dem heulenden Wolf einzuholen, wiesen der kantonale Integrationsdelegierte sowie die Gemeinde- und Kirchenvertreter die Einladung zur Minarett-Einweihung öffentlich zurück. Die Beteuerungen der Vereinsvertreter, keinen Kontakt zu extremistischen Organisationen zu pflegen, wurden von den Minarettgegnern nie als glaubwürdige Distanzierung anerkannt.

Interessanterweise wurde am Ende des Minarettstreits die Skandalisierung des Vereins als extremistische Organisation auf den ganzen Konfliktverlauf rückprojiziert, denn es wurde nun von den lokalen Minarettgegnern der Eindruck vermittelt, dass man schon immer wegen des Extremismus-Verdachts gegen den Minarettbau gewesen sei, wodurch man nicht mehr genötigt wurde zu ergründen, was denn beim Minarettbau vor dem Auftauchen des Themas der „Grauen Wölfe“ das Problem war und wodurch man den von aussen herangetragenen Vorwurf der Fremdenfeindlichkeit von sich weisen konnte.

Der grösste Teil der Minarettgegner akzeptierte den Rechtsweg, während extreme Positionen innerhalb der Bürgerinitiative diesen ablehnten. Es lassen sich daher innerhalb der Minarettgegnerschaft Unterschiede anhand der Anerkennung des Rechtsverfahrens als institutionalisierter Verfahrensprozess zur Konfliktlösung aufzeigen. Seitens des Initianten der Bürgerinitiative wurde die Bau- und Planungskommission gemahnt „darüber nachzudenken, wen

⁴⁵ So wurde beispielsweise in Konflikten um Minarettbau-Projekte in Deutschland und Österreich über die Höhe und Gestalt des Minaretts gestritten und eine Einigung erzielt: Vgl. Fall Bobingen/ Schwaben Anfang 1990er (Schmitt 2003: 185ff.); Fall Halle/ Westfalen 2001 (Hüttermann 2006); Fall Telfs/ Tirol Ende 2005, wie in Wangen mit einer Unterschriftensammlung gegen einen Minarettbau, worauf die geplante Minarett Höhe in einem Kompromiss von 20 Meter auf 15 Meter reduziert wurde und die Einsprachen daraufhin zurückgezogen wurden (Der Standard vom 12.3.2006).

⁴⁶ Etwa Oltner Tagblatt vom 25.9.2006. Die diesbezüglichen Zeitangaben liegen gemäss den Gegnern zwischen Jahren (Gemeindepräsident: bis Vertrauen geschaffen wird) und Jahrzehnten (Bürgerinitiative: bis sich der Islam befriedet hat).

4. Konfliktanalyse

sie zu vertreten hat und von wem sie gewählt wurde“, denn es könne keine „Wertung nur nach dem Baureglement“ geben.⁴⁷ Dem Baudepartement in Solothurn wurde klar gemacht, dass nicht Gerichte über den „Volkswillen“ entscheiden sollten.⁴⁸ In der Anerkennungsdimension fehlte also neben der wechselseitigen Anerkennung der Konfliktparteien auch zum Teil die Anerkennung des Rechtsverfahrens zur Konfliktregelung. Damit wurde dem Verein gegenüber die Anerkennung von Zugehörigkeit grundsätzlich in Frage gestellt.

Ein lokaler Akteur bezeichnete sich als „immer noch gehorsamer und überzeugter Staatsbürger“, er frage sich aber immer mehr: „Kann man wirklich alles einfach so hinnehmen?“⁴⁹ Im Sinne der erwähnten Aufforderung eines Initianten der Anti-Minarett Initiative, dass der Bürger nun „handeln“ müsse, drohte der Streit die Grenze eines geregelten Konflikts zu überschreiten, was beim Gewalthandeln gegen das Vereinslokal und dem eigenmächtigen Herunterholen und Entwenden der Vereinsflagge punktuell auch geschah. In der Regulierungsdimension wurden im Minarettstreit also die Grenzen des gesellschaftlich tolerierten Konfliktverhaltens ausgelotet.

Die politischen und kirchlichen Gemeindevertreter hingegen hielten sich – auch um ihrer gesellschaftlichen Reputation willen – an die anerkannten Konfliktregelungsmechanismen. Durch den Verweis auf die Autorität des Rechtsstaates gewannen die pragmatischer ausgerichteten Minarettgegner einen Spielraum, um sich gegen die radikalen Forderungen seitens der Bürgerinitiative abzugrenzen.

Die von den Konfliktparteien anerkannte Autorität einer dritten Partei, hier der Justiz als Garant einer Rechtsordnung, wirkte selbstbegrenzend und zivilisierend, was Dubiel (1997: 425) als *gehegten* Konflikt beschreibt. Dadurch konnte der unheilvollen Konfliktdynamik die Spitze gebrochen werden.

Der Dritte, in Gestalt des Rechtssystems mit seinen Gerichtsinstanzen, hatte den Konflikt zwar keiner Lösung zugeführt, hatte aber durch die Anerkennung der Konfliktparteien die mögliche Themenvielfalt durch eine Auswahl von juristisch definierten Themen eingeschränkt, was zu einem langen Rechtsstreit, aber auch zu einer Kanalisierung der Argumentation geführt hatte, welche im Unterschied zum Diskurs in der massenmedialen Öffentlichkeit einen gewissen Rationalitätsgrad aufweisen musste und dadurch de-

⁴⁷ Leserbrief im Oltner Tagblatt vom 12.10.2005.

⁴⁸ Leserbrief im Oltner Tagblatt vom 30.6.2006.

⁴⁹ Leserbrief im Oltner Tagblatt vom 11.11.2005.

4. Konfliktanalyse

eskalierend wirken konnte. Schliesslich lag ein grosser Vorteil des Vorhandenseins einer dritten Partei darin, dass sich die unterlegene Konfliktpartei – die lokale Minarettgegnerschaft – zugutehalten konnte, bis zum Schluss gekämpft und der Gegenpartei nie nachgegeben zu haben, was sonst als Schwäche hätte interpretiert werden können (und zur Abwahl der politischen Vertreter hätte führen können). Nun konnte man aber den Grund für eigene Konzessionen – dass man den Kulturverein beim Minarettbau gewähren liess – dem Dritten zurechnen (vgl. Luhmann 1981: 109).

Im eskalierenden Fundamentalkonflikt wurde der unterlegenen Partei durch das Akzeptieren des Bundesgerichtsentscheides ein (mehr oder weniger ehrenvoller) Rückzug gewährt, womit die Konflikthandlungen eingestellt werden konnten. Der Konflikt wurde zwar nicht gelöst (da er nach wie vor als unteilbar interpretiert wird), doch wurde die Konfliktodynamik durchbrochen und dieser in einen latenten Konflikt überführt, der – wie die anhaltenden Querelen um die „Wolfsfahne“ zeigen – aber jederzeit wieder manifest werden könnte.⁵⁰

⁵⁰ Im Solothurner Kantonsrat wurde im Januar 2010 ein Verbot der Vereinsfahne mit dem heulenden Wolf gefordert. Gemäss Oltner Tagblatt vom 16.6.2010 beantragte der Regierungsrat Nichterheblicherklärung, würde es aber begrüssen wenn der Verein die Flagge mit dem „Grauen Wolf“ freiwillig entfernen würde. Abzuwarten sei noch die Revision des Strafgesetzbuches, wo die Rassismus-Strafnorm (Art. 261bis StGB) ergänzt werden könnte. Laut Medienmitteilung des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements vom 30.6.2010 verzichtet der Bundesrat aber auf die Schaffung einer neuen Strafnorm gegen rassistische Symbole. Im August 2010 wurde eine Droh-Email an die Gemeinde Wangen mit dem Absender „Antifa“ öffentlich, wonach die Vereinsfahne, das „islamofaschistische Hakenkreuz (Grauer Wolf)“ vor dem „Allahhaus in dem ein pädophiler Kriegsfürst (Mohammed) und sein Todesgott Allah verehrt werden“ umgehend entfernt werden müsse (Oltner Tagblatt vom 11.8.2010). Inhaltlich ist die Botschaft einem islamophoben Milieu zuzuordnen, wo diese Art hetzerischer Argumentation zum Standardrepertoire gehört (vgl. 15.3.3). Im November 2010 lehnte der Kantonsrat schliesslich den Auftrag der SVP grossmehrheitlich ab, wonach die Flagge des „Grauen Wolfes“ unverzüglich zu Entfernen sei, wobei sich aber „sämtliche Parteien von links bis rechts“ gemäss dem Grenchner Tagblatt vom 11.11.2010 darin einig waren, dass die Flagge irritiere und eigentlich nicht dort hin gehöre.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

Die muslimische Einwanderung nach Europa hatte bereits in den 1990er Jahren zu Konflikten um Moscheen und Minarette geführt.¹ Die Herkunft der muslimischen Migranten unterscheidet sich dabei je nach Land sehr stark, in Deutschland stammen diese Einwanderer beispielsweise hauptsächlich aus der Türkei und sind in der neuen Heimat auch bereits früh in Konflikte um religiöse Bauten verwickelt.² Viele Personen aus der Türkei sind auch in die Schweiz ausgewandert und stellen dort einen starken Anteil an der muslimischen Bevölkerung. Beim Minarettkonflikt kann die involvierte Diaspora aus der Türkei daher nicht isoliert – nur auf die Schweiz bezogen – betrachtet werden. Vielmehr ist es zum Verständnis der Situation dieser oft in Vereinen und weitverzweigten Verbänden organisierten Personen nötig, die Migration aus der Türkei und die organisatorische Vernetzung der europäischen Diaspora im Blick zu halten. Im Fall Wangen betrifft dies den ultranationalistisch orientierten Teil dieser Migranten, welche sich in eigenen Netzwerken bewegen und in Konkurrenz zu anderen organisierten Einwanderern aus der Türkei stehen. Vor diesem Hintergrund soll die Vielfalt an konkurrierenden Bedeutungen des Minarettbaus aufgezeigt werden.

Neue Heimat

Der Wangner Kulturverein wurde 1978 in Olten von türkischen Einwanderern als *Olten Türk Kültür Ocağı* gegründet. In der Migrationsforschung geht man von mehreren türkischen Einwanderungswellen in die Schweiz aus, wobei diese Migranten zur ersten Welle gehören, die von Mitte der 1960er Jahre bis zum Militärputsch 1980 dauerte und fast ausschliesslich auf Arbeitsmigration basierte (Haab et al. 2010: 36). Das Land, das diese Auswanderer verlassen hatten, zeichnete sich in den 1970er Jahren durch eine politisch stark polarisierte Gesellschaft aus, in der sich linke und rechte Gruppen radikalisierten und sich blutige Kämpfe lieferten. Wie auch in der Schweiz, hatte

¹ Zur Übersicht der beginnenden europäischen Konflikte um Moscheen und Minarette vgl. Cessari (2005) und Allievi (2003).

² Vgl. Schmitt (2003) und Hüttermann (2003).

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

sich in der Türkei im Kalten Krieg ein Nationalismus etabliert, der stark auf eine anti-kommunistische Haltung abstützte.³

Dieses Bild einer gefährdeten Nation, die von äusseren und inneren Feinden bedroht wird, prägt die Erinnerung dieser Auswanderergeneration. In den 1970er Jahren begann sich der stark nationalistisch gesinnte Teil der türkischen Migranten in verschiedenen europäischen Ländern⁴ in „Türkischen Heimen“ zu organisieren, woraus die Auslandsorganisation der Anfang der 1960er Jahre von Alparslan Türkeş gegründeten politischen Partei MHP entstand (Bozay 2005: 181). Der 1997 verstorbene – als *Başbuğ* (Führer, Leitwolf, oberster Befehlshaber) verehrte Offizier und Politiker – begründete eine ultranationalistische politische Bewegung, deren Anhänger sich als *Boz-kurtlar* (Graue Wölfe) oder *Ülkücüler* (Idealisten) bezeichnen und mittlerweile in Europa und der Türkei von verschiedenen Organisationen und Parteien vertreten werden (Arslan 2009: 52). Hervorgegangen ist die Bewegung aus der Ideologie des Turanismus (Turan: von Turkvölkern bewohntes Gebiet), deren Anhänger – die jungtürkische Bewegung im Osmanischen Reich – Vereine gründeten, die *Türk Ocağı* (Türkisches Heim) genannt wurden. Im Ersten Weltkrieg kämpfte das Osmanische Reich unter Einfluss dieser Ideologie an der Seite Deutschlands und versuchte ein Grosstürkisches Reich zu erobern (vgl. Hanioglu 2008: 179). Nach dem verlorenen Krieg und dem Untergang des Jahrhunderte alten Osmanischen Reiches beschränkte sich der kemalistische Nationalismus ideologisch auf das Gebiet der heutigen Türkei. Die angespannte politische Lage in der Türkei der 1970er Jahre übertrug sich auch auf die im Ausland lebenden türkischen Bürger.⁵ So berichteten deutsche Medien über Übergriffe der „Grauen Wölfe“ in Deutschland, worauf ein Verbot der MHP-Auslandsorganisation gefordert wurde. Das türkische Verfassungsgericht verbot dann 1976 die Gründung und Betätigung türki-

³ Aus Sicht des Kulturvereins war das so: „Fakt ist, dass damals die Kommunisten, die die Türkei in einen Sowjetblock einbinden wollten, auf den Widerstand der Nationalisten stiessen. Dadurch entbrannten die Unruhen. Doch durch die Aufarbeitung der Unruhen stellte sich heraus, dass in Tat und Wahrheit sich die Ereignisse so darstellten: Die Türkei wurde durch die französischen Studenten-Aufstände von 1968 inspiriert, wobei sich in Europa die Unruhen relativ schnell legten, aber in der Türkei durch den Beitrag aus dem Ausland (vor allem aber durch die damalige Sowjetunion) sich die Ereignisse besonders lang und durch viele Opfer auszeichnete.“ (Aus der Medienmitteilung vom 16.10.2006).

⁴ In Deutschland, Schweiz, Österreich, Frankreich, Belgien und Dänemark, vgl. Bozay (2005: 182).

⁵ Durch die starke Orientierung ans Herkunftsland übertragen sich die dortigen gesellschafts-politischen Spannungen bis in die Gegenwart auch in die Diaspora, worauf die europäischen Residenzgesellschaften wenig Einfluss haben. Die Schweizer Staatsschutzberichte der letzten zehn Jahre führen eigene Kapitel bspw. zu „Ethnisch albanische Gruppen“, „Tamilischer Gewaltextremismus“ oder „Kurdische und türkische Gruppen“.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

scher Parteien in europäischen Ländern. Daraufhin wurde 1978 von 64 europäischen Idealisten-Vereinen die *Türk Federasyon*⁶ (Türkische Föderation) in Frankfurt am Main gegründet, an deren Hauptversammlungen Alparslan Türkeş bis zu seinem Tod als Ehrengast und zentraler Redner auftrat (Bozay 2005: 183/186f.). Nach Aussagen von Vereinsmitgliedern hat Alparslan Türkeş auch Olten zweimal für Vorträge besucht.⁷ Sein Portrait hängt denn auch im Vereinslokal neben jenem von Atatürk, dem Gründer der modernen Türkei. Die Wände des Aufenthalts- und Spielraumes sind mit Landkarten und Bildern türkischer Mythologie, Osmanischer Herrscher und Krieger sowie dem heulenden Wolf geschmückt. Eine solch ausgeprägte Dekoration mit ultranationalistischen Symbolen wird als typisch für Idealisten-Vereine bezeichnet.⁸ Das verbandsinterne Logo der Türkischen Föderation findet man auch auf der Homepage⁹ des Kulturvereins Olten neben dem Bild des Grauen Wolfes, dem eigentlichen politischen Symbol, mit dem sich nach Bozay (2005: 185f.) die Vereinsmitglieder und das Umfeld identifizieren.

Die Tätigkeit der Idealisten-Vereine in Europa ist nicht direkt mit jener in der Türkei zu vergleichen, da sie sich in unterschiedlichen gesellschaftlichen Kontexten bewegen. Während sich die Idealisten-Vereine in der Türkei hauptsächlich mit politischer Arbeit beschäftigen, ist die Situation in der Diaspora eine andere, da die Vereine auch Moscheen, Kultur- und Sportvereine sowie Teelokale betreiben. Diese Angebote werden dabei nicht nur von deren Sympathisanten genutzt, da sie soziale und kulturelle Grundbedürfnisse vieler Einwanderer aus der Türkei und ihrer Familien ansprechen (Arslan 2009: 150f.). Um dieses Feld nicht den islamistischen und ultranationalistischen Organisationen zu überlassen, hatte der türkische Staat schliesslich damit begonnen über das Amt für Religiöse Angelegenheiten (Diyanet) Moschee-

⁶ Föderation der türkisch-demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V. (Avrupa Demokratik Ülkücü Türk Dernekleri Federasyonu), im Internet (Türkisch): <http://www.turkfederasyon.com/> (Zugleich die Seite des Deutschen Verbandes ADÜDTF). Nach der Gründung der europäischen Zentrale in Deutschland folgten Landesverbände in Österreich, Belgien, Holland, Luxemburg, Frankreich, England, Schweden, Norwegen, Dänemark und der Schweiz: Türkisch-Islamischer Idealistischer Verein der Schweiz mit Zentrale in Zürich (İsvicre Ülkücü Türk İslam Kültür Dernekleri Federasyonu). Nach Arslan (2009: 148) sind alle Idealisten-Vereine in Europa unter dem Dach der Türkischen Föderation gesammelt.

⁷ Tages Anzeiger vom 13.11.2006.

⁸ Vgl. Arslan (2009: 137f.). Er hatte in diesem politisch-kulturellen Milieu Feldforschung betrieben.

⁹ <http://tr.otko.com/>. Vor dem Seiten-Relaunch im Dezember 2009 waren auch die Biographie und Ideologie (Neun-Strahlen-Doktrin) des Führers Alparslan Türkeş und ein Porträt des Staatsgründers Atatürk Bestandteil der Homepage. Die alte Version ist noch abrufbar: <http://www.otko.com/tr/> (21.01.2014).

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

vereine in Europa zu unterstützen und in der Türkei ausgebildete Imame zu entsenden.¹⁰ Zuvor hatte man die Migranten mehrheitlich ignoriert, nun aber sollten die Auslandtürken durch eine konservative Kulturpolitik stärker an den türkischen Staat angebunden werden, wobei im Sinne der Diyanet die Rolle der Religion strikt auf den privaten Raum beschränkt bleiben sollte (Schiffauer 2004: 351).

Nationalismus und Islamisierung

Die Ultrationalisten haben ein ambivalentes Verhältnis zum Islam. In ihrem idealistischen Nationalismus träumen sie von einer Grosstürkei jenseits der Staatsgrenzen, die alle Turkvölker mit einbezieht. Während der kemalistische Nationalismus als Modernisierungsideologie eine republikanisch-laizistische Staatsnation konzipiert und damit mit der osmanischen Vergangenheit radikal bricht, orientiert sich der Ultrationalismus historisch jenseits der Staatsgründung von 1923 an einer 2500-jährigen türkischen Geschichte und ihren Gründungsmythen (u.a. der Ergenekon-Legende um den Grauen Wolf), wodurch der viel jüngere Islam nur beschränkt als religiös-kulturelle Basis des Türkentums genutzt werden kann. Die Ultrationalisten sehen die Ära des Osmanischen Reichs aber als „Goldenes Zeitalter“ – das wiederum in die Zukunft projiziert wird – da damals unter türkischer Verwaltung Frieden und Wohlstand herrschten, was die Türken als Verwaltungsvolk des Islams prädestinieren und die Türkei als überlegene Nation auszeichnen würde (Arslan 2009: 51ff.).

Über die Glorifizierung des Osmanischen Reichs konnten die Ultrationalisten den Islam dennoch in die Tradition des Türkentums mit einbeziehen und somit der Konkurrenz des islamistischen Nationalismus der Milli Görüş-Bewegung¹¹ Paroli bieten (Arslan 2009: 47). Schliesslich hatte sich im türki-

¹⁰ 1985 etablierte sich in der Schweiz eine staatlich kontrollierte religiöse Betreuung der türkischen Einwanderer durch die türkische Regierung. Die schweizerischen Behörden begrüßten dies und versuchten damit den Einfluss von Aktivisten wie den „Grauen Wölfen“ einzudämmen, die man verdächtigte zu Beginn der 1980er Jahre in religiösen Vereinen Gewaltakte geplant zu haben (Haab et al. 2010: 109). Im Internet (Deutsch und Türkisch): <http://www.diyamet.ch/>; Es werden 36 Moscheen in der Schweiz aufgeführt, eine davon in Aarburg („Grüne Moschee“), einem Vorort von Olten, 3 km vom alten Standort des Kulturvereins in Olten und 6 km vom neuen Standort in Wangen bei Olten entfernt.

¹¹ Der europäische Dachverband wurde 1995 in Köln als IGMG: „Islamische Gemeinschaft Milli Görüş“ (Nationale Sicht) gegründet. Im Internet (Deutsch): <http://www.igmg.de/>; Es werden 24 Moscheen in der Deutschschweiz (eine in Genf) angegeben, davon eine in Olten (2 km vom alten Standort des Kulturvereins in Olten). Der Gründer dieser islamistischen Bewegung war Necmettin Erbakan, der in der Türkei lange politisch aktiv war und von dessen letzten Partei sich ein Reformflügel mit der Gründung der AKP unter dem aktuellen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdoğan abgespalten hatte.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

schen Nationalismus das Konzept der „Türkisch-Islamischen Synthese“ als Gegenpol zum Einfluss „linker“ Ideen durchgesetzt. Mit dem Militärputsch von 1980 hatte die Idee einer türkischen Identität als Verschränkung türkisch nationaler und islamischer Bestandteile offiziellen Charakter bekommen, da man damit den sozialen Bewegungen studentischer und gewerkschaftlicher Provenienz entgegentreten wollte. Diyanet wurde zu einem Staatsorgan der Republik, deren Angestellte zu Beamten und der Islam damit de facto zur Staatsreligion (Bozay 2005: 155ff.). Somit hatte die laizistische Militärjunta das Amt für Religiöse Angelegenheiten zur Wahrung der nationalen Einheit und des sozialen Friedens – angesichts des drohenden Zusammenbruchs des Staates in den bürgerkriegsähnlichen Entwicklungen der 1970er Jahre – gestärkt. Die laizistische Politik der Religionskontrolle wandelte sich durch die neue Verfassung 1982 in eine Politik der aktiven Inanspruchnahme der Religion. Die institutionelle Aufwertung der Religion zeigte sich beispielsweise in der Festschreibung des Religionsunterrichts als Pflichtfach. Nach Tezcan (2003: 74f.) betrachtete man diese Massnahmen als „moralisches ‚Gegengift‘ zum Kommunismus“, wodurch die staatliche Religionspolitik zur Verschiebung der politischen Kultur beigetragen hatte, die sich seit den 1990er Jahren durch einen starken Zuwachs islamistischer Strömungen im politischen Diskurs bemerkbar macht.

5.1. Drei-Ebenen-Kommunikation in der Diaspora

Betrachten wir den türkischen Kulturverein in Wangen als Teil einer *Diasporagemeinschaft*, die nach einem Selbstverständnis in der Residenzgesellschaft sucht, dann können wir mit Coser (1972: 100) deren selbstbewusstes Durchhalten im jahrelangen Rechtsstreit als Resultat einer emanzipatorischen Entwicklung begreifen: „In dem Mass, in dem Mitglieder von Minderheitengruppen ihre Konflikte mit den Mehrheitsgruppen offen austragen, können wir annehmen, dass sie in ihrer Beziehung zu dieser Gruppe sich sicher genug fühlen, eine solche Äusserung zu wagen (...)“.

Als *Diaspora* soll hier nach Gottschlich (2008: 2) eine aus einem ursprünglichen Heimatland dauerhaft in mindestens zwei voneinander getrennte fremde Gebiete ausgewanderte Gemeinschaft bezeichnet werden. Eine Diaspora befindet sich dabei im Gastland in einer Minderheitsposition und ist durch eine oftmals idealisierte und mythische Erinnerung an eine real existierende oder imaginierte Heimat geprägt. Die Identitätskonstruktion ist massgeblich

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

durch ein dreifaches Kommunikations- und Interaktionsnetzwerk gekennzeichnet, welches die Beziehungen der Gemeinschaft zum Heimatland, zu anderen Diasporagruppen der gleichen Herkunft und zum Gastland umfasst. Der Wunsch nach einem Minarett lässt sich somit aus der Sicht des Kulturvereins in drei Bezugs- und Austauschebenen verorten: Das Minarett, das in der Türkei vorgefertigt wurde, stellt (1) einen Bezug zum ursprünglichen Heimatland her. Die kommunikativen Bezüge zwischen den einzelnen Gruppen in der Diaspora können über das religiöse Symbol (2) zu einem Erfahrungsaustausch und einer gegenseitigen Re-Affirmation der diasporischen Identität führen. Schliesslich tritt der Kulturverein durch den Minarettbau (3) auch in Kontakt mit den Behörden bzw. der lokalen Bevölkerung und somit verstärkt mit der Lebenswelt der Residenzgesellschaft (vgl. Gottschlich 2008: 3f.). Diese drei Bezugsebenen sollen im Folgenden genauer betrachtet werden.

Erinnerungskultur im transnationalen Raum

Ein Grossteil der idealistisch-orientierten ersten türkischen Einwanderergeneration hat irgendwann gemerkt, dass eine Rückkehr ins Herkunftsland aus verschiedenen Gründen nicht mehr realistisch scheint und hat ihren Lebensmittelpunkt im Gastland festgelegt, ohne aber die türkisch-nationale Identität aufgeben zu wollen (Bozay 2005: 171). Im transnationalen Raum pflegen die Migranten daher einen sogenannten *long-distance Nationalism* (Benedict Anderson), der auf die Heimat ausgerichtet ist, obwohl keine realistischen Ambitionen auf eine Heimkehr mehr vorliegen und wodurch die nur noch imaginierte Heimat zu einem mythischen Ursprungsland verklärt wird (Gottschlich 2008: 1f.).

Die Auswanderergeneration hat das Leben im Herkunftsland aber noch in Erinnerung und versucht diese in Erinnerungsgemeinschaften lebendig zu halten, wofür Assmann (2005) den Begriff des *kommunikativen Gedächtnisses* geprägt hat, wodurch die gemeinsame Vergangenheit erinnert und immer wieder neu gedeutet werden kann. Allerdings kann die daraus entstehende spezifisch türkische kollektive Identität nicht mehr aktualisiert werden, da das Verlassen der Heimat deren ständige Erneuerung in der alltagsweltlichen Interaktion verunmöglicht hat. Es kommt daher zu einer Art „kollektiven Verklärung“ der Vergangenheit, wie dies ein Beobachter im Gespräch mit

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

älteren Mitgliedern des türkischen Kulturvereins Olten festgestellt hat.¹²

Arslan (2009: 137f.) bezeichnet die ultranationalistischen Kulturvereine als „Gemeinschaftsinselchen“, in denen eine türkische Identität durch Erinnerungsarbeit konstruiert werde, wozu die ausgeprägte Dekoration der Räumlichkeiten helfen soll, um mit übertriebenem Schmuck, „die in der Wirklichkeit abwesende Türkei auf symbolischer Ebene herzustellen“.

Die Erinnerungskultur der Idealisten-Vereine kann dabei nicht auf eine nostalgische Erinnerung an die Türkei reduziert werden. Insbesondere über die zeremonielle Kommunikation beim Fest werden Erinnerungsfiguren aus der Heimat gepflegt, die bei den türkischen Ultranationalisten vor allem aus mythischen Erzählungen und Symbolen bestehen, die die Überlegenheit der Türken beweisen sollen. Beim Fest werden nationale Ursprungsmythen aus einer absoluten Vergangenheit vergegenwärtigt, was mit Verweis auf Assmanns Terminologie über ein Festtagsgedächtnis ein *kulturelles Gedächtnis* konstituiert (vgl. Arslan 2009 141f.).

Im türkischen Kulturverein Olten zeigt sich diese gelebte Erinnerungskultur im Begehen türkisch-nationaler Feiertage und in der Organisation von Festen, Kermes und Kulturabenden. Dort wird über türkische Speisen, traditionelle Musik und Vorträge zum Türkentum ein Stück Heimat bewahrt und dadurch eine kollektive Identität eines „europäischen Türkentums“ inszeniert. Auch das in der Türkei vorgefertigte Minarett dient als feste Objektivierung einer islamischen Identität in einem kulturellen Gedächtnis. Denn in der Fremde verliert auch die eigene Religion durch ihre Marginalisierung die selbstverständliche Rolle, die sie im Herkunftsland im Alltag und durch die religiösen Einrichtungen inne hatte. Der Prozess der Migration und die damit verbundene Minderheitensituation führt laut Haab et al. (2010: 98) daher oft zu einem verstärkten Praktizieren (religiöser) Tradition und Kultur, deren Aufrechterhaltung für viele Migranten in der Diaspora ein zentrales Anliegen wird.

Euro-Islam vs. Europäisches Türkentum

Die zunehmende religiöse Identifizierung der Basis stellte die Ultranationalisten sowohl in der Türkei als auch in Europa vor eine Zerreißprobe, da bei ihnen immer noch die Idee der Nation im Zentrum stand und der Islam lediglich als Vehikel diente, diese Ideen zu transportieren (Bozay 2005:

¹² NZZ vom 30.9.2006.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

187f; Arslan 2009: 48f.). In Europa kam es in den 1980er Jahren bei den Ultranationalisten der Türkischen Föderation zu Mitgliederabwanderungen zu den religiösen Vereinen und Gemeinschaften, worauf sich 1987 ein religiöser Flügel¹³ von der Türkischen Föderation abspaltete, der den Islam als konstitutiv für das Türkentum betrachtete und sich dezidiert eurozentrisch – unabhängig von Parteien oder Organisationen in der Türkei – positionierte. In der Türkei spaltete sich 1992 schliesslich ein radikaler islamistischer Flügel von der ultranationalistischen MHP ab, was zwei Jahre später in Europa durch eine weitere Abspaltung von der Türkischen Föderation nachvollzogen wurde.¹⁴

Somit gibt es in Europa drei idealistische Dachverbände, die sich untereinander und innerhalb der Verbände bis auf Vereinsebene in zwei grossen Spannungsfeldern bewegen: Einerseits geht es um das Verhältnis beziehungsweise die Distanz zu Parteien und Organisationen in der Türkei und andererseits um die Bestimmung des Verhältnisses von Türkentum und Islam (vgl. Arslan 2009: 126).

Aus Sicht der Türkischen Föderation und somit auch des Türkischen Kulturvereins Olten steht man bei der Frage nach der legitimen Vertretung des Türkentums in der Diaspora und dem Stellenwert des Islams für das Türkentum zusätzlich in Konkurrenz zur Milli-Görüş-Bewegung und der vom türkischen Staat kontrollierten Diyanet-Moscheen, die beide im Raum Olten über Ableger verfügen.

Etwas verallgemeinert betrachtet, verfolgt der stärker islamisch geprägte Teil der türkischen Diasporagemeinschaft die Idee eines „Euro-Islams“, während die stärker national orientierten Akteure das von Alparslan Türkeş Mitte der 1990er Jahre auf einer Jahreshauptversammlung der Türkischen Föderation formulierte Konzept eines „Europäischen Türkentums“ (Bozay 2005: 171) als Alternative ins Feld führen. Es geht bei den Grauen Wölfen in Europa daher nicht speziell um politische Macht wie in der Türkei, sondern um kulturelle und moralische Macht innerhalb der türkischen Diasporagemeinschaft (Arslan 2009: 240).

Um die religiösen Bedürfnisse im „Europäischen Türkentum“ befriedigen

¹³ Bozay (2005: 191ff.). Später wurde diese neue Organisation mit Sitz in Köln „Türkisch-Islamische Union Europa e. V.“ (ATIB) genannt, online (Türkisch): <http://www.atib.org/> (21.01.2014).

¹⁴ Die „Grosse Einheitspartei“ (BBP) in der Türkei. In Europa: „Föderation Weltordnung in Europa“ (ANF), 2002 in „Verband der türkischen Kulturvereine in Europa“ (ATB) umbenannt. Einzelne Vereine gibt es nach Bozay (2005: 198ff.) auch in der Schweiz, Frankreich, Österreich, Belgien, Dänemark und den Niederlanden.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

zu können, wurden nach Bozay (2005: 187) in den Vereinen der Türkischen Föderation in den letzten Jahren die religiösen Aktivitäten gesteigert und Gebetsstätten und Korankurse eingerichtet, währenddessen in Wangen bei Olten ein Minarett errichtet wurde, um auf die Gebetsräume im Vereinslokal aufmerksam zu machen.

Generationenkonflikt

Durch den Kauf und Umbau der alten Farbenfabrik und durch den Wunsch nach einem Minarett zeigten die Vereinsmitglieder, dass sie durch diese Investitionen den Rückkehrwunsch aufgegeben haben,¹⁵ wodurch der Bevölkerung auch klar wurde, dass sie in einer Einwanderungsgesellschaft lebt. Der Verein trat durch die Bautätigkeit stärker mit der Gesellschaft in Kontakt, was in den einzelnen Familien zusätzlich über die Kinder geschieht. Die Kinder der Einwanderer geraten in ein Spannungsfeld zwischen der vorgestellten Heimat der Eltern, die im Kulturverein auch vorgelebt wird, und der neuen Heimat in der Residenzgesellschaft, an der sie viel stärker als ihre Eltern partizipieren.

Für die in der Fremde geborenen ist die türkische Sprache nicht mehr automatisch die Hauptsprache und wird daher zum Teil mangelhaft beherrscht, was von der älteren Generation wiederum mit Argwohn betrachtet wird. In einer Selbstdarstellung der Türkischen Föderation wird das für Deutschland so formuliert: „Das europäische Türkentum muss mit seiner Religion, Sprache und Identität seine Existenz in diesem Land fortsetzen, ohne seine Werte zu verlieren, diese an *kommende Generationen* übertragen, im Aufnahmeland friedlich, integrativ, tolerant und die Gesetze akzeptierend leben.“ (Übersetzt durch Bozay 2005: 184, Hervorhebung OW). Es geht also bei der Vermittlung und Verbreitung der türkisch-nationalen Kultur immer auch um die Einbindung der nachfolgenden Generationen. Die türkischstämmigen Jugendlichen der zweiten und dritten Generation sollen mit den türkischen Gebräuchen und Sitten vertraut gemacht werden (Bozay 2005: 188). Diehl und Koenig (2009) stellen bei ihrer Untersuchung der Religiosität türkischer Migranten im Generationenverlauf denn auch fest, dass Migranteneltern die Akkulturation ihrer Kinder stärker als andere Eltern überwachen und grosse Anstrengungen unternehmen, um das kulturelle Familienerbe zu bewahren.

¹⁵ Wobei es noch Mischformen gibt, wie etwa der Pendelmigration, wenn z.B. im Alter die Wohnung in der Schweiz behalten wird und zwischen der Schweiz und einem in der Türkei gebauten Haus gependelt wird.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

Allerdings zeigen Haab et al. auch, dass muslimische Personen aus der Türkei ihre Religion in der Schweiz sehr unterschiedlich leben. Während die erste Generation die religiöse Praxis eher in der Art und Weise des Herkunftslandes ausübt, hat die religiöse Praxis – anders als der Glaube – für die zweite und dritte Generation weniger Bedeutung.¹⁶

Die Einbindung der Jugend ins „Europäische Türkentum“ und die Vermittlung des Konzepts der „Türkisch-Islamischen Synthese“ scheint im Wangner Kulturverein teilweise zu gelingen, wenn zwei 20-Jährige Vereinsmitglieder den Grauen Wolf als ein Zeichen für einen „richtigen Moslem“ und einen „richtigen Türken“ erklärten.¹⁷ Ein anderer Junger dagegen, der am Tag der offenen Moscheen durchs Vereinslokal führte und sich selbst als „tipptopp integriert“ beschrieb, gab an, dass er mit den nationalen Symbolen nicht viel anfangen könne: „Von mir aus könnte man sie entfernen“. Das Sagen im Verein hätten aber die Alten, die an nationalistischen und religiösen Symbolen festhalten würden.¹⁸ Viele Traditionen wurden laut Haab et al. (2010: 98) vor Jahrzehnten mitgenommen und wurden hier, im Gegensatz zu den heimatlichen Verhältnissen, wo sie einem sozialen Wandel unterliegen, konserviert.

In den Migrantenfamilien bewegen sich Eltern und Kinder zudem in unterschiedlichen Lebenswelten, was zum generellen Generationenkonflikt erschwerend hinzukommt: Insbesondere die erste Generation bewegt sich im Falle eines tiefen sozioökonomischen Status in Netzwerken, die sich vor allem aus Personen der eigenen Herkunft oder mit anderem Migrationshintergrund zusammensetzt (Haab et al. 2010: 94-96). Die Einwanderergeneration wurde für Arbeiten angeworben, die keine grossen Qualifikationen voraussetzten, welche wenn vorhanden auch nicht anerkannt wurden. Diese Personen hatten vorerst keine Bleibeabsichten und investierten dadurch nicht in eine Ausbildung oder den Erwerb einer Landessprache.

In einer Portrait-Serie im Oltner Tagblatt im Februar und März 2006 wurden sechs Familien des türkischen Kulturvereins Olten, der etwa 70 Mitglieder zählte, vorgestellt. Die Ehepartner sind alle türkischer Herkunft und haben Kinder. Sie wohnen in verschiedenen Dörfern der Region und stammen aus unterschiedlichen Landesteilen in der Türkei. Die Eltern arbeiteten in der Region in industriellen Betrieben als tief qualifizierte Arbeitskräfte, zum Teil im Schichtbetrieb. Die eigene Arbeitssituation wurde als unsicher wahrgenom-

¹⁶ Haab et al. 2010: 103; Der Ramadan scheint dabei die wichtigste religiöse Praxis in Westeuropa darzustellen.

¹⁷ Bund vom 8.5.2006.

¹⁸ Tages Anzeiger vom 13.11.2006.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

men und daher wurde auch oft der Wunsch geäussert, dass die Kinder möglichst lange in die Schule gehen sollen, da Bildung für ihre Zukunft wichtig sei.

Heim (2009: 48ff.) beschreibt den Niedergang der Industrie in dieser Region, wo Fabriken geschlossen wurden und die Logistikbranche stark vertreten ist, die ihre Lagerhallen in einem „Logistic Valley“ entlang der Autobahnen und Eisenbahnlinien betreibt, die sich hier verkehrsgünstig gelegen kreuzen. Dadurch findet eine Konzentration wenig qualifizierter Arbeitsplätze statt, für welche viele Beschäftigte im Ausland rekrutiert wurden. Diese Arbeitsplätze sind jedoch durch Rationalisierung und den internationalen Standortwettbewerb zunehmend bedroht, was zur Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse beiträgt.¹⁹

Diese generelle Erwartungsunsicherheit begünstigt einerseits den Rückzug auf vermeintlich Altbewährtes, das in der Gemeinschaft gesucht wird und zu Re-Ethnisierungsbestrebungen führt. Andererseits steigen auch die Leistungserwartungen an die Kinder. Gerade Eltern mit tiefem sozioökonomischem Status wünschen den Kindern den sozialen Aufstieg, den sie selbst nicht erreichen konnten. Diesen Kindern fällt der soziale Aufstieg über die Bildung allerdings schwer, da sie durch die begrenzten Unterstützungsmöglichkeiten ihrer Eltern weniger Chancen haben dies zu erreichen. Der Anteil an Personen mit tertiärer Ausbildung liegt bei jenen mit türkischer Staatsbürgerschaft viel tiefer als bei Personen mit schweizerischer oder anderer Staatsbürgerschaft (Haab et al. 2010: 57). Daher waren die Mitglieder des Kulturvereins auch sehr stolz auf jene Sprösslinge, welche die Matura erreichten und vermeldeten dies auch auf ihrer Homepage.

Die kulturelle Kluft zwischen den Generationen wird durch den Bildungserfolg der Jungen jedoch nicht kleiner. Gerade jene, welche sich nun erfolgreich in einem Schweizerischen Kontext bewegen, problematisieren auch die elterlichen Traditionen und Werte. So verglich einer dieser Maturanden in seiner Maturarbeit die Türken der ersten und der heutigen Generation, wobei ihn die Mentalitätsunterschiede in Bezug auf Bildung, Religion und Kultur interessierten. Da verwundert es nicht, dass Vereinsverantwortliche das gewünschte Minarett einerseits als Symbol für den Gebetsraum im Keller des Vereinslokals bezeichneten, andererseits aber auch als „ein Zeichen für unsere

¹⁹ Gemäss den statistischen Informationen des Kantons Solothurn hat in der Region die Erwerbstätigkeit im industriellen Sektor zwischen 1990 und 2000 um über 20 Prozent abgenommen, während sie im Dienstleistungssektor im tiefen einstelligen Prozentbereich zugenommen hat. So hatte auch die Bevölkerungszahl der Stadt Olten durch die Deindustrialisierung über Jahrzehnte abgenommen.

Kinder“ sahen.²⁰

5.2. Das Wangner Minarett als polysemes Zeichen

Für die lokalen Minarettgegner war allerdings nur die Wirkung des Minarettbaus auf das Dorf und seine Bevölkerung entscheidend, andere Interpretationsmöglichkeiten des Minarettwunsches als dem eines Zeichens einer Minderheit an die Mehrheit im lokalen öffentlichen Raum wurden nicht in Erwägung gezogen.

Die Minarettgegner glaubten ganz genau zu wissen, was ein Minarett ist und wofür es steht, denn das konnte ihnen zufolge jeder im Internet nachlesen. So war ihnen klar, dass ein Minarett *eigentlich* die Funktion eines Rufturms habe, von dem aus zum Gebet gerufen werde. Wenn, wie in Wangen bei Olten, im Baugesuch bereits festgehalten wurde, dass das Minarett nur als „Sinnbild des Lokals“ und nicht für „Ausrufe“ genutzt werde, dann konnten dies die Minarettgegner nicht nachvollziehen und unterstellten der Bauherrschaft unverblümt, dass sie sich nicht daran halten würden.²¹ Somit wurden die verschiedenen Lesarten, was denn nun mit dem Bau eines Minaretts seitens des Kulturvereins ausgedrückt werden sollte, in der diskursiven Praxis in einem Monosemierungsprozess²² auf eine bestimmte und unveränderbare Aussage vereindeutigt (vgl. Höhne 2008: 451; Würtz und Eckert 1998: 184ff.).

Die Vereinsverantwortlichen hatten sich beim Wunsch nach einem Minarett allerdings nicht viele Gedanken über die Reaktion der Bevölkerung gemacht. Ein Vorstandsmitglied der alten Garde mit gutem Draht zum Wangner Bauverwalter fungierte seit dem Umzug des Vereins nach Wangen als Kontakt-

²⁰ SonntagsZeitung vom 12.2.2006. Auch im Club vom 21.2.2006 sagte ein Vereinsvertreter, dass er im Verein seine Kultur leben können und diese auch an seine Kinder weitergeben möchte.

²¹ Es war der Bauverwalter, der seinen Kontaktmann vom Kulturverein dazu angehalten hatte, diesen Passus ins Baugesuch hineinzunehmen, da er den Streit um den Gebetsruf bereits hatte kommen sehen (Interview mit dem Bauverwalter im März 2010). Seitens des Kulturvereins stand die Nutzung des Minaretts zum Gebetsruf nie zur Diskussion, es wurde im Baugesuch und in den öffentlichen Äusserungen als rein „symbolisch“ beschrieben. Gerade die Symbolik einer islamischen Baute hat dann aber das Blut vieler Wangner in Wallung gebracht. Zudem waren Minarettgegner davon überzeugt, dass im Falle eines Minarettbaus trotz verbindlichen Vereinbarungen nicht auf den Gebetsruf verzichtet würde (Oltner Tagblatt vom 3.3.2006).

²² In der Folge wurde mit Hilfe von „Islamkennern“ durch die Kopplung an den Islamdiskurs die eindeutige Interpretation des Minarettbaus auf die Kurzformel „Minarett – Muezzin – Scharia“ gebracht und als ein islamistisch motivierter territorialer Machtanspruch gedeutet, was diskursiv als drohende Islamisierung hegemonialisiert wurde und sich schliesslich auf die Bevölkerungsmeinung übertragen hatte, wie es die Ergebnisse der VOX-Analyse nach der Anti-Minarett-Abstimmung bestätigen (vgl. Hirter und Vatter 2010: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009).

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

mann zur Gemeinde. Als er dem Bauverwalter die Absicht ein Minarett bauen zu wollen schilderte, wurde er von diesem vorgewarnt, dass dies Probleme geben könnte, was er aber in den Wind schlug.²³

Schliesslich wurde im Amtsblatt ein Baugesuch für einen „Aufbau Sembul Minare (Minarett)“ veröffentlicht, wobei schon die türkische Schreibweise anzeigt, dass damit nicht die lokale Bevölkerung angesprochen werden sollte und auch nicht mit Widerstand von dieser Seite gerechnet wurde. Erst die sofort einsetzenden massiven Reaktionen aus der Bevölkerung machten den Bauherren klar, dass sie da in ein Wespennest gestochen hatten, wenn sie auch nie den Grund dafür nachvollziehen konnten und die Schuld später einer Negativ-Kampagne der Medien zuschrieben, die Falschinformationen verbreitet habe.²⁴

Erst als die Vereinsverantwortlichen gemerkt hatten, dass sie als türkisch-muslimische Minderheit von einem lautstarken Teil der Bevölkerung nicht als eine gleichberechtigte Gruppe in der Gesellschaft anerkannt werden, hatten sie das Minarett auch als ein Symbol dafür gesehen, dass sie Muslime seien und als solche erkannt werden wollten.²⁵ Das Minarett wurde ein „sichtbares Zeichen unserer Religion“²⁶, denn „der Islam ist Realität in der Schweiz. Wir sind Muslime und wollen als solche erkannt und akzeptiert werden.“²⁷

Der Wunsch nach einem Minarett schien für den Kulturverein aufgrund der dargestellten migrationsbedingten Identitätskonstruktion eher in einem diasporischen Binnendiskurs verankert, der neben dem Bezug auf eine idealisierte türkische Heimat, sowohl die Interaktion mit anderen Gruppen eines vorgestellten „Europäischen Türkentums“ in einem diskursiv umstrittenen Identitäts-Markt, als auch eine gewünschte religiös-kulturelle Anbindung des in einer pluralistischen Gesellschaft aufwachsenden Nachwuchses beinhaltet.

Die Interpretation des Minarettbaus als Wunsch in der Residenzgesellschaft

²³ Mit Beginn des Konflikts zog sich dieser Kontaktmann zurück, danach gab es in der Aussenkommunikation des Kulturvereins keine personelle Konstanz mehr: Es folgen drei Vereinspräsidenten in drei Jahren, sowie einzelne Vertreter, die in den Medien als Sprecher auftraten oder vom Kulturverein ins Fernsehen oder an den Runden Tisch delegiert wurden.

²⁴ Vgl. die Medienmitteilung vom 16.10.2006. Ein späterer Vereinspräsident erklärte vor der Anti-Minarett-Abstimmung: „Journalisten sind wie Füchse. Ich mag sie nicht (...) Sie schleichen sich rein und stellen freundliche Fragen. Dann aber steht etwas völlig anderes in der Zeitung.“ (Beobachter vom 30.10.2009, S. 22).

²⁵ Berner Zeitung vom 4.2.2006.

²⁶ Sonntags Blick vom 12.2.2006.

²⁷ Interview mit dem Presseverantwortlichen des Kulturvereins im Februar 2009.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

als Muslime anerkannt und akzeptiert zu werden, erfolgte erst später, als sich die Vereinsmitglieder bewusst wurden, dass ihre Zugehörigkeit als Gruppe zu einem lokalen (und nationalen) Kollektiv aufgrund konfligierenden normativen Vorstellung von Integration in Frage gestellt wurde.

Allerdings ist es mit einer Zusammenarbeit muslimischer Vereine in der Schweiz nicht weit her. Es gibt keinen Dachverband, der für „die Muslime in der Schweiz“ sprechen könnte, da die Identifikation der Muslime vor allem entlang ethnisch-nationalen Grenzlinien erfolgt und innerhalb dieser Gruppen wiederum Segregation stattfindet.²⁸ Bei Kulturvereinen wie jenem in Wangen bei Olten wird durch die Orientierung an einer europäischen Diaspora-Identität („Europäisches Türkentum“) auch ersichtlich, dass die nationalstaatlichen Grenzen für viele Migranten keinen Rahmen bilden, der zur Solidarität gegenüber einer schweizerisch-muslimischen Glaubensgenossenschaft veranlassen würde. So stiessen die Minarettgegner schliesslich auf überregionaler Ebene bei der Anti-Minarett-Initiative auch auf keinen organisierten Widerstand.²⁹

5.3. Integration ins Dorf

Die türkischen Vereinsmitglieder in Wangen bei Olten sind zum Teil eingebürgert und betrachten sich als gut integrierte Mitglieder der arbeitenden Schweizerbevölkerung, die grösstenteils seit über 20 Jahren in der Schweiz lebten, ohne je mit dem Gesetz in Konflikt geratenen zu sein.³⁰ Da sie nie negativ aufgefallen seien, glaubten sie der Wunsch nach einem Minarett wäre unproblematisch und müsse weder erklärt noch gerechtfertigt werden. Sie hielten es für das Wichtigste, dass der Bau nicht gegen das Gesetz verstösst. An Vertreter von Kulturvereinen bzw. lokalen Glaubensgemeinschaften werden jedoch generell hohe Erwartungen an ihre kommunikativen Fähigkeiten gestellt, obwohl diese meistens keine festangestellten Kommunikationsprofis, sondern ehrenamtlich arbeitende Laien sind, die unter der Woche einem

²⁸ Muslime sind in der Schweizer Bevölkerung mit weniger als fünf Prozent vertreten und stammen zu etwa 90 Prozent aus dem Balkan und der Türkei. Sie stehen der Idee einer Dachorganisation aufgrund kultureller Unterschiede und verschiedenen Auffassungen von Islam mit gemischten Gefühlen gegenüber, vgl. Gianni (2010: 21f.).

²⁹ Was sie stutzig machen sollte, da sie ja von einer gelenkten systematischen Islamisierung der Schweiz ausgehen, wobei die vereinzelt muslimischen Bauprojekte in der Schweiz in einem Zusammenhang gesehen wurden. Die türkischen und albanischen Bauherren nahmen allerdings nie Bezug aufeinander. Sobald sie ihr eigenes Projekt realisieren konnten oder damit scheiterten, endete ihr Engagement.

³⁰ Gemäss der Medienmitteilung des Kulturvereins vom 16.10.2006.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

Beruf nachgehen und dann auf Podien oder vor Journalisten eloquent und nachvollziehbar die Tätigkeit und Absichten des Vereins erklären und begründen sollten. Oft werden sie dann auch als allgemeine Stellvertreter ihrer (zumeist homogen gedachten) Glaubensgemeinschaft betrachtet und werden mit Grundsatzfragen konfrontiert (z.B. bezüglich der Geschlechtertrennung oder des religiösen Exklusivitätsanspruchs), die sie kompetent zu beantworten haben. Gelingt ihnen dies nicht, wird ihnen von den Gegnern schnell eine Verschleierung der Handlungsmotive oder mangelnde Kooperationsbereitschaft unterstellt (vgl. Höbsch 2008).

So wurde der Kulturverein vom Gemeinderat verschiedentlich aufgefordert, zur Bauabsicht schriftlich Stellung zu nehmen oder sich von den „Grauen Wölfen“ zu distanzieren, wobei unklar bleibt, wie sich die Vereinsverantwortlichen für die Gemeinde glaubwürdig von einer extremistischen Organisation distanzieren sollten, welcher sie durch den Staatsschutz³¹ offiziell zugeordnet wurden. Jedenfalls distanzierten sich die Vereinssprecher in den Medien stets von Gewalt und Extremismus und bezeichneten sich als überzeugte Demokraten, doch schien dies den Gegnern nie glaubwürdig genug. Der Verein trat (gemäss dem Gemeindepräsidenten) auch nie in Korrespondenz mit dem Gemeinderat, was dieser als Affront begriffen hatte.³²

Der Kulturverein hob auch immer wieder seine Integrationsbemühungen hervor, die aus vielfältigen Kursen und Nachhilfeangeboten für die Mitglieder bestehen. An der Rede zur Einweihung des Minarets betonte der Vereinspräsident jedoch auch, dass sich nur integrieren könne, wer seine eigene Kultur

³¹ Zum Schreiben des Staatsschutzes an die Gemeinde Wangen vgl. Fussnote 31 in Kapitel 4.

³² Es stellt sich die Frage, ob der Verein durch die Nichtbeantwortung der Briefe eine Brückierung des Gemeinderats beabsichtigt hatte. Relativierend wirkt sich dabei die Betrachtung der früheren Kommunikation mit der Bauverwaltung aus, wo es dem Verein nur mit Unterstützung des Bauverwalters gelang, für die Umbauten die nötigen Formulare auszufüllen, da dieser ihnen dabei geholfen oder gleich vor Ort ein mündliches Protokoll aufgenommen hatte, wenn sie schriftlich hätten Stellung nehmen müssen. Auch das einzige öffentliche schriftliche Dokument des Kulturvereins, die Medienmitteilung zur Rechtfertigung der Anschuldigungen gegen den Verein, lässt angesichts von Form, Grammatik und Inhalt nicht auf die Fähigkeit kompetenter Aussenkommunikation schliessen. So bestand die Medienmitteilung grösstenteils aus einer geschichtlichen, z.T. detailversessenen, Abhandlung der türkischen Geschichte bis zu den Gründungsmythen mit verschiedenen Legenden um den „Grauen Wolf“, was auf die frühere Ausbildung eines Vereinsverantwortlichen als Geschichtslehrer in der Türkei zurückzuführen ist, aber nichts zur Klärung der Frage beitrug, wofür der Bezug auf dieses Symbol heute steht und wann der Verein was mit wem (z.B. dem Idealisten-Dachverband) zu tun hatte. Die Vereinsvertreterin am Rundtischgespräch bestätigte (gemäss Oltner Tagblatt vom 18.11.2006), dass der Verein früher zur "Föderation der Türkisch-Idealistischen Islamvereine der Schweiz" gehört habe, sich aber mit der Föderation „auseinandergelebt“ hätte. Auch beziehe sich der Wolf im Vereinslogo nicht auf die „Grauen Wölfe“. Dennoch verteidigte sie die „Grauen Wölfe“ (auf Türkisch habe sie im Internet – im Gegensatz zum Deutschen Wikipedia-Eintrag – nicht Negatives darüber gefunden) und nannte ein Massaker an Aleviten in Sivas von 1993, an dem keine „Grauen Wölfe“ beteiligt gewesen seien.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

gut kenne und andere Kulturen respektiere.³³ Der Verein trennte dabei klar zwischen Integration und Assimilation, was nach Haab et al. (2010: 118) für türkische Vereine im Allgemeinen gelte.

Unterschiedliche Vorstellungen von Integration

Der Gemeindepräsident befürwortete die Integrationsbemühungen des Kulturvereins, gab aber zu bedenken, dass diese Aufgabe ungemein erschwert würde, wenn ein grosser Teil der Bevölkerung gegen den Verein eingestellt sei – was beim Bau eines Minaretts eben zu erwarten wäre. Die Verantwortlichen des Vereins sollten das in ihre Überlegungen mit einbeziehen und das Baugesuch zurückziehen.³⁴

In Leserbriefen³⁵ wurde der Wunsch nach einem Minarett als „anmassende Forderung“ und als Beweis dafür gesehen, dass sich „diese hergereisten Leute fremder Kulturen“ gar nicht integrieren wollten. Die Mitglieder des Vereins seien „in einem fremden Land“, sollten sich daher „den Gepflogenheiten anpassen“ und „ihren Integrationsbeitrag leisten“, denn – wie es der Initiant der Sammeleinsprache formulierte – der Verein arbeite durch die Beibehaltung und Förderung türkischer Gebräuche und Sitten der Integration „diametral“ entgegen.

Der reformierte Pfarrer unterstellte dem Verein zusätzlich noch Expansionsabsichten.³⁶ Einheimische würden das Gefühl bekommen, dass sie jetzt „majorisiert“, dominiert werden könnten. Im Club führte er ein Beispiel aus Berlin-Kreuzberg an, wo er früher Ausländerpfarrer war, dort hätten in einem Haus einige Türken gelebt und schliesslich sei das ganze Haus von Türken bewohnt gewesen. Das war das Stichwort für den ebenfalls anwesenden Initianten der Bürgerinitiative, um auf die „Salamitaktik“ zurückzukommen. Eine Familie sei wegen des Lärms schon umgezogen: „Die Schweizer geben nach, werden verdrängt und das Vakuum wird sofort aufgefüllt.“³⁷

Dem Verein wurde vorgeworfen, dass niemand von den Mitgliedern im Dorf wohne und dass kein Kontakt zum Dorf gesucht werde, um an dessen gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dadurch kenne man sie zu wenig und kön-

³³ Basierend auf der teilnehmenden Beobachtung der Minarett-Einweihung vom 27.6.2009 in Wangen bei Olten.

³⁴ Interview im Oltner Tagblatt vom 4.10.2005.

³⁵ Aus Leserbriefen vom November 2005 bis Februar 2006 im Oltner Tagblatt.

³⁶ Interview im Oltner Tagblatt vom 5.11.2005.

³⁷ Fernschdiskussion im Club vom 21.2.2006 zum Thema: „Wangen SO: Provoziert das Minarett die Christen?“

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

ne kein Vertrauen aufbauen. Der Gemeindepräsident meinte, dass der Verein angesichts der verbreiteten Opposition mit einem Rückzug des Baugesuchs viele Sympathien gewinnen könnte und so sein Hauptziel, die Förderung der Integration der Mitglieder, viel eher erreichen würde. Für ein Minarett sei die Zeit noch nicht reif.³⁸

Die Vorstellungen davon, was Integration bedeuten sollte, lagen also zwischen dem Kulturverein und den Minarettgegnern weit auseinander. Für den Vereinspräsidenten waren die Mitglieder bereits integriert: „Wir sind gestreut, liegen niemandem auf der Tasche, haben uns nichts zu Schulden kommen lassen“. Sie seien unbescholten und gingen einer geregelten Arbeit nach.³⁹ Diese Betrachtungsweise kann mit Anhut und Heitmeyer (2000: 47ff.) als *individuell-funktionale Systemintegration* beschrieben werden. Andersorts bezeichnete ein Vereinsvertreter seine Leute als „Mitglieder der arbeitenden Schweizerbevölkerung“⁴⁰, wodurch der Fokus auf der Ebene der arbeitsteiligen Schweizer Gesellschaft liegt. Die lokalen Minarettgegner sprachen dagegen von einer nötigen Integration ins Dorf, wodurch sie eine *kommunikativ-interaktive Sozialintegration* einforderten, die auf einen sozialen Interessenausgleich abzielt. Für das Verhandeln des Ausgleichs der konfligierenden Interessen wurden jedoch Vorbedingungen gestellt. Der Kulturverein müsste zuerst das Baugesuch zurückziehen und sich durch Teilhabe am Dorfleben in die Dorfgemeinschaft einordnen. Die Allokation des Kulturvereins als Neuzuzüger auf eine soziale Position im Dorf würde dabei durch die Alteingesessenen erfolgen. Als *Etablierte* beriefen sie sich implizit auf eine soziale Rangordnung, der sich die *Aussenseiter* ein- und unterzuordnen hätten (vgl. Elias/Scotson 2008 [1965]). Dabei definieren die Etablierten, wann sich der Kulturverein ordentlich eingefügt hat: Wenn er sich das Vertrauen der Alteingesessenen erarbeitet hat. Erst dann wäre die Dorfgemeinschaft bereit, die kollektive Identität des Kulturvereins anzuerkennen und sein Minarett als Symbol dieser Identität zu akzeptieren. Dies bezeichnen Anhut und Heitmeyer (2000: 47ff.) als emotionale Anerkennung einer *kulturell-expressiven Sozialintegration*.

Hier lässt sich nun an die Anerkennungsdimension der Konfliktanalyse anknüpfen: Sowohl der Konfliktkommunikation als auch dem Integrationsverständnis der Alteingesessenen liegt eine mangelnde Anerkennung von Zugehörigkeit zu Grunde. Den Mitgliedern des Kulturvereins wurde die Zugehö-

³⁸ Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006.

³⁹ Portrait im Oltner Tagblatt vom 2.3.2006.

⁴⁰ Medienmitteilung vom 16.10.2006.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

rigkeit zum Kollektiv (noch) abgesprochen, was jede Forderung des Kulturvereins den Alteingesessenen als Anmassung erscheinen liess. Diese Wahrnehmung wurde in der Konfliktentwicklung noch verstärkt, da der skandalisierte Kulturverein eine zunehmend misstrauische Abwehrhaltung einnahm, was die Gräben zwischen den Parteien weiter vertiefte.

5.4. Lokaler Rangordnungskonflikt

In Wangen waren es insbesondere die Alteingesessenen, die sich gegen das Minarett zur Wehr setzten. Sie hatten über Jahrzehnte eine Veränderung ihrer als vertraut empfundenen Umgebung erlebt, die zu Verunsicherung führte. Wie ein langjähriger Lokaljournalist dem Autor erklärte, leidet diese Region an einem Bruch zwischen alt und neu, zwischen Alteingesessenen und Neuzugezogenen, die sich nur peripher ums Dorf kümmern und vor allem wegen der Wohnlage gekommen seien, wegen des Steuersatzes oder weil sie schnell bei der Autobahn sein wollten.⁴¹ Dieser Suburbanisierungsprozess wird von den Alteingesessenen als Zerfall der Dorfstruktur und als Bedrohung der vertrauten Lebenswelt wahrgenommen.⁴²

Die Forderung der Alteingesessenen in Wangen nach einer „Integration ins Dorf“ mutet auf den ersten Blick anachronistisch an. Es wurde eine normative Vorstellung einer bestimmten Lebensweise vermittelt: Man (bzw. die Mitglieder des Kulturvereins) sollte im Dorf wohnen und an dessen Gemeinschaft teilhaben und nicht einfach kommen und gehen wie es einem passt. Dabei entspricht das Mobilitätsverhalten der Vereinsmitglieder durchaus dem modernen Typus des flexiblen Menschen in einer mobilen Gesellschaft. Sie wohnen im Grünen in Dörfern der Region, pendeln zur Arbeit und weisen eine hohe Freizeitmobilität auf, wobei es ihnen einerlei ist, wo in der Agglomeration sich ihr Vereinslokal befindet, solange es nur gut erreichbar ist.

⁴¹ Die Daten der Eidgenössischen Volkszählung von 2000 (BFS) zeigen, dass rund 40 Prozent der Wangener Bevölkerung zur Arbeit wegpendelt, während die Arbeitsplätze vor Ort zu 60 Prozent durch Zupendler besetzt werden.

⁴² Vgl. den Bericht von Urs Bloch „Im Autobahnkreuz“ in der NZZ vom 30.7.2011 zu den soziogeographischen Umwälzungen am Solothurner Jurasüdfuss.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz



Abbildung 5.1.: Gebäude des Kulturvereins (ow)

Das Fremde wird sichtbar und verunsichert

Die bauliche Repräsentation einer Minderheit im öffentlichen Raum kann durch die Mehrheit als Bedrohung ihres Statusgefüges und als Verlust des identitätsaffirmativen Raumes empfunden werden und einen Gruppen-Rangordnungskonflikt einleiten (vgl. Schmitt 2007: 182).

Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts war die Region Olten noch katholische Stammlande, dann zogen mit dem Bau der Eisenbahn vermehrt Protestanten zu.⁴³ Es dauerte knapp 30 Jahre bis nach der Gründung der ersten reformierten Ortsgruppe eine eigene Kirche gebaut werden konnte – allerdings ausserhalb des Dorfkerns, jenseits der Hauptstrasse und der Geleise der Jurasüdfuss-Bahnlinie im jüngeren Dorfteil Kleinwangen. Das Wangner Dorfbild wird daher immer noch durch die imposante Sankt Gallus Kirche dominiert, die leicht erhöht im Dorfzentrum oberhalb der Gemeindekanzlei thront und deren Namenspatron das Gemeindewappen ziert. Das Minarett auf der als Vereinslokal genutzten ehemaligen Farbenfabrik liegt auf der Seite des Dorfzentrums wenige Schritte vom Bahnhof und nur 300 Meter von der Gemeindekanzlei entfernt.

Unter dem Titel „Minarett für Gallusgemeinde?“ nannte ein Zeitungsbericht „Befürchtungen in gewissen Bevölkerungskreisen“, dass der Kirchturm durch ein Minarett konkurriert würde (vgl. Abbildung 5.1).⁴⁴

⁴³ Vgl. Altermatt (1991: 240); Die industrielle Einwanderungsbewegung an den Jurasüdfuss des Kantons Solothurns (z.B. Eisenwerk von Roll, Schuhfabrik Bally) hatte den Anteil Reformierter bis zum Ersten Weltkrieg auf einen Drittel der Bevölkerung gesteigert.

⁴⁴ Oltner Tagblatt mit Anriss auf der Frontseite vom 8.9.2005.

5. Migrationslandschaft Türkei-Schweiz

Die Vereinsmitglieder rückten als ehemalige Gastarbeiter ins gesellschaftliche Zentrum vor und entwickelten sich dadurch von unsichtbaren peripheren zu sichtbaren avancierenden Fremden (vgl. Hüttermann 2000). Die gewohnte soziale Ordnung bleibt aber nur solange erhalten, als die Grenzen zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten selbstverständlich gelten. Der periphere Fremde „ist schier unsichtbar und um die eigene Unsichtbarkeit bzw. Unauffälligkeit bemüht. (...) er befremdet nicht, weil er trotz physischer Nähe nicht wirklich nahetrifft, sondern nach Möglichkeit ausweicht und sich am Rande der Arbeitswelt und der Bühnen der lokalen Öffentlichkeit bewegt.“ (Hüttermann 2006: 179). Die Vereinsmitglieder wurden aber Hausbesitzer und überschritten die eingelebten räumlichen Statusgrenzen.

Im Rangordnungskonflikt wurde mit dem Widerstand gegen den Minarettbau versucht, die öffentliche Sichtbarkeit islamischer Religiosität abzuwehren und dem Kulturverein damit die Anerkennung eines kollektiv und religiös-kulturell gewichtigen Symbols zu verweigern. Auf der anderen Seite stand dabei die Sicherung einer christlichen Vorrangstellung (vgl. Tezcan 2000: 426). Die Kirchen hatten in ihrer gemeinsamen Einsprache gegen den Minarettbau vorgebracht, dass das Minarett nicht ins Dorfbild passe, „befinden wir uns doch in einem christlichen Kulturkreis“. Zudem sah der reformierte Pfarrer den Religionsfrieden gefährdet.⁴⁵

Eine normative Territorialisierung muss gemäss Schmitt (2003: 118f.) in der Regel diskursiv begründet werden, doch bei der kulturräumlichen normativen Territorialisierung mit der Gegenüberstellung von Europa als Abendland und dem Orient als Land des Islams genüge im Diskurs der Rekurs auf den Kulturraum als Letztbegründung. Auch Baumann (1999: 193f.) stellt den öffentlichen Raum als ein „normiertes und verteidigtes Terrain“ dar, in dem implizite Wertvorstellungen und Loyalitätserwartungen vorherrschen. In Konflikten um religiöse Stätte und Symbole würden bei der Verteidigung der hergebrachten Normierung des öffentlichen Raums Ängste, Bedrohungsgefühle und emotionale Erregtheit von Seiten der Dominanzgesellschaft zum Ausdruck gebracht.⁴⁶ Die ‚öffentliche Ordnung‘ des Raums werde als grundlegend für die eigene Versicherung und kulturelle Selbstverortung empfunden. Diese werde gegen Veränderungen verteidigt und gegen neue Teilnehmer und abweichende Inhalte abgeschottet (ebd. S. 196f.).

⁴⁵ Tages Anzeiger vom 9.2.2006.

⁴⁶ Dies betrifft nicht allein islamische Symbole: Baumann führt als Beispiel neben einem Streit um den Ruf des Muezzin in Duisburg den Konflikt um einen Hindu-Tempel in Grossbritannien an.

5. *Migrationslandschaft Türkei-Schweiz*

Der Minarettbau wurde von den Alteingesessenen also als ein massiver Eingriff in ein historisch gewachsenes Dorfbild und als eine Störung der damit implizierten sozialen Ordnung empfunden. Gleichzeitig diente das Bauvorhaben nun als Kristallisationspunkt, an dem diffuse Ängste vor allgemeiner Veränderung – mit dem Gefühl eines Heimatverlusts – hervorbrachen, die im Einspracheverfahren eine Plattform zur Artikulation erhielten. Sehr schnell vermischten sich dann diese allgemeinen Befürchtungen vor Veränderung mit einem Wust von weiteren Ängsten, die sich aus negativen persönlichen interethnischen Erfahrungen und der Angst vor Überfremdung durch eine unterstellte Expansion des Kulturvereins im Dorf spiesen (mit unweigerlich folgendem Muezzinruf), was eine „Türkisierung“ oder „Orientalisierung“ der Lebenswelt zur Folge hätte (vgl. Schmitt 2003: 347f.; Hüttermann 2003: 82f.). Das Ganze bildete bald ein unauflösliches Amalgam an Ablehnungsgründen, das politisch bewirtschaftet werden konnte und im Minarettdiskurs schliesslich auf eine Bedrohung durch „Islamisierung“ (mit dem Minarett als Machtsymbol) eingeengt wurde, durch deren Abwehr („Wehret den Anfängen!“) allen vormals aufgekommenen Ängsten die Grundlage entzogen werden sollte.

6. Fazit Teil I

Der geschilderte Konflikt um den Minarettbau eines türkischen Kulturvereins zeigt, dass solche Auseinandersetzungen nicht im luftleeren Raum stattfinden, sondern in spezifische lokale und historische Gegebenheiten eingebettet sind. Die Mitglieder des Kulturvereins gerieten aufgrund ihrer starken kulturellen Selbstbezogenheit unvermittelt in einen lokalen Rangordnungskonflikt, den sie weder erwartet noch angestrebt hatten. Es wurden ihnen dabei von aussen bestimmte Handlungsmotive unterstellt, wogegen sie sich als kleiner Verein – ohne stark ausdifferenzierte Strukturen – mit ihren beschränkten personellen und finanziellen Ressourcen sowie fehlender Kommunikationsstrategie kaum zur Wehr setzen konnten und wollten, zumal sich der Konflikt durch die politische Instrumentalisierung mit Resonanz bis auf nationale Ebene bald der Kontrolle der lokalen Akteure entzog.

Es lassen sich dazu folgende Schlussfolgerungen ziehen:

(1) Die Diskursrekonstruktion des Streits um den Bau eines Minaretts in Wangen bei Olten hat aufgezeigt, dass der grösste Teil der lokalen Konfliktkommunikation über die Massenmedien lief. Trotz einer jahrelangen Auseinandersetzung kam es nur zu einigen wenigen persönlichen Begegnungen zwischen den Konfliktparteien (dazu mit wechselnden Bezugspersonen beim Kulturverein), die auf die Beteiligten mitunter befremdend wirkten.

Die Vereinsverantwortlichen agierten im Umgang mit ihren Kontrahenten zum Teil ungeschickt und stiessen diese dadurch vor den Kopf. Im Gegensatz zur sofort einsetzenden Fundamentalopposition des harten Kerns einer lokalen Bürgerinitiative zeigten sich die Vertreter des Kulturvereins zu Beginn der Auseinandersetzung aber gesprächsbereit. Sie organisierten aufgrund des Widerstands gegen den Minarettbau einen ersten Tag der offenen Tür, den allerdings nur die Behörden- und Kirchenvertreter besuchten, nicht aber die Initianten der Sammeleinsprache gegen den Minarettbau.

(2) Bei den Gegnern in der lokalen Bevölkerung gab es von Beginn weg wenig Interesse oder Vermögen, die Beweggründe für den Minarettwunsch des Kulturvereins aus deren Sicht nachzuvollziehen, was zu wilden Spekulationen über die Absichten des Vereins führte, die keiner empirischen Grundla-

6. Fazit Teil I

ge bedurften und sich in der diskursiven Praxis zu einer Interpretation des Minarettbaus als Bedrohung für die Gemeinde verdichteten. Die Argumentation der Minarettgegner stützte sich mangels besseren Wissens inhaltlich zumeist auf frei zugängliche Informationen im Internet (Wikipedia) sowie auf den später umstrittenen Brief des Inlandgeheimdienstes an die Gemeindebehörden. Der Streit um ein angemessenes Integrationsverständnis und der schliesslich kaum hinterfragte allgemeine „Extremismus“-Vorwurf an den Verein – ohne konkreten Vorwürfe an deren Mitglieder – führte auch aufgrund von Kommunikationsproblemen und Missverständnissen zu Frustrationen auf beiden Seiten.

(3) Der Konflikt entwickelte eine Dynamik, der sich die Akteure kaum entziehen konnten. Es fand dabei eine Polarisierung und Verhärtung der Fronten statt, wodurch mässige Stimmen kein Gehör mehr fanden. Einer inneren Konfliktlogik folgend wurde das Konfliktfeld laufend ausgeweitet, so dass schliesslich nicht mehr der Minarettbau, sondern der türkische Kulturverein als Bauherr selbst skandalisiert wurde. Dadurch wandelte sich die offene Haltung des Kulturvereins, deren Mitglieder auch nach der erstinstanzlichen Ablehnung des Baugesuchs noch ihren guten Willen in einer Portrait-Serie der Lokalzeitung demonstrierten, in Misstrauen. Auf die fehlende Anerkennung ihrer gesellschaftlichen Teilhabe reagierten sie zuerst mit Unverständnis und schliesslich mit Rückzug, da sie sich ungerecht behandelt fühlten.

(4) Die lokalen Minarettgegner wiederum fühlten sich von überregionaler Seite her falsch verstanden und unter Druck gesetzt. Einerseits nutzten sie Deutungsangebote aus einem übergeordneten Islamdiskurs, was jeweils die lokale Konfliktodynamik anheizte, andererseits verwahrten sie sich aber gegen eine Einflussnahme von aussen. So setzte sich die Gemeinde entschieden zur Wehr, wenn etwa die Eidgenössische Kommission gegen Rassismus ihr Vorgehen rügte und beide Konfliktparteien nahmen Mediationsangebote von behördlicher und zivilgesellschaftlicher Seite nur zurückhaltend an oder wiesen diese in Ermangelung an Einsicht in die Notwendigkeit zurück.

(5) Die für die Mitglieder der Residenzgesellschaft zunehmend sichtbar werdende religiös-kulturelle Identität von Migrantengruppen aus der Türkei und dem Balkan wurde auf der lokalen Ebene in Wangen zu Beginn noch nicht als bedrohliche „Islamisierung“ interpretiert, aber als unerwünschtes Eindringen von „fremden Kulturen“ in eine historisch gewachsene Sozialstruktur mit normativ besetztem öffentlichen Raum. Mit zunehmender räumlicher Distanz zu den lokalen Konflikten erschienen diese sich ausdrücklich eth-

6. *Fazit Teil I*

nisch definierenden Migrantengruppen den Minarettgegnern einheitlich als „Muslime“, denen als ein Kollektivsubjekt konspirative Handlungsabsichten unterstellt wurden. Dieser Einengung auf eine religiöse Identität, verbunden mit einer Stigmatisierung derselben, können sich die muslimischen Diasporagruppen im Islamdiskurs nicht entziehen, worauf sie u.a. mit einer Selbststigmatisierung – gerade mit einer Betonung dieser von aussen diskreditierten Identität – antworten.

Teil II.

Islamophobie und die Ausweitung des Minarettstreits

7. Einführung

Mit der Minarettinitiative Ende 2009 wurde das Thema Islam das erste Mal zum vorherrschenden Thema der schweizerischen Öffentlichkeit. Neben ihren Ursprüngen und Bezügen zu lokalen Auseinandersetzungen um Minarettbauten in Wangen bei Olten und Langenthal, steht die Minarettopposition auch in einem breiteren Kontext der Auseinandersetzung mit dem Islam in Westeuropa. Dabei wurde insbesondere an Interpretationen und Personen angeknüpft, die als “islamophob” bezeichnet werden können und Teil eines internationalen islamkritischen Diskurses sind. “Islamophobie” etablierte sich als Deutungsmuster in politisch rechts gerichteten Segmenten von Öffentlichkeit und Politik und stieg zu einem entscheidenden Faktor der Diskussionen mit Überzeugungskraft bis hinein in die politische Mitte auf.

Im Folgenden wird zunächst auf den Begriff “Islamophobie” eingegangen, um daraufhin die islamophoben Deutungsmuster in der Minarettopposition zu Rekonstruieren. Weiter werden die Faktoren, die zur Entstehung dieses Deutungsmusters geführt haben, analysiert: Erstens wird nach den Akteuren des breiteren islamkritischen Diskurses gefragt, die einen Einfluss auf die Formation der Deutungen in der Schweiz hatten und zweitens nach den Faktoren, die den Transfer der Islamophobie in die Schweizer Minarettopposition geprägt haben. Dies soll zu einem kontextualisierenden Verstehen der ablehnenden Thematisierung des Islams führen.

8. Islamophobie

Die meisten Definitionen (vgl. zur Begriffsgeschichte Allen 2006: 71) setzen beim britischen *Islamophobia Report*¹ von 1997 an, wo eine islamophobe Sicht auf den Islam beschrieben wurde, welche den Islam als einen statischen, monolithischen Block wahrnimmt, der abgeschottet und absolut anders ist, d.h. keine Ziele und Werte mit dem als „eigen“ postulierten teilt. Weiter ist der Islam aus dieser Warte dem Westen unterlegen, weil er barbarisch, irrational, primitiv und sexistisch sei. Ausserdem wird der Islam als eine bedrohliche, aggressive und gewalttätige politische Ideologie wahrgenommen. Die feindselige Haltung gegenüber „dem Islam“ wird dabei als natürlich und normal angesehen, weshalb gesellschaftliche Ausgrenzung und diskriminierende Praktiken gegenüber Muslimen als gerechtfertigt erscheinen.

Einige Autoren (u.a. Skenderovic 2006: 81; Miksch 2009: 10; Königseder 2008: 34) bringen die wahrgenommene Bedrohung mit „diffusen Ängsten“ vor dem Islam in Verbindung. Tatsächlich zeigt das Fallbeispiel Wangen, dass im lokalen Minarettstreit, der am Beginn des Schweizer Minarettdiskurses steht, der Minarettbau als ein Kristallisationspunkt diene, um diffuse Ängste zu artikulieren, die sich auf schwer fassbare – aber dennoch ablaufende – allgemeine Veränderungen in der Lebenswelt aufgrund von kulturellen und gesellschaftlichen Umbrüchen beziehen. Ein diesbezügliches „Unbehagen“, ein „Bauchgefühl“, wird als Furcht spezifiziert und als Bedrohung durch den Islam kommuniziert (vgl. dazu Abschnitt 5.4).

Diese „diffusen Ängste“ vor dem Islam fallen jedoch nicht unter Islamophobie im engeren Sinne. So zeigt eine eigene Analyse der Daten einer Wähler-nachbefragung² zur angenommenen Anti-Minarett-Initiative, dass rund 20 Prozent der Initiativbefürworter spontan Sichtbarkeitsaspekte als einen von

¹ Commission on British Muslims and Islamophobia, *Islamophobia: A Challenge for Us All*, Bericht im Auftrag des Runnymede Trusts, London 1997.

² Hirter, Hans; Vatter, Adrian (2010): Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009. VOX-Analyse. gfs.bern und Universität Bern IPW (Bern). Online unter <http://www.gfsbern.ch/Publikationen/VOXAnalysen/nachDatum/tabid/379/language/de-CH/Default.aspx> (22.01.2014).

8. Islamophobie

mehreren Gründen für die Annahme der Initiative nennen.³ Diese Wähler also mit diffusen Ablehnungsgründen, denen Minarette „nicht gefallen“, auf diese „befremdend“ wirken oder einfach „störend“ und „unpassend“, stehen Muslimen signifikant weniger distanziert gegenüber als die anderen, welche die Initiative ebenfalls angenommen haben. Ausserdem plädieren sie in Bezug auf die Rechte von Muslimen signifikant weniger stark für einen Abbau. Demgegenüber stehen jene, die mit einem „Ja“ an der Urne ein Zeichen gegen eine systematische Islamisierung der Schweiz und Europas setzen wollten, da Minarette einen religiös-politischen Macht- und Herrschaftsanspruch verkörpern würden und die dazugehörenden Moscheen ein Hort für islamistischen Extremismus seien.

Deshalb werden hier mit Bielefeldt (2009: 182) mit „Islamophobie“ nicht generelle Ängste vor dem Islam gemeint, sondern „negativ-stereotype Haltungen gegenüber dem Islam und seinen tatsächlichen oder mutmasslichen Angehörigen.“ Islamophobe Bedrohungsszenarien sind zudem oft mit Verschwörungstheorien⁴ bezüglich einer geplanten „muslimischen Weltherrschaft“ verbunden.⁵ Nach Frank-Rieser et al. (2010: 110) betont Islamophobie daher „eine individuelle und gesellschaftliche Angst, die auf einer Fehleinschätzung von Wirklichkeit, also – im Unterschied zur Phobie im klinischen Sinn – gerade auf einen Mangel an Einsicht in die Unbegründetheit und die Irrationalität der Ängste hinweist.“ Der suggerierten Einheitlichkeit des Islams werde dabei zwar die Qualität von Gegnerschaft und Gefahr zugeordnet, die Einheitlichkeit selbst bleibe aber ohne jede Beschreibung.

Empirie: Entwicklung von Fremdenfeindlichkeit, Muslimenfeindlichkeit und Islamophobie

Für die Schweiz lässt sich seit Anfang der 1990er Jahre Muslimenfeindlichkeit als Element des politischen Überfremdungsdiskurses aufzeigen und seit Mitte der 1990er auch in Umfragen nachweisen, während es in früheren Umfragen keine entsprechenden Frageitems gab.

Stolz (2005: 559) hat eine Umfrage unter Schweizerinnen und Schweizern

³ Es wurde eine eigene Analyse durchgeführt. Dank geht an Dr. Hans Hirter für die Nutzung der VOX-Rohdaten.

⁴ „Als ‚Verschwörungstheorien‘ werden Aussagenkomplexe über intendiert geheimhandelnde Gruppen bezeichnet, die als falsch oder spekulativ angesehen werden.“ (Kuhn 2010: 115). „Mit Hilfe des Postulats geheimen Handelns machen Verschwörungstheorien unerwünschte Sachverhalte auf Intentionen zurechenbar. Dies betont mit vielen Autoren ihre Sündenbockfunktion.“ (ebd. S.119).

⁵ Vgl. etwa Tezcan (2000: 439), Hüttermann (2000: 291), Attia und Shooman (2010: 38).

8. Islamophobie

in der Stadt Zürich von 1995 nach den Einstellungen gegenüber Muslimen und Einwanderern aus der Türkei sowie aus arabischen Ländern ausgewertet. 58 Prozent der Befragten fanden damals, dass Muslime überhaupt nicht stören würden, für 29 Prozent störten sie etwas und für 13 Prozent störten Muslime eher bis sehr fest. Die Einwanderergruppen aus der Türkei und aus arabischen Ländern wurden unter allen Gruppen am unsympathischsten eingeschätzt, erstere hielten 28 Prozent für etwas oder sehr unsympathisch, bei letzteren waren es 33 Prozent. Es wurde faktorenanalytisch festgestellt, dass sich dabei diese Muslimenfeindlichkeit⁶ nicht von Fremdenfeindlichkeit gegenüber anderen Gruppen (Einwanderern aus Afrika, dem Balkan, Sri Lanka und Asylsuchenden) unterscheiden lasse und ein starker Zusammenhang zwischen Muslimenfeindlichkeit und genereller Fremdenfeindlichkeit bestehe, welche sich statistisch am besten über das Konstrukt „Traditionelles Weltbild“ erklären lasse (ebd. S. 564).⁷

Wenn jemand also Einwanderung generell als ‚Überfremdung‘ wahrnimmt, dann überschneiden sich muslimenfeindliche und fremdenfeindliche Haltungen. Die Einstellung zu den Ausländern in der Schweiz hatte daher auch einen Einfluss auf die Anti-Minarett-Abstimmung. Jene, welche finden, dass Ausländer weniger Rechte haben sollten als Schweizerinnen und Schweizer, stimmten zu 84 Prozent für das Minarettverbot (Hirter und Vatter 2010: 19). Es war zwar eine Mehrheit von 58 Prozent der Abstimmenden einverstanden mit der Aussage, dass es den Initianten gar nicht um die Minarette, sondern um Propaganda gegen Ausländer gehe, doch waren dabei auch 37 Prozent der Initiativ-Befürworter dieser Ansicht, die also bewusst gegen Ausländer gestimmt hatten (ebd. S. 24).

Helbling (2010: 69f.) hat die Muslimenfeindlichkeit in der Schweiz anhand

⁶ Stolz operationalisiert „Islamophobia“ anhand der drei Items: Einstellung gegenüber Muslimen, gegenüber Einwanderern aus der Türkei und gegenüber Einwanderern aus arabischen Ländern.

⁷ Für die Anti-Minarett-Abstimmung hat das Statistische Amt des Kantons Zürich (Moser 2009) ebenfalls festgestellt, dass die Initiative ihre höchsten Ja-Stimmenanteile in den Gemeinden mit einer „nationalkonservativen“ Stimmbürgerschaft erreichte (auf einer Achse im Gegensatz zu „gesellschaftlich progressiv“). Der Gegensatz zwischen den „Markt-“ und den „Staatsgläubigen“ habe dagegen für einmal keine Rolle gespielt. Die „rote“ Stadt und die „liberale“ Goldküste zeigten ein sehr ähnliches Abstimmungsverhalten. Dasselbe Muster einer kulturellen Spaltung hatte nach Moser (2010) auch die Haltung zur Ausschaffungsinitiative vom 28.11.2010 geprägt. Dieser kulturelle Identitätsdiskurs habe analog bereits die Abstimmungen zur Personenfreizügigkeit 2009, zu kantonalen Staatsbeiträgen an Integrationskurse 2005 und zur Einbürgerung der 2. und 3. Generation 2004 dominiert.

8. Islamophobie

der Frage, wen man nicht als Nachbarn haben möchte,⁸ mit den Schweizer Wellen des World Values Survey von 1996 und 2007 untersucht. Muslimenfeindlichkeit hängt dabei mit genereller Fremdenfeindlichkeit zusammen, entwickelt sich aber unterschiedlich: 1996 wollten rund 10 Prozent keine Einwanderer als Nachbarn, 2007 waren dies zwei Prozent weniger. Der Anteil jener aber, welche keine Muslime als Nachbarn haben wollten, stieg signifikant an von 18,4 Prozent 1996 auf 21,9 Prozent 2007.⁹ Mit Helbling stellen wir also Mitte der 1990er Jahren bereits eine Muslimenfeindlichkeit in der Schweiz fest, die Stolz auch für die Stadt Zürich bestätigt, und die mit genereller Fremdenfeindlichkeit einhergeht.¹⁰ Über die Zeit fand eine divergierende Entwicklung von genereller Fremdenfeindlichkeit und spezifischer Muslimenfeindlichkeit statt, wobei Helbling einen Einfluss des politischen Klimas vermutet, in dem negative Einstellungen gegenüber Muslimen vertretbarer erscheinen als gegen Einwanderer generell.

Kühnel und Leibold (2007: 146) bestätigen diese Zusammenhänge anhand der Wellen 2003 und 2005 des Bielefelder GMF-Surveys auch für Deutschland: „Je fremdenfeindlicher eine Person ist, desto stärker neigt sie auch dazu, Muslime in Deutschland als fremde und unerwünschte Migranten zu sehen. Und je stärker die Muslime in Deutschland abgelehnt werden, desto stärker ist auch die Ablehnung der islamischen Kultur.“ Dabei nimmt vor allem die ablehnende Haltung zum Islam zu, während die Ablehnung gegenüber Muslimen und Einwanderern generell zwischen 2003 und 2005 etwa gleich

⁸ Helbling übernimmt die sehr enge gefasste ‚Islamophobie‘-Definition von Stolz (2005), muss aufgrund seines Datensatzes aber anders operationalisieren, wobei er auf Strabac und Listhaug verweist, die gleich operationalisieren und auf zwei weitere Studien, welche die ‚Nachbarschafts-Frage‘ zumindest im entsprechenden Index haben.

⁹ Hafez (2010: 7) zeigt mit einer Europäischen Wertestudie anhand der ‚Nachbarschaftsfrage‘, dass bei keiner Gruppe der Kontrast zwischen 1999 und 2008 grösser ist als bei Muslimen: Der Anteil jener, welche keine Muslime als Nachbarn haben wollten, stieg von 15 Prozent auf 31 Prozent. Daraus folgert er: „Es zeigt sich klar und deutlich, dass die Islamfeindlichkeit sich abseits der Fremdenfeindlichkeit eigenständig entwickelt.“

¹⁰ Bei Stolz liegt die Muslimenfeindlichkeit einige Prozentpunkte tiefer, was sich wohl weniger auf die unterschiedliche Operationalisierung, als vielmehr auf einen Stadt-Land-Gegensatz zurückführen lässt: Bei der Anti-Minarett-Abstimmung spielte auch Muslimenfeindlichkeit eine Rolle und sowohl Zürich, als auch andere grösseren Städte haben die landesweit angenommene Initiative verworfen.

8. Islamophobie

bleibt.¹¹ Leibold (2009: 149) zeigt unter zusätzlicher Berücksichtigung der Daten von 2006 und 2007, dass schliesslich auch die Ablehnung gegenüber Muslimen zunimmt, während die Ablehnung von ‚Einwanderern allgemein‘ leicht zurückgeht (aber auf hohem Niveau bleibt).

Während generelle Fremdenfeindlichkeit und Muslimenfeindlichkeit kaum zu unterscheiden sind, wenn man Muslimenfeindlichkeit (bzw. ‚Islamophobie‘) nur über negative Einstellungen gegenüber Muslimen misst (Stolz 2005; Helbling 2010), so ändert sich dies, wenn man die Einstellung gegenüber dem Islam hinzunimmt. Für Kühnel und Leibold (2007: 151f.) ist ‚Islamophobie‘ schliesslich weder ein neues Phänomen, noch einfach ein neuer Name, „sondern Ergebnis einer sich gerade aus einer alten Form herausbildenden neuen Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit.“ Durch ihre erweiterte Definition von Muslimenfeindlichkeit (bzw. von ‚Islamophobie‘) können sie das Phänomen genauer einordnen:

„Während sich die generelle Ablehnung von Muslimen empirisch kaum von Fremdenfeindlichkeit unterscheiden lässt, ist der Zusammenhang mit der Abwertung der Kultur des Islams deutlich geringer. (...) Danach entwickelt sich die Islamophobie in Deutschland aus bereits bestehenden fremdenfeindlichen Vorurteilen, die sich hier gegen Muslime richten. Mit dem Aspekt der Abwertung der Kultur des Islams, scheint sich die Islamophobie dabei aus der Fremdenfeindlichkeit als ein eigenständiges Phänomen herauszubilden. Gefördert wird dies durch eine undifferenzierte Gleichsetzung des Islams mit seinen islamistischen Ausprägungen und deren terroristischen Aktivitäten.“ (ebd. S. 152).

In der 2005er Erhebung des GMF-Surveys konnte als weiterer Aspekt von Islamophobie noch die wahrgenommene Bedrohung durch den Islam mit einer zusätzlichen Kategorie erfasst werden.¹² Leibold (2009: 152) zeigt in einem aufschlussreichen Strukturgleichungsmodell, dass allgemeine Frem-

¹¹ Dabei messen sie das, was sie als ‚Islamophobie‘ bezeichnen, differenzierter als Stolz (2005) und Helbling (2010). Neben genereller Ablehnung von Muslimen: „Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land“ (ein Drittel stimmte zu 2003 und 2005) und „Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden“ (ein Viertel stimmte zu 2003 und 2005) gehört auch die kulturelle Ablehnung des Islams dazu: „Die muslimische Kultur passt durchaus in unsere westliche Welt“ (Die Ablehnung stieg in 2 Jahren von zwei Drittel auf drei Viertel) und „Der Islam hat eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht“ (Die Ablehnung stieg in 2 Jahren von einem Drittel auf 50 Prozent der Befragten) (Kühnel und Leibold 2007: 138).

¹² Zwei neue Items charakterisieren die wahrgenommene Bedrohung durch den Islam: „Die vielen Moscheen in Deutschland zeigen, dass der Islam auch hier seine Macht vergrössern will“ (58 Prozent Zustimmung) und „Die hier lebenden Muslime bedrohen unsere Freiheiten und Rechte“ (24 Prozent Zustimmung) (Leibold 2009: 149f.).

8. Islamophobie

denfeindlichkeit zwar einen direkten Effekt auf Muslimenfeindlichkeit hat, dass aber der indirekte Effekt über die wahrgenommene Bedrohung durch den Islam viel stärker ist. Dies könnte erklären, weshalb in der Zeitreihenuntersuchung zuerst die Vorbehalte gegenüber dem Islam zwischen 2003 und 2005 ansteigen¹³ und sich erst nach einer Latenzphase die Muslimenfeindlichkeit von der Entwicklung der generellen Fremdenfeindlichkeit abkoppelt und ebenfalls anzusteigen beginnt.

Decker und Langenbacher (2010: 134) bestätigen in einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die ablehnende Haltung gegenüber dem Islam und den Muslimen in Deutschland. 2010 waren 58 Prozent der Befragten dafür, dass die Religionsausübung für Muslime „erheblich eingeschränkt“ wird (bei Leuten „mit geschlossenem rechtsextremen Weltbild“ sind es 90 Prozent). Dass manchen Leuten Araber unangenehm sind, können 55 Prozent der Befragten gut verstehen, 2003 waren dies noch 44 Prozent.

Im Ländervergleich zeigt Pollack (2010: 2), dass in Frankreich, den Niederlanden, Dänemark und Portugal eine klare Mehrheit ein positives Bild von den Muslimen hat, wenn man nach der persönlichen Haltung zu den Mitgliedern unterschiedlicher religiöser Gruppen fragt. Während aber etwa in den Niederlanden 62 Prozent der Befragten eine positive Haltung gegenüber Muslimen angeben, so sind es in Deutschland 30 Prozent weniger.

Beim Stichwort Islam dagegen, überwiegen in allen untersuchten Ländern die negativen Zuschreibungen (Pollack 2010: 3). In den Niederlanden scheint die Beurteilung dabei am Widersprüchlichsten, da trotz ähnlich starker Zustimmung zu negativen Typisierungen im Ländervergleich, gleichzeitig positiven Attributen am stärksten zugestimmt wird.

Im Durchschnitt der Länder erklären 42 Prozent der Befragten, die Ausübung des islamischen Glaubens müsse „stark eingeschränkt“ werden, wobei Deutschland stärker zustimmt, aber nur Ostdeutschland mit 55 Prozent an die von Decker und Langenbacher (2010: 134) festgestellten 58 Prozent herankommen.

Der Bau von Moscheen wird, ausser in Deutschland, überall befürwortet, in Dänemark nur knapp, in den anderen Ländern mit zwei Drittel bis drei Viertel Zustimmung. Der Bau von Minaretten wird aber nur noch in den Niederlanden und in Portugal knapp befürwortet. In Frankreich gibt es für den Bau

¹³ Neben den Items zur kulturellen Ablehnung des Islams (Fussnote 11 in Kapitel 8) betrifft dies auch die Aussage: „Die vielen Moscheen in Deutschland zeigen, dass der Islam auch hier seine Macht vergrössern will“, die bereits 2003 vorgelegt wurde. Die Zustimmung steigerte sich von 52 Prozent auf 58 Prozent 2005.

8. Islamophobie

von Minaretten noch 43 Prozent Zustimmung, in Dänemark 27 Prozent und in Deutschland weniger als 20 Prozent (Pollack 2010: 4).

Religiöse Vielfalt wird, ausser in Deutschland mit nur rund 50 Prozent Zustimmung, sehr stark als eine „kulturelle Bereicherung“ beurteilt, gleichzeitig aber auch als „Ursache von Konflikten“ gesehen. Dass sich die Muslime im entsprechenden Land an „unsere Kultur anpassen“ müssen, wird überall sehr stark befürwortet, in den Niederlanden am höchsten mit 90 Prozent. Dabei wird auch überall der Aussage zugestimmt, dass das Christentum das „Fundament unserer Kultur“ sei, und der Islam nicht in „unsere westliche Welt“ passe (Pollack 2010: 5ff.).

Bei der Anti-Minarett-Abstimmung in der Schweiz hat sich ebenfalls eine Diskrepanz zwischen der Einstellung zum Islam einerseits und zu Muslimen andererseits gezeigt. Während 9 Prozent in der VOX-Befragung angaben, die schweizerische und muslimische Lebensweise für unverträglich zu halten, schätzten die Abstimmenden die Verträglichkeit im Durchschnitt positiv ein und wollten Minarette trotzdem verbieten. Selbst bei jenen Befragten, die von einer sehr guten Verträglichkeit der schweizerischen und der muslimischen Lebensweise ausgehen, liegt die Zustimmung zu einem Minarettbauverbot noch bei 49 Prozent. Hirter und Vatter (2010: 26) schliessen daraus, dass die Zustimmung zum Minarettverbot nicht als generelle muslimenfeindliche Haltung interpretiert werden dürfe.

Angst (2010: 36) fragt daraufhin zu Recht, welche Haltung – den Muslimen oder dem Islam gegenüber – denn nun bei der Annahme dieser Volksinitiative ausschlaggebend gewesen sei. Wie oben mit Bezug auf die Empirie gezeigt wurde, würde das Ausschliessen von Muslimenfeindlichkeit im Minarettdiskurs den bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnissen zuwiderlaufen. Es sind gerade die Vorbehalte gegenüber dem Islam, besonders wenn dieser als Bedrohung wahrgenommen wird, die schliesslich Muslimenfeindlichkeit verstärken. Es ist eben diese zunehmend feindliche Haltung gegenüber ‚dem Islam‘ – der dadurch selbst zu einem Kollektivakteur wird – welche für das neue Phänomen der ‚Islamophobie‘ konstitutiv ist und sich mit zunehmender Dauer negativ auf die Einstellung gegenüber Muslimen auswirkt.¹⁴

¹⁴ Und gegenüber Personen, die man dafür hält: Die Kulturalisierung von Religion durch die Gegenüberstellung eines ‚christlichen‘ und eines ‚islamischen Kulturkreises‘ führt in Verbindung mit einer neurechten Essentialisierung von Kultur zu einer Muslim-Kategorisierung qua Geburt.

9. Islamophobe Deutungsmuster

Die umfassende Kritik und Ablehnung des Islams ist als zentrales Deutungsmuster, als *master frame* (vgl. Snow und Benford 1992) der Minarettopposition zu bezeichnen. Diese islamophoben Deutungen waren für den Vorgang der Generalisierung eines lokalen Konflikts um den Aufbau eines kleinen Minaretts auf einen Liftschacht einer ehemaligen Farbenfabrik in Wangen hin zum nationalen Problem zentral. Hinter diesen Deutungsmustern standen verschiedene Positionierungen und Betonungen. Im Folgenden steht die Frage, welche Deutung des Islams auf welche Art und Weise in den Auseinandersetzungen wirksam wurde. Weiter wird nach den strategischen Prozessen bei der Etablierung der islambezogenen Deutungsmuster gefragt werden, d.h. wie sie mit Geltung versehen wurden.¹

9.1. Von der neorassistischen “Überfremdung” zur islamophoben “Unterwanderung”

Die Ablehnung des Islams wurde ab den 1990er Jahren zu einem zunehmend wichtigen Teil fremdenfeindlicher Deutungsmuster. Vorher weitgehend unbekannte Begriffe wie *Minarett*, *Scharia*, *Taqiya* oder *Burka* gewannen schliesslich an öffentlicher Prominenz, worauf sich eine islamophobe Strömung von der allgemeinen Fremdenfeindlichkeit zu unterscheiden und von der gemeinsamen Entwicklung abzukoppeln begann, wie in Kapitel 8 anhand empirischer Untersuchungen aufgezeigt wurde.

Die in der Schweiz in den letzten Jahren politisch wirkmächtige rechtspopulistische Instrumentalisierung muslimenfeindlicher Einstellungen hat daher eine Vorgeschichte, die weiter als bis zum Fanal von 9/11 im Jahre 2001 zurückreicht. Die politischen Vorläufer in der radikalen Rechten waren allerdings nicht in der Lage, dieses Thema so resonanzstark zu bewirtschaften,

¹ Zur Verortung der Minarettopposition in der Soziologie sozialer Bewegungen vgl. Wäckerlig und Walthert 2013a. Zur Schweizer Minarettopposition vgl. auch Wäckerlig und Walthert 2013a.

9. Islamophobe Deutungsmuster

wie es der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) ab etwa 2003² gelang.

Die ausgrenzende Haltung gegenüber Muslimen wurde bereits im früheren Überfremdungsdiskurs vorbereitet, etwa 1979 durch die Forderung der *Nationalen Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat* (NA), dass die Schweiz nur Flüchtlinge aus dem „eigenen Kulturkreis“ aufnehmen solle (Skenderovic 2009: 219). Anfang der 1980er Jahre erreichte die NA mit der Politisierung des Asylthemas nochmals Wahlerfolge, danach formierte sich das Feld vor dem Aufstieg der SVP wieder neu, Parteien lösten sich auf oder wurden neu gegründet. Die 1990 in *Schweizer Demokraten* (SD) umbenannte NA warnte bereits in den 1990er Jahren regelmässig vor der „Islamisierung Europas“. 1990 interpretierte sie in ihrer Parteizeitung „jede Einschleusung von Muselmanen“ als ein „bewusster geplanter Angriff auf unsere europäisch-christliche und schweizerische Eigenständigkeit“.³ Auch die SVP-nahe *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS) verlangte 1990 vom Bundesrat einzusehen, „dass wir keine Ueberfremdung durch Muslime und Leute anderer Kulturkreise und Rassen bei uns dulden können“.⁴

Die 1975 gegründete *Eidgenössisch-Demokratische Union* (EDU) spezialisierte sich zusehends zu einer dezidiert religiösen Partei mit Basis im evangelikalen Milieu und wurde schliesslich zum politischen Arm des evangelikalen Zionismus. Im Kanton Bern kam es 1990 im Abstimmungskampf über die staatliche Anerkennung religiöser nichtchristlicher Minderheiten unter Federführung der EDU zu heftigen verbalen Angriffen gegen Muslime.⁵ Die EDU gewann darauf 1991 – 16 Jahre nach ihrer Gründung – mit Werner Scherrer ihren ersten Sitz im Nationalrat. In ihrem Parteiblatt schilderte die EDU 2000 eine „drohenden Islamisierung des christlichen Abendlandes“,

² Bezeichnend ist dafür etwa der Slogan: „Steuergelder für Koranschulen?“ zur Abstimmung über die staatliche Anerkennung weiterer Religionsgemeinschaften im Kanton Zürich 2003. Das Anerkennungsgesetz wurde deutlich abgelehnt. Christmann (2010: 32f.) zeigt, dass in der Schweiz ausserhalb von Verfassungsrevisionen kaum liberale Anerkennungsregeln umgesetzt werden, da die Gefahr der Ablehnung durch das Volk oft als zu gross eingeschätzt wird, was bereits im vornherein zu restriktiveren Regelungen führt. Dies zeige eine eher negative Wirkung der direkten Demokratie für religiöse Minderheiten auf, wobei es eben entscheidend sei, um welche Minderheit es sich handelt. Vgl. zur Spannung zwischen liberalen Regelungen und populistischen Bewegungen auch Mudde (2004: 561).

³ Zitiert nach Skenderovic (2006: 90f.). Der Autor des Artikels veröffentlichte 1992 bereits die 4. Auflage eines Buches mit dem Titel: „Der Islam wird uns fressen! Der islamische Ansturm auf Europa und die europäischen Komplizen dieser Invasion“.

⁴ Zitiert nach Skenderovic (2006: 91).

⁵ Vgl. A. Vatter, A. Christmann und D. Danaci in der NZZ vom 31.10.2009 über Ergebnisse aus einem NFP 58-Projekt der Politikwissenschaften der Universität Bern.

9. Islamophobe Deutungsmuster

denn die „Kinderflut“ der Immigranten würde „Europa zu Tode gebären“.⁶ 2003 stellte die EDU für einmal gleichzeitig einen Zürcher und einen Berner Nationalrat. 2005 erreichte die EDU in den traditionell reformierten Kantonen Zürich und Bern, 2012 auch im Kanton Thurgau, erstmals Fraktionsstärke im Kantonsparlament.

Die SVP nahm das Motiv der Überfremdung durch Muslime 2004 beim (gewonnenen) Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung von Nachkommen von Einwanderern wieder auf, in welchem auf Plakaten gefragt wurde: „Muslime bald in der Mehrheit?“ und die demographische Entwicklung extrapoliert grafisch so dargestellt wurde, dass Muslime in einigen Jahren die Bevölkerungsmehrheit stellen würden. Auf Inseraten wurde auch eine Schweizer Identitätskarte mit dem Konterfei und Namen von Usama Bin Laden abgebildet, was gegen eine „Masseneinbürgerung“ ins Feld geführt wurde. Bin Laden wurde bereits im Jahr davor politisch instrumentalisiert, als die Basler SVP im Wahlkampf zu den Nationalratswahlen 2003⁷ das Portrait Bin Ladens mit einer Schweizerflagge überzogen und mit „Jetzt Flagge zeigen!“ überschrieben hatte.

2006 wurde das Ausländer- und Asylrecht in einer Abstimmung nochmals verschärft, worauf die SVP 2007 damit begann, den Islam mit den Unterschriftensammlungen zur Anti-Minarett-Initiative und zur Volksinitiative für die automatische Ausschaffung krimineller Ausländer („Schwarze Schafe“) stärker in den Blick zu nehmen.⁸ Gleichzeitig wurde der Islam dadurch von der SVP im Wahlkampf zu den Nationalratswahlen im Oktober 2007 immer stärker thematisiert. Beispielsweise warb die Junge SVP im Kanton Bern mit dem zwei Jahre später für die Anti-Minarett-Abstimmung abgeänderten Bild

⁶ Aus EDU-Standpunkt, zitiert nach Skenderovic (2006: 91).

⁷ Bei diesen Wahlen legte die SVP zum dritten Mal hintereinander zu und verdoppelte ihre Sitzzahl gegenüber 1991, womit sie erstmals am meisten Mandate erreichte, was schliesslich die Wahl Christoph Blochers in den Bundesrat ermöglichte.

⁸ Die Unterschriftensammlung für die eidgenössische Volksinitiative 'Gegen den Bau von Minaretten' begann im Mai 2007. Die Vorlage wurde am 29.11.2009 von 57,5 Prozent der Abstimmenden angenommen. Zur Analyse der Argumentarien zur Anti-Minarett-Initiative vgl. Lienemann (2009). Für die sogenannte „Ausschaffungsinitiative“ wurden ab Juli 2007 Unterschriften gesammelt. Die Volksinitiative wurde am 28.11.2010 mit 52,3 Prozent Ja-Stimmen angenommen. Im Argumentarium von 2007 zur Ausschaffungsinitiative wird u.a. mit der „immer offensichtlicheren Unterwanderung der christlich-abendländischen Kultur unseres Landes“ argumentiert. Auf drei Seiten wird ausserdem die drohende „schleichende Unterwanderung der schweizerischen Rechtsordnung“ durch die „Einführung der Scharia“ abgehandelt. Im Abstimmungskampf führte die SVP im August 2010 eine grossangelegte „Volksbefragung zur Asyl- und Ausländerpolitik“ durch, wobei es in den Unterlagen, die in alle Haushalte verteilt wurden u.a. heisst, dass der Anteil Muslime „explosionsartig emporschnellt“ und gefragt wird: „Wie viel Islam wollen Sie? (...) Auch bei unseren Richtern und Professoren macht sich die gefährliche Tendenz breit, das islamische Recht, die Scharia, auch bei uns für gültig zu erklären!“.

9. Islamophobe Deutungsmuster

einer Schweizerflagge, die von mehreren raketenförmigen Minaretten durchstochen wird unter dem Titel: „Keine Minarette in der Schweiz!“. Im Kanton Aargau wurde auf einem Plakat ein Minarett abgebildet mit dem Slogan: „Baden oder Bagdad?“ und auf einem anderen eine verschleierte Frau mit dem Kommentar: „Aarau oder Ankara?“.⁹ Im Kanton Wallis wurden betende Muslime gezeigt, von denen man nur den Hintern sieht, was mit: „Utilisez vos têtes!“ überschrieben wurde. Die SVP gewann 2007 wiederum Stimmannteile hinzu und festigte ihre Stellung als stärkste Fraktion im Nationalrat.

Skenderovic (2007: 50f.) stellt solche Entwicklungen in einen breiteren Übergang: Ging die „Überfremdungsgefahr“ aus rechtspopulistischer Sicht in den 1960er und 1970er Jahren von sogenannten „Gastarbeitern“ aus südeuropäischen Ländern aus, änderte sich dies in den 1980er Jahren durch die Fokussierung auf Asylsuchende und Flüchtlinge. Nun kamen kulturell-differenzialistische Argumente auf, wie die erwähnte Forderung der NA, nur Flüchtlinge aus dem „eigenen Kulturkreis“ aufzunehmen, was für neorassistische Diskurse bezeichnend ist. Dabei werden kulturelle Merkmale naturalisiert, so dass sie wie die biologischen Merkmale im klassischen Rassismus als unveränderbar erscheinen. Ende der 1990er Jahre übernahm die SVP in Positionspapieren zur Integrationspolitik dieses Argumentationsmuster der NA. Sie sprach Einwanderern aus südost- und aussereuropäischen Ländern nun generell die Fähigkeit zur Integration ab, wobei zunehmend auf die Unvereinbarkeit kultureller und religiöser Identitäten aufgrund der muslimischen Immigration hingewiesen wurde (Skenderovic 2009: 220).

Auch bei der im Sommer vor den eidgenössischen Wahlen 2011 lancierten Unterschriftensammlung für die SVP-Überfremdungsinitiative „Gegen Masseneinwanderung“ wird im Initiativtext als ein massgebendes Kriterium für Einwanderung die „Integrationsfähigkeit“ der Gesuchsteller genannt. Gemäss dem Argumentarium der Initianten bezieht sich die „Integrationsfähigkeit“ auf die „persönlichen Eigenschaften“ des Gesuchstellers: „Nur solche Einwanderer sollen zugelassen werden, bei denen anzunehmen ist, dass sie sich in die Gesellschaft integrieren und in der Schweiz anpassen können.“ (Juli 2011, S. 32). Welche Einwanderer damit gemeint sind, wurde erst klar, als

⁹ Initiant der Aargauer Kampagne war SVP-Grossrat Andreas Glarner, welcher nach der Anti-Minarett-Abstimmung im Dezember 2009 – im Sinne einer europäischen Vernetzung – der rechtsextremen Gruppierung *Pro Köln* beitrug, die Mitte der 1990er Jahre entstanden war und sich im Kampf gegen Moscheen und „Islamisierung“ zu profilieren sucht und mittlerweile als *Pro-Bewegung* bundesweit agieren möchte. *Pro NRW* warb daraufhin im April 2010 für die Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen mit dem Anti-Minarett-Plakat der SVP (vgl. Abbildung 9.1).

9. Islamophobe Deutungsmuster

vor der Volksabstimmung vom 9. Februar 2014 ein überarbeitetes Argumentarium aufgeschaltet wurde. In der Fassung vom Dezember 2013 ist plötzlich von “Muslimen” und “Islam” die Rede. Diese Begriffe fehlten auf den 34 Seiten von 2011 noch gänzlich. Nun hiess es aber, dass die heutige Zuwanderung nicht nur “mengenmässig”, sondern eben auch “kulturell” nicht verknüpfbar sei. Explizit angeführt werden Menschen aus “muslimischen Ländern” (S. 5). Im neuen Kapitel *Die Folgen der Masseneinwanderung auf Religion und Kultur* des Argumentariums wird die “christlich-abendländische Kultur” im Land mit einem “Kreuz im Wappen” beschworen. Wegen der “masslosen Einwanderung” habe sich aber “die religiöse Zusammensetzung der ansässigen Bevölkerung” verändert. Es ist die Rede von einem “Islamisierungsmusproblem” (sic!), denn muslimische Zuwanderer “bringen Vorstellungen über Recht und Ordnung mit, die mit unserem Rechtssystem und unseren demokratischen Spielregeln nicht vereinbar sind.” Die Rede ist von der “Scharia”, die unsere Freiheit bedrohe (S. 26f.). Das Egerkinger Komitee schaltete sich Ende Januar 2014 mit der Parole “Überfremdung der Schweiz stoppen – JA zur Volksinitiative gegen Masseneinwanderung” in den Abstimmungskampf ein. An einer Pressekonferenz wurde gefordert: “Jetzt ist genug: Islamisierung stoppen!”, denn Muslime würden „Religion“ als “islamischen Tarnbegriff” missbrauchen, um vorgebliche „religiöse Rechte“ durchzusetzen.¹⁰

Decker und Langenbacher (2010: 135) stellen für Deutschland eine neue Form von Rassismus fest, die an kulturellen Unterschieden ansetzt. Eine kulturalistische Argumentation scheine oft des Rassismus unverdächtig und werde daher vorbehaltlos geäussert. Dies führe zu einer breiteren Akzeptanz islamfeindlicher Aussagen.

Die Akzeptanz des kulturellen Rassismus kann dem ethnopluralistischen Diskurs der Neuen Rechten¹¹ zugeschrieben werden (Skenderovic 2006: 87f.). Diese würden mit ihrem essentialistischen Verständnis von Kultur und dem Schlagwort eines „Rechts auf kulturelle Differenz“ die kulturellen Merkmale wie Religion und Sprache als unwandelbare und dauerhafte Konstanten darstellen. Nach der ethnopluralistischen Vorstellung müssen die verschiedenen

¹⁰ [www.svp.ch/documents/database/dokumente/\\$svp/Default%20Folder/abstimmungen/2014-Masseneinwanderung/Zingg-d.pdf](http://www.svp.ch/documents/database/dokumente/$svp/Default%20Folder/abstimmungen/2014-Masseneinwanderung/Zingg-d.pdf) (30.1.2014).

¹¹ Dabei unterteilt Skenderovic (2009: 215) die politische Familie der Rechten in der Schweiz in drei Kategorien: Rechtspopulistische Parteien, die extreme Rechte und die Neue Rechte. Letztere verfügt über rechtsintellektuelle Vordenker, die sich eine neue völkisch-nationale Ideologie zurechtlegen und sich dabei von Antisemitismus und der Glorifizierung des Nationalsozialismus bzw. Faschismus abzugrenzen versuchen.

9. Islamophobe Deutungsmuster

Religionsgemeinschaften deshalb getrennt bleiben, da Religion und Glaube als wichtige Teile der Identität von Kultur- und Volksgemeinschaft gelten. Die intellektuelle Vorarbeit der Neuen Rechten werde dafür genutzt, Vorbehalte gegenüber dem Islam in die migrationspolitische Debatte einfließen zu lassen. Im Rahmen dieser Zuspitzungen geht es nicht um “diffuse Phobien”, sondern um “(...) die Konstruktion und Vermittlung eines *bestimmten* Bildes von Muslimen anhand *ausgewählter* Aussagen, Argumente und Darstellungen.“ (Skenderovic 2006: 94, Herv. im Original).

Die religiös-kulturell begründete Muslimenfeindlichkeit, mit ihrer als legitim angesehene Kritik “am Islam”, wird zunehmend religiös-politisch aufgeladen, so dass das quantitative Argument einer muslimischen “Überflutung” durch qualitative Bedrohungsszenarien ergänzt wird, wonach “der Islam” an sich gefährlich sei und die Macht durch eine “Unterwanderung” der europäischen Gesellschaften übernehmen wolle.

Der diskursive Vorteil der islamophoben Wahrnehmung einer islamischen “Unterwanderung” der Schweiz und Europas besteht gegenüber neorassistischen Vorstellungen von „Überfremdung“ offensichtlich darin, dass man auf die Strategie der “dramatisierenden Statistik”, einer ansonsten zur Etablierung der Wahrnehmung sozialer Probleme (vgl. Schetsche 2008) beliebten Strategie, nicht zurückgreifen muss. Denn der tatsächliche Anteil muslimischer Einwanderer, deren Kriminalitätsrate oder auch persönliche Erfahrungen spielen keine Rolle mehr, wenn die Gefahr als “unsichtbar” erklärt wird. Wer das im Minarettdiskurs selten fehlende: “Wehret den Anfängen!” verinnerlicht hat, wird dazu genötigt, Dinge wie Minarette oder Burkas zu verbieten, solange es noch möglich scheint, damit der Islam in der Schweiz nicht die Macht übernehmen kann, um dann *ganz bestimmt* die “Scharia” einzuführen. Ob *im Moment* tatsächlich jemand ein Minarett bauen möchte oder ob jemand eine Burka trägt, spielt dabei eine untergeordnete Rolle und dient mehr als Indikator, um zeigen zu können, was noch kommen wird und dass eine bestimmte erwartete Entwicklung bereits eingesetzt hat.

Diese Verschwörungs- und Bedrohungsszenarien erscheinen den anderen Akteuren deshalb lange Zeit als virtuelle Probleme und wurden beispielsweise von Bundesrat Leuenberger als „reine Wahlkampf-Schaumschlägerei“¹² bezeichnet. Das Minarettverbot zeigt, dass der Verweis eines Bundesrates auf eine nur scheinbare Problemlage nicht mehr verfängt, wenn die Bürger beginnen, den diskursiv verbreiteten islamophoben Verschwörungstheorien

¹² Tages Anzeiger vom 8.10.2006.

9. Islamophobe Deutungsmuster

mehr Glauben zu schenken als den Aussagen von Staatsvertretern. Die Wählernachbefragung zeigte dementsprechend, dass jene, die angeben der Regierung zu vertrauen, die Initiative trotz der allgemein hohen Zustimmung mehrheitlich abgelehnt haben.¹³

Die Minarettinitiative konnte an eine zunehmende Wichtigkeit der Ablehnung des Islams im rechtsgerichteten politischen Diskurs anknüpfen. Gemäss Hafez (2010: 18) nimmt das Thema Islam über islamophobe Verschwörungstheorien einen derart grossen Stellenwert ein, dass der allgemeine Überfremdungsdiskurs durch einen konspirativ aufgeladenen Islamisierungsdiskurs verdrängt wird.

Populismus

Für die Popularisierung von Problemdiagnosen ist die Zuweisung von Verantwortlichkeiten entscheidend. Durch ihre Charakterisierung als unveränderliches Kollektiv und naturalisierte kulturelle Einheit eignete sich im Minarettdiskurs die muslimische Seite dafür nur bedingt. So wurde auf das Aufführen persönlicher Zwischenfälle mit MuslimInnen oder Moscheevereinen und auf Personalisierungen weitgehend verzichtet. Als Problemverursacher wurde vielmehr die politische oder juristische Gegenseite gesehen, die sich als Trägerin von Schuld bezeichnen liess und die als Konfliktgegenüber, als Auslöser von Empörung und Ziel politischen Aktionismus herhalten konnte. Nach Geden (2006: 19f.) werden populistische Erscheinungsformen von den meisten Autoren grundsätzlich dadurch charakterisiert, dass auf das Volk rekurriert sowie eine ausgeprägte Frontstellung gegen die gesellschaftlichen Eliten eingenommen wird. Politik sollte dabei immer Ausdruck eines „Volkswillens“ sein. Im Rechtspopulismus komme dabei zum antielitären „vertikalen Affekt“ des allgemeinen Populismus noch ein fremdenfeindlicher „horizontaler Affekt“ hinzu.

So führte die Debatte um die Abstimmungsplakate (vgl. Abbildung 9.1), deren Aushang zum Teil verboten wurde, zu einer eigenen *Arena* Fernsehsendung um die Meinungsfreiheit,¹⁴ wo der SVP-Vordenker und alt Bundes-

¹³ Es besteht ein signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen im VOX-Datensatz mit $\Phi = -0,39***$. Dabei unterscheiden sich SVP-Wähler in Bezug auf das Regierungsvertrauen signifikant von den Wählern der CVP, FDP, SP und Grünen, die in dieser Reihenfolge zunehmendes Regierungsvertrauen angeben (eigene Auswertung, ANOVA mit post-hoc). Weniger Chancen auf Regierungsvertrauen hat zudem, wer eine traditionellere Schweiz präferiert oder eine weniger offene Schweiz oder wer mehr Rechte für Christen bzw. weniger Rechte für Muslime wünscht (eigene Auswertung, logistische Regression).

¹⁴ *Arena* vom 9.10.2009 zum Thema: „Minarettplakat: Freie Meinung oder Rassismus?“

9. Islamophobe Deutungsmuster

rat Christoph Blocher die „Class politique“ bezichtigte, eine Diskussion von „oben“ herab unterbinden zu wollen und bezeichnete seine Gegenüber, Soziologieprofessor Kurt Imhof und Geschichtspräsident Georg Kreis, als „die Herren Professoren auf ihren Gesinnungslehrstühlen“, für welche die von der Initiative angesprochenen Themen „auf ihren Lehrstühlen Tabuthemen sind“. Kreis – damals auch Präsident der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* (EKR) – war im Diskurs dabei das personifizierte Feindbild einer antielitären Minarettopposition.

Die „horizontale“ Abgrenzung durch einen „islamophoben Populismus“ (Hafez 2010: 17f.) erfolgte über die Figur „Islam“ als Ablehnung eines in Gegensatz zum „Eigenen“ gesetzten „Fremden“. Die im oben erwähnten *Islamophobia Report* von 1997 beschriebene islamophobe Wahrnehmung des Islams als „statischen, monolithischen Block“ passt hier problemlos zu einer Weltansicht, die die Welt dichotom in Gut und Böse einteilt. Diese Differenzierung wurde mit islamophoben Stereotypen inhaltlich gefüllt und der „Islam“ als das „Böse“ gegenüber dem „Westen“ als das „Gute“ und Hort der Zivilisation gestellt, was mit einem ebenso homogen gedachten und identitätsaffirmativen „Wir“ verbunden wurde.¹⁵



Abbildung 9.1.: Anti-Minarett-Plakat

9.2. Entschärfung radikaler Deutungen

Die Radikalität der Gegenüberstellung *eigen/gut* vs. *fremd/böse* lässt zunächst an ihrer Mehrheitsfähigkeit zweifeln. Die islamophoben Deutungsmuster in der Minarettopposition waren aber in zweierlei Hinsicht so gelagert, dass die Dichotomie entschärft wurde. Dies geschah über eine Täter-Opfer-Umkehr und über die Figur einer Islamophobie ohne Muslime.

Täter-Opfer-Umkehr

Gemäss Kreis (2010b: 57) ist das Argument: „Die Allgegenwart von Moscheen und Minaretten fördere den Rassismus“ eines der häufigsten, das ge-

¹⁵ Vgl. dazu das Deutungsmuster der Reziprozitätsförderung in Abschnitt 10.1 zu Henryk Broder und 15.3.2.

9. Islamophobe Deutungsmuster

gen Muslime in der Schweiz ins Feld geführt werde. In der Untersuchung des Minarettdiskurses stösst man bereits 2005 auf eine erste solche Reaktion auf das Baugesuch für ein Minarett in Wangen bei Olten im Kanton Solothurn. Ein Solothurner SVP-Kantonsrat und Pressesprecher der SVP Schweiz kommentierte den Fall Wangen und hielt fest, dass „keine religiöse Minderheit in unserem Land ihren Glauben mehr als nötig zur Schau tragen“ sollte, denn dies provoziere die anderen, was zu Fremdenfeindlichkeit führen würde. Solche Entwicklungen könnten die Schweiz in ein „Pulverfass“ verwandeln. Wer einen Minarettbau bewilligt, fördere damit die Fremdenfeindlichkeit.¹⁶ In Wangen bei Olten sprach der reformierte Pfarrer davon, dass die Unruhe in der lokalen Bevölkerung wegen der massiven Ablehnung des geplanten Minaretts gross sei und darum der „Religionsfriede“ gefährdet werde. Daher war er gegen den Minarettbau. Die lokalen Minarettgegner wurden nach dieser Sichtweise also Opfer ihrer Ängste vor dem Minarettbau und störten durch ihre Aufregung den religiösen Frieden. Da der Pfarrer die „Sorgen der Menschen“ ernst nahm, auch wenn viele davon „zwar nicht durch die Ratio geprägt“ waren, wie etwa die Befürchtung, der Islam wolle die Welt beherrschen,¹⁷ müssten die Minarettgegner vor den türkisch-muslimischen Bauherren geschützt werden, die demnach schuld daran sind, dass die Minarettgegner den Religionsfrieden gefährden. Nachdem die römisch-katholische und evangelisch-reformierte Kirchgemeinde zusammen Einsprache gegen den Minarettbau erhoben haben, da u.a. der „christliche Kulturkreis“ verteidigt werden müsse, möchte auch der Gemeindepräsident, dass die Verantwortlichen des Türkischen Kulturvereins ihr Baugesuch zurückziehen, u.a. da zu befürchten sei, dass aufgrund der Einsprachen der Kirchen der religiöse Friede im Dorf gefährdet werde.¹⁸ Die Spirale dreht sich damit weiter, nun gefährden die Kirchen den Religionsfrieden und wiederum sind die türkischen Bauherren schuld daran, die zudem die Integration ihrer Landsleute hintertreiben, wenn sie keine Rücksicht auf die Befindlichkeit der Bevölkerung nehmen würden, die wegen dem Baugesuch zu einem grossen Teil gegen den Verein eingestellt sei.¹⁹ Als die Gemeinde Wangen später von der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* wegen ihrer Haltung im Minarettstreit gerügt wurde, verwahrte sich der Gemeindepräsident gegen den Vorwurf die Wangner seien rassistisch, da

¹⁶ SVP-Medienmitteilung vom 24.10.2005.

¹⁷ Interview im Oltner Tagblatt vom 5.11.2005.

¹⁸ Interview im Oltner Tagblatt vom 4.10.2005.

¹⁹ Interview im Oltner Tagblatt vom 4.10.2005.

9. Islamophobe Deutungsmuster

er nicht möchte, dass die „offene Haltung“ in „Fremdenhass“ umschlage.²⁰ Die Überlegung, dass der Türkische Kulturverein durch den Bau eines Minaretts die Integration seiner Landsleute gefährde, findet sich in der auf die Minarettabstimmung folgenden Burka-Debatte wieder. In einer Fernsehdiskussion zum öffentlich diskutierten Burkaverbot wurde postuliert, dass Musliminnen, die sich so kleiden, Mitschuld an der Fremdenfeindlichkeit seien.²¹ Wie im Minarettstreit, wurde in der Burka-Debatte behauptet, dass jene Muslime, die „Sonderrechte“²² einfordern, die anderen („gemässigten“) Muslime dadurch gefährden würden. Die Muslime sind also aus dieser Perspektive insgesamt selber schuld an der Muslimenfeindlichkeit, sie müssten sich einfach mehr „anpassen“.²³ Als die Burka-Debatte schliesslich zur Kopftuch-Debatte ausgeweitet wurde, empfahl der Bildungsdirektor des Kantons St. Gallen ein Kopftuchverbot für Schülerinnen, u.a. deshalb, weil diese Massnahme die Diskriminierung muslimischer Schülerinnen verhindern helfe, da sie dadurch nicht wegen des Kopftuchs gemobbt werden könnten.²⁴

Kreis (2010a: 33f.) zitiert aus einem Antrag des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements an den Bundesrat von 1938, worin es heisst: „Wenn wir einer unseres Landes unwürdigen antisemitischen Bewegung nicht berechtigten Boden schaffen wollen, müssen wir uns mit aller Kraft und, wenn nötig, mit Rücksichtslosigkeit der Zuwanderung ausländischer Juden erwehren,

²⁰ Interview im Oltner Tagblatt vom 25.9.2006.

²¹ Der „Club“ vom 11.5.2010 zum Thema: „Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?“.

²² Der muslimischen Minderheit wird das Beschreiten des Rechtswegs – trotz oder gerade wegen der guten Erfolgsaussichten – im Islamdiskurs übel genommen: Es wird als Zwängerei und als anmassendes, ständiges Stellen von Forderungen diskursiv delegitimiert (z.B. die Forderung nach muslimischen Grabfeldern oder der Rekurs gegen ein Kopftuchverbot an der Schule). Implizit wird dabei oft eine Provokation vorausgesetzt. Bereits die blosser Sichtbarkeit einer Muslimin mit Kopftuch oder einer islamischen Baute wird dabei als Regelverstoss gedeutet (vgl. Attia und Schoomann 2010: 38). Dagegen erscheint aber bspw. der allgemein als juristisch chancenlos eingeschätzte, politisch motivierte, Weiterzug des Wangner Minarett-Falles ans Bundesgericht den Minarettgegnern nicht als Zwängerei. Auch der konfessionslosen Minderheit wird später das Recht auf den Rechtsweg im Kreuzifix-Streit als intolerante „Prinzipienreiterei“, „vereinzelter Fanatismus“ abgesprochen, die einer Mehrheit etwas „aufdrücken“ wollten, vgl. Abschnitt 14.1.

²³ Auch bei der Volksinitiative von 1893, der allerersten überhaupt, die zu einem Schächtverbot in der Bundesverfassung führte, wurde angegeben, man habe nur etwas gegen „Orthodoxe“, gegen jene Juden, welche sich nicht an die „Landessitten“ hielten. Argumentiert wurde aber allgemein gegen die Religion, die jüdische Wirtschaftstätigkeit und ihre angebliche Weltherrschaft (Kury 1997: 194f.). Man sah ausserdem die „christliche Schweiz“ durch die „Ostjuden“ bedroht und eine Zeitung schrieb damals: „Die Juden leben unter uns und müssen sich fügen“, eine andere betonte, „dass wir in einem christlichen Land leben und wir unsere Hausordnung selber machen“ (gemäss dem Historiker Jo Lang im Tages Anzeiger vom 3.12.2009).

²⁴ Blick vom 5.8.2010 und St. Galler Tagblatt vom 6.8.2010. Da es sich um kein religiöses Symbol handle, so der Bildungsdirektor, werde die Religionsfreiheit nicht eingeschränkt und das Kopftuch könne eben genau gleich wie eine Wollmütze oder eine „Dächlikappe“ in der Schule verboten werden. Ganz ähnlich wurde zuvor gegen Minarette argumentiert.

9. Islamophobe Deutungsmuster

ganz besonders von Osten her.“²⁵ Kreis sieht nun bemerkenswerte Parallelen zur aktuellen Debatte, wo gewisse Behörden und Politiker „mit ‚ein wenig‘ gegen den Islam gerichteten Haltungen der ‚grösseren‘ Muslimenfeindlichkeit entgegenkommen wollen, um diese zu vermeiden.“ Die im Antisemitismus vorzufindende Vorstellung, dass Juden durch ihr Verhalten an ihrer Verfolgung selbst schuld seien, findet sich demnach analog im islamophoben Diskurs wieder. Auch Benz (2008: 9f.) stellt bei islamfeindlichen Argumentationen dieselben Stereotype fest, die aus der Antisemitismusforschung bekannt sind, wie etwa die Behauptung „die jüdische bzw. die islamische Religion sei böseartig inhuman und verlange von ihren Anhängern unmoralische Verhaltensweisen gegenüber Andersgläubigen“. Daher gleiche „die Wut der neuen Muslimfeinde“ dem „alten Zorn der Antisemiten gegen die Juden“.²⁶

Islamophobie ohne Muslime

Von Beginn weg umtreibt die Minarettgegner die Sorge, dass der von ihnen entfachte Minarettstreit im öffentlichen Diskurs als fremdenfeindlich diskreditiert und ihre Position dadurch delegitimiert werden könnte.²⁷ Als stärkstes Argument, um die antirassistische „Vorurteilsrepression“ (Wilhelm Heitmeyer) in der politischen Öffentlichkeit zu umschiffen, stellt sich schliesslich folgende Aussage von Daniel Zingg (Co-Initiant der Anti-Minarett-Initiative) heraus, der man im Diskurs in abgewandelter Form wiederholt begegnet: *Ich habe nichts gegen Muslime (als Menschen), ich bin nur gegen den Islam*.²⁸ In der damaligen Diskussion hat von nicht-muslimischer Seite nur der Generalsekretär der Schweizerischen Bischofskonferenz und heutige Bischof von Basel, Felix Gmür, auf diese Aussage reagiert. Empört fragte er zurück, wie man einen Moslem ernst nehmen könne, wenn man etwas gegen seine Religion habe, die doch zu seiner Identität gehöre. Das könne man nicht trennen,

²⁵ Diese Haltung findet im SVP-Wahlprogramm von 1999 eine Fortsetzung, wo es heisst, dass die Schweiz „kein Einwanderungsland“ sei und der „Fremdenfeindlichkeit und dem Rassismus (...) nur mit konsequenter Missbrauchsbekämpfung und der Stabilisierung des Ausländeranteils wirkungsvoll begegnet werden“ könne (zitiert nach Skenderovic 2009: 219).

²⁶ Vgl. auch Wamper (2007: 157f.) zur Schuldumkehr aufgrund „jüdischer Christenfeindlichkeit“.

²⁷ Der Initiant der Sammeleinsprache gegen den Minarettbau in Wangen stellte daher in einem Leserbrief bald erleichtert fest, dass noch weitere Einsprachen vorliegen und gar der Gemeindepräsident Bedenken geäussert habe. Daher fragte er rhetorisch, ob die alle falsch liegen, rassistisch oder islamfeindlich sein könnten (Oltner Tagblatt vom 12.10.2005).

²⁸ z.B. Daniel Zingg im „Club“ vom 26. 9. 2006 zum Thema: „Minarett-Streit: Wie viel Islam erträgt die Schweiz?“. In den Niederlanden argumentierte auch der Rechtspopulist Geert Wilders, nicht Muslime als Menschen anzugreifen, sondern nur den Islam, um eine gerichtliche Verurteilung wegen Aufstachelung zum Hass gegen Muslime abzuwenden.

9. Islamophobe Deutungsmuster

Religion gehöre zum Menschen.²⁹ Den Minarettgegnern gelang es schliesslich, die Trennung von *Muslimen* und *Islam* im öffentlichen Diskurs als plausibel, sinnvoll und notwendig durchzusetzen.³⁰ 2010 sah sich das seit 2006 bestehende und von Daniel Zingg geführte *Aktionskomitee Stopp Minarett Langenthal*³¹ „auf Grund schleichender und offensichtlicher Islamisierungsabsichten durch verschiedene Verbände und Komponenten“ gezwungen, das *Aktionskomitee gegen die strategische Islamisierung der Schweiz* (KSIS) zu gründen.³² Sie würden sich aber nicht gegen „den Muslim als Menschen“ richten, denn: „Rassismus oder Menschenverachtung ist für die Mitglieder des Aktionskomitees ein Fremdwort.“³³

Bis Anfang 2006 war die SVP der Meinung, dass ein „Minarett- oder Moscheeverbot juristisch und politisch nicht realisierbar [wäre]“, ³⁴ weswegen im Solothurner Kantonsrat als Reaktion auf das Minarettbaugesuch in Wangen bei Olten der Vorstoss „Stopp dem Bau störender religiöser Bauten“ eingereicht wurde, um Muslime nicht einseitig zu diskriminieren. 2006 gab es weitere SVP-Vorstösse in zwei Parlamenten von Kantonen mit einem muslimischen Bauprojekt (von den Gegnern auf „Minarette“ reduziert). So sollte in Bern und St. Gallen über den „Bau- und Umbau religiöser Bauten“ bzw. über den „Bau religiös markanter Symbole“ abgestimmt werden müssen. Geplante muslimische Bauprojekte waren in den Kantonen Zürich (initiiert durch SVP, EDU, SD) und Tessin (SVP, FDP, Lega) jedoch nicht nötig, um im Parlament Minarettbau-Verbote zu fordern, was später im Kanton Bern auch noch verlangt wurde. Die meist aufstrebenden jungen und die erfahrenen, aber innerhalb ihrer Partei randständigen, politischen Akteure von SVP und EDU aus den verschiedenen Kantonen trafen sich im September 2006 in Egerkingen SO, um ihre Kräfte zu bündeln und entschieden sich schliesslich

²⁹ Inner- und Interreligiöser Streit im „Club“ zwischen dem evangelikalen Zingg und dem katholischen Gmür sowie Hisham Maizar, dem muslimischen Vertreter im Schweizer Rat der Religionen. Letztere dekodierte die Aussage Zinggs als Verneinung einer islamisch-religiösen Identität und als eine verklausulierte Missionierungsabsicht.

³⁰ Als Daniel Zingg seine Differenzierung zwischen Islam und Muslimen in der Diskussion zum Burkaverbot wiederholt, stört sich bspw. niemand mehr daran; „Club“ vom 11.5.2010: „Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?“

³¹ Zingg begann sich zu engagieren, da in Langenthal ein sechs Meter hohes Minarett nur 250 Meter von der Freien Evangelischen Gemeinde entfernt zu stehen kommen sollte, in der er verkehrt (Tages Anzeiger vom 1.6.2009).

³² Vgl. zum KSIS Abschnitt 14.2.

³³ Selbstdarstellung auf <http://www.ksis.ch/index.php?id=12> (22.8.2011). Die Website ist mit dem islamophoben Politblog PI verlinkt. Mit Kertzer (2001: 199) sehen wir analog dazu, dass man früher auch von den Juden behauptet hatte, nur „den Judaismus, aber nicht die Juden als Person zu hassen“.

³⁴ Der SVP-Sprecher in der Berner Zeitung vom 4.2.2006.

9. Islamophobe Deutungsmuster

im November mit einer eidgenössischen Volksinitiative explizit gegen den Bau von Minaretten vorzugehen. Die politischen Akteure des sogenannten „Egerkinger Komitees“ wurden daraufhin auf die neue argumentative Linie eingeschworen, dass Minarette nur „religiös-politische Machtansprüche“ des Islams verkörpern würden und daher keine religiösen Symbole mehr darstellen (als was man sie bisher bekämpft hatte) und somit auch kein Verstoss gegen die Religionsfreiheit vorliegen könne und dadurch das Diskriminierungsverbot nicht tangiert werde, obwohl man nun neu gezielt einseitig gegen eine islamische Baute vorgeht.³⁵ Dank diszipliniertem Festhalten an den Vorgaben eines Argumentariums wurden nun die Kernaussagen, darunter die Beteuerung, das Verbot richte sich nicht gegen Muslime – nur gegen den politischen Islam, wie Mantras drei Jahre lang ständig wiederholt. Unkontrollierte Aussagen, wie etwa: „Moscheen gehören nicht in unsere Landschaft. Punkt.“,³⁶ wurden fortan vermieden, denn es wurde daran festgehalten, dass der Moscheebau durch die Religionsfreiheit geschützt sei.³⁷

Tatsächlich scheint die Durchsetzung von islamophoben Deutungsmustern wenig von der Anwesenheit und dem Verhalten „real existierender Muslime“ abhängig zu sein.³⁸ Die Wählernachbefragung zeigt, dass dem Minarettbauverbot zugestimmt wurde, obwohl die Verträglichkeit der schweizerischen und muslimischen Lebensweise in der Schweiz positiv beurteilt wird. Gleichzeitig haben in dieser Umfrage aber auch 16 Prozent der JA-Stimmenden spontan angegeben, dass sie als Vergeltungsmassnahme gegen die Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern für ein Minarettverbot gestimmt hätten. Bei der gezielten Frage nach einer Beurteilung der Reziprozitätsforderung: „Ein Minarettverbot ist gerechtfertigt weil die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch einge-

³⁵ Erstaunlich ist weniger dieser vollzogene strategische radikale Positionswechsel, als dass sie sich mit dieser (Um-)Deutung im Diskurs durchsetzen konnten. Dennoch wurde das Bauseuch für ein Minarett in Wangen bei Olten parallel dazu weiterhin als religiöses Symbol bekämpft, da sonst die Hauptargumentationslinie nicht mehr aufrecht zu erhalten gewesen wäre, wonach die ehemalige Farbenfabrik durch das Minarett (vgl. Abbildung 5.1) als religiösem Symbol sakralen Charakter erhalten würde und dadurch als Sakralbaute baurechtlich nicht mehr zonenkonform wäre.

³⁶ Der Solothurner SVP-Kantonsrat Roman Jäggi in der SonntagsZeitung vom 12.2.2006.

³⁷ Auf lokaler Ebene wurde allerdings im St. Gallischen Wil ein Moscheebau-Projekt durch die SVP bekämpft, wobei der Fall Wil in der nationalen Anti-Minarett-Kampagne zusammen mit Bauprojekten in Wangen bei Olten und Langenthal als bedrohliche „Welle von Baugesuchen für Minarette in der Schweiz“ (Gross, 2009: 39) dargestellt wurde – ein Baugesuch, das es in Wil freilich nie gegeben hat (vgl. dazu Kapitel 15).

³⁸ Dies zeigt auch Hafez (2010: 10) anhand des Vorstosses von Roland Koch in Hessen für ein Burkaverbot – obwohl in Hessen niemand Burka trägt – und das Beispiel des Moschee- und Minarettbauverbots im österreichischen Bundesland Kärnten 2007/2008, wo keine entsprechenden religiösen Bauten geplant waren (vgl. zu Kärnten Kapitel 18.1).

9. Islamophobe Deutungsmuster

schränkt wird.” zeigte sich eine Mehrheit von 56 Prozent der Abstimmenden eher oder sehr damit einverstanden, unter den JA-Stimmenden waren es 86 Prozent (Hirter und Vatter 2010: 23-25). Adressat des Minarettbauverbots sind hierbei also *die* Muslime als ein imaginiertes Kollektiv, das “unseren” Christen global gegenübergestellt wird, wobei der real existierende muslimische Nachbar zwar keine Rolle spielt, aber “uns” durch diese religiös-kulturelle Differenzierung fremder wird als beispielsweise ein koptischer Christ in Ägypten.³⁹

³⁹ Diese „Wir-Gruppe“, die sich durch die Reziprozitätsforderung abgrenzt (vgl. auch Abschnitt 15.3.2), wird nicht national, sondern religiös-kulturell bestimmt. So hält Halm (2008: 21f.) die “Forderung nach einer völkerrechtlichen Reziprozität von Religionsfreiheit” für eine häufig angewandte Strategie im (deutschen) Islamdiskurs, wobei die Thematisierung von Verbrechen gegen Christen in muslimischen Ländern diese Strategie unterstützen und legitimieren sollte. Auch Häusler (2008: 166) stellt eine Kulturalisierung der Debatte fest und verweist auf eine Umfrage des Instituts Demoskopie Allensbach vom Mai 2006, wobei sich 56 Prozent der Befragten für ein Verbot von Moscheebauten in Deutschland ausgesprochen hätten, weil in „manchen islamischen Ländern keine Kirchen gebaut werden dürfen”. Ebenso viele hätten auch die Ansicht vertreten, es herrsche “zur Zeit ein Kampf der Kulturen”.

10. Islamophobe Akteure

Mit dem Übergang der Opposition gegen Minarette von den lokalen Konflikten insbesondere in Wangen bei Olten und Langenthal in die nationale Ebene gewannen generalisierbare Deutungsmuster wie dasjenige der Islamophobie an Bedeutung. Zur Ausgestaltung der Deutungsmuster musste an bestehende Thematisierungen angeschlossen werden, was durch den Einbezug von Exponenten und Argumentationen des kritischen Islamdiskurses geschah.

“Glaubwürdige Binnenperspektiven”: (Ex-)muslimische ExpertInnen

Muslimen, die selbst mit dem Islam abrechnen, wird aufgrund ihres Insiderblicks in den islamophoben Diskussionen besondere Glaubwürdigkeit zugeschrieben. Sie werden zu Kronzeugen, die das Feindbild Islam bestätigen (Königseder 2008: 43f.) und legitimieren die jeweils eigene Kritik. Islamkritischen (z.T. ehemaligen) Muslimen wurde damit ausgiebige Aufmerksamkeit zu teil.

So schrieb die EDU in einer Medienmitteilung zu einer Medienkonferenz im Oktober 2009 vor der Minarett-Abstimmung, man werfe den Minarettgegnern oft vor, sie hätten die Bedeutung des Minaretts “willkürlich und neu erfunden, um überhaupt eine entsprechende Initiative zu lancieren.” Dem sei nicht so. In einem Vortrag in Langenthal habe Heinz Gstrein die „deutsch-türkische Islam-Soziologin Necla Kelek¹ (sie ist Muslima)” folgendermassen zitiert: „Minarette sind im Bewusstsein der muslimischen Herrscher immer eine offensichtliche Machtdemonstration gewesen. Heute geht es den Moscheevereinen nicht um Spiritualität und auch nicht um Integration, sondern

¹ Kelek schreibt als freie Autorin regelmässig als „Soziologin“ für die FAZ. Sie erhielt im November 2010 den Freiheitspreis der Friedrich-Naumann-Stiftung. Ihre Dankesrede in der Frankfurter Paulskirche wurde in der FAZ gekürzt abgedruckt (FAZ vom 9.11.2010). Für ihr erstes Buch von 2005 „Die fremde Braut“ erhielt sie den „Geschwister-Scholl-Preis“. Sie schrieb als Gastautorin etwa zur Sarrazin-Integrations-Debatte (FAZ vom 31.8.2010) aber auch bereits zum Kölner Moschee-Streit (FAZ vom 5.6.2007) oder zur Islamkonferenz in Deutschland (FAZ vom 25.4.2007). Kelek gehört zum religionskritischen Lager im Umfeld der atheistischen *Giordano Bruno Stiftung* (vgl. Kapitel 13 und Abschnitt 15.3), wo sie im wissenschaftlichen Beirat sass.

10. Islamophobe Akteure

um Politik, um die Besetzung von Terrain. Und auch, wenn man jetzt auf den Ruf des Muezzins zu verzichten vorgibt – irgendwann kommt er doch.”²

Als Referenz für christliche Minarettgegner besonders wichtig ist der zum Christentum konvertierte Ägypter Mark A. Gabriel, der vor der Minarett-Abstimmung für Vorträge³ und Interviews⁴ in die Schweiz kam und dessen Bücher auf jeder einschlägigen evangelikalen Website bestellt werden können. Kopien von Auszügen seiner Interviews, in welchen er eindringlich vor einer islamischen Bedrohung warnt, wurden aus evangelikalen Kreisen vor der Anti-Minarett-Abstimmung auch an Bekannte versandt, mit der inständigen Bitte, abstimmen zu gehen. Da der Islam eine Religion sei, die den Menschen versklave, möchte Gabriel den Muslimen Jesus Christus näher bringen.⁵ Zudem ist er für *Christian Solidarity International* (CSI) aktiv, die als „Menschenrechtsorganisation“ den Islam als Christen unterdrückendes Feindbild thematisiert und mit seiner Hilfe auch im Bundeshaus lobbyierte.⁶ 2011 erschien sein Buch: „SWISLAM – Wie viel erträgt das Land?“⁷ Die Popularität Gabriels in der evangelikalen Diskussion dürfte nicht zuletzt auf das Narrativ seiner Konversion zurückzuführen sein. Konversionserfahrungen geniessen eine hohe Plausibilität im evangelikalen Kontext und bieten

² Vortrag von Heinz Gstrein am 27.5.2009 in Langenthal: „Minarett – Speerspitze der Islamisierung – Erst die Halbmondtürme, dann die Sklaverei der Scharia“, zitiert in der EDU-Medienmitteilung zur Medienkonferenz vom 7.10.2009 in Bern.

³ Z.B. im November 2009 für einen von der EDU organisierten Vortrag zum Thema: „Islam oder Evangelium für das nachchristliche Europa?“ im Kanton Zürich.

⁴ Etwa am 3.9.2009 in *position* des evangelikalen Vereins Aseba: „Das Hauptziel des Islams ist es, die Welt zu unterwerfen und zu beherrschen.“

⁵ Vgl. auch <http://www.drmarkgabriel.com/> (13.6.2011).

⁶ http://www.csi-schweiz.ch/csi_archiv.php?inhId=1260918000&bstFam=2&arc=1&sId=01283914925&sucHL=&sucJahr=0 (22.01.2014). Beim 30-jährigen Jubiläum von CSI im Wahljahr 2007 gelang es der Organisation des Zürcher Pfarrers Hansjürg Stückelberger noch prominente Politiker für die Unterstützung verfolgter Christen zu gewinnen. Diese Politiker distanzieren sich dann aber von CSI, als die Verbindung von Stückelberger zum Deutschen Udo Ulfkotte (siehe Abschnitt 10.1), einem Vertreter der Neuen Rechten, ruchbar wurde sowie seine Einstellung zu Muslimen, die er als Menschen sieht, die „unter dem Einfluss eines lügnerischen Geistes stehen“, die Europa zu „Eurabien“ machen wollten und deren Zuwanderung deshalb „eine Gefahr für die Demokratie und für alle damit verbundenen Freiheiten“ sei (Tages Anzeiger vom 28.1.2008).

⁷ Buchbesprechungen auf der evangelikalen Plattform *livenet.ch* am 12.4.2011 und in der nationalkonservativen Schweizerzeit vom 7.5.2011. Es wurde eigens ein Verlag gegründet, um zu verschleiern, dass das Buch von evangelikal-publizistischen Kreisen herausgegeben wird. Da – anders als bei den anderen deutschsprachigen Büchern Gabriels – kein Übersetzer angegeben wird, ist von einem Ghostwriter auszugehen.

10. Islamophobe Akteure

Anschluss an religiöse Dichotomien wie verworfen-errettet.⁸

10.1. Grenzgänger: Experten und Akteure aus der “Mitte der Gesellschaft”

Neben den “Innenperspektiven” waren auch Experten aus der “Mitte der Gesellschaft” zur Etablierung des neuen Themas Islam gefragt:

Heinz Gstrein

Dr. Heinz Gstrein war im Minarettdiskurs der wichtigste Ideen-Lieferant für Argumente gegen den Minarettbau und wurde von den Minarettgegnern als Gewährsmann für wissenschaftlich fundierte Angaben zum Islam zitiert. Gstreins Tätigkeit ist eng mit christlichen Organisationen verknüpft: *Christian Solidarity international* (CSI) warb in einem Gastbeitrag auf dem islamophoben Politblog PI-news im Mai 2008 für eine Kundgebung in Bern, wo auf die Situation verfolgter Christen aufmerksam gemacht werden sollte, wobei u.a. Gstrein als Präsident der *Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz* (AGOK) als Redner fungierte. Die Geschäftsführerin von CSI-Schweiz möchte dabei, „dass sich Regierung und Parlament international vermehrt für Religionsfreiheit einsetzen. Auch Muslime in der Schweiz sollen angehalten werden, sich für Religionsfreiheit in islamischen Ländern stark zu machen.“⁹ Teilgenommen hatten auch acht Mitglieder der parlamentarischen Gruppen „Schweiz-Israel“ und „Vision für die Schweiz – Eidgenössische Besinnung“.

Für den Verein *Zukunft CH*, einer islamophoben Organisation im Umfeld von CSI zur Verhinderung „einer schleichenden Einführung der Scharia“¹⁰, hatte

⁸ Auf einem EDU-Flyer zur Anti-Minarett-Initiative von 2007 wurde ein anderer konvertierter Moslem zitiert, der 2006 einen Vortrag in Roggwil gehalten habe: „Den Islam als friedliche Religion zu propagieren ist definitiv eine Lüge.“ Im *Mitternachtsruf* (11/2008: S. 9), der Zeitschrift des evangelikal-zionistischen Missionswerks Mitternachtsruf in Dübendorf bei Zürich, interviewte Daniel Zingg einen weiteren zum Christentum konvertierten Iraker: „Ist der Islam für die Schweiz eine Zeitbombe? – Ja, auf jeden Fall. Islamisierung ist eine Strategie. Darüber reden die Moslems nicht öffentlich und davon erfährt man nichts, wenn man nicht in diesen muslimischen Kreisen ist.“

⁹ <http://www.pi-news.net/2008/05/solidaritaet-fuer-200-millionen-verfolgte-christen/> (22.01.2014).

Gstrein schrieb für CSI auch Artikel auf PI-news: <http://www.pi-news.net/2007/11/einwanderer-im-dienst-des-weltislams/> oder: <http://www.pi-news.net/2007/12/hoellenmaschinen/> (22.01.2014).

¹⁰ <http://www.zukunft-ch.ch/verein/> (besucht 22.8.2011)

10. Islamophobe Akteure

Gstrein ein „Kleines Islamlexikon“ verfasst, das als „Fachbroschüre“ vertrieben wird.¹¹ Er ist ausserdem Mitglied des erwähnten *Aktionskomitees gegen die strategische Islamisierung der Schweiz*. Zusammen mit Daniel Zingg hatte Gstrein rund ein Dutzend Vorträge unter dem Titel „Minarett – Speerspitze der Scharia: Wegweiser in den Untergang?“ an EDU-Anlässen und in Freikirchen gehalten. Ein Referat an einem EDU-Seminar im Juni 2009 in Olten wurde danach auf dem Politblog PI publiziert.¹² Darin erklärte er das angeblich religiöse Gebot zur Lüge und Täuschung Andersgläubiger und warnte seine Zuhörer: „Wenn Muslimsprecher bei uns das Prinzip der Takija¹³ ableugnen, so handelt es sich gerade um eine praktische Anwendung dieser Taktik!“, denn er möchte, dass in Europa „das Kreuz und nicht der Halbmond den Sieg erring[t]“. Den Islam bezeichnete er als eine „politische Ideologie“, der man „politisch, notfalls polizeilich und militärisch“ begegnen müsse und zwar „tapfer und treu“, denn dies „sind wir auch den in der islamischen Welt bedrängten Mitchristen schuldig.“ Schliesslich erhob er die Hinführung von Muslimen zu Jesus Christus zur „Christenpflicht“, denn er glaubt in der „verzerrten Botschaft Mohammeds den ausgesäten Samen des Göttlichen Wortes“ verborgen. Diese Vorstellung wurde noch deutlicher in einem Referat¹⁴ an der Tagung zum Thema „Herausforderung Islam“, die im Januar 2009 an der ETH Zürich von der *Evangelischen Volkspartei* (EVP) gemeinsam mit CSI und der *Schweizerischen Evangelischen Allianz* (SEA) organisiert wurde. Angekündigt als „Dr. Heinz Gstrein, Professor an der Universität Wien (sic!), Präsident der Orthodoxen Kirchen in der Schweiz, ehem. Nahostkorrespondent“ beklagte er in Bezug auf den Islam: „Uns ist eben die Beziehung zu den eigenen religiösen und kulturellen Wurzeln verdächtig geworden, das ist unsere Schwäche.“ Er skizzierte dabei eine Art 'messianischen Islam', wenn er dafür plädiert, dass die „Gesetzesreligion Mohammeds“ in Jesus Christus seine Erfüllung finden sollte, was stark an das 'messianische Judentum' erinnert, für welches sich der evangelikal-charismatische Zionismus einsetzt, wobei die Juden unter Annahme Christi ihre religiöse Tradition weiterführen dürfen und sollen.

In der Fernsehsendung Arena zur Anti-Minarett Abstimmung sagte die Moderatorin zum Publikum, dass man zuerst klären müsse, was ein Minarett

¹¹ Gemäss einer Mitteilung der Zukunft CH-Geschäftsführerin Beatrice Gall-Vollrath vom 20.6.2011 sei die „Aufklärungsarbeit in der französischen Schweiz“ mit einer französischen Übersetzung des „Kleinen Islamlexikons“ gestartet worden.

¹² <http://www.pi-news.net/2009/06/lehre-und-strategie-des-islams/> (22.01.2014).

¹³ Vgl. Abschnitt 15.2 zu Gstreins „Kleines Islamlexikon“.

¹⁴ http://www.evppv.ch/uploads/media/FT_Islam_Referat_Gstrein.pdf (22.01.2014).

10. Islamophobe Akteure

überhaupt sei. Darauf erklärte der Experte Heinz Gstrein das Minarett als Machtsymbol und Wegweiser zu einem Herrschaftsgebiet.¹⁵ Als “Orientalist, ehem. Nahostkorrespondent für *NZZ* und Schweizer Radio” trat Gstrein einen Monat vor der Volksabstimmung im “Club” zum Thema: “Minarett-Streit - sozialer Friede in Gefahr?” auf und gleich nach der Abstimmung nochmals zum Thema „Minarettverbot – Volksentscheid zwischen Triumph und Konsternation“. Seine journalistische und akademische Etikettierung als Nahostkorrespondent und Professor wurde nach der Anti-Minarett Abstimmung vom *Tages-Anzeiger* in Zweifel gezogen, denn dem *NZZ*-Chefredaktor zufolge habe Gstrein zwar für die Zeitung berichtet, aber nur als freier Mitarbeiter und eine Sprecherin der Universität Wien habe verneint, dass Gstrein je eine solche Position inne hatte.¹⁶

Udo Ulfkotte

In Ulrich Schlüers „Schweizerzeit“, dem Nachfolgeorgan von „Der Republikaner“, schreiben Rechtspopulisten und Nationalkonservative der SVP¹⁷ und Evangelikale wie Udo Ulfkotte, ein islamophober Buchautor¹⁸ und ehemaliger Journalist bei der “Frankfurter Allgemeinen Zeitung” (FAZ). 2006 gründete er den Verein *Pax Europa*, um über die „schleichende Islamisierung Europas“ aufzuklären.¹⁹ Die Vereine *Bürgerbewegung Pax Europa* und *Zukunft CH* arbeiteten zusammen und wurden beide vom Basler Millionär Rudolf Syz finanziell unterstützt, der damals auch Vizepräsident der SVP-nahen AUNS war und zum Unterstützungskomitee der Anti-Minarett-Initiative gehörte.²⁰ Die Geschäftsführerin von *Zukunft CH* berichtete im gleichnamigen Magazin (4/2011) vom deutschen Ableger *Zukunft Europa e.V.*, der seit einigen Monaten existiere und neben zwei Mitglieder von *Zukunft CH* Udo Ulfkotte und Christa Meves (vgl. 20.2) im Vorstand habe, wobei letztere im Impressum der *Schweizerzeit* als Mitarbeiterin geführt wird und wie Ulfkotte eine Bestseller-Autorin ist.

¹⁵ „Abstimmungs-Arena zur Anti-Minarett-Initiative“ vom 6.11.2009.

¹⁶ *Tages-Anzeiger* vom 3.12.2009.

¹⁷ Gemäss Impressum etwa der Langenthaler SVP-Stadtrat und Anti-Minarett-Aktivist Patrick Freudiger.

¹⁸ Bielefeldt (2009: 189) hält Ulfkotte für einen Autor islamophober Propagandaliteratur, der monströse Angstszenerien zeichne. So werde in Europa bald die Scharia eingeführt und Europa zu „Eurabien“.

¹⁹ Der Verein fusionierte 2008 mit dem “Bundesverband der Bürgerbewegungen e.V.” zur „Bürgerbewegung Pax Europa e. V.“ (BPE). Welt-online berichtete am 2.12.2008 vom Rücktritt Ulfkottes aus der BPE.

²⁰ *Tages Anzeiger* vom 28.1.2008. Syz ist auch Mitglied des Stiftungsrates von *Zukunft CH*.

10. Islamophobe Akteure

Ulfkotte schrieb im Oktober 2006 einen Artikel im evangelikalen Medienmagazin *PRO*, worin er sich als praktizierender Christ darstellte und einen gesellschaftlichen Wertezerfall beklagte. Während eine von Ulfkotte und *Pax Europa* in Brüssel für den 11. 9. 2007 geplante Demonstration mit der Forderung: „Stoppt die schleichende Islamisierung Europas“ untersagt wurde, hielt der „deutsche Sicherheits- und Islam-Experte“ Udo Ulfkotte auf Einladung der SVP einen Vortrag zum Thema „Die Islamisierung Europas“ in St. Gallen.²¹ Er unterstützte dabei die Anti-Minarett-Initiative und warnte vor einer durch die „radikale Moslembroderschaft“ betriebenen Islamisierung Europas, denn überall seien mittlerweile Tarnorganisationen der Extremisten am Werk, die auch in Europa ein Kalifat errichten wollten.²² Seine Vortragsreihe zur Anti-Minarett-Initiative im Herbst 2007 wurde von Ulrich Schlüer und Rudolf Syz organisiert und finanziert.²³ Anfang November 2009 referierte Ulfkotte „auf seiner Tour durch die Schweiz“ auch an der „Islamtagung“ der Aargauer SVP im Grossratssaal, wie auf PI-news berichtet wurde.²⁴ Wie Gstrein beklagt Ulfkotte die „eigene Schwäche“ Europas, die es nicht einmal mehr zum Kulturkampf kommen lasse.²⁵ Das Minarett sei demnach eine „Siegessäule“ mit der Bedeutung eines Eroberungszeichens in einem dem Islam unterworfenen Gebiet, wie er in der Schweizerzeit vor der Anti-Minarett-Abstimmung erklärte und dazu aufrief Muslime zu diskriminieren.²⁶ Per Talon liessen sich gleich vier verschiedene Bücher von Ulfkotte bestellen, mit Titeln wie „SOS Abendland – Die schleichende Islamisierung Europas“ u.ä., ausserdem auch ein Buch von Mark A. Gabriel.

²¹ St. Galler Tagblatt vom 14. 9.2007.

²² St. Galler Tagblatt vom 20. 9.2007.

²³ Tages Anzeiger vom 28.1.2008.

²⁴ <http://www.pi-news.net/2009/11/udo-ulfkotte-habt-ihr-keinen-arsch-in-der-hose/> (22.01.2014)).

²⁵ Gastkommentar auf Welt-online vom 8.12.2008: <http://www.welt.de/jahresueckblick-2008/article2845584/Dulden-wir-die-Islamisierung-Europas.html> (22.01.2014).

²⁶ „Behandeln Sie unsere Mitbürger also im Hinblick auf die hier aufgelisteten Handlungsempfehlungen getrost so, wie diese auch Sie behandelt wissen wollen!“ heisst es kryptisch im letzten Absatz. Mit „uns“ meint der deutsche Staatsbürger „uns Christen“. „Mitbürger“ ist ein ironisches islamophobes Stereotyp, das meist bei Nachrichten über Verbrechen benutzt wird, die „Muslimen“ zugeschrieben werden. Gebräuchlich ist dabei auch die Bezeichnung „Kulturbereicherer“. Als Beispiel, wie Muslime Christen behandeln, hatte er u.a. angeführt: „So haben am 1. Januar 2008 die Malediven alle Staatsbürger nicht-muslimischen Glaubens per Verfassungsänderung über Nacht zu Staatenlosen gemacht und aus dem Land vertrieben. Betroffen waren immerhin auch 783 Christen.“ (Schweizerzeit vom 6.11.2009 in Grossauflage. Ulfkotte wird darin als „Gastprofessor an einer Universität in San Francisco“ bezeichnet.).

10. Islamophobe Akteure

Henryk M. Broder

An der Schweizerzeit-Frühjahrstagung vom 14. Mai 2008 in Zug hatte der Welt- und Weltwoche-Kolumnist Henryk M. Broder zum Thema: „Die letzten Tage Europas – Eurabia oder Eurasia?“ referiert. Der Vortrag kann als Nr. 51 der Schweizerzeit-Schriftenreihe²⁷ bestellt werden. Eingeleitet wird die Vortragsbeschreibung mit dem alarmistischen Satz: „Wir erleben derzeit die letzten Tage von Europa, des Europa, das wir kennen. Die Frage ist nicht, ob Europa den Bach runter geht, sondern nur noch, wie schnell es passieren wird.“ In der Schweizerzeit, die kurz vor der Abstimmung zur Anti-Minarett-Initiative in Grossauflage erschien, schrieb auch Broder und riet in Bezug auf den Bau von Minaretten und Moscheen in der Schweiz, in Deutschland oder in Österreich, dazu, Bedingungen zu stellen: „Bei uns können Moscheen gebaut werden, wenn bei euch Kirchen gebaut werden dürfen.“²⁸ So argumentierte er zum Minarettbauverbot bereits in einem Gastbeitrag im „Magazin“ des Zürcher Tages-Anzeigers und auch beim Moscheestreit in Köln.²⁹ Dieser im Minarettdiskurs weit verbreiteten Reziprozitätsforderung zufolge, wird eine kulturessentialistisch begründete Grenze zwischen „uns“ und „denen“ gezogen, was einer Popularisierung der Weltbilder der Neuen Rechten und der christlichen Rechten entspricht.³⁰ Diesem Argument wurde in der Wählerschaft zur Anti-Minarett-Initiative mehrheitlich zugestimmt (vgl. 15.3.2). Links zu Broders Blogs finden sich auf dem Politblog PI, wo er in einer Abstimmung zum „Anti-Dhimmi 2010“ hinter Thilo Sarrazin auf den zweiten Platz gewählt wurde – vor René Stadtkewitz, dem Gründer der neuen islamophoben Partei Die FREIHEIT und dem SVP-Nationalrat Oskar Freysinger, der durch seine internationalen Auftritte ausserhalb der Schweiz als der Mann gilt, der die Minarette verboten hat. Hinter Freysinger rangierte Elisabeth Sabaditsch-Wolff, die wegen islamophoben Äusserungen am Bildungsinstitut der FPÖ in Wien verurteilt wurde.³¹

²⁷ <http://www.schweizerzeit.ch/aktion51.php> (22.01.2014).

²⁸ Schweizerzeit vom 6.11.2009.

²⁹ Magazin vom 8.2.2008. In Bezug auf den Moscheestreit in Köln: Broder (2008).

³⁰ Vgl. Schneiders (2009) zu Broders Polemik gegen Muslime und zur Reziprozitätsforderung.

³¹ Wie bei PI gehöre es gemäss Shooman (2008: 77) auch bei den Autoren der „Achse des Guten“, den Broder mitpubliziert, zum Selbstverständnis, sich als Dissidenten zu gerieren. Ihrem Selbstbild gemäss sind sie: „Ein Zusammenschluss von Publizisten, die allesamt mit Verve den Mainstream herausfordern“ oder: „Eine Handvoll Blogger bildet eine feste liberale Gegenöffentlichkeit im Netz“. Broder ist eng mit dem Politblog PI verbunden (Kapitel 22) und sein Name taucht auch bei der Counterjihad-Bewegung auf (Kapitel 21).

10. Islamophobe Akteure

Hans-Peter Raddatz

Der studierte Orientalist, katholische Integralist³² und Verschwörungstheoretiker³³ Hans-Peter Raddatz hatte 2008 im Auftrag des Egerkinger Initiativkomitees die Expertise „Verkettung Minarett-Moschee-Scharia als politischer Machtbasis des Islam“ verfasst, „um das Schweizer Parlament in Bern von der Dringlichkeit und Wichtigkeit des Anliegens zu überzeugen“ wie es auf PI heisst.³⁴ Der islamophobe Politblog erhielt am Tag des Abstimmungssieges von Raddatz die Erlaubnis zum Abdruck. Zwei Monate später wurde seine Expertise auch auf Gemeindenetzwerk.org veröffentlicht, einer Plattform der evangelikalen Bekenntnisbewegung (vgl. Abschnitt 19.1) innerhalb der Evangelischen Kirche Deutschlands, die u.a. von SVP-Mitglied Emil Rahm gesponsert wird, einem evangelikal-zionistischen Publizisten, der 1994 an vorderster Front gegen die Schweizer Anti-Rassismus-Strafnorm gekämpft hatte. In seiner Expertise für das Egerkinger Initiativkomitee schreibt Raddatz, dass die Schweiz den „inneren Frieden“ nicht aufrechterhalten könne, wenn sie den Islam dulde (S. 28), denn: „Die Menschen des Islam sind und bleiben unfähig zur Integration (...)“ (S. 32).

Der Rechtsintellektuelle Raddatz tritt seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre als Publizist an die Öffentlichkeit, um eine drohende Islamisierung des Abendlandes zu bekämpfen, dabei hatte er von 1997 bis 2001 für die Wochenzeitung der Neuen Rechten *Junge Freiheit* (JF) geschrieben (vgl. Widmann 2008).³⁵ Ausserdem ist er regelmässiger Autor in der konservativ-katholischen Zeitschrift „Die Neue Ordnung“, wo er „pseudokritische Figuren“ wie Necla Kelek, Navid Kermani oder Bassam Tibi kritisiert, da diese „aus Sicht der Dialogdoktrin“ nur aufgrund ihrer Herkunft als Experten gelten würden, aber nie grundsätzlich den Dominanzanspruch des Islams sowie

³² Raddatz schreibe, so Riexinger (2009: 460ff.), seit 2001 Bücher über die islamische Bedrohung und den Niedergang des Abendlandes durch die Verwerfung eines geschlossenen religiösen Weltbilds infolge der Reformation, dem Freimaurertum und dem Wissenschaftsglauben der Neuzeit, wie etwa der Lehre Darwins. Er habe gegen das Weltgebetstreffen in Assisi 1986 polemisiert, verteidige den antimodernistischen Syllabus Errorum von 1864 und verwerfe die Erklärung Dignitatis Humanae von 1965, worin die Katholische Kirche die Religionsfreiheit akzeptiert und den Anspruch aufgibt Staatsreligion zu sein.

³³ Raddatz glaubt nach Widmann (2008: 58), dass sich die europäischen Eliten mit den Muslimen verschworen hätten. Man sei auf dem Weg zur „Gleichschaltung aller Bereiche europäischer Kultur (...) unter islamischem Einfluss“.

³⁴ <http://www.pi-news.net/2009/11/raddatz-minarett-expertise-fuer-die-schweiz/> (22.01.2014).

³⁵ In der JF vom 14.7.2000 wehrte er sich etwa gegen den Dialog mit Muslimen, denn: „Die Staats- und Glaubensordnungen des Islam und des Westens stehen sich in einer so konsequenten Gegensätzlichkeit gegenüber, dass (...) im direkten Konflikt das jeweilige Überleben nur durch die jeweilige Verdrängung der Antikomponente sichergestellt werden kann.“ (Zitiert nach Widmann 2008: 56).

10. Islamophobe Akteure

die Haltung der proislamischen Eliten analysieren würden, da sie eben von diesen leben würden (Nr. 6, 2010: 460). Diese Verban­delung mit “den Eli­ten” warf Raddatz im Interview mit dem Politblog PI auch Henryk Broder vor, was dort in den Kommentarspalten für Unmut sorgte, da Broder als ein Star der islamophoben Szene gilt.³⁶

Für Raddatz war 2001 ein Wendepunkt in seiner publizistischen Karriere, da er sein erstes Buch über die Gefahr des Islams just im Jahr der Terroranschläge in New York veröffentlichte und dadurch den Nerv der Zeit traf, was ihm den Weg in die “Mitte der Gesellschaft” öffnete.³⁷ Er schrieb fortan nicht mehr für die Junge Freiheit, sondern für “Die Welt”, wo er seine radikalen Ansichten gemäss Widmann (2008: 53) etwas zügelte, doch würde sein geschlossenes Weltbild weiterhin durchscheinen: „Die antimoderne Klage über die verlorene Identität, das Denken in absoluten Feindschaften, der Verschwörungsglaube und eine Neuverteilung der historischer Täter- und Opferrollen.“

Kurz vor der Anti-Minarett-Abstimmung schrieb Raddatz in der Schweizerzeit von einer „elitär gesteuerten Informationspolitik“, die sich verfestigt habe, um „den Islam in Europa als kommende Leitkultur“ zu etablieren, wobei über die „bedrängten Lebensumstände“ der Christen „in der Islamregion“ ein „immer dichter­es Schweigegebot“ verhängt würde. Er bezeichnet den interkulturellen Dialog wegen der Scharia als „einziger Bezugsgrösse“ im Islam als unmöglich, daher gehe es eher um eine „Anpassung des Euro-Systems an das Islam-System“. Mit einer „sprachmagische[n] Dauerwarnung vor der Seuche der ‚Islamophobie‘ (...) machen sich die Euro-Eliten das Allahge­setz zu Eigen, um eine pro-islamische Mentalität zu erzwingen, um ein um­fassendes Moscheebauprogramm durchzusetzen“.³⁸

2010 verfassten Hans-Peter Raddatz und Heinz Gstrein je ein Gutachten für das evangelikale *Aktionskomitee gegen die strategische Islamisierung der Schweiz* zu deren Antrag für ein Verbot des *Islamischen Zentralrats Schweiz* (IZRS) beim Bundesamt für Justiz. Die Gutachten können über den Verein *Zukunft CH* bezogen werden.

³⁶ <http://www.pi-news.net/2008/03/raddatz-klischee-der-dialogischen-gebetsmuehle/> (22.01.2014).

³⁷ Gemäss Widmann (2008: 50) bezeichnete ihn „Die Zeit“ zu Recht als einen „jener Islamexperten, die der 11. September hervorgebracht hat“. Seine Bücher würden in der Tagespresse und im Rundfunk zum Teil zustimmend besprochen.

³⁸ Als „Prof. Dr. Hans-Peter Raddatz“ in der Schweizerzeit vom 13.11.2009. Seine Bücher werden dort per Talon zum Kauf empfohlen, wie auch Bücher von Udo Ulfkotte und Mark A. Gabriel.

10. Islamophobe Akteure

Gemäss Attia (2009: 63) scheint Raddatz in den Medien Peter Scholl-Latour als „Experten“ abzulösen. Denn während Scholl-Latour „Juden“ und „Arabern“ gleichermassen einen „semitischen Charakter“ zuweise, würde Raddatz wegen seinen Erläuterungen zum „islamischen Antisemitismus“ zustimmend zitiert.

10.2. Mediale Präsenz

Neben der Verbreitung von Inhalten kommt den Medien eine Zertifizierungsfunktion zu: Akteure und ihre Standpunkte erhalten mehr Gewicht und Legitimität, wenn sie in prestigeträchtigen Medienformaten auftreten können. Die Prominenz der genannten islamophoben Experten gründet dabei auch in ihrer Präsenz im deutschsprachigen Fernsehen. Nach Widmann (2008: 51f.) wurde Hans-Peter Raddatz zu einem gefragten Gesprächspartner im öffentlich-rechtlichen Radio und Fernsehen in Deutschland und Österreich: Auf den Websites der ARD und ARTE wurden seine Bücher unter der Rubrik „Buchtipps“ geführt und ab 2004 trat er in ARD-Landessendern, im ZDF, im ORF und bei Phoenix als Experte auf. Auch im Deutschlandfunk sei sein Urteil gefragt gewesen. Zudem wurde Raddatz von Einrichtungen der politischen Bildung an Veranstaltungen eingeladen, 2005 von der Hanns-Seidel-Stiftung, 2006 von der Friedrich-Ebert-Stiftung und er war Mitautor eines Sammelbandes zum Islam, das die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vertrieb.

Im September 2010 nahm Udo Ulfkotte an einer Diskussionsrunde auf ARD teil, wo er als Bestsellerautor und Islamkritiker sowie früherer FAZ-Redakteur und Nahost-Korrespondent vorgestellt wurde.³⁹ Er warnte vor einer schleichenden Islamisierung Europas, dies gemeinsam mit Peter Scholl-Latour, der auf der ARD-Website mit der Aussage: „Wir sind mitten im Kampf der Kulturen. Vor dem Terrorismus müssen wir keine Angst haben, wohl aber vor

³⁹ „Menschen bei Maischberger“ am 21.9.2010 zum Thema „Kopftuch und Koran – hat Deutschland kapituliert?“.

10. Islamophobe Akteure

der Vermehrung der zugewanderten Bevölkerung” zitiert wird.⁴⁰

In der Schweiz lässt sich im Rahmen der Minarettinitiative ein allmähliches Vorrücken der islamophoben Experten ins massenmediale Zentrum feststellen. Ihre Meinungen wurden zunächst über Bücher⁴¹ und das Internet⁴² verbreitet, darauf folgten Auftritte in rechtsgerichteten oder evangelikalen Publikationen wie *Schweizerzeit*, *Junge Freiheit*, *Diakrisis* oder *position*. Insbesondere die SVP-nahe *Weltwoche* zeigte sich offen für diese Importe: 2004 gab bspw. Raddatz der Schweizer *Weltwoche* (Nr.16/04) ein Interview, wo er meinte:

„Permanent wird behauptet, Islam bedeute ‚Frieden‘, weshalb der Islam eine friedliche Religion sei. Das ist Unfug. (...) Vereinfacht lässt sich sagen, ein Christ missbraucht seine Religion, wenn er Gewalt anwendet, und ein Muslim missbraucht seine Religion ebenso, wenn er Gewalt nicht anwendet.“

Davon ausgehend erfolgte der Transfer in die Minarettdebatte: Der neokonservative Minarettgegner und Langenthaler SVP-Stadtrat Patrick Freudiger verweist 2006 auf seiner Website⁴³ auf dieses Interview des „Islamexperten Hans-Peter Raddatz“ in der *Weltwoche*, um zu belegen, dass wer das Minarett als eine Frage der Toleranz „im Sinne eines trendigen Multikul-

⁴⁰ Weiter trat Ulfkotte im November 2010 in der SWR-Talkshow *Nachtkafé* zum Thema: „Mit Muslimen auf der Schulbank – Zumutung oder Chance?“ auf, wobei auf der SWR-Website sein neuestes Buch bei den „Literaturtipps zur Sendung“ aufgeführt wird. Für ihn gehören deutsche und muslimische Schüler nicht gemeinsam auf die Schulbank, da Multikulti gescheitert sei. Scholl-Latour, Publizist und Kolumnist der „Schweizer-Illustrierten“, trat am 2.5.2011 in der ARD-Sendung „Beckmann“ auf und propagierte die Wiedereinführung der lateinischen Messe, wovon man sich auf der deutschen Website der Piusbruderschaft ein Video anschauen konnte. Auf einem EDU-Flyer zur Anti-Minarett-Initiative von 2007 wird Scholl-Latour zitiert, um den Niedergang des Abendlands zu beklagen: „Ich fürchte nicht die Stärke des Islams, sondern die Schwäche des Abendlandes. Das Christentum hat teilweise schon abgedankt.“

⁴¹ Z.B. wurden in der *Schweizerzeit* nicht nur Artikel von „Prof. Dr. Hans-Peter Raddatz“ publiziert, sondern im Shop u.a. auch Bücher von Alain de Benoist, Kelek, Gabriel, Mina Ahadi, Bat Ye'or, Raddatz, Broder und Ulfkotte verkauft.

⁴² Vgl. z.B. Ulfkottes Website <http://www.akte-islam.de/1.html> (13.6.2011, nach dem Terroranschlag in Norwegen Ende Juli 2011 wurde die Website vom Netz genommen), die er jahrelang unter dem Titel „Für Europa - gegen Eurabien“ als eine Informationsseite betrieben hatte, die „redaktionell aufbereitete Nachrichten aus der Welt des islamischen Kulturkreises bietet“. So lauteten die Titel zu den Nachrichten etwa: „Yilmaz B. - typischer Migrant in Frankfurt: Vergewaltiger, Zuhälter und Lump“ oder „Wie im Schmutz-Orient: In Alshaim schächten Moslems 58 Schafe illegal in einer Gärtnerei“. Andere Titel lauteten: Türken-Bestie Eldin K. zertrümmert Klaus B. den Schädel - nur so zum Spaß.../ Großbritannien: 236 Euro Strafe, wenn man die Wahrheit über Mohammedaner sagt/ Droht Jodelverbot in den Alpen? Jodeln der Österreicher nach Moslem-Beschwerde bestraft/ Moslems setzen sich durch: Sonderrechte in Schwimmbädern/ Christen haben in Wien beim Moslem-Vermieter keine Chance/ London: Moslem-Mutter schneidet ihrer 4 Jahre alten Tochter Herz und Eingeweide heraus.

⁴³ Freudigers Website und der islamophobe Politblog PI-news sind gegenseitig verlinkt (22.01.2014).

10. Islamophobe Akteure

ti“ verstehe, auf dem Holzweg sei.⁴⁴ Auch im Wagner Minarettstreit gab es bereits früh im Diskurs einen Leserbrief in der Lokalzeitung, wo als „einschlägige Literatur zur besseren Kenntnis des Islam“ die Autoren Hans-Peter Raddatz, Peter Scholl-Latour und Mark A. Gabriel empfohlen wurden.⁴⁵ Schliesslich gelang auch der Schritt ins öffentlich-rechtliche Fernsehen: So durfte Kelek ihre Thesen zum Islam im Januar 2010 an einem Podium des Tages-Anzeigers zum Minarettverbot darlegen und damit nach der Minarettinitiative der Kritik am Kopftuch Vorschub leisten.⁴⁶ Daraufhin verfasste sie im August einen Band der Schweizer Vontobel-Schriftenreihe⁴⁷, der im September in der NZZ⁴⁸ positiv besprochen wurde. Im November 2010 meinte

⁴⁴ <http://www.patrick-freudiger.ch/artikel/speziell-zu-langenthal/gedanken-zum-minarett.htm> (22.01.2014).

⁴⁵ Oltner Tagblatt vom 5.10.2005.

⁴⁶ Podiumsdiskussion im Schauspielhaus Zürich zum Thema: „Wie soll es nach dem Minarettverbot weitergehen?“. Vorher sagte sie im Interview mit dem Tages Anzeiger, dass sie das Minarettbauverbot für kontraproduktiv halte, aber: „Das Minarett war ein Signal der Eroberung, des Siegs über das Christentum. Wenn die muslimische Gemeinschaft demokratisch und integrativ gesinnt wäre, würde sie überlegen, ob sie wirklich ein solches Zeichen setzen will.“ (Interview im Tages Anzeiger vom 15.1.2010 unter dem Titel „Das Kopftuch bei Mädchen ist Apartheid pur“).

⁴⁷ Vontobel-Band Nr. 1950: „Über die Freiheit im Islam“, worin sie sich u.a. mit der „angebliche[n] ‚Islamophobie‘ in aller Welt“ auseinandersetzt. Der Begriff diene allein dazu, den kritischen Diskurs zu diffamieren und werde von „europäischen Universitäten, Instituten und Medien naiv aufgegriffen“. Es werde versucht, die Kritik am Islam mit dem Antisemitismus auf eine Stufe zu stellen, um die Muslime „als Opfer von Verfolgung gegen Kritik quasi zu immunisieren.“ (S. 39).

Dass sie selbst bei ihren islamophoben Ausführungen Antisemitismus mitbefördert, scheint ihr nicht aufzufallen. So behauptet sie in ihren Buch „Die verlorenen Söhne“, dass „das Alte Testament wie der Koran Geschichten von Blut und Gewalt“ erzählten, während das Neue Testament „eine Botschaft der Liebe und Hoffnung“ sei (2006: 193).

⁴⁸ NZZ vom 3.9.2010. Für die NZZ sind Keleks Folgerungen in diesem Vontobel-Heft klar: „Der Islam sei ‚in dieser Form‘ nicht in eine demokratische Gesellschaft integrierbar, ja er stelle in seinem ganzen Wesen einen Gegenentwurf zur aufgeklärten, säkularisierten Zivilgesellschaft dar“. Dennoch wird das Heft zur „Einführung in die Thematik und als Grundlage für Diskussionen“ empfohlen. Heribert Seifert lobte bereits in der NZZ vom 27.5.2005 „mutige türkischstämmige Publizistinnen“ unter dem Titel: „Das Fremde und die falschen Tabus“ und meinte damit Necla Kelek, Seyran Ateş und andere, die „mit Härte in der sachlichen Berichterstattung, aber auch mit einem autobiografisch erworbenen Sinn für die Widersprüche“ schreiben würden. Den dominierenden (insbesondere öffentlich-rechtlichen) Journalismus sieht er dagegen in der Position einer aufklärerischen Elite, welche die Berichterstattung über Probleme der Einwanderungsgesellschaft zu einem vormundschaftlich-erzieherischen Projekt mache, wobei alle Informationen vermieden würden, die die latente Menschenfeindlichkeit entfesseln könnten, so wie es der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer mit der „Vorurteilsrepression“ der öffentlichen Meinung gegen den Meinungsdruck der Stammtische fordere. Vgl. auch Schneiders (2009: 41 ff.) zu wohlwollenden Besprechungen ihrer Bücher z.B. im Spiegel (5/05), während ihr von wissenschaftlicher Seite her ein „monokausaler Erklärungsansatz“ bei fehlender Rezeption einschlägiger Fachliteratur vorgeworfen wird.

Als Anfang 2006 in Literaturempfehlungen einer Berliner Kampagne gegen Zwangsehen die Publikationen von Kelek und Ateş als „Sachbücher“ aufgeführt wurden, reagierten dagegen rund 60 Migrationsforscher mit einer öffentlichen Petition, da es sich bei diesen Büchern um eine „Mischung aus Erlebnisberichten und bitteren Anklagen gegen den Islam handle“, was der Aufklärung einen Bärendienst erweisen würde. (Zitiert nach Königseder 2008: 43). Zur Petition gegen Kelek und Ateş vgl. auch Butterwege und Hentges (2006: 8f.).

10. Islamophobe Akteure

sie gegenüber der Zentralschweiz am Sonntag: „Die hier lebenden Muslime sollten nachweisen, dass sie demokratisch und offen sind, dass sie die Verfassung über die Scharia stellen. Sie haben eine Bringschuld, und sie sollten zuhören, was die Nachbarn sagen. Zu den Minaretten: Wenn jemand beten will, bitteschön, aber dazu braucht er nicht unbedingt ein Minarett auf dem Dach“, womit erneut die Loyalitätsvermutung (vgl. Abschnitt 15.3.1) gegenüber der praktizierenden muslimischen Minderheit in Frage gestellt und ihnen die Definitionsmacht über die Bedeutung des Minaretts abgesprochen wurde. Auf die Feststellung, dass in Europa „eine Art Islamophobie“ herrsche, wodurch sich Muslime ausgegrenzt fühlen müssten, was deren Integration nicht förderlich sei, meinte Kelek lapidar: „1980 gab es in Deutschland eine Million Muslime, heute leben hier 3 oder 4 Millionen. So schlimm kann die Diskriminierung also nicht sein.“⁴⁹ Im Dezember folgte dann der Auftritt in der Sendung „Sternstunde Religion“ des Schweizer Fernsehens.⁵⁰

⁴⁹ Zentralschweiz am Sonntag vom 14.11.2010.

⁵⁰ Sternstunde Religion vom 5.12.2010. Am 19.5.2011 hielt sie einen Vortrag am *Schweizerischen Institut für Auslandsforschung* der Universität Zürich.

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

Mit dem Übergang von lokalem Konflikt und internationalem Islamdiskurs in den Abstimmungskampf einer eidgenössischen Volksinitiative änderten sich die Bedingungen für die beschriebenen Deutungsmuster und ihre Trägerschaft. Es ist nach der Struktur der neuen Trägerschaft der islamophoben Deutungsmuster zu fragen und danach, welchen Anpassungen und Spezifikationen diese Deutungsmuster beim Transfer von den "Islamexperten" zur neuen politischen Trägerschaft unterzogen wurden.

11.1. Gelegenheitsstrukturen

Mit der Verschiebung des Konflikts von der lokalen auf die nationale und von der rechtlichen auf die politische Ebene veränderte sich die „Struktur der Gelegenheiten“ (vgl. Kriesi et al. 1995). Neue Koalitionen entlang nationaler politischer Differenzen spielten sich ein und neue Strategien boten sich an, wobei diesbezüglich insbesondere die Struktur der Volksinitiative bedeutsam wurde. Im Hinblick auf eine Volksabstimmung ging es nun darum, eher breit als stark zu mobilisieren. Weiter konnte das Anliegen des Minarettverbots und die dahinter stehenden Akteure dank ihrer Einbindung in ein etabliertes politisches Verfahren auf eine gewisse Legitimität aufbauen.

Hinsichtlich der Vereinheitlichung der Minarettopposition waren zwei gegenläufige Tendenzen von Belang: Einerseits ermöglichte die Vereinfachung auf die Dichotomie von Ja und Nein ein Absehen von den Motivationen, insofern nur Einigkeit im "Nein" gegen Minarette bestand. Andererseits verlangte das Format der Volksinitiative und die auf den Plan gerufenen EDU- und SVP-Vertreter eine professionalisierte Propaganda mit einer einheitlichen Strategie und Botschaft. Diese musste für Aussicht auf Erfolg stark vereinfacht werden und dabei Konnotationen zu extremistischen Positionen vermeiden, um für eine Mehrheit wählbar zu bleiben.

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

Neue Trägerschaft

Mit der von den religiösen „Islamexperten“ geschaffenen Informationsgrundlage erreichten die Minarettgegner im öffentlichen Diskurs eine Position, in der sie den muslimischen Verbandsvertretern, sowie den Islamwissenschaftlern und Nahost-Experten¹ in Fragen um das Minarett und den Islam argumentativ Paroli bieten konnten. Mit sachkundiger Miene wurden dann arabische Begriffe verwendet,² wurde aus dem Koran zitiert³ und darauf verwiesen, was ein Minarett „wirklich“ bedeutet. Sobald sich die Opposition eingestellt hatte, brauchten die Minarettgegner keine Schützenhilfe von „Islamexperten“ oder „Insidern“ mehr, um ihre Verbotsempfehlung zu begründen. Die Deutungshoheit über „den Islam“ wurde von der christlichen und politischen Rechten übernommen und reichte aus, um den Muslimen die „wahre“ Interpretation des Minaretts und Deutung des Islams streitig zu machen.

Die in der schweizerischen Minarettopposition nun führenden Akteure stammen aus zwei grossen Lagern der radikalen Rechten: Der religiösen und der politischen Rechten. Deren Motive ergänzen sich zum Teil – etwa im Kampf gegen „Wertezerfall“ und „Kulturelrelativismus“ bzw. „Multikulti“ oder für „Israel“ –, was zu wechselnden Allianzen führt, die auch widersprüchliche Positionen ertragen, insbesondere in Bezug auf Säkularismus, Homophobie und Antisemitismus. Es lassen sich dabei zwei Bruchlinien entlang den Differenzierungen *reaktionär/modern* und *religiös/säkular* beschreiben, die quer durch die zwei grossen Lager laufen. Erstere Unterscheidung verbindet religiös definierte Positionen mit dem Nationalkonservatismus und Rechtsextremismus durch eine antilibérale Haltung, welche durch die zweite Unterscheidung aber teilweise wieder getrennt werden, da diese Rechten auch antiklerikale bis antichristliche Positionen vertreten. Die charismatisch-evangelikalen Islamophoben stehen zwar ebenfalls für konservative Werte ein, stellen sich aber durch ihren religiös-utopisch begründeten islamo-

¹ Journalisten, die als Nahost-Experten gelten, können auch islamophob eingestellt sein, wie etwa der Publizist Peter Scholl-Latour, dem Halm (1991: 199) vorwirft, im Fernsehfilm für das ZDF: „Das Schwert des Islams“ die These zu vertreten, dass die islamische Flut schon immer gefährlich gegen die Küsten des Abendlandes gebrandet habe, nun aber die Gefahr einer Überflutung grösser sei denn je.“ Auch Attia (2009: 62f.) bezichtigt Scholl-Latour, durch seine jahrzehntelange Medienpräsenz wesentlich an der Aktualisierung eines Orient- und Islambildes beigetragen zu haben, das den Orient bzw. Islam als stagnierend und rückständig, irrational, despotisch und grausam darstellt.

² Z.B. „dar Al-Islam“ und „dar Al-Harb“ von Daniel Zingg in der Fernsehdiskussion „Club“ vom 26.9.2006 u.a. mit Hisham Maizar, dem Vertreter der Muslime im Schweizer Rat der Religionen.

³ Etwa: „Und tötet sie, wo immer ihr sie findet“, vgl. dazu und zum Umgang mit Koranzitaten im öffentlichen Diskurs in Deutschland Kermani (2009).

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

phoben Zionismus auf die Seite von Israel und den USA, was sie mit den neoliberalen Rechtspopulisten verbindet, für die der Kampf gegen den Islam den Antikommunismus ersetzt. Letztere verteidigen dabei den säkularisierten "Westen" als Hort der (Meinungs-)Freiheit, erstere aber das jüdisch-christliche "Abendland", was etwa bei den Themen Familienplanung und gleichgeschlechtlicher Partnerschaft zu Differenzen führt. Die beiden religiösen Gruppen verbindet zwar die Vorstellung eines Primats des Religiösen, für die katholischen und protestantischen Fundamentalisten ist das Hauptproblem aber die Unterminierung des christlichen Abendlandes durch Modernisierung und Säkularisierung, die wahrgenommene Islamisierung daher nur ein Niedergangssymptom. Die charismatisch-evangelikalen Islamophoben nehmen zwar ebenfalls ein geschwächtes Christentum wahr, sehen das Hauptproblem aber im Islam, der in teuflischer Absicht Judentum wie Christentum bekämpft, um die Wiederkehr des Messias in Israel zu verhindern. In den Weltbildern von religiös Motivierten und Rechtsextremen dominieren ausserdem Vorstellungen der Verschwörung jüdischer oder humanistischer Eliten innerhalb des Westens, die durch liberalen Universalismus und wirtschaftliche wie kulturelle Globalisierung die Einheit und Überlebensfähigkeit nationaler Kulturgemeinschaften untergraben. Evangelikale Zionisten wie Rechtspopulisten lehnen aber antisemitische Positionen ab.

Das einigende Band des Kampfes gegen die angebliche "Islamisierung Europas" führte zu lagerübergreifender Zusammenarbeit auf verschiedenen Kommunikationsplattformen, auf denen versucht wurde, die unterschiedlichen Positionen der islamophoben Akteure unter einen Hut zu bringen. Chancen auf Resonanz in den Leitmedien haben jedoch nicht alle dieser Akteure. Daniel Zingg von der evangelikalen Kleinstpartei EDU wurde beispielsweise zum prominenten Vertreter der Minarettopposition, da er wiederholt Auftritte im Fernsehen hatte und von Zeitungen zitiert wurde, obwohl er weder ein öffentliches Amt bekleidet, noch ein Parteiamt ausübt. Da er als Zionist aber die Juden liebt und nichts gegen Muslime hat – nur etwas gegen den Islam, galt er den Journalisten und Redaktoren als unverdächtig. Damit wurde der evangelikale Zingg als ein kantiger Typ mit polarisierenden Ansichten wahrgenommen, die zwar quer zum Mainstream liegen, aber gerade damit einer Medienlogik entsprechen, in der Skandalisierung und Konfliktstilisierung erhöhter Nachrichtenwert zukommt. So zeigen Wyss und Keel (2010: 359) in einer Befragung von Journalisten, dass diese Religion dann spannend finden, wenn „religiöse Akteure in einen Konflikt mit anderen Fel-

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

dern verstrickt sind, (...) wenn die Religion mit Standards kollidiert.“ Solche konfliktiven Muster einer irritierten Ordnung seien typische Elemente einer narrativen Struktur. Sie würden auch dann aktualisiert, wenn Journalisten etwa auf das Kuriose und Ungewöhnliche aufmerksam werden, denn gerade bei Religionsvertretern gelten spezielle Leute mit speziellen Meinungen als interessant.

Unterstützung erhielt die EDU von SVP-Politikern, deren Partei stark im protestantischen Milieu verankert ist, die zwar im öffentlichen Diskurs populistisch argumentieren, aber u.a. durch ihre Mitgliedschaften in der von der EDU gegründeten parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel⁴ und im Egerkinger Initiativ-Komitee den christlich-zionistischen Positionen nahe stehen. Nationalkonservative Akteure wie SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer standen dagegen bereits von Beginn weg unter dem Verdacht, mit ihrer ethno-nationalistischen Variante der Islamophobie Fremdenfeindlichkeit schüren zu wollen. Schlüer, der den Web-Auftritt des Egerkinger Initiativkomitees weiterbetreibt und nach wie vor den Newsletter „Kein Minarett – kein Muezzin – keine Scharia“ versendet,⁵ geriet etwa unter öffentlichen Druck, weil er in der von ihm herausgegebenen *Schweizerzeit*, dem Präsidenten der SD-Thurgau eine Plattform bot, um die „Massenheimschaffung der Muslime“ zu fordern, da diese sonst „unser Land und unser Volk zerstören“ würden.⁶ Den Rechtsradikalen der Schweizer Demokraten oder der *Partei National Orientierter Schweizer* (PNOS)⁷ sowie dezidiert religiös argumentierenden evangelikalen Exponenten wurde dagegen grundsätzlich das Recht abgesprochen, sich am breiten öffentlichen Minarettdiskurs zu beteiligen, sofern sie eine solche direkte Beteiligung überhaupt anstrebten.

⁴ 2008 vom damaligen EDU-Nationalrat Christian Waber gegründet. Die Gruppe hat rund 50 Mitglieder, hauptsächlich aus der SVP.

⁵ <http://www.minarette.ch/bulletins/index.html> (22.01.2014).

⁶ *Schweizerzeit* vom 13.11.2009.

⁷ Die PNOS wurde 2000 von einem früheren Blood & Honour-Skinhead mitbegründet und hat inzwischen mehrere Sektions- und Ortsgruppen und wurde in je eine kommunale Legislative bzw. Exekutive gewählt (Skenderovic 2009: 230). Anfang 2009 wurde der gesamte frühere Vorstand der PNOS-Schweiz verurteilt, weil auf der Homepage ein rassendiskriminierendes Parteiprogramm publiziert wurde. 2010 wurde der frühere Chef der Basler PNOS-Sektion wegen Rassendiskriminierung verurteilt, weil er Anne Franks Tagebuch als Fälschung zur «Holocaust-Indoktrination» bezeichnet hatte (vgl. Tages Anzeiger vom 21.7.2010).

11.2. Spezifikation der Deutungsmuster

Innerhalb der Minarettopposition wurden umfangreiche Spezifizierungen an den Deutungsmustern vorgenommen, mit denen versucht wurde, Vorwürfen hinsichtlich Radikalität und Extremismus zuvorzukommen. Mit den Möglichkeiten der Volksinitiative und dieser doppelten Verankerung der Opposition erhielt Islamophobie in der Minarettopposition eine ganz eigene Zuspitzung:

Entfernung von religiösen Argumentationen

Mit auf evangelikale und andere spezifisch religiöse Deutungen verweisende Argumentationen lassen sich in der Schweiz zwar Minderheiten mobilisieren, doch sie dürften auf sich gestellt nicht mehrheitsfähig sein. Mit zunehmender Breite des zu überzeugenden Publikums durch die Ausweitung der Konflikte mussten deshalb explizit religiöse Bezüge zu Gunsten niederschwelligerer Anschlüsse in den Hintergrund gestellt werden.

Die Form der populistischen Kampagne kam dieser Entdifferenzierung der Argumentation entgegen. So konnten religiöse (evangelikal-zionistische) und politische (rechtsgerichtete) Positionen zur Motivation für Geldgeber und Aktivisten erhalten, auch ohne an die Oberfläche des Diskurses zu gelangen. Im populistischen neo-kulturrückwärtigen Vokabular wird ein *clash of civilisations* als antagonistische Ausdifferenzierung und Essentialisierung verschiedener Kulturkreise zwar festgestellt, es wird aber auf Spezifizierungen auf der eigenen und auf der "fremden" Seite verzichtet. Es wird nicht begründet, weshalb eine *bestimmte* Kultur, eine *bestimmte andere* Kultur nach einem *bestimmten Plan* unterwandern und infiltrieren sollte.

Vorarbeit leisteten rechtskatholische Integralisten und evangelikal-zionistische Apokalyptiker als 'Experten', die sich teils schon seit den 1970er Jahren mit Verschwörungstheorien um eine angebliche islamische Weltherrschaft befassten.⁸ Diese Positionen leiten die islamische Bedrohung aus der Bibel ab

⁸ Dabei wurden sie auch durch den Orientalismus-Diskurs beeinflusst (vgl. etwa Attia 2009; den Sammelband von Schneiders 2009; Schulze 1991), welcher zu den Vorstellungen der nahenden Rückkehr des Messias im christlichen Zionismus beiträgt, da die religiösen Utopien durch die ständige Suche nach Zeichen der Endzeit immer nah an der Zeitgeschichte entwickelt werden. In den USA ist zwar der Dispensationalismus weiter verbreitet, der den "Antichristen" aus den eigenen jüdisch-christlichen oder neu-römischen Reihen erwartet, doch hat dort in letzter Zeit ein islamophober Blick auf das Weltgeschehen etwa durch die rechtspopulistische Tea-Party-Bewegung eine gewisse Bedeutung erlangt (vgl. Abschnitt 15.2.2 zur „Ground Zero Moschee“).

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

und unterfüttern den Diskurs mit „sachlicher Information“ zum Koran und „Grundlagenwissen“ über den Islam.⁹ Dass diese Argumente aus einer religiös motivierten Position erfolgen, ist für die massenmediale Verhandlung und die Übereinstimmung an der Urne nicht relevant. Die religiös begründete Differenzbehauptung wurde in eine inhaltlich kaum gefüllte Gegenüberstellung „christlicher Kulturkreis“ gegenüber „Islam“ gebracht und war in dieser öffentlichkeitswirksam vereinfachten Form anschlussfähig. Die Übereinstimmung in der Feststellung und Bejahung der Differenz reichte aus, eine Gemeinsamkeit der Gründe war nicht notwendig.

Die extreme Rechte und der *common sense*

Parallel zur Verlagerung auf religiös unverbindliche Argumentationen lässt sich eine Popularisierung von als extrem geltenden rechtsgerichteten Positionen feststellen. In den 1960er Jahren konzentrierte sich die *Nationale Aktion gegen Überfremdung von Volk und Heimat* (NA) politisch auf Migrations-themen. 1971 spaltete sich die *Schweizerische Republikanische Bewegung* (SRB) mit dem ersten wirkmächtigen Populisten James Schwarzenbach von der NA ab. Führende Mitglieder der NA und der SRB gründeten 1975 die EDU. Mit weiteren Splitterparteien zusammen brachte es die radikale Rechte zwischen 1971 und 1991 so höchstens auf etwa 10 Prozent bei den Nationalratswahlen. Durch Volksabstimmungen erreichten sie allerdings ein Mehrfaches ihres Wähleranteils, so dass die sogenannte Schwarzenbach-Initiative, die den Ausländeranteil auf 10 Prozent beschränken wollte, wodurch Hunderttausende das Land hätten verlassen müssen, 1971 46 Prozent Ja-Stimmen erreichte (Skenderovic 2009: 215f.). Zu Beginn der 1990er Jahre wandelte sich die SVP unter Christoph Blocher schliesslich von einer nationalkonservativen zu einer rechtspopulistischen Partei und erreicht seither ausserordentliche Wahlerfolge, wodurch die Splitterparteien der radikalen Rechten weitgehend verdrängt wurden und ihre Kader z.T. zur SVP überliefen.

Reibungspunkte zwischen den verschiedenen islamophoben Lagern bot etwa die israelfreundliche Haltung der Vertreter der parlamentarischen Gruppe Schweiz-Israel. Diese wurde beispielsweise auf einer SD-nahen Website kritisiert,¹⁰ für die auch Ulrich Schlüer schreibt, der als einziger Nationalrat des Egerkinger Initiativkomitees nicht Mitglied dieser parlamentarischen

⁹ Etwa die „Reihe Islam“, herausgegeben von *Zukunft CH*, oder die publizistische Tätigkeit im Umfeld des evangelikalen „Instituts für Islamfragen“ und religiöser Verlage.

¹⁰ <http://www.politonline.ch/index.cfm?content=news&newsid=1239> (22.01.2014).

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

Gruppe war. Gelobt wurde die parlamentarische Gruppe Schweiz-Israel dagegen auf dem Politblog PI-news, deren Macher sich selbst als „proamerikanisch, proisraelisch, gegen die Islamisierung Europas“ positionieren.¹¹ Auch die evangelikal-zionistischen Akteure des *Aktionskomitees Stopp Minarett* in Langenthal im Kanton Bern, mussten sich öffentlich von der rechtsextremen PNOS abgrenzen, die zweimal eine Demonstration gegen einen geplanten Minarettbau in Langenthal organisierte und auch im Langenthaler Stadtrat vertreten war.¹² Die PNOS nutzte das islamophobe Klima um ihrerseits politisches Kapital aus der Minarettdebatte zu schlagen. Sie bekämpft „kultur-fremde Bauten“ und konnte 2008 ihren Sitz im Stadtrat verteidigen.¹³

Der starke Einfluss der zionistisch orientierten religiösen Rechten auf den Minarettdiskurs scheint explizit antisemitische Argumentationen zu verhindern, was islamophobe Positionen der politischen Rechten mehrheitsfähig machen kann. Analog wird dies auch in den Niederlanden deutlich, wo der christlich-zionistisch argumentierende Rechtspopulist Geert Wilders den Koran verbieten und die Orientierung an „jüdisch-christlichen Grundwerten“ in die niederländische Verfassung schreiben möchte. Durch die Abgrenzung von Nationalsozialismus und Antisemitismus wird Wilders in breiten Kreisen wählbar, stösst dafür aber bei den Rechtsextremen durch seine Betonung einer „jüdisch-christlichen Allianz“ gegen den Islam auf Kritik (vgl. Curio 2009: 241ff.).

Die islamophobe Szene grenzte sich in Deutschland lange nicht klar vom klassischen Rassismus ab, so rang gemäss Häusler (2008: 156) die extreme Rechte untereinander um die Vorherrschaft um das Kampagnenthema Moscheebau. 2008 traten am „Anti-Islamisierungs-Kongress“ in Köln,¹⁴ Islam-Feinde und Rechtsextreme gemeinsam auf, wie Benz (2008: 10) beobachtete.¹⁵

¹¹ <http://www.pi-news.net/2009/04/schweizer-parlamentarier-bereisen-israel/> (22.01.2014).

¹² Im *Schweizer Demokrat* (Nr.10/11 2010, 45. Jahrgang, vormals *Volk und Heimat* der NA), dem Parteiblatt der Schweizer Demokraten, erschien daraufhin der Artikel: „Daniel Zingg, ein selbst ernannter Heilsbringer auf Abwegen!“, worin Zingg (EDU) die Spaltung der „Volksbewegung gegen den Minarettbau (dem breite Bevölkerungskreise von links bis rechts und allen sozialen Schichten angehören!) in der Schweiz“ vorgeworfen wurde. Von den Schweizer Demokraten hatte sich ein Vertreter mit einer Grussbotschaft an die Demonstranten in Langenthal gewandt.

¹³ Zu den gestiegenen Resonanzchancen der PNOS, vgl. Udriš (2007) und Udriš, Imhof und Ettinger (2009).

¹⁴ Vgl. dazu Abschnitt 15.3.

¹⁵ Auf diesem Hintergrund gedeihen auch politische Graffiti wie: „Was die Juden hinter sich haben, haben die Türken noch vor sich“ (Bodemann und Yurdakul 2005: 444).

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

Antirassismus-Paragraph und *political correctness*

Die Vermutung liegt nahe, dass die im Minarettdiskurs vorgenommene Trennung von Muslim- und Islamfeindlichkeit auch unter dem (bewussten oder unbewussten) Eindruck eines allgegenwärtigen antirassistischen Konsenses (was niemand mehr explizit äussern muss) stand, um nicht als rechtsextrem zu gelten, was eine gesellschaftliche Ächtung und dadurch eine politische Niederlage zur Folge gehabt hätte. Die Vertreter des Egerkinger Initiativkomitees mussten sich gegen die extreme Rechte abgrenzen, um ihre islamophoben Positionen in der rechtspopulistischen Politstrategie bis tief ins bürgerliche und auch ins linke Lager hinein anschlussfähig zu halten. Dies auch deshalb, weil es zwischen den rechtspopulistisch agierenden Parteien und der extremen Rechten immer wieder Berührungspunkte gibt.

So waren bspw. prominente antisemitische Revisionisten bzw. Negationisten früher Mitglieder der NA bzw. der EDU und hatten in deren Parteiorganen mitgearbeitet. SVP-Nationalrat Ulrich Schlüer hatte in den 1970er Jahren noch für die Republikaner kandidiert und war Sekretär von James Schwarzenbach, dem Anführer der damaligen Überfremdungsbewegung, der Kontakte zu Exponenten des Neofaschismus im In- und Ausland unterhielt. Die bedeutendste Zusammenarbeit mit der extremen Rechten hatte bei der erfolgreichen Unterschriftensammlung für das Referendum gegen die Antirassismus-Strafnorm und bei der darauf folgenden Abstimmungskampagne 1994 stattgefunden, was zur empfindlichsten Niederlage der radikalen Rechten in der jüngeren Geschichte führte (Skenderovic 2009: 231f). Die Negationisten wurden durch die neue Strafnorm massiv in ihrer propagandistischen Arbeit eingeschränkt und mussten zum Teil ins Ausland oder ins Internet ausweichen. Im Minarettdiskurs liess sich beobachten, wie sich die islamophoben Akteure noch immer an dieser Strafnorm rieben, wenn sie sich in vorauseilendem Gehorsam von rassistischem Gedankengut zu distanzieren gezwungen sahen, wobei ihnen der Antirassismus-Artikel als unerträglicher Ausbund an

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

gesellschaftspolitischer *political correctness* erschien.¹⁶ Auch wenn es selten zu Gerichtsverfahren¹⁷ kommt, so scheint diese Strafnorm als Ausdruck eines soziokulturellen *common sense* einen massiv repressiven Einfluss auf den Diskurs in der politischen Öffentlichkeit zu haben, da die Existenz der (Straf-)Norm den rechten Akteuren immer bewusst scheint. Deshalb avanciert auch Georg Kreis als Präsident der *Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus* im Minarettdiskurs zum grössten Feindbild der Initianten und Unterstützer der Volksinitiative.¹⁸ Ein allgemein geteilter Rassismusvorwurf hätte ein Mittel sein können, um die rechtspopulistische Politstrategie noch zu durchkreuzen. Die umstrittene Frage verschob sich dabei von der verfassungsrechtlichen Legalität des Begehrens zur gesellschaftspolitischen Legitimität der Forderung nach einem Minarettbauverbot.¹⁹ Das Gelingen dieser diskursiven Verschiebung hatten die wenigsten erwartet, auch nicht die SVP, welche die Abstimmungskampagne nicht finanziell unterstützen mochte,²⁰

¹⁶ Vgl. dazu den Kommentar eines neokonservativen Anti-Minarett-Aktivisten der SVP von 2005: „Seit seiner Einführung war der Antirassismusparagraph ein 'Gesetz', das diesem Namen nicht würdig war. Verdeckt hinter der Maske der 'political correctness' vernebelte er der Bevölkerung seine wahre Tragweite und die Absichten dessen 'spiritus rector': Denn nach Jahrzehnten der Machtergreifung der 68er treten allmählich die fatalen Konsequenzen ihrer Ideologie zu Tage: Ausländerkriminalität, Asylummigration und die tödlichen Folgen der multikulturellen Illusion, wie in Holland geschehen. Also tun die etablierten 68er genau das, wogegen sie sich einst auflehnten: Sie verbieten, sie unterdrücken die Kritik an ihrer Unfähigkeit und nennen sie rassistisch. Zum ersten Mal im schweizerischen Strafgesetzbuch verwässerte man mit diesem Paragraphen die Grenze zwischen Tat- und Gesinnungsstrafrecht.“ (<http://www.patrick-freudiger.ch/artikel/meinungsfreiheit/der-antirassismusparagraph.htm>, 22.01.2014).

¹⁷ In Bezug auf den Minarettdiskurs wurde ein EDU-Nationalrat durch seine parlamentarische Immunität geschützt, ein SD-Politiker und ein messianisch-zionistischer Referent dagegen verurteilt.

¹⁸ Vgl. etwa Tages Anzeiger vom 14.12.2009: „SVP wettet gegen Georg Kreis: «Ungeheuerliche Arroganz»“.

¹⁹ So getraute sich bspw. der SVP-Kantonsrat Ernst Stocker nicht, im Wahlkampf um einen Zürcher Regierungsratssitz für ein Ja zur Anti-Minarett-Initiative einzustehen, obwohl er im Kantonsrat noch für ein solches Verbot im Kanton Zürich gestimmt hatte. Die Parteistrategen dachten wohl, ihr Kandidat würde sonst unwählbar, was aus der Perspektive der Zeit nach diesem Abstimmungssonntag immer schwerer nachvollziehbar wird, angesichts des diskursiven Dammbrochs, der durch die Annahme der Initiative ausgelöst wurde, was einen führenden Publizisten bei Ringier frohlocken liess: „Es darf jetzt offen über die problematischen Seiten des Islams diskutiert werden.“ (zitiert nach Ettinger 2010: 41).

²⁰ Der SVP steckte wohl noch die Niederlage von 2008 in den Knochen, wo sie mit der „Einbürgerungsinitiative“ über Einbürgerungen abstimmen lassen wollte, ohne bei negativen Entscheiden ein Rekursrecht zuzugestehen, was vom Bundesgericht als verfassungswidrig befunden wurde. In der VOX-Analyse zur Volksinitiative „Für demokratische Einbürgerungen“ vom 1.6.2008 heisst es dazu: „Beim Entscheid für ein Nein waren die Ablehnung von Willkür-einbürgerungsentscheiden und die Wahrung des Rechtsstaats massgeblich“. Die Stimmbürger folgten damals also noch der rechtlichen Argumentation der Regierung, was bei der Anti-Minarett-Initiative seitens der SVP ebenfalls zu befürchten war. Zudem gab es innerhalb der SVP Skrupel, Religion zu politisieren und dadurch möglicherweise einen neuen Kulturkampf vom Zaun zu brechen, wie es ein SVP-Delegierter bei der Fassung der Abstimmungsparole zur Minarett-Initiative zum Ausdruck brachte (Tages Anzeiger vom 3.10.2009).

11. Transfer der Islamophobie in die Minarettopposition

aber die Anti-Minarett-Initiative des Egerkinger-Komitees nach dem überraschenden Sieg als SVP-Initiative vereinnahmte. Im Initiativ-Komitee sassen neben den EDU-Vertretern entweder junge, aufstrebende SVP-Mitglieder, von denen beispielsweise Lukas Reimann 2007 den Karrieresprung nach Bern schaffte, wo er jüngster Nationalrat wurde, oder aber religiös motivierte und nationalkonservative Politiker, die nicht aus dem neoliberal-dominierten Machtzentrum der SVP stammen. Die entsprechenden Akteure und ihre Schwerpunkte dürften aufgrund des Abstimmungserfolgs innerhalb der Partei an Bedeutung gewonnen haben.

12. Fazit Teil II

Das Deutungsmuster der Islamophobie nahm über die Minarettdebatte den für Themen in der Öffentlichkeit moderner Gesellschaften typischen Weg von der Peripherie ins Zentrum. Die vorgelegte Rekonstruktion dieses Weges wird hier zusammengefasst:

Durch die Entwicklung von einem lokalen Baukonflikt zum "nationalen Problem" wurden generalisierende Deutungsmuster wichtig. Über Bedrohungsszenarien wurde auf umfassende Relevanz gepocht. Der Islam wurde dadurch zum allerbetreffenden Problem ernannt. Die Kontinuitäten zu früheren Ablehnungen des "Fremden" erleichterten den Transfer vom Nischenproblem in die nationale Aufmerksamkeit. Gleichzeitig musste verhindert werden, dass eine solche grundsätzliche Thematisierung ihrerseits als höchst problematisch und extrem galt und ihre Mehrheitsfähigkeit verlor: Dies gelang etwa dadurch, dass betont wurde, die Opposition richte sich nur gegen den Islam und nicht gegen Muslime. In Verbindung damit konnte auf Verweise auf Alltagsinteraktionen und statistische Verhältnisse, sowie die Diskriminierung von Personen verzichtet werden. Schliesslich wurden die durch die Verbotsforderung Betroffenen durch eine Täter-Opfer-Umkehr sogar als Nutzniesser des Verbots hingestellt. Dabei wurde Muslimenfeindlichkeit im Diskurs zunehmend als etwas Unabänderliches behandelt und nicht mehr hinterfragt. Denn es schien nun meist naheliegender, dass sich die Muslime „anpassen“ – also weder an der Kleidung noch über auffällige religiöse Bauten als solche erkannt werden können – als dass eine muslimenfeindliche Haltung „angepasst“ werden sollte, insbesondere nach dem Abstimmungssieg gegen Minarette.

Es ist parallel dazu eine Transformation der Akteure zu beobachten: Die genannten Thematisierungen auf der lokalen Ebene schlossen zunächst an einen internationalen Islamdiskurs an. Experten und ihre Deutungsmuster wurden herbeigezogen, um die Thematik mit anschlussfähigen Interpretationen zu versehen. Diese Verknüpfung wurde durch bestehende Kontakte über religiöse, insbesondere evangelikale Netzwerke erleichtert. Mit zunehmender Bedeutung des Themas wurden rechtspopulistische Akteure, insbeson-

12. Fazit Teil II

dere aus der Schweizerischen Volkspartei, wichtiger. Diese Akteure eigneten sich das Vokabular an und passten es an. Beispielsweise wurde die bei einigen islamophoben Islamexperten wichtige Betonung von "Europa" als Gegengewicht zum Islam weitgehend abgelegt, da sie nicht mit dem Zielpublikum kompatibel war. Unter dem Motto der Islamophobie und der einfachen Struktur der Opposition über ein ablehnendes "Nein" konnte sich eine Vielzahl ansonsten unverbundener Akteure und Überzeugungen in einer Bewegung bündeln. Das Know-How politisch wirkmächtiger Akteure innerhalb der Bewegung war dabei wichtig, um Ansichten, die nicht mehrheitsfähig schienen, zu verbannen. Insbesondere zwei Zuspitzungen waren dabei für den Erfolg der Bewegung bedeutsam: Erstens wurde rassistischem Rechtsextremismus keine Bühne gewährt. Zweitens wurden die religiösen Hintergründe, die zentral für die Formierung der Minarettopposition waren, in der Kampagne zurückgestellt.

Der Verquickung von Religion und Politik in der islamophoben Protestbewegung konnte von spezialisierten und differenzierenden Akteuren wie den Landeskirchen, die sich als einer der wenigen nationalen Akteure gegen die Initiative einsetzten, und den Gerichten, vor denen die Minarettgegner jeweils unterlagen, nicht mehr bekämpft werden. Auf dieser Grundlage wurde ein Bild des Islams wirkmächtig, das auf Differenzierungen verzichtet: Der Islam gilt als monolithischer Block, der in einem verschiedenste Lebensbereiche umfassenden binären Gegensatz zum Rest verstanden und verurteilt wird.

Teil III.

Anschlüsse an den Minarettdiskurs

13. Einführung

Diskursive Kopplung

Der Minarettstreit bot verschiedensten Akteuren Gelegenheit für Anschlusskommunikation. Im Sommer 2010 gelang es etwa dem katholischen Pfarrer Franz Sabo aus Röschenz (BL) exemplarisch in einem Buch praktisch alle bekannten Deutungsmuster des Überfremdungsdiskurses mit dem Minarettstreit zu verknüpfen. In der Sonntagspresse wurde der Inhalt seines Buches auszugsweise bekannt.¹ So bekennt sich Sabo zum Minarett-Verbot, denn: „Das Anliegen, das hinter dieser Initiative steht, sollten wir sehr ernst nehmen“. Mit diesem „Anliegen“ meint der islamophobe Pfarrer „die Angst vor einer sich immer weiter ausbreitenden Islamisierung. Damit einher gehen Intoleranz und Gewalt gegen alles, was nicht islamischem Recht (der Scharia) entspricht.“ Die Angst vor einer „schleichenden Islamisierung“ sei ebenso berechtigt wie die Furcht vor dem „religiös-politischen Machtsymbol des Minaretts“, denn nach dem Minarett komme der Muezzin und danach folge die Einführung der Scharia. Diese Passagen wirken wie direkt aus dem Argumentarium zur Anti-Minarett-Initiative übernommen.

Laut dem Zeitungsbericht spricht sich Sabo im Buch auch für eine strengere Ausschaffungspolitik aus und fordert, die Einwanderung in die Schweiz zu begrenzen: „Wenn wir nicht in allernächster Zeit der moslemischen Flutwelle Einhalt gebieten, werden wir überschwemmt.“ Damit nimmt er einerseits Bezug auf die SVP-Ausschaffungsinitiative, die Monate später – ein Jahr nach der Minarett-Initiative – an der Urne angenommen wurde und andererseits auf das gewonnene Referendum gegen die erleichterte Einbürgerung von 2004, wo gefragt wurde: „Muslime bald in der Mehrheit?“, denn Sabo argumentiert nun mit einer angeblich doppelt so hohe Geburtenrate bei muslimischen Frauen, wodurch „in ein paar Jahren die Einheimischen integriert werden“ müssten. Mit der Bedrohung der „moslemischen Flutwelle“ und der Forderung nach „einer konsequenten und ehrlichen ökologischen Politik“ nimmt er auch bereits die Forderungen der nationalökologistischen

¹ Sonntag vom 25.7.2010 zum Buch: „Der Tod stirbt nicht. Predigten und Notizen“, Editions Heuwinkel.

13. Einführung

Volksinitiativen vorweg, für welche 2011 die Unterschriftensammlungen begannen.²

Religion im öffentlichen Raum: Von der Burka zum Kopftuch

Für Pfarrer Sabo rechtfertigt die Scharia „Ehrenmorde, beinhaltet Zwangssehen, Beschneidungen, das Tragen der Burka, Missachtung von Schulvorschriften, Strafen bis hin zur Steinigung“.³ Damit schloss er u.a. an die Burka-Debatte an, die in der Schweiz von der religionsfeindlichen Vereinigung der *Ex-Muslime* angestossen wurde.

Anfang 2009 wurde der Schweizer Ableger der *Ex-Muslime* gegründet, der dem Dunstkreis einer iranischen Diaspora entstammt und sich bereits im April 2009 am Minarettdiskurs beteiligte, als deren Vizepräsidentin an einer Podiumsdiskussion der Freidenker-Bewegung in Zürich zum Thema „Minarett und Moscheebau“ teilnahm. Mit auf dem Podium sass Mina Ahadi, eine linksextreme Aktivistin und Gründerin dieser Vereinigung⁴, die gegen den Islam polemisierte.⁵

Einen Monat vor der Anti-Minarett-Abstimmung lancierte der schweizerische Verein der *Ex-Muslime* eine resonanzstarke Kampagne für ein Burka-Verbot, die an eine zeitgleiche Diskussion in Frankreich anknüpfte. Bis April 2010 verwiesen Medienberichte in diesem Zusammenhang wiederholt auch auf entsprechende Diskussionen in Belgien, Dänemark, Holland, Österreich und Italien. Die Burka-Debatte dauerte in der Schweiz von Oktober 2009 bis Oktober 2010 und führte im Mai 2010 zu einem medialen Höhepunkt mit

² Die Initiative der Vereinigung ECOPOP: „Stopp der Überbevölkerung – zur Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen“, die Initiative der Schweizer Demokraten: „Für eine Stabilisierung der Gesamtbevölkerung“ und die Initiative der SVP: „Gegen Masseneinwanderung“.

³ Sonntag vom 25.7.2010.

⁴ Sie ist Vorsitzende des *Zentralrates der Ex-Muslime Deutschland* (ZdE), der massgeblich von der atheistischen *Giordano Bruno Stiftung* unterstützt wird. Diese Stiftung half 2007 die ZdE zu gründen und führte dessen Medienkampagne „Wir haben abgeschworen!“ . Ahadi wurde im Verfassungsschutzbericht des deutschen Bundesministeriums des Innern von 2002 als „Generalsekretärin der Deutschlandsektion der API“, der „Arbeiterkommunistischen Partei Iran“ aufgeführt, welche eine gewalttätige Revolution der Arbeiterklasse zum Ziel habe. Auf der deutschen Website der API erscheint auch das Logo des *Zentralrats der Ex-Muslime* und in einem Archiv-Beitrag wird über die Demo-Teilnahme von „Mina Ahadi, Mitglied des Politbüros der Arbeiterkommunistischen Partei Iran“ und „Stefan Bauernhof (sic!)“ Präsident der Organisation Freidenker in Schweiz“ berichtet, die beide in Genf anlässlich des Protests gegen den Auftritt Mahmoud Ahmadinejads an einer UNO-Konferenz (Durban II) im April 2009 Reden gehalten hätten (besucht am 25.6.2011). Zur Rolle des ZdE und der *Giordano Bruno Stiftung* im Deutschen Diskurs vgl. Abschnitt 15.3.

⁵ Teilnehmende Beobachtung der Podiumsdiskussion vom 23.4.2009 im GZ Riesbach, Zürich. Ahadi bezeichnete etwa das Kopftuch als Instrument zur Unterdrückung der Frau und muslimische Organisationen generell als „Zellen der Gewalt“.

13. Einführung

zahlreichen Berichten und einer Fernsehdiskussion im “Club” zum Thema: “Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?” oder auch einer gleichnamigen Podiumsdiskussion des Tages-Anzeigers im Zürcher Kaufleuten, nachdem sich Politiker landesweit mit Verbotsforderungen gegenseitig überboten hatten.⁶ Standesinitiativen laufen danach in den Kantonsparlamenten des Aargaus und Solothurn weiter⁷ und Anfang 2011 häuften sich die Berichte über Verbotsforderungen in Deutschland. Im Kanton Tessin wurde im April 2011 klar, dass ein kantonales Burka-Verbot zur Abstimmung kommen wird. Am 22. September 2013 stimmten schliesslich 65,4 Prozent für ein Verhüllungsverbot in der Verfassung des Kantons Tessin.

Dies waren allerdings nur noch Ausläufer einer medialen Debatte, die ab August 2010 auf eine bereits schwelende Kopftuch-Diskussion ausgeweitet wurde, da der St. Galler SVP-Bildungsdirektor in einem Kreisschreiben zu Bekleidungs Vorschriften in der Volksschule ein Kopfbedeckungsverbot empfahl, wodurch eine neue Debatte lanciert wurde. Im Herbst 2010 lehnte der Grosse Rat des Kantons Freiburg die Motion einer SP-Grossrätin ab, die aus den Reihen der SVP unterstützt wurde und ein Kopftuchverbot an den Schulen gefordert hatte. Danach lehnte auch das Tessiner Kantonsparlament ein Kopftuchverbot an Schulen ab. Im Sommer 2011 lehnte der Grosse Rat des Kantons Bern eine SVP-Motion ab, die eine kantonale Kleiderordnung gefordert hatte, wonach das Tragen von Kopfbedeckungen im Unterricht verboten worden wäre. Neben der Frage des Kopftuchs für Schülerinnen gab es auch Diskussionen um eine Basketball-Spielerin, der verboten wurde mit Kopftuch zu spielen, oder um das Kopftuchtragen am Arbeitsplatz.

⁶ Ein Beitrag der Rundschau vom 5.5.2010 zum Thema „Islam und Justiz: Orthodoxe unter Druck“ führte zu vielen Kommentaren auf der Website der Sendung, welche zeigten, dass der Ton in der Debatte schärfer wurde. Einer meinte etwa: „Obschon ich neutral und verständnisvoll sein möchte, kommt immer mehr ein Hass in mir hoch, welcher sich wünscht, dass alle Muslime innerhalb 30 Tagen die CH verlassen sollten.“

⁷ Die Solothurner Standesinitiative für ein nationales Burkaverbot scheiterte dann bereits im Kantonsrat, jene des Aargauer Grossen Rats wurde schliesslich vom Ständerat im März 2011 auf Antrag der Staatspolitischen Kommission abgelehnt. Die Staatspolitische Kommission des Nationalrats empfahl im August 2011 ebenfalls der Initiative keine Folge zu geben, die Behandlung im Nationalrat steht noch aus. Ulrich Schlüer teilte am 8.9.2011 mit, dass das Egerkinger Komitee ein Nein zur Aargauer Standesinitiative nicht hinnehmen würde, da es „den von Volk und Ständen mit dem Ja zum Minarettverbot getroffenen Entscheid bezüglich Absage an jegliche Islamisierung“ desavouieren würde. Daher erwäge das Egerkinger Komitee die Lancierung einer Volksinitiative im folgenden Frühjahr mit genau gleichem Inhalt, wie ihn der Kanton Aargau den Eidgenössischen Räten beantragt habe.

14. Politisierung von Religion

14.1. Die christliche Leitkultur

Überlagert wurden die Burka- und Kopftuch-Debatten schliesslich ab Oktober 2010 vom Kruzifix-Streit, der nach der Diskussion um das Tragen von Kopftüchern an der Schule einen allgemeinen Streit um religiöse Symbole im öffentlichen Raum entfachte. Während christliche Parteien nun in alter Kulturkämpfer-Manier die religiöse Neutralität des Staates aushebeln wollten, gewannen laizistische Kräfte wieder an Bedeutung, die auf nationaler Ebene zuletzt 1980 mit einer Volksinitiative zur „vollständigen Trennung von Staat und Kirche“ klar gescheitert waren.

EVP, CVP und die Freidenker

Der Minarettdiskurs führte zu einer verstärkten Politisierung von Religion, dabei versuchten die christlichen Parteien *Evangelische Volkspartei* (EVP) und *Christlichdemokratische Volkspartei* (CVP) der EDU und SVP die politische Themenführerschaft im Islamdiskurs streitig zu machen. EVP-Politiker kündigten im November 2009 an, die Bundesverfassung ändern zu wollen, um in einem Religionsartikel das Christentum als Leitkultur zu verankern. Denn die Parteileitung geriet wegen der Nein-Parole zum Minarett-Verbot unter Druck ihrer Basis, die gemäss dem EVP-Generalsekretär im „Sonntag“ verlange, dass das Christentum verteidigt werden müsse. Es sei deswegen auch zu Mitgliederaustritten gekommen.¹

Auch die CVP versuchte sich nun der veränderten Ausgangslage in der Religionspolitik anzupassen. Nach dem unerwarteten Erfolg der Initianten eines Minarettbauverbots forderte der CVP-Parteipräsident überstürzt muslimische und jüdische Friedhöfe sowie Burkas zu verbieten, was er nach Pro-

¹ Sonntag vom 15.11.2009. Die Kleinstpartei *Katholische Volkspartei* verlor gemäss einer Medienmitteilung vom 25.10.2009 ein Drittel ihrer Mitglieder wegen ihrer Nein-Parole zum Minarettverbot und musste daher ihre kantonalen Sektionen aufheben.

14. Politisierung von Religion

testen wieder zurücknahm.²

Die CVP musste bis 2003 eine Wahlniederlage nach der anderen hinnehmen und verlor ihren zweiten Bundesratssitz an die SVP. Deshalb diskutierte die CVP damals, ob das „C“ im Namen noch zeitgemäss sei. Im Parteiprogramm von 2004 dominierte danach die Bezeichnung „sozial-liberal“, „christlich“ kam auf 31 Seiten noch zweimal vor. 2006 erkannte die CVP aber als erste Partei das Potential des Islamdiskurses für die Politik und trat mit einem „Islam-Papier“ an die Öffentlichkeit, worin etwa „muslimisch theologische Fakultäten“ gefordert wurden oder die Überwachung von „religiös-fundamentalistischen Versammlungsorten“. Dabei wurden Kopftuchverbote kritisch gesehen, denn die entsprechende CVP-Arbeitsgruppe ahnte bereits, dass ein Verbot auch die Diskussion rund um Kruzifixe in Schulzimmern oder die Frage der Klosterschulen neu lancieren könnte. CVP-Nationalrat Reto Wehrli nahm als Vertreter der CVP-Arbeitsgruppe „Muslime in der Schweiz“ im Februar 2006 an der ersten „Club“ Fernsehdiskussion zum Minarettstreit teil, danach verlor die CVP die politische Themenführerschaft an die EDU- und SVP-Vertreter des sich bis Ende 2006 formierenden Egerkinger Komitees. 2010 wurde das „C als Kompass und Wegweiser“ wieder in den Vordergrund gerückt, wie es ein CVP-Positionspapier forderte, denn: „Der Ruf nach erkennbarem Profil auf der Grundlage einer christlichen Orientierung wurde auch in unserer Basis laut.“³

EVP-Präsident Heiner Studer verteidigte im Januar 2010 die bereits zuvor erhobene Forderung nach einem neuen Religionsartikel, denn: „Die Schweiz basiert auf christlichen Grundwerten“ und „Wir sind kein Multikultiland“. Die Zugewanderten müssten sich den hiesigen Bräuchen anpassen und etwa christliche Lieder in der Schule mitsingen.⁴ EVP-Nationalrat Walter Donzé forderte schliesslich im Juni in einer parlamentarischen Initiative⁵: „Verfassung und Gesetz sind so zu ändern, dass bewährte christliche und freiheitliche Werte in einer sich wandelnden Gesellschaft nachhaltig geschützt, unsere Rechtsordnung respektiert und der Religionsfriede gewährleistet werden.“ Diese zunehmende Betonung des christlichen Charakters der Schweiz im po-

² Tages Anzeiger vom 4.12.2009. Gleichentags folgte eine Entschuldigung in einer Medienmitteilung der CVP.

³ Nationalrätin Lucrezia Meier-Schatz am 20.4.2010 auf cvp.ch.

⁴ „reformiert“ vom 15.1.2010. Angst (2010: 167) meint zu den Forderungen der EVP gegenüber Zugewanderten: „Gleichzeitig meldeten sich Schuldirektoren und kantonale Integrationsbeauftragte zu Wort, die meisten Gesuche um Sonderregelungen bei Klassenausflügen und Schulsport stellten gar nicht Muslime, sondern fundamentalistische Christen.“

⁵ Der Initiative Nr. 10.448 vom 16.6.2010 wurde am 15.3.2012 im Nationalrat keine Folge gegeben.

14. Politisierung von Religion

litischen Diskurs hatte schliesslich wieder die Laizisten auf den Plan gerufen, prominent dabei die Freidenker-Bewegung, welche bereits im Herbst 2009 mit einer geplanten Plakat-Aktion für aufsehen sorgten, die unter dem Titel: „Da ist wahrscheinlich kein Gott“ laufen sollte, wie sie zuvor etwa bereits in England durchgeführt worden war.⁶ Die Diskussion um das Verhältnis von Kirche und Staat wurde nach der Minarettabstimmung landesweit intensiviert, ab Sommer 2010 wurde das Läuten der Kirchglocken zunehmend als „Lärm“ problematisiert und in Frage gestellt. Parallel dazu wurde auch die Kirchensteuer generell und für juristische Personen im Speziellen vermehrt hinterfragt.⁷

Die abendländisch-christliche Kultur im SVP-Parteiprogramm

Neben der CVP und der EVP bekannte sich im Dezember 2010 auch die SVP im Entwurf zum neuen Parteiprogramm klar zu „abendländisch-christlichen Kultur der Schweiz“. Dabei wird auf das „Kreuz im Wappen“ verwiesen und gleichzeitig werden „einseitige, linksideologische Stellungnahmen von Kirchenfunktionären“ abgelehnt, denn eine „gleichmacherische, sozialistische Weltsicht“ widerspreche der „christlichen Botschaft“, die vielmehr die „freie Entfaltung des einzelnen Individuums“ bedeuten würde.

Unter dem Titel „Probleme mit dem Islam“ wurde zu den Muslimen in der Schweiz festgehalten: „Ihre Zahl vermehrt sich rasant durch Immigration, Familiennachzug, Zwangsheiraten und hohe Geburtenrate.“ Die SVP sprach sich gegen die Einführung der „Scharia“ aus und möchte über das Ausländerrecht dafür sorgen, dass sich „das Islamproblem“ nicht weiter verschärfe. Wiederum wurde der „Bau von Minaretten“ als „Ausdruck eines religiös-politischen Machtanspruchs“ bezeichnet, „Sonderwünsche im Bestattungswesen“ sowie „besondere Feiertagsregelungen für bestimmte Glaubensgemeinschaften“ wurden abgelehnt und das „Singen von Weihnachtsliedern im Kindergarten“ zur Pflicht erklärt.

⁶ Die Diskussion führte am 6.10.2009 zu einer „Club“-Sendung mit dem Thema: „«Da ist wahrscheinlich kein Gott» - ein Plakat provoziert“.

⁷ So kam es etwa im Februar 2011 im Thurgauer Kantonsrat zu einer Abstimmung über die Abschaffung der Kirchensteuer für juristische Personen, was abgelehnt wurde. Während andernorts die Kirchensteuer von liberaler Seite, etwa den Jungfreisinnigen, angegriffen wurde, bekamen die Forderungen Unterstützung von unerwarteter Seite: Martin Grichting, der Generalvikar des Bistums Chur, plädierte im Sonntags Blick vom 20.2.2011 für ein Ende der Kirchensteuer. Diese sollte durch ein anderes Modell ersetzt werden. Damit versuchten die Ultramontanen staatskirchenrechtlichen Körperschaften das Wasser abzugraben, um selbst auf die Finanzen Einfluss nehmen zu können, was in der Folge hohe Wellen schlug.

14. Politisierung von Religion

Unter dem Titel „Juden korrigieren SVP-Programm“ meldete der Sonntags Blick, dass der *Schweizerische Israelitische Gemeindebund* (SIG) bedenken zum Programmentwurf der SVP für die Legislatur 2011-2015 geäussert habe. Alfred Heer, der Präsident der Zürcher Kantonalpartei, gelte als „Israel-freundlich“ – er habe das „Heilige Land“ in den letzten Jahren „über zwei Dutzend Mal bereist“ – und habe die Bedenken des SIG dem Programmchef der Partei, Christoph Mörgeli, weitergeleitet. Auch Mörgeli stehe wie Heer „Israel stets zur Seite“ und habe den „SIG-Input“ ins neue SVP-Grundsatzpapier eingearbeitet. So sehe die SVP statt „Probleme mit dem Islam“ nun „Probleme mit dem Islamismus“. Und statt generell die „Genitalbeschneidung“ zu ächten, spreche sich die SVP nun gegen „weibliche Genitalbeschneidung“ aus. Auch der Begriff der „Überfremdung“ sei durch „Zuwanderung“, die es zu stoppen gelte, ersetzt worden.⁸

Tatsächlich wurden die im Sonntags Blick erwähnten Änderungen am neuen Parteiprogramm vorgenommen, das im Januar 2011 in der Endversion vorlag. Darin wurde gegenüber dem Entwurf noch mehr geändert. So ist nicht mehr von „besondere[n] Feiertagsregelungen für *bestimmte* Glaubensgemeinschaften“ die Rede, welche abzulehnen seien, sondern neu „für *nicht anerkannte* Glaubensgemeinschaften“ (Hervorhebungen OW). Auch wurde bei der Überarbeitung die Gelegenheit benutzt, auf den Ende 2010 aktuellen Kruzifix-Streit (siehe Abschnitt 14.1) einzugehen. So wurde nun neu auch gefordert, „dass Kreuze und Kruzifixe als Symbole unserer christlich-abendländischen Kultur und unserer Religion auch im öffentlichen Raum respektiert und toleriert werden“.

Der Sonntags Blick-Artikel, der auch online publiziert wurde, führte zu einigen antisemitischen Kommentaren.⁹ Eine *Luli Selami, Basel* glaubte, dass die SVP für das Wahljahr 2011 noch Geld brauche und es sei „klar wer ihnen unter die Arme greift“, nämlich die Juden, welche nun die SVP regieren würden. Bald werde daher auch das Schächten wieder erlaubt sein. Das antisemitische Stereotyp, wonach Juden über viel Geld verfügten und damit Einfluss kaufen würden, wird auch in drei weiteren Kommentaren aktualisiert. Zudem ergänzt eine *Meier Susi, Luzern* den monetären Aspekt noch um die Vorstellung einer jüdischen Weltherrschaft, wenn sie schreibt: „Es gibt wohl kein andere Glaubensgemeinschaft, die so viel Macht und Beziehungen besitzt wie das Judentum.“ Davor meinte bereits ein anderer: „Seit

⁸ SonntagsBlick vom 19.12.2010.

⁹ Online-Kommentare zum Sonntags Blick-Artikel: <http://www.blick.ch/news/politik/juden-korrigieren-svp-programm-162977> (27.1.2014).

14. Politisierung von Religion

Menschengedenken haben die Juden Spezialwünsche gehabt, da fragen sie sich auch noch weshalb sie weltweit so unheimlich 'beliebt' sind.“

Ein *Paul Bosshart, Schweiz* warnte: „Die Juden sollten sich nicht zu fest aus dem Fenster lehnen, oder wie würden sie wohl reagieren, wenn wir uns in ihre Angelegenheiten einmischen. Der Kern des ganzen Problems im Nahen Osten ist wohl Israel.“ Damit werden Juden nicht zu den „Schweizern“ gezählt, was auch ein *Peter Corrodi, Schweiz* so sieht: „Ich bin enttäuscht über die Reaktion der SVP. So etwas ist nicht mehr glaubwürdig. Wir sind doch eine Demokratie und lassen uns vom Ausland nichts vorschreiben. Sicher nicht von Ausländergruppen. Pasta.“ Ein *hugo ehrismann, Ostschweiz* macht ganz klar, dass Juden nicht zur Schweiz gehören: „Haben denn jetzt die Juden und die Islamisten schon das Sagen in der Schweiz? Haben wir CH-Christen nichts mehr zu sagen in unserer Heimat? Liebe unfähige Politiker, verkauft die Schweiz nicht an die EU sondern an die Juden oder an die Islamisten, vielen Dank. So etwas nannte man früher Landesverräter.“

Dabei stellt sich nun die Frage, inwiefern sich die Rede von einer „christlichen Leitkultur“ zur Abgrenzung vom „Islam“ auch auf die Wahrnehmung andere nicht-christlicher Religionen auswirkt.

Der Kruzifix-Streit

Im Herbst 2010 eskalierten zwei Konflikte um Kruzifixe in den Kantonen Wallis und Luzern. Ein Lehrer und Präsident der Sektion Wallis der Freidenker-Vereinigung der Schweiz forderte mit Verweis auf ein Bundesgerichtsurteil von 1990, dass sämtliche Kreuze und Kruzifixe aus den Räumen entfernt werden, in welchen er tätig sei. Die Schulbehörden hielten dem das kantonale Gesetz über das öffentliche Unterrichtswesen entgegen, wonach Lehrpersonen die Pflicht hätten, Schülerinnen und Schüler „auf die Aufgaben als Mensch und Christ vorzubereiten“.¹⁰ Dem Lehrer wurde schliesslich fristlos gekündigt, was in den nationalen Medien auf Resonanz stiess, wobei nun auch über einen ähnlichen Fall im luzernischen Triengen berichtet wurde, wo ein Vater verlangte, dass das Kruzifix aus den Klassenräumen seiner Kinder entfernt werde. Vom Schulleiter erhielt dieser den Bescheid, dass er sich in einer Gemeinde des „christlichen Abendlandes“ niedergelassen habe und das Kruzifix sei das Symbol dieser Kultur.¹¹ Nachdem der Vater auf seiner Position beharrte und eine offizielle Erklärung forderte, lenkte die Schulpflege

¹⁰ Walliser Bote vom 16.9.2010.

¹¹ NZZ am Sonntag vom 10.10.2010 und Blick vom 11.10.2010.

14. Politisierung von Religion

ein.¹² Dies freute aber gemäss der Neuen Luzerner Zeitung einzig die Luzerner Jungsozialisten, der CVP-Fraktionschef habe sich darüber geärgert, dass man die Kreuze „auf Druck Andersgläubiger“ abhänge und auch der SVP-Fraktionschef ärgerte sich über „eine andersgläubige Minderheit“, die einerseits Kreuze aus den Schulzimmern verbanne, aber gleichzeitig wolle, dass Kopftücher toleriert würden.¹³ Die CVP Kanton Luzern forderte darauf in einer Medienmitteilung, die Schweiz müsse „konsequenter zu ihren christlich-abendländischen Wurzeln stehen“, denn es könne nicht sein, dass „aufgrund vereinzelter Fanatiker“ die eigene Kultur verleugnet werden müsse.¹⁴

Katholische Fundamentalisten mussten diese klaren Worte aus der Politik nun wohl als Freibrief zur Menschenhatz verstanden haben, so erhielt der Walliser Lehrer Drohungen wie „Das Kreuz wartet auf dich“ oder eine Aufforderung und Anregung zum Selbstmord.¹⁵ Dem Luzerner Vater, Mitglied der Zentralschweizer Freidenker, wurde gedroht seine „Hütte abzufackeln“ oder mit der „Kalaschnikow“ vorbeizukommen. Die betroffene Familie verliess daraufhin die Schweiz umgehend, was auf Blick-online in den Leserkommentaren mehrheitlich mit „und tschüss“, „Auf nimmer Wiedersehn!“ quittiert wurde.¹⁶

Vertreter der CVP und der SVP lancierten nun im Kanton Luzern die Petition „Kruzifix bleibt“ als „Reaktion auf Forderungen von Freidenkern“, wie die Initianten mitteilten. CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger forderte dabei „eine konsequente Positionierung unserer christlich-abendländischen Werte“. Weiter wehrten sich die Initianten gegen die „neue, von sogenannten Freidenkern lancierte Forderung Gipfelkreuze zu verbieten und Bibeln zu zensieren (...)“ denn „Im Tal und auf den Bergen steht das Christuskreuz –

¹² Gemäss Blick vom 21.10.2010 würden nun anstelle von Kruzifixen einfache Kreuze aufgehängt, da die Behörden überzeugt seien, dass das Bundesgerichtsurteil nur Kruzifixe verbiete. Die NZZ berichtete am 10.11.2010 schliesslich, dass der Kantonsrat und Regierungsrat des Kantons Luzern das Aufhängen von Kreuzen in Schulzimmern unterstütze, falls Kruzifixe beanstandet würden. In der Neuen Luzerner Zeitung vom selben Tag wird dazu aus der Stellungnahme des Regierungsrats zitiert: „Kreuze werden heute als Symbole betrachtet, denen nicht ausschliesslich eine religiöse Bedeutung zukommt. Wir gehen deshalb davon aus, dass Kreuze durchaus in Schulzimmern aufgehängt werden dürfen.“

¹³ Neuen Luzerner Zeitung vom 12.10.2010. Der SVP-Vertreter schaffte es dabei, den Islam ins Spiel zu bringen, obwohl der besagte Vater im Artikel als „deutscher Staatsangehöriger, der weder einer Landeskirche noch einer Weltreligion angehört“ beschrieben wurde.

¹⁴ Gemäss der Neuen Luzerner Zeitung vom 18.10.2010.

¹⁵ Walliser Bote vom 19.10.2010

¹⁶ Blick-online vom 22.10.2010, Sonntagszeitung vom 24.10.2010.

14. Politisierung von Religion

und dort soll es für immer bleiben!“.¹⁷ In ihrer Empörung scheinen die Kulturkämpfer dabei geflissentlich übersehen zu haben, dass die Schweizer Freidenker in der Zentralschweiz am Sonntag zuvor nur angekündigt hatten, „im Rahmen des Baubewilligungsverfahrens“ Einspruch zu erheben, sollten neue Gipfelkreuze erstellt werden. Ausserdem wollten sie auf Nachfrage der Zeitung nicht gegen die christlichen Wegzeichen („Helgenstöckli“) vorgehen.¹⁸ Wie zuvor im Minarettstreit wird hier im Kruzifix/Gipfelkreuz-Streit dem nicht-christlichen Gegner nicht zugestanden den Rechtsweg zu beschreiten, was zeigt, dass Kulturkämpfe Züge von Fundamentalkonflikten aufweisen (vgl. Kapitel 4).

Der Kruzifix-Streit erreichte Ende Oktober 2010 die nationale Ebene mit der Arena-Sendung „Das Kreuz mit dem Kreuz“ über Religion in der Öffentlichkeit und den Anspruch einer christlichen Leitkultur, wobei auch der entlassene Walliser Lehrer und Freidenker teilnahm. Zwei Tage später kündigte die Luzerner Nationalrätin und CVP-Vize-präsidentin Ida Glanzmann in der Zentralschweiz am Sonntag eine parlamentarische Initiative¹⁹ an, welche den Schutz der „Symbole der christlich-abendländischen Kultur in der Öffentlichkeit“ in der Verfassung verankern solle, denn das Kreuz gehöre zu unserem Kulturraum und es sei nicht akzeptabel, dass Freidenker „Gipfelkreuze oder am Schluss noch das Kreuz im Schweizer Wappen oder den Christbaum“ in Frage stellten. Unterstützt wurde sie dabei von CVP-Präsident Christophe Darbellay, der den Verfassungsschutz für christlichen Symbole für „wichtig und nötig“ erachtete, denn: „Vorbeugen ist angezeigt“. Gleichzeitig kündigte die CVP-Fraktion im Luzerner Kantonsrat an, per Motion eine Standesinitiative²⁰ anzuregen, damit „religiöse Symbole – zum Beispiel das Kreuz und Kruzifixe – im öffentlichen Raum und in vom Staat genutzten Räumlichkeiten nicht aufgrund von Klagen einzelner wieder verschwinden

¹⁷ Medienmitteilung der Petition „Kruzifix bleibt“ vom 27.10.2010. Auf <http://www.kruzifix-bleibt.ch/> wurde am 14.12.2010 vermeldet, dass die Petition mit knapp 12'000 Unterschriften den Luzerner Behörden übergeben worden sei.

¹⁸ Zentralschweiz am Sonntag vom 24.10.2010.

¹⁹ Der Initiative Nr. 10.512 vom 2.12.2010 wurde am 5.3.2012 im Nationalrat Folge gegeben, scheiterte dann aber am 11.6.2012 im Ständerat.

²⁰ Es wurde schliesslich keine Standes- sondern eine Kantonsinitiative am 8.11.2010 mit der Motion 758 verlangt. Am 25. Januar 2012 wurde die Motion zurückgezogen. Da der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte mit seinem Entscheid vom 18. März 2011 das Anbringen von Kruzifixen in öffentlichen Schulen geschützt habe, erachtete die CVP-Fraktion ihr Anliegen als vollständig erfüllt.

14. Politisierung von Religion

müssen“.²¹

Parallel zu Ida Glanzmann sammelte ihr Luzerner Parteikollege Pius Segmüller in der Wintersession des Nationalrates ebenfalls Unterschriften für eine parlamentarische Initiative, da der ehemalige Kommandant der päpstlichen Schweizergarde keine Chance für eine Initiative sah, die keine Rücksicht auf Minderheiten nimmt.²² So sah Segmüllers Initiative vor, dass „religiöse Zeichen und Symbole der Mehrheitsreligion von Minderheiten toleriert werden müssen, ebenso wie solche von Minderheitsreligionen zu respektieren sind“. In der Bundesverfassung sollte zudem festgehalten werden, „dass ein Kreuz oder ein traditionelles Kruzifix in der Schule keinen Zwang darstellt, dass dieses die Neutralität des Unterrichts jedoch nicht beeinträchtigen darf.“ Gegenüber der Zentralschweiz am Sonntag führte Segmüller aus, dass etwa auch ein Davidstern im Klassenzimmer möglich sein sollte, wenn die Mehrheit der Schüler jüdischen Glaubens ist. Allerdings sah der Luzerner CVP-Nationalrat keinen Widerspruch zum Minarettverbot, da er ein Minarett nicht für ein religiöses Symbol des Islams hält: „Meines Wissens kommen Minarette im Koran nicht vor, ebenso wenig wie die Burka“.²³

Anfang November 2010 führte der Streit um religiöse Symbole zu einer weiteren Eskalation, da die Absicht von drei Hindu-Fundamentalisten publik wurde, die auch als „Freidenker-Gruppe“ bezeichnet wurden,²⁴ auf dem Bundesplatz in Bern Koran und Bibel verbrennen zu wollen, was Erinnerungen an die kurz zuvor abgesagte Koranverbrennung eines evangelikal-charismatischen Zionisten am Gedenktag des 11. Septembers in New York (vgl. Abschnitt 15.2.2) wachrief und befürchtet werden musste, dass dieses Ereignis ebenfalls auf weltweite Resonanz stossen würde. Die drei Hindus

²¹ Dabei zeigte nun die unbestrittene Gleichsetzung von Kreuz und Kruzifix als religiöse Symbole, dass die vorgeschlagene Regelung der Luzerner Regierung (Antwort vom 8.11.2010 mit Nr. 1186 auf Postulat 742 über die Handhabung von Kreuzen in Schulzimmern), wonach Kruzifixe in Schulzimmern bei Beanstandung durch Kreuze ersetzt werden sollen, als blosser Winkelzug einzuordnen ist. In der Begründung der Motion für eine Kantonsinitiative wurde „im Bereich der christlichen Symbole“ „Toleranz der Minderheit der Mehrheit gegenüber“ verlangt, damit einzelne Personen ihre Überzeugungen nicht „mit rechtlichen Begründungen der grossen Mehrheit aufdrücken“ können. In Bezug auf den Fall Triengen verlangte die CVP darin weiter, den Bundesgerichtsentscheid zum Kruzifix-Verbot „zurückhaltend“ zu interpretieren. Es drohe nun aber das „Augenmass“ durch „Prinzipienreiterei“ verloren zu gehen.

²² Die Initiative Nr. 10.526 vom 16.12.2010 wurde am 20.5.2011 zurückgezogen. Dies nachdem die Staatspolitische Kommission des Nationalrats die parlamentarische Initiative von Ida Glanzmann zur Annahme empfohlen hatte. Die Mehrheit der Kommission begründet ihre Haltung laut der Neuen Luzerner Zeitung vom 21.5.2011 damit, dass Einzelpersonen oder einzelne Gruppierungen nicht mit Verweis auf die Glaubens- und Gewissensfreiheit die in der Schweiz vorherrschende „christlich-abendländische Kultur“ in Frage stellen sollten.

²³ Zentralschweiz am Sonntag vom 12.12.2010.

²⁴ Tages Anzeiger vom 4.11.2010: „Freidenker-Gruppe plant Bibel- und Koranverbrennung“.

14. Politisierung von Religion

wurden schliesslich von der Polizei in Gewahrsam genommen, als sie nach Bern reisten.²⁵

Hintergrund der Aktion war, dass diese Aktivisten zuerst versucht hatten, für die Bibel vor Gericht eine Zensur zu erwirken. Diese Eingabe mitunterzeichnet hatte auch der entlassene Walliser Lehrer und Freidenker. Schliesslich traten gemäss dem Walliser Freidenker zwei der drei Hindu-Aktivist*innen während des Kruzifix-Streits den Freidenker*innen bei, seien dann aber aufgrund ihres „kruden Gedankengutes“ schnell wieder ausgeschlossen worden und er hätte versucht, ihnen die Bücherverbrennung auszureden.²⁶ Die Unterschrift für die Bibelzensur hatte der Freidenker bereits vor dem Kruzifix-Streit gegeben. Damals sei es um ein religionskritisches Kinderbuch von Michael Schmidt-Salomon mit dem Titel „Wo bitte geht’s zu Gott? fragte das kleine Ferkel“ gegangen. In Deutschland habe 2007 ein Ministerium beantragt, das Kinderbuch als jugendgefährdende Schrift zu indizieren. Auch ein Bistum habe Strafanzeige gegen das Buch eingereicht. Als Reaktion auf diese Verbotsforderungen habe er sich bei der Petition gegen die Bibel beteiligt.²⁷

Schmidt-Salomon, der Autor des umstrittenen Kinderbuchs und Vorstandssprecher der atheistischen *Giordano Bruno Stiftung*, welche den *Zentralrat der Ex-Muslime* unterstützt, gab dem Tages Anzeiger während des Kruzifix-Streits ein Interview, wo er sich zur Kampagne gegen neue Gipfelkreuze äusserte: „In einer säkularisierten Gesellschaft muss man nicht überall Kreuze hinpflanzen. Man könnte sogar einen Schritt weitergehen und fordern, dass man das Kreuz aus der Schweizer Landesfahne nimmt.“²⁸ Diese Aussage liess CVP-Parteipräsident Christophe Darbellay befürchten, dass neben dem Kreuz, nun auch die Bibel, der Christbaum oder das Schweizer Kreuz in Gefahr seien, denn: „Die Freidenker werden einmal das Streichen des Schweizer Kreuzes auf der Fahne beantragen“. Dies zeige, dass christlich-abendländische Symbole unter den Schutz der Bundesverfassung gestellt werden müssten.²⁹

Im November 2010 forderte die SVP-Fraktion des Walliser Grossen Rats

²⁵ Die drei Männer wurden zu bedingten Geldstrafen und Bussen wegen Störung der Glaubens- und Kultusfreiheit verurteilt, aber nach Anfechtung des Strafmandats schliesslich vor Gericht freigesprochen, da es bei der blossen Ankündigung geblieben sei und keine Bücher gebrannt hätten (Tages Anzeiger- online vom 12.4.2011).

²⁶ Walliser Bote vom 3.11.2010.

²⁷ Walliser Bote vom 26.10.2010.

²⁸ Tages Anzeiger vom 25.10.2010. Vgl. zur Rolle der *Giordano Bruno Stiftung* und des *Zentralrats der Ex-Muslime* in der Burka-Debatte Kapitel 13 und im Moschee-Streit in Köln Abschnitt 15.3.

²⁹ 20min vom 30.10.2010.

14. Politisierung von Religion

den Staatsrat dazu auf, dafür zu sorgen, dass es in jedem Klassenzimmer ein Kruzifix gibt, damit die Schüler durch ein Kruzifix „an den Glauben unserer Väter“ erinnert würden. Denn:

„Angesichts des Imperialismus eines immer stärker werdenden Islams und eines zunehmend intoleranten und religionsfeindlichen Laizismus ist es höchste Zeit, dass wir in diesem christlichen oder zumindest christlich geprägten Land den Mut haben, unsere Identität zu verteidigen – eine Identität, die wesentlich durch die Religion unserer Väter geprägt ist und durch das Kruzifix in den Klassenzimmern symbolisiert wird.“³⁰

Der öffentliche Streit um religiöse Symbole führte im Dezember 2010 zu einer Fernsehdiskussion zum Thema „Glauben Sie an Gott?“ u.a. mit dem entlassenen Walliser Lehrer und Freidenker.³¹ Dieser fand im Sommer 2011 eine neue Anstellung als Lehrer im Kanton Wallis.³²

14.2. Religiöse Fundamentalisten: IZRS vs. KSIS

Konvertierte islamistische Aktivisten treten an die Öffentlichkeit

Der fundamentalistische *Islamische Zentralrat der Schweiz* (IZRS) wurde im Oktober 2009 gegründet, als der Abstimmungskampf um die Anti-Minarett-Initiative mit der Lancierung des Online-Spieles „Minarett-Attack!“ (vgl. 18.1), wo auf emporwachsende Minarette und daraus heraustretende Muezzine geschossen werden musste, in die entscheidende Phase trat. Der Präsident des IZRS, der Bieler Konvertit Nicolas Blanco, organisierte mit seinen Mitstreitern nach der Abstimmung im Dezember eine Demonstration auf dem Berner Bundesplatz unter dem Motto „Stoppt die Hetze gegen den Islam“. Blanco hatte bereits im Februar 2006 am selben Ort eine Kundgebung gegen die Mohammed-Karikaturen organisiert, was ihn landesweit bekannt machte. Die NZZ am Sonntag schrieb damals von mehreren Reisen nach Saudi Arabien, die Blanco unternommen hätte, und zitiert ihn mit der Aussage, wonach es nur „einen Islam“ gebe und er dessen Prinzipien folge. Attentate durch islamistische Extremisten hielt er generell für inszeniert, um Musli-

³⁰ Aus dem Postulat 3.103 vom 19.11.2010. Das Postulat der SVP-Fraktion wurde vom Grossen Rat am 16.3.2011 abgelehnt.

³¹ „Club“ vom 28.12.2010.

³² Gemäss Blick vom 6.8.2011 müsse der konfessionslose Lehrer dort nicht an den vier Messen pro Jahr teilnehmen.

14. Politisierung von Religion

me verhaften und ihre Wohnungen durchsuchen zu können, damit der Islam in ein schlechtes Licht gerückt werde. Blanco glaubte gemäss der Zeitung, dass hinter solchen Plänen „übernationale, anonyme Organisationen“ stecken würden, die solche Attentate inszenierten.³³

An der Demonstration nach der Anti-Minarett-Abstimmung sollte auch der umstrittene, ebenfalls konvertierte deutsche Prediger Pierre Vogel auftreten, der aber mit einem Einreiseverbot belegt wurde, was insgesamt zu einer hohen medialen Resonanz führte, infolgedessen der IZRS in der Islamdebatte in den Medien zu einem Hauptakteur auf islamischer Seite konstruiert wurde, was die Vertreter von islamischen Dachorganisationen völlig in der Hintergrund drängte.

Im Januar 2010 hielt der IZRS eine „Gründungs-Pressekonferenz“ ab, gemäss welcher der Verein von 26 Aktivmitgliedern und 500 Passivmitglieder getragen werde. Frauen seien als Aktivmitglieder nicht zugelassen. Es sei aber geplant, unter dem Dach des IZRS eine zweite, parallele Frauenorganisation zu gründen.³⁴

Der Blick berichtete zwei Wochen nach dieser ersten Pressekonferenz des IZRS über die Vergangenheit des Vorstandsmitglieds und Pressesprechers Qaasim Illi. Dieser sei 2002 nach Gaza gereist und habe dort den Hamas-Führer Scheich Ahmed Jassin besucht. Wenige Monate zuvor hätte Illi die Organisation *Pro PLO* gegründet, auf deren Website er antizionistische Kommentare publiziert habe.³⁵ Damals war er auch noch Mitglied der *Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz* (AUNS) und hatte in Schaffhausen eine Demo gegen den UNO-Beitritt der Schweiz organisiert. 2003 erfolgte der Übertritt zum Islam und die Heirat mit einer ebenfalls konvertierten Schweizerin.³⁶

Ende März fand eine Fernsehdiskussion zum Thema „Muslime in der Schweiz – wie gefährlich sind Fundamentalisten?“ statt, mit Qaasim Illi und Oscar Bergamin, einem weiteren konvertierten Mitglied des IZRS. Mit dabei war auch Saïda Keller-Messahli vom *Forum für einen fortschrittlichen Islam* (FFI),

³³ NZZ am Sonntag vom 27.8.2006.

³⁴ NZZ vom 15.1.2010.

³⁵ Blick vom 29.1.2010. Auf Pro-PLO.org habe Illi etwa am 31.8.2004 gemeldet: „Zwei Lini-busse voll mit Zionisten-Besatzungs-Bastarden gesprengt. Die Brüder erlegten min. 16 Zionisten und mehr als 91 wurden verletzt.“ Ein anderer Beitrag habe gelautet: „Breaking News: Explosion in Taba, Hilton in die Luft gesprengt, viele Zionisten-Schweine in kleine, handliche Stücke zerlegt. Mind. 35 Tote, 250 Verletzte. In Gaza feiern die Massen. Allahu Akbar!“. In einem Fall habe eine Strafanzeige zu einer Busse geführt.

³⁶ Blick vom 29.1.2010 und 31.5.2010.

14. Politisierung von Religion

die sich gegen eine wörtliche Auslegung des Korans aussprach.³⁷ Später trat sie in einem Interview für ein Verbot des IZRS ein.³⁸ Die Weltwoche brachte Nicolas Blanco am 7. April auf die Titelseite mit der Schlagzeile: „Der gefährlichste Islamist der Schweiz“. Wenig später wurde in verschiedenen Zeitungen über Verbindungen des IZRS ins terroristische Umfeld gemutmasst, daraufhin kam es zur Arena-Sendung: „Radikale Muslime im Aufwind?“³⁹ über den IZRS, mit u.a. Nicolas Blanco und dem Anti-Minarett-Initianten und SVP-Nationalrat Oskar Freysinger, wobei Blanco wiederholt aufgefordert wurde, sich von Steinigungen zu distanzieren.

Ab Mitte April trat Nora Illi, die Frau des Pressesprechers, als Vertreterin der muslimischen Frauen im Vorstand des IZRS in den Medien auf. Dabei trug sie den Niqab, einen Schleier, der nur die Augenpartie freilässt.⁴⁰ Sie wurde nun zu einer prominenten Akteurin in der Burka-Debatte. So trat sie am 11. Mai im „Club“ zum Thema „Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?“ als Frauenbeauftragte des Islamischen Zentralrats Schweiz mit Niqab auf und am 17. Mai nochmals auf Tele Züri.

Evangelikale Glaubenskämpfer gründen Komitees gegen den Islam

Im März 2010 vermeldete die evangelikale Plattform *jesus.ch* die Gründung des *Aktionskomitees gegen die strategische Islamisierung der Schweiz* (KSIS) und zitierte die Absichten des Komitees u.a. mit der Forderung nach „Integration der muslimischen Bevölkerung“ und „Bemühungen, die christliche Tradition und Überlieferung der muslimischen Bevölkerung zugänglich zu

³⁷ „Club“ vom 30.3.2010.

³⁸ Tages Anzeiger vom 13.4.2010. Das FFI agiert im öffentlichen Diskurs in einer Doppelrolle: Einerseits heisst es auf der Website: „Wir sind primär Schweizer Bürgerinnen und Bürger, denen die Befreiung des Islams aus der festgefahrenen kulturfeindlichen Sackgasse am Herzen liegt.“, was das Forum zu einem Akteur im innerislamischen (Reform-)Diskurs macht. Andererseits wird deren Präsidentin Saïda Keller-Messahli von den Medien auch als eine „Expertin“ gehandelt. So wurde sie etwa im Tages Anzeiger-Interview zum IZRS als „Islamkennerin“ bezeichnet und in der Boulevard-Presse erklärte sie als „Islam-Expertin“ etwa die Bedeutung eines Seitensprungs in der islamischen Welt, womit ihr auch eine Art wissenschaftliche Ausenperspektive auf den Islam zugestanden wird. Hier zeigen sich Parallelen zu „Islamkritikerinnen“ wie etwa der Autorin Necla Kelek (vgl. Kapitel 10), die allein aufgrund ihres Migrationshintergrunds und den damit verbundenen persönlichen Erfahrungen und Beobachtungen als glaubwürdig wahrgenommen werden und dadurch, da Authentizität im oft populistisch geführten Islamdiskurs höher bewertet wird als die oftmals verdächtige Expertise (vgl. Mudde 2004: 547), als qualifiziert erscheinen, um aus persönlichen Eindrücken allgemeingültige Aussagen über „den Islam“ abzuleiten.

³⁹ Arena vom 23.4.2010.

⁴⁰ U.a. Aargauer Zeitung vom 15.4.2010, Blick vom 16.4.2010.

14. Politisierung von Religion

machen“,⁴¹ was eine dürtig verklausulierte Missionsabsicht darstellt, die so später in den Forumsmedien nie geäussert wurde.

Das Komitee hält auf seiner Website neben dem *Islamischen Zentralrat der Schweiz* (IZRS) in einem Rundumschlag auch die islamischen Dachorganisationen sowie das *Forum für einen fortschrittlichen Islam* (FFI) für gefährlich, da diese das Bild eines „integrationsfähigen Islams“ verbreiten, wobei deren Exponenten verschweigen würden, „dass der Islam sich selber in seinen heiligen Quellen als die einzig gültige Religion darstellt, die weder Religionsfreiheit noch Akzeptanz Andersgläubiger kennt und nicht reformierbar ist.“ Daher will das Aktionskomitee Hintergrundinformationen über die islamischen „Ausbreitungs- und Eroberungs-Strategien“ liefern.⁴²

Die evangelikalen Aktivisten sammelten bereits 2006 Unterschriften als Aktionskomitee „Stopp Minarett“ gegen ein sechs Meter hohes Minarett der albanisch-muslimischen Glaubensgemeinschaft in Langenthal, die dort seit 1991 ein Vereinslokal betreibt.⁴³

Geschäftsführer und Sprecher von KSIS ist Daniel Zingg (EDU), der auch Geschäftsführer des evangelikalen Vereins Aseba ist, der nach eigenen Angaben seit 1982 die christliche Botschaft der Bibel bekannt macht. Über die Aseba-Website werden Kindertonbildschauen vertrieben, es wird für Vorträge und Seminare geworben und Hilfestellung im Bereich Werbung und Öffentlichkeitsarbeit für christliche Organisationen angeboten. Der Verein ist auch Herausgeber von position. Präsident von Aseba und ebenfalls im KSIS-Vorstand ist Hans Lieberherr, der wie Zingg mit der evangelikalen *Freien Evangelischen Gemeinde* (FEG) Langenthal verbunden ist. Präsident von KSIS ist Stefan Zeller (EVP), der auch Mitglied der Finanzkommission von Langenthal und Präsident der *Arbeitsgemeinschaft für offene christliche Jugendarbeit* (ACJ) war. Zeller ist in der evangelisch-methodistischen Kirche engagiert. Zur FEG Langenthal gehören zwei weitere Mitglieder des KSIS-Vorstands. Unterstützt werde die Gruppe, so Zingg, vom Egerkinger Anti-

⁴¹ http://www.jesus.ch/themen/glaube/theologie_philosophie_religion/islam/102871-aktionskomitee_gegen_die_strategische_islamisierung_der_schweiz_gegrundet.html (27.1.2014).

⁴² <http://www.ksis.ch/index.php?id=14> (27.1.2014).

⁴³ NZZ am Sonntag vom 27.8.2006. Das Baugesuch für den Umbau der Liegenschaft und die Installation einer knapp drei Meter hohen Kuppel mit einem symbolischen Minarett wurde am 15.6.2006 amtlich publiziert. Anfang Juli gehörten die späteren Mitglieder des Aktionskomitees zu den ersten Leserbriefschreibern gegen einen Minarettbau. Laut dem Bund vom 17.8.2006 wurde Mitte August eine Petition des Aktionskomitees „Stopp Minarett“ mit rund 3500 Unterschriften bei der Stadt Langenthal eingereicht. Später wurde bekannt, dass nur 750 der Unterschriften aus Langenthal selbst stammten.

14. Politisierung von Religion

Minarett-Komitee.⁴⁴

Das evangelikale KSIS bat im April 2010 das Bundesamt für Justiz in einem Schreiben, dem Islamischen Zentralrat „das Vereinsrecht unmittelbar zu entziehen“, da der Vereinszweck widerrechtlich sei. Begründet wurde die Eingabe mit zwei „Gutachten“: Hans-Peter Raddatz⁴⁵ leitete in seiner Stellungnahme aus der angeblichen Absolutheit islamischer Glaubens- und Rechtsvorschriften generell einen zwingenden Gegensatz zum Verfassungsrecht ab und sah im Dialog mit dem Islam „eine zunehmend diktatorische Form der Volkspädagogik“. Heinz Gstrein⁴⁶ argumentierte, dass der in den Vereinsstatuten mehrmals verwendete Begriff „sunnitisch“ im heutigen Sprachgebrauch weniger als Konfessionsbezeichnung denn vielmehr „zur Charakterisierung eines besonders rigorosen, eifernden und gewaltbereiten Moslems“ diene. Da das islamische Recht auch die „Zwecklüge“⁴⁷ vorsehe, sei der Verweise auf das schweizerische Recht nicht bindend.⁴⁸

Im Mai trat Zingg im bereits oben erwähnten „Club“ zum Thema „Braucht die Schweiz ein Burka-Verbot?“ als Vertreter des „Komitees gegen die Islamisierung der Schweiz“ auf. Im April griff Heinz Gstrein in einem Artikel in der Aseba-Zeitschrift position das *Forum für einen fortschrittlichen Islam* an: Er würde Saïda Keller-Messahli gern allen Erfolg wünschen, „doch der Islam ist und bleibt unreformierbar. Ein fortschrittlicher Islam ist bestenfalls eine Selbsttäuschung, wenn nicht gar gezielte Irreführung.“ Im September nahm Zingg mit Patrick Freudiger, einem Langenthaler SVP-Stadtrat, an der Fernsehdiskussion „Minarett-Streit: Wie viel Islam erträgt die Schweiz?“ teil.⁴⁹

Der IZRS hielt seine erste Jahreskonferenz im Februar 2011 mit rund 2000 Besuchern in Biel ab. Der Anlass wurde bereits im Vorfeld ein Medienereignis, da über die Rednerliste und das Konfliktpotential der Veranstaltung spekuliert wurde. Vor dem Kongresshaus demonstrierte Daniel Zingg mit gegen 40 Personen des „Komitees gegen eine Islamisierung in der Schweiz“, wie das Bieler Tagblatt berichtete. Diese hatten Transparente dabei, worauf die Verfolgung von Christen durch Muslime angeprangert wurde. Zingg habe gegenüber den Medien erklärt: „100 bis 150 Millionen Christen werden

⁴⁴ Tages Anzeiger vom 30.3.2010.

⁴⁵ Vgl. zu Raddatz Abschnitt 10.1.

⁴⁶ Vgl. zu Gstrein Abschnitt 10.1.

⁴⁷ Vgl. „Taqiya“ unter 15.2 und 15.3.1.

⁴⁸ Diese „Gutachten“ wurden auf dem Politblog PI veröffentlicht: http://www.pi-news.net/wp/uploads/2010/04/Gutachten-IZRS-Verbot-Heinz-Gstrein-28.-April-2010_.pdf, <http://www.pi-news.net/wp/uploads/2010/04/Gutachten-Dr.-Hans-Peter-Raddatz-M.A..pdf> (27.1.2014).

⁴⁹ „Club“ vom 26.9.2006.

14. Politisierung von Religion

weltweit unter dem Islam verfolgt. Das ist Islam, nicht das, was Herr Illi erzählt.“⁵⁰

Ende Juni 2011 kam es in Luzern zu einer Konfrontation zwischen Muslimen und der Jungen SVP Luzern. Die *Vereinigung Islamische Jugend Schweiz* (VIJS) wollte einen Saal mieten, um ein Seminar durchzuführen, an dem Nicolas Blanco und der deutsche Prediger Abu Jibril auftreten sollten. Die muslimische Jugendorganisation konnte ihre Veranstaltung aber nirgends durchführen, selbst ein bereits bezahlter Mietvertrag wurde wieder aufgelöst, worauf die bereits angereisten Teilnehmer eine Kundgebung im Luzerner Bahnhofbuffet durchführten und anschliessend nach Emmenbrücke weiterreisten, wo die Junge SVP die Veranstaltung „Muslime in der Schweiz und Europa – wie weiter?“ just in einem Saal durchführte, den sie der VIJS vor der Nase weggeschnappt hatte, um deren Seminar zu verhindern. Die JSVP hatte auf ihrer Homepage zuvor den Gemeinderat von Emmen aufgerufen, „die extremistische Islamjugend wieder aus dem Zentrum Gersag“ auszuladen.⁵¹ Valentina Smajli, Vizepräsidentin des *Forums für einen fortschrittlichen Islam*, habe ihre Ansprache unter lautstarken Protesten gehalten, wie 20min berichtete, die SVP-Nationalräte Felix Müri und Lukas Reimann hätten wegen Buhrufen und Pfiffen ihre Referate gar nicht erst begonnen, worauf die Veranstaltung abgebrochen worden sei.⁵² Im August meldete der Sonntag, dass der Islamische Zentralrat am 29. Oktober wiederum eine Demonstration auf dem Berner Bundesplatz unter dem Motto: „Tag gegen Islamophobie und Rassismus“ plane.⁵³

⁵⁰ Bieler Tagblatt vom 21.2.2011.

⁵¹ Kipa vom 27.6.2011.

⁵² 20min vom 26.6.2011.

⁵³ Sonntag vom 14.8.2011. An der Kundgebung hatten schliesslich mehrere Hundert Muslime gegen Islamfeindlichkeit demonstriert, wie die Berner Zeitung am 29.10.2011 berichtete.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Die Mär von den drei Minarett-Baugesuchen

Die Tagesschau berichtete Anfang Mai 2007 in ihrer Hauptausgabe über die Lancierung der Anti-Minarett-Initiative mit einer Pressekonferenz des Egerkinger Initiativkomitees. Im Filmbeitrag wurde das Minarett der Ahmadiyya-Moschee in Zürich gezeigt, dann das Gebäude des Türkischen Kulturvereins Olten in Wangen (vgl. Abbildung 5.1, aber noch ohne Minarett) mit dem Kommentar, dass es andernorts – in Wangen bei Olten, Langenthal oder Wil – wo „immer neue Minarette geplant“ seien, Proteste und Einsprachen hänge.¹

Gleichenfalls wird eine SDA-Agenturmeldung zur Initiative wegen „Baugesuche[n] für Minarette in Wangen (Solothurn), Langenthal (Bern) und Wil (St. Gallen)“ auf NZZ-online publiziert und am nächsten Tag im Tages Anzeiger ohne Verweis auf die Quelle.

Damit hatten die Medien das von den Initianten schon seit August 2006 gezeichnete (Schreckens-)Bild übernommen, wonach Muslime in der Schweiz immer mehr Minarette bauen wollten, wodurch die Forderung nach einem Minarettbauverbot eine zumindest ansatzweise nachvollziehbare Grundlage erhielt, wenn auch die Erklärung des Berner EDU-Nationalrats Christian Waber an der Pressekonferenz, wonach der Islam „eine klare Kriegserklärung an die Christen, auch an die Juden oder an andere Religionen“ sei, den Beobachter etwas ratlos zurückliess.

Als die Initiative im März 2009 schliesslich im Nationalrat behandelt wurde, war das Minarett in Wangen – nach einem Rechtsstreit bis vor Bundesgericht – seit kurzem errichtet, aber noch nicht eingeweiht worden. Als Präsident des Initiativkomitees sprach der Solothurner SVP-Nationalrat Walter Wobmann von sich als „Bewohner eines minarettgeschädigten Kantons“ vor dem Parlament. Das Egerkinger Komitee habe die Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten lanciert, weil mit den „in kurzen Abständen eingereichten Baugesuchen in Wangen, Langenthal, Wil usw.“ die Grenze überschritten worden

¹ Tagesschau vom 3.5.2007.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

sei. Viele würden darin „einen weiteren Schritt in Richtung einer Islamisierung unseres Landes“ sehen und die Befürchtung sei berechtigt, dass nach dem Minarett „der Gebetsrufer, der Muezzin“, folgen könnte.²

In einem Interview im Juni 2009 erklärte Wobmann, wie man auf die Idee zur Initiative gekommen sei: „Das war vor etwa drei Jahren. Da gab es eigentliche Wellen von Baugesuchen für Minarette in der Schweiz...“ – „Wollen Sie wirklich von Wellen reden?“ – „Es wurden auf jeden Fall einige Baugesuche eingereicht, nachdem es jahrzehntelang nur das eine kleine Minarett in Zürich gab. So wollte man plötzlich eines in Wangen bei Olten, meiner Region, bauen, ebenso in der Region Langenthal und im St. Gallischen Wil.“ Zu seiner Motivation meinte Wobmann: „Mit dem Bau von Minaretten wird ein Machtanspruch des Islams formuliert. Es ist ein erster Schritt, der Muezzin ist der zweite und die Einführung der Scharia, des islamischen Rechtes, ist der dritte und entscheidende Schritt. Das wollen wir von vornherein verhindern (Gross 2009: 39f.).“

Das Drei-Baugesuche-Narrativ fand auch Eingang in die wissenschaftliche Literatur, so heisst es etwa bei Tanner und Müller (2009: 39): „Der Schweizer Minarett-Streit entzündete sich an den 2005 in Wangen bei Olten (SO) und 2006 in Langenthal (BE) und Wil (SG) eingereichten Baugesuche für Minarette.“ Auch Lienemann (2009: 44) schreibt in einem Aufsatz: „Für Turbulenzen sorgten und sorgen Baugesuche für Minarette in Wangen, Langenthal und Wil.“

Nun wurde aber tatsächlich nur in Wangen im Herbst 2005 vom Türkischen Kulturverein explizit ein Baugesuch für ein Minarett gestellt. Das in Langenthal im Juni 2006 eingereichte Baugesuch betraf einen grösseren Umbau der Liegenschaft einer albanisch-muslimischen Glaubensgemeinschaft, wobei auf dem Dach eine Kuppel sowie ein symbolisches Minarett errichtet werden sollte.³ Erst durch den Anfang Juli 2006 einsetzenden Widerstand gegen das Umbauprojekt wurde ein Zusammenhang mit dem Bauprojekt in Wangen bei Olten hergestellt und das Baugesuch auf ein „Minarettbaugesuch“ reduziert. Während man im Fall Langenthal unter Vorbehalt von einem „Baugesuch für ein Minarett“ sprechen kann, wenn man daran interessiert ist, eine Verbindung zwischen der türkisch- und der albanischstämmigen Bauherrschaft in Wangen und in Langenthal zu konstruieren, die nie etwas miteinander zu tun hatten, so ist das Minarettbaugesuch im St.Gallischen Wil

² Gemäss Sitzungsprotokoll der Nationalratsdebatte vom 4.3.2009.

³ Berner Rundschau vom 16.6.2006.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

frei erfunden.

Nach Bleisch Bouzar (2007: 53/59) habe die Islamische Gemeinschaft Wil im August 2006 in Bern an der Tagung der *Gemeinschaft von Christen und Muslimen in der Schweiz* (GCM) ein „Moschee-Traumprojekt“ eines Neubaus vorgestellt. Es gab aber kein Baugesuch dafür, da weder das Land für einen Neubau, noch das Geld für das Millionen-Projekt vorhanden war. Unmittelbar nach der Anti-Minarett-Abstimmung Ende November 2009 erklärte Hisham Maizar, der Präsident des *Dachverbands Islamischer Gemeinden der Ostschweiz und des Fürstentums Liechtenstein* (DIGO), gegenüber der Thurgauer Zeitung, dass ein Baugesuch in Wil nun ohne Minarett eingegeben werde. Eine Parzelle für den Neubau wurde bereits erworben.⁴ Eine telefonische Auskunft beim Bauamt Wil SG bestätigte am 20. Oktober 2010, dass nach wie vor kein Baugesuch vorlag.

Es gab mehrere Gründe dafür, weshalb trotzdem von drei Baugesuchen für Minarette gesprochen wurde. Die islamfeindlichen Aktivisten benötigten Fallbeispiele, an denen sie die wahrgenommene stetige Islamisierung der Schweiz aufzeigen konnten. Dafür – so könnte man meinen – wäre ein millionenschweres Moscheebauprojekt mit Minarett in Wil bestens geeignet gewesen. Dagegen sprachen zwei Dinge: Erstens war das Minarett bereits als islamisches „Eroberungssymbol“ im Diskurs eingeführt und konnte so mit jenen in Langenthal und Wangen verknüpft werden, ohne dass man auf die unterschiedlichen lokalen Ergänzungs-, Um- und Neubauvorhaben eingehen musste – und auf die Tatsache, dass sich die lokalen Vereine mit unterschiedlichem ethnischen Hintergrund weder kannten noch aufeinander Bezug nahmen. Zweitens wäre es auf nationaler Ebene noch schwieriger gewesen, ein Moscheebauverbot als kompatibel mit der Religionsfreiheit darzustellen, da dafür das diskursive Konstrukt „Moschee“ von religiösen Bezügen hätte befreit werden müssen, wie es beim „Minarett“ schliesslich gelang,⁵ da gemäss der VOX-Analyse 29 Prozent der Befragten spontan angaben, „dass auf ein Minarett verzichtet werden kann, weil es nichts mit der Religionsausübung zu tun hat“. Der Aussage, dass ein Minarettverbot die Religionsfreiheit nicht tangiere, stimmten 63 Prozent aller Befragten zu, davon hatten 84 Prozent auch JA gestimmt.⁶

⁴ Thurgauer Zeitung vom 30.11.2009.

⁵ Im Minarett-Diskurs wurden dazu u.a. folgende Gründe angeführt: Minarette werden im Koran nicht erwähnt/ Es gibt auch Moscheen ohne Minarette/ Bisher ging es ja auch ohne Minarette/ Es ist ein politisches, kein religiöses Symbol/ Muslim X hat gemeint, das brauche es nicht.

⁶ Hirter und Vatter 2010: S. 23. Es besteht ein relativ starker und höchst signifikanter Zusammenhang zwischen den Variablen mit Cramer-V: 0.72***.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Auf lokaler Ebene wurde in Wangen aber das Minarett, parallel zum nationalen Diskurs, weiterhin als religiöses Symbol gesehen und abgelehnt. Und in Langenthal und Wil wurde der gesamte Um- bzw. geplante Neubau bekämpft, in Wil etwa unter der Bezeichnung „störende religiöse Bauten“ durch die Junge SVP.⁷

15.1. Was ist ein Minarett?

In der Botschaft des Schweizerischen Bundesrates zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ vom 27. August 2008 wird unter Ziffer 5.2 bemängelt: „Die Initiative sieht ein generelles Bauverbot für Minarette vor. Sie räumt keinerlei Ausnahmen ein und beinhaltet keine genaue Definition des Begriffs 'Minarett'.“

Neben dem Wortlaut einer Volksinitiative könne der subjektive Wille der Initiantinnen und Initianten mitberücksichtigt werden. Mit Verweis auf den Dictionnaire Le Petit Robert lässt sich das Minarett gemäss der Botschaft des Bundesrates als „Turm einer Moschee, von dem der Muezzin die Gläubigen zum Gebet ruft“, definieren. Diese restriktive Auslegung entspreche aber offenbar nicht dem Willen des Initiativkomitees, das in einer weiter gefassten Auslegung die Errichtung eines Turms verbieten wolle, der eine religiöse Funktion habe und in eine Moschee eingefügt sei oder an diese angrenze (Ziffer 5.3). Der Bundesrat stellte dann aber auch fest, dass eine solche Auslegung offenbar den Behauptungen des Initiativkomitees widerspreche, dass das Minarett keine religiöse Funktion habe.

Dazu hält Schaer (2008: 1137) aus juristischer Sicht fest, dass dem Argument, wonach das Minarett kein religiöses Symbol, sondern ein Zeichen islamischer Eroberung sei, keine Bedeutung beigemessen werden könne. Unter dem Schutzbereich der Glaubens- und Gewissensfreiheit würden auch religiös motivierte Verhaltensweisen und Symbole erfasst, die „zwar nicht zwingend erforderlich, jedoch durchaus angemessen“ seien. Es spiele dabei auch keine Rolle, ob nur eine Minderheit dem Minarett eine religiöse Funktion und einen religiösen Symbolgehalt zukommen lasse. Selbiges gelte auch für die Moschee an sich.⁸

⁷ Kipa vom 30.8.2006.

⁸ Vgl. dazu auch Winzeler (2006: 288): „Favor religionis: Nicht die Religionsbetätigung, sondern ihre staatliche Einschränkung muss begründet werden. Das kommt der Einsicht entgegen, dass der säkulare Staat Religion vernünftigerweise weder definieren kann noch soll.“

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Der Rechtsanwalt der Islamischen Glaubensgemeinschaft Langenthal, deren Baugesuch immer noch hängig ist, äusserte sich nach der Annahme des Minarettverbots zum Minarett-Begriff in einer juristischen Fachzeitschrift, „denn was ein Minarett im Rechtssinn ist, ist alles andere als klar“. 'Minarett' werde nun vom rein umgangssprachlich gebrauchten Begriff zum Rechtsbegriff und zum Bestandteil der Gesetzessprache (Kettiger 2010: 2). Er nimmt auf die Botschaft des Bundesrates zur Volksinitiative vom August 2008 Bezug, worin der Wille des Initiativkomitees dahingehend interpretiert wurde, wonach diese keine restriktive Auslegung des Wortlauts der Initiative wollten, wie sie etwa im *Le Petit Robert* vorläge. Zu diesem Zeitpunkt hätten aber die Argumentarien der Befürworter der Initiative noch nicht vorgelegen, woraus der „mutmassliche Willen“ des Initiativkomitees klarer geworden sei. Denn die Verbindung vom Minarett zum Gebetsruf ziehe sich seither „wie ein roter Faden“ durch die Argumentation der Befürworter (ebd. S. 3).⁹ Unter dem Titel: „Was ist eigentlich ein Minarett?“ findet sich im Argumentarium der Minarettgegner des Egerkinger Komitees vom 23. September 2009 die Definition: „Ein Minarett ist ein Moscheeturm, von dessen Brüstung aus der Muezzin die Muslime fünf Mal am Tag zwischen Sonnenauf- und Untergang zum Gebet ruft.“ Weiter unten heisst es: „Ein Minarett ist die Plattform des Muezzins.“¹⁰

In einem Gastartikel in der *Schweizerzeit* kurz vor der Abstimmung zählte der Präsident des Egerkinger Initiativkomitees unter dem Titel „So läuft die Islamisierung ab“ nochmals die entsprechenden Schritte auf: „1. Starke Vermehrung durch Familiennachzug und hohe Geburtenraten. 2. Landesweite Einrichtung von Vereinslokalen, aus denen später Moscheen werden. 3. Bau von Minaretten (Türmen) auf den Moscheen. 4. Gebetsrufe des Muezzins ab den Minaretten. 5. Schleichende Einführung und Installierung der Scharia (islamisches Recht).“ Durch die „Baugesuche für Minarette in Wangen b. Olten (SO), Langenthal (BE) und Wil (SG)“ sei man derzeit in der Phase drei der Islamisierung, wobei die Phase fünf schon weit fortgeschritten sei.¹¹ Eine Woche später erschien in diesem Sprachrohr der Minarettopposition ein mit „JA zum Minarettverbot“ unterzeichneter Artikel, worin es unter „Muezzin verhindern“ heisst, dass das Minarett „einzig und allein“ als „Ruf-

⁹ Nach Schmitt (2003: 217) dominierte auch im Minarettfall Bobingen die Vorstellung, dass mit dem Minarett der Muezzin-Ruf praktisch zwangsläufig früher oder später folge müsste.

¹⁰ http://www.minarette.ch/downloads/argumentarium_minarettverbot.pdf, S. 2. (27.1.2014).

¹¹ *Schweizerzeit* vom 6.11.2009.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

turm“ diene.¹² Auch das Computer-Spiel „Minarett-Attack!“ (vgl. 18.1), das im Oktober 2009 online gestellt wurde, zeigte diesen Zusammenhang auf, denn wenn man es im Spiel nicht schaffte, die emporsteigenden Minarette abzuschliessen, dann erschien ein singender Muezzin, auf den man wiederum schiessen konnte.

In den offiziellen Abstimmungsunterlagen an alle Stimmberechtigten, wo den Initianten jeweils Platz für ihre zentralen Argumente eingeräumt wird, hiess es schliesslich: „Das Minarett hat keine religiöse Funktion. (...) Das Minarett ist die Plattform für den Muezzin, der vom Minarett herab die Vormacht des Islam verkündet. Wer Minarette zulässt, muss auch Ja sagen zum Muezzin, zum Ausrufer.“

Die EDU warb u.a. in einem Video für ein Ja zur Anti-Minarett-Initiative. Darin wird eine Berglandschaft überflogen, was mit Alphorn- und Kuhglocken-Klängen untermalt wird. Plötzlich ist aber ein arabisch klingender Sprechgesang zu hören, worauf eingeblendet wird, dass das Zulassen von Minaretten „früher oder später unweigerlich zur Forderung nach dem Gebetsruf“ führen würde. Im „Kleinen Argumentarium“ der EDU heisst es denn auch: „Minarette ohne Minaretttrüfer machen keinen Sinn.“

In der oben erwähnten bundesrätlichen Botschaft zur Minarettinitiative wurde zur Interpretation des Initiativtextes („Der Bau von Minaretten ist verboten.“) unter Ziffer 5.3 festgehalten, dass auch „die Umstände, die zu einer Initiative Anlass gegeben haben, für die Auslegung eine Rolle spielen“ könnten. Dieser „Umstand“ war das Baugesuch für einen „Aufbau Sembul Minare (Minarett)“ in Wangen bei Olten. Entgegen der bundesrätlichen Mutmassung, wonach eine „restriktive Auslegung“ des Wortlautes nicht dem Willen des Initiativkomitees entspreche würde, legte bereits der erste Leserbrief zum Thema den Grundstein für die Deutung des Minaretts im gesamten Minarett-diskurs bis zur Abstimmung über die entsprechende Initiative vier Jahre später. Der Initiant einer Sammeleinsprache schrieb am 7. September 2005 im Oltner Tagblatt zum Baugesuch des Türkischen Kulturvereins: „Ein Minarett ist ein Moscheeturm, von dessen Brüstung aus der Muezzin die Muslime fünfmal am Tag zum Gebet ruft (Quelle: Google, ad Lexikon). Heute wird der Muezzin ausgewechselt mit vier Lautsprechern.“ Dies zeigt einerseits, dass 2005 'Minarett' noch nicht im allgemeinen Sprachgebrauch verankert war und dass sich der lokale Widerstand zuerst gegen „eine Berieselung von Moslemischen Gebeten“ (ebd.) richtete, wie es in der Abbildung 4.2 darge-

¹² Schweizerzeit vom 13.11.2009.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

stellt wird. Erst als die Minarettopposition u.a. mit Hilfe von „Islamkennern“ (vgl. Kapitel 10) mehr Argumente, vor allem in Bezug auf eine „schleichende Islamisierung“, erhalten hatte, stand der 'Muezzinruf' als Bedrohung nicht mehr zuvorderst. Inhaltlich hatte sich aber die Minarett-Bedeutung für die Initianten seit dieser 'ergoogelten' Definition im ersten Leserbrief zum Thema nicht mehr verändert. Die lokale Minarettopposition in Wangen gelangte schliesslich mit Hilfe des Egerkinger Komitees ans Bundesgericht, was für Roman Jäggi, dem damaligen Pressesprecher der SVP Schweiz und Solothurner SVP-Kantonsrat, bedeutete, dass man „so oder so“ gewinne: Wenn man vor Bundesgericht nicht recht bekomme, würde dafür die angekündigte Volksinitiative gegen Minarette Schub erhalten. Und falls das Bundesgericht den Fall ans Verwaltungsgericht zurückweise, könne sich der Bau um Monate, wenn nicht Jahre verzögern.¹³

Die dargestellte diskursive Auseinandersetzung um den Minarett-Begriff zeigt, dass am 29. November 2009 in der Schweiz der Bau von Minaretten im Sinne von „Ruf-“ oder „Gebetstürmen“ verboten wurde, weil das 'Minarett' nicht über eine architektonisch bestimmte Form definiert wurde, sondern allein über seine Funktion – als Plattform für einen Muezzin. Ein symbolischer minarettähnlicher Aufbau, der allegorisch ein 'wirkliches' Minarett bloss andeutet, aber weder einem Muezzin Platz bietet, noch ersatzweise Lautsprecher zum Aussenden des Gebetsrufs installiert hat, fällt nicht unter die diskursiv konstruierte Bedeutung eines Minaretts, denn zum befürchteten und bekämpften „Eroberungssymbol“ einer islamischen Landnahme nach der Formel: Minarett – Muezzin – Scharia,¹⁴ fehlt hierbei eindeutig der 'Muezzin'.

15.2. Was ist eine Moschee?

Noch komplexer wird die Angelegenheit, wenn zum 'Minarett' - der 'Moschee' - Begriff hinzukommt. Denn was eine 'Moschee' sein soll, ist im andauernden Diskurs ebenso umstritten wie das 'Minarett'.

Deutlich wird dies etwa am Beispiel des „Islamexperten“ Heinz Gstrein, der als Mitglied des *Aktionskomitees gegen die strategische Islamisierung der Schweiz* (KSIS) nach wie vor das geplante Minarett in Langenthal bekämpft.

¹³ Sonntags Zeitung vom 3.12.2006.

¹⁴ So lautet etwa das Motto in der Kopfzeile des nach wie vor erscheinenden Bulletins des Egerkinger Komitees: Kein Minarett – Kein Muezzin – Keine Scharia.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Gstrein hat für das KSIS im Februar 2011 eine Replik auf den oben erwähnten juristischen Aufsatz des Anwalts der Islamischen Glaubensgemeinschaft Langenthal verfasst. Darin bestreitet er, dass der Begriff 'Minarett' nicht klar bestimmt sei, denn: „Minarett bezeichnet eindeutig einen Turm oder auch mehrere Türme einer Moschee unabhängig von ihrer besonderen Funktion und Gestalt.“¹⁵ Damit verschiebt Gstrein das Problem auf einen neuen Begriff, denn nun muss zuerst eine 'Moschee' bestimmt werden, um daraufhin auf ein 'Minarett' schliessen zu können. Nur über diesen Umweg vermag er aber in seiner Auseinandersetzung mit dem Rechtsanwalt das Minarett von der bestimmten Funktion eines Rufturms loszulösen, wogegen Kettiger daran interessiert sei, „den Gebetsruf untrennbar mit jedem Minarett zu verbinden. Nur so kann er argumentieren, dass ein Minarett wie in Langenthal, von dem vorgeblich gar kein Gebetsruf ertönen soll, überhaupt kein 'richtiges' Minarett und damit auch nicht verfassungswidrig sei (ebd. S. 5).“ Nun ist aber diese Argumentation Gstreins neu im Diskurs, da es die Minarettopposition, wie in den vorangegangenen Abschnitten aufgezeigt, stets tunlichst vermeiden hatte, das Minarett mit Moscheen in Verbindung zu bringen, um dabei nicht mit dem Grundrecht auf Religionsfreiheit in Konflikt zu geraten.

Der Vorwurf an Kettiger, „den Gebetsruf untrennbar mit jedem Minarett“ verbinden zu wollen, muss dabei auf die Minarettopposition zurückfallen, war und ist es doch gerade ihre Strategie, damit die „schleichende Islamisierung“ aufzuzeigen, die schrittweise umgesetzt werde. Gstrein selbst notiert in seiner Replik denn auch, dass vom Minarett in Langenthal „vorgeblich gar kein Gebetsruf ertönen“ solle und bezeichnet zwei Seiten später Minarette, die nicht „für einen Muezzin begehbar oder mit Lautsprechern bestückt sind“ als noch nicht „dem Gebetsruf dienende[.] Minarette“. Damit stellt er schliesslich selbst in seinem Text die zwingende Verbindung zwischen Minarett und Gebetsruf wieder her, die er eingangs bestreitet und dann Kettiger irreführenderweise herzustellen vorwirft.

In seiner islamophoben Abwehrhaltung kann Gstrein aber auch gar nicht anders argumentieren, da seiner Ansicht nach alle Muslime lügen, um schliesslich die Weltherrschaft zu erlangen. Dem Rechtsanwalt wirft er in seiner Replik zuletzt vor, mit seiner Argumentation der islamischen „Machtexpansion“ Vorschub zu leisten (ebd. S. 11).

Im Oktober 2008 hatte Gstrein für den Verein *Zukunft CH* – einer geistigen

¹⁵ http://www.ksis.ch/fileadmin/dateien/In_der_Presse/Gstrein_auf_Kettiger.pdf, S. 3 (27.1.2014).

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Kampforganisation des reformierten Pfarrers i.R. Hansjürg Stüchelberger gegen die „schleichende Einführung der Scharia“¹⁶ – ein „Kleines Islamlexikon“ verfasst, worin er den Begriff der „Taqiya“ als Pflicht Andersgläubige anzulügen erklärt, wenn es „der Ausbreitung des Islams“ diene. Deshalb gelte: „Wenn Muslimsprecher bei uns das Prinzip der Taqiya ableugnen, so handelt es sich gerade um eine praktische Anwendung dieser Taktik.“ Diese Argumentation hatte er danach auch bei seinen Referaten vor der Minarettabstimmung vertreten.¹⁷ In seinem Lexikon heisst es unter dem Begriff „Minarett“: „Bei diesem Moscheeturm für den Gebetsruf handelt es sich um ein politisches Machtsymbol islamischer Herrschaft nahezu ohne religiöse Bedeutung.“ Somit hält Gstrein auch an dieser Stelle an der Verbindung von Turm und Gebetsruf fest.

Zum Stichwort „Moschee“ findet sich in Gstreins Lexikoneintrag wiederum eine funktionale Definition, denn durch den Bau von Moscheen wolle der organisierte Islam seinen „Einfluss- und Herrschaftsbereich ausweiten“. Zur äusseren Gestalt einer Moschee nennt er die „heute vorherrschenden Kuppelmoscheen“. Der Bau von neuen Moscheen in europäischen Städten und Ortschaften verändere das „Ortsbild“ und signalisiere die „bleibende Präsenz des Islams“. Dagegen möchte Gstrein vorgehen. Im Interview mit der evangelikalen Plattform [livenet.ch](http://www.livenet.ch) gesteht er den „Muslim-Gemeinden in der Schweiz“ „Versammlungsräume“ zu, da diese unter der Religions- und Meinungsfreiheit fallen würden. Anders verhalte es sich aber „mit baulichen Symbolen, die politisch oder gar negativ besetzt“ seien: „Dazu gehört nicht nur das Minarett, sondern auch die Moscheekuppel.“ Deshalb möchte er auch diese verbieten.¹⁸ Auch Lukas Reimann, heutiger SVP-Nationalrat, schrieb in seinem Leserbrief, der den Streit in Wil ausgelöst hatte: „Den Bau von Minaretten und Kuppelaufbauten lehne ich aus städtebaulichen, ästhetischen und denkmalpflegerischen Gründen ab.“¹⁹

Bereits 2005 argumentierte der Solothurner SVP-Kantonsrat Roman Jäggi in einer Pressemitteilung für die SVP: „Keine religiöse Minderheit sollte in unserem Land ihren Glauben mehr als nötig zur Schau tragen. Daher sollten die religiösen Minderheiten ihre „religiösen Betätigungen“ eher in einem

¹⁶ Aus dem Impressum „Kleines Islamlexikon. Die 50 wichtigsten Begriffe aus dem Islam“.

¹⁷ Vgl. dazu Abschnitt 10.1 und allgemeiner zur Begriffsverwendung in Abschnitt 15.3.1: „Taqiya und die Loyalitätsvermutung“.

¹⁸ Interview vom 15.10.2009 auf: http://www.livenet.ch/magazin/gesellschaft/145529-der_islam_wird_zersetzt_und_er_setzt_sich_durch.html (27.1.2014).

¹⁹ Leserbrief im St.Galler Tagblatt vom 30.8.2006.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

„diskreteren Umfeld“ betreiben.²⁰ Im Februar 2006 hiess es in einer Pressemitteilung der SVP-Solothurn: „Die SVP ist der Meinung, dass die kulturellen Vereine ihre Religionen in der Schweiz uneingeschränkt in neutralen Gebetshäusern leben dürfen. Insofern ist die Religions- und Glaubensfreiheit gewahrt. Wenn diese Gebetshäuser jedoch zu Bauten mit offensichtlich fremder religiöser Architektur umgewandelt werden, dann besteht dringender Handlungsbedarf.“²¹ Im Juni 2006 meinte Jäggi, dass den Muslimen in der Schweiz mindestens 160 Gebetshäuser zur Verfügung stehen würden, die mit zwei Ausnahmen „von aussen nicht als Sakralbauten erkennbar“ seien. Ein Verbot „störender religiöser Bauten“ würde daher die Kulturfreiheit nicht betreffen, da sich die Muslime weiterhin „in unauffälligen Gebetsräumen“ treffen könnten.²²

Für die Minarettopposition sind also Gebetsräume in unscheinbaren Gebäuden bereits Moscheen, weshalb Um- oder Neubauten, die diese Moscheen von aussen architektonisch sichtbar machen würden, genauso bekämpft werden müssten wie die Minarette, da wiederum 'Herrschaftssymbole' errichtet würden, die eine „Islamisierung“ des Landes bedeuten. Im Diskurs hatten die negativen Konnotationen zum 'Minarett' denn auch generell auf die 'Moschee' abgefärbt. So gehören die Moscheen etwa zum erwähnten Wobmannschen Fünf-Phasen-Modell zur „Islamisierung“ der Schweiz,²³ sind sie dabei doch Voraussetzung für den Bau von Minaretten. Dabei wird kein Unterschied zwischen repräsentativen „Kuppelmoscheen“ und unscheinbaren Gebetsstätten gemacht. Denn gemäss Gstrein ist jede Moschee „so etwas wie ein islamischer Herrschaftsbereich“, der so lange ausgebreitet werde, „bis der islamische Globalstaat aufgerichtet ist“. Daher müssten die Moscheen immer grösser werden. Dieses Bestreben sehe man nun bei den „150 islamischen Kultstätten in der Schweiz“.²⁴

'Moschee' aus muslimischer Sicht

Unterschiedlich ist auch, was die Muslime selbst unter 'Moscheen' verstehen. In Wangen meinte etwa der Pressesprecher des Türkischen Kulturvereins, der ein Vereinslokal in einer ehemaligen Farbenfabrik betreibt, dass

²⁰ Pressemitteilung der SVP vom 24.10.2005.

²¹ Medienmitteilung der SVP Solothurn vom 7.2.2006.

²² Berichte vom 28.6.2006 im Oltner Tagblatt, Tages Anzeiger und der NZZ.

²³ Schweizerzeit vom 6.11.2009.

²⁴ Wie Fussnote 15, Gstreins Replik auf Kettiger, S. 10.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

man ein Minarett wolle, weil das Lokal auch eine Moschee enthalte, denn jede Moschee habe normalerweise ein Minarett.²⁵ Somit zeigt sich eine weitere mögliche Differenzierung, wonach ein Gebäude nicht nur eine Moschee *sein* kann, sondern auch eine solche *enthalten* kann.²⁶ Der SVP-Vizepräsident des Kantons Solothurn und Rechtsanwalt der lokalen Minarettgegner argumentierte vor Verwaltungsgericht gerade umgekehrt und auch entgegen der oben dargestellten Einschätzung der Minarettopposition, da für ihn die Gebetsräume erst durch den Minarettbau zu einer Moschee würden.²⁷ Das Gericht hielt dem die Aussage des Kulturvereins entgegen, dass es im Islam keine Widmung oder Weihung eines Gebetsraums gebe. Daraus schloss das Gericht: „Ein Gebetsraum ist auch ohne Minarett ein Gebetsraum. Durch den Bau des ohnehin bloss symbolischen Minaretts wird die Nutzung der Gebetsräume nicht verändert.“²⁸

Bleisch Bouzar (2007: 57) definiert in ihrem Aufsatz „Von Wohnungen und Fabrikhallen zu repräsentativen Moscheen“ eine ‚Moschee‘ als ein Gebäude, das Räumlichkeiten zum gemeinsamen Gebet beinhaltet. Dem liege die Vorstellung zugrunde, dass eine Moschee nebst dem eigentlichen Gebetsraum weitere Räumlichkeiten wie Bibliothek, Schulräume, Cafeteria oder gar eine Turnhalle wie im Modell-Projekt in Wil umfassen könne, was die „soziale Funktion der Moschee“ versinnbildliche. Von einer „repräsentativen Moschee“ spricht sie, wenn diese aufgrund von bestimmten architektonischen Stilmitteln von Muslimen und Nichtmuslimen erkannt werde, aber „ob die MuslimInnen selber einen Gebetsraum als Moschee bezeichnen oder nicht, ist unterschiedlich.“

Muslime scheinen in der Schweiz einen undogmatischen Bezug zum Moschee-Begriff zu haben, was nicht nur an den unterschiedlichen religiös-kulturellen Traditionen liegt, welchen sich die Muslime verbunden fühlen. Es gab bisher einfach keinen Grund, diesen Begriff stärker einzugrenzen. Ganz anders auf Seiten der islamophoben Minarettopposition. Hier geht es um eine begriffliche Sichtbarmachung einer schleichenden – also unscheinbaren, versteckten – „Islamisierung“. ‚Moschee‘ wird zum Kampfbegriff, wenn etwa in einem

²⁵ Gastartikel von Martin Baumann und Andreas Tunger-Zanetti im Bund vom 30.5.2009.

²⁶ Hüttermann (2006: 139) beschreibt einen ähnlich gelagerten Konflikt in Deutschland, wo es einen Streit darüber gab, ob eine ehemalige Molkerei nun eine echte Moschee sei oder eben nur eine alte Molkerei und ob sich die Moschee auf den gesamten Gebäudekomplex oder nur auf den Gebetsraum erstrecke.

²⁷ Der Grund für diese von der übrigen Minarettopposition abweichenden Argumentation liegt darin, dass bei einer Nutzungsänderung der Liegenschaft die Zonenkonformität hätte angezweifelt werden können.

²⁸ Aus dem Urteil des Verwaltungsgerichts Solothurn vom 23.11.2006, S. 4-7.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Leserbrief auf das Minarettbaugesuch in Wangen ein Dorfbewohner schreibt, dass sie „ein Minarett und dadurch später wohl nicht nur einen Gebetstempel, sondern in ein paar Jahren eine Moschee bauen“ wollten. Wegen der Religionsfreiheit werde ein „Gebetshaus“ akzeptiert – aber nicht mehr.²⁹

15.2.1. Der diskursive Kampf um den Moschee-Begriff

Im Wobmannschen Modell der Islamisierung bedeutet die Phase 2: „Landesweite Einrichtung von Vereinslokalen, aus denen später Moscheen werden.“³⁰ Da in Phase 3 Minarette auf diese „Moscheen“ gebaut würden, können diese noch keine Minarette haben. Es bleibt also unklar, wodurch sich Moscheen denn auszeichnen, wenn sie keine „Vereinslokale“ mehr sind. Wahrscheinlich geht es hier einfach darum, Muslimen zu unterstellen, 'Vereinslokale' in täuschender Absicht errichtet zu haben, um deren 'wahre' Nutzung als 'Moscheen' zu verschleiern. In diese Richtung zielt auch eine Aussage des evangelikalen Aktivisten Zingg, der vor der Minarettabstimmung von „200 Moscheen in der Schweiz“ ausging, die theoretisch ein Minarett fordern könnten. Obwohl diese offiziell Kulturzentren genannt würden, seien es jedoch Moscheen.³¹

Wenn Moscheen also die Voraussetzung sind, um Minarette zu errichten, dann geraten sie ebenfalls in ein schiefes Licht, wenn letztere als Bedrohung gesehen werden. So waren in der Wählernachbefragung 35 Prozent der Abstimmenden *eher* oder *sehr einverstanden* mit der Aussage: „Moscheen mit Minaretten sind ein Hort islamistischer Extremisten.“ 91 Prozent jener, welche dieser Aussage zustimmten, hatten auch für ein Minarettverbot gestimmt.

Gemeinschaftszentrum oder heimliche Moschee?

Illustrieren lässt sich die Auseinandersetzung um den Moschee-Begriff etwa am Beispiel eines Gebetsraums des Vereins *Gemeinschaft der Kosovo-Bosniaken* (GKB) in einem Zürcher Vorort im Januar 2009. Der Verein übernahm eine ehemalige Siemens-Betriebskantine und trennte darin einen kleinen Gebetsraum durch Wände ab, was bewilligungspflichtig ist. Da die Muslime diesen abgegrenzten Raum auf den Bauplänen als „Moschee“ bezeichnet hatten, wurde eine Bauausschreibung unter dem Titel „Umnutzung der

²⁹ Leserbrief im Oltner Tagblatt vom 16.11.2005.

³⁰ Schweizerzeit vom 6.11.2009.

³¹ Tages Anzeiger vom 1.6.2009.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

bestehenden Betriebskantine in Vereins- und Kulturzentrum mit Moschee“ publiziert. Dies führte zu einem Zeitungsbericht, worin es hiess: „In Wallisellen soll eine Moschee entstehen. Das sorgt für Aufmerksamkeit, obwohl sie längst existiert. Und das hat bisher niemand bemerkt.“ Der Leiter der Bauabteilung meinte, dass man auch „Gebetsraum“ hätte schreiben können, da der dafür abgetrennte Raum nur etwa 4,8 Meter breit und 13,5 Meter lang sei. In den Plänen habe jedoch „Moschee“ gestanden. Dies zu ändern sei nicht Sache der Bauabteilung, so der Medienbericht, denn: „Wir betreiben keine Gesellschaftspolitik über das Bauamt.“ Aus baurechtlicher Sicht sei nichts gegen die Umnutzung einzuwenden. Es bestehe auch kein Anlass zu befürchten, dass ein Muezzin von einem Minarett aus zum Gebet rufen würde. Im Bericht heisst es danach, dass „muslimische Gebetshäuser“ in der Bevölkerung trotzdem oft für Unbehagen sorgen würden, auch wenn sie „nicht als Moscheen erkennbar“ seien.³² Zwei Monate später wird über den Tag der offenen Tür dieses Vereins berichtet und dabei ein Vereinsvertreter zitiert, wonach es nicht korrekt gewesen sei, dass man den Vereinsraum zuvor in der Öffentlichkeit als Moschee bezeichnet habe. Sie seien „in erster Linie ein Gemeinschaftszentrum, in dem sich die Kosovo-Bosniaken treffen können“. Der Imam ergänzte, dass der Raum nicht als Moschee angesehen werden könne, da auch Billard und Dart gespielt werde, was in einer richtigen Moschee nicht möglich sei.³³ Die zitierten Vereinsvertreter betrachteten also das ganze „Gemeinschaftszentrum“ als eine Einheit, das entweder eine Moschee ist oder eben nicht, wenn etwa auch Billard gespielt werden kann. Offen bleibt dabei, weshalb dann „Moschee“ in den Bauplänen stand. Möglicherweise ist sich der Verein erst im Nachhinein darüber klar geworden, wie negativ konnotiert der Moschee-Begriff im öffentlichen Diskurs verhandelt wird.

Ein albanisch-islamisches Zentrum

Nach der Anti-Minarett-Abstimmung wird der diskursive Kampf um die Deutungshoheit über Begriffe noch deutlicher. Im September 2010 wurde unter dem Titel: „Skepsis gegenüber Islamzentrum“ über eine albanisch-islamische Gemeinschaft berichtet, die im Thurgauischen Romanshorn keinen Platz mehr hatte und in einem Vorort das Gebäude einer ehemaligen Maschinenfabrik gekauft hatte. Der Gemeindeammann am neuen Ort bemängelte nun, dass

³² Zürcher Unterländer vom 31.1.2009.

³³ Zürcher Unterländer vom 2.3.2009.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

das Bauprojekt nicht „Moschee“ genannt worden sei, denn „Moschee wäre ehrlicher gewesen“. Die Bezeichnung „albanisch-islamisches Zentrum“ treffe nicht den Kern der Sache, da die Gebetsräume klar im Zentrum stehen würden, was das eigentliche Bauvorhaben verschleierte. Der Mediensprecher der albanisch-islamischen Gemeinschaft verteidigte den Namen, da das Projekt mehr umfasse als eine Moschee. Die Gebetsräume könnten zwar als Moschee bezeichnet werden, doch die Baueingabe sehe mit einem Jugendtreff und Schulungsräumen viel mehr vor, was die Bezeichnung „albanisch-islamisches Zentrum“ rechtfertige. Der Medienbericht wurde online mit der im Diskurs gängigen Reziprozitätsforderung kommentiert: „Erst wenn in Saudi Arabien Kirchen gebaut und christlicher Unterricht zugelassen werden, dann kann man in Salmsach über ein islamisches Zentrum nachdenken. Sarrazin lässt grüssen.“³⁴

15.2.2. 'Ground-Zero-Moschee' und transatlantische Vernetzung

Parallel zu dieser Auseinandersetzung, die im September 2010 nur in der Ostschweiz für Schlagzeilen sorgte, fand ein 'Moschee'-Streit in New York statt, der weltweit Aufsehen erregte und sich ebenfalls um den Moschee-Begriff drehte.

Imam Feisal Abdul Rauf lebt seit Jahrzehnten in den USA und gründete 1997 die *American Society for Muslim Advancement* (Asma). Als Reaktion auf die Terrorangriffe des 11. Septembers 2001 plante er ein multikonfessionelles Begegnungszentrum, wie er gegenüber Spiegel-online erklärte. 2009 ergab sich die Gelegenheit ein altes Kaufhaus zu erwerben, das zwei Strassen von Ground Zero entfernt – wo das World Trade Center bis zum Anschlag am 11. September 2001 stand – durch ein Flugzeug-Fahrwerk schwer beschädigt worden war. Dort wollte er ein Begegnungszentrum mit Gebetsaal, Museum und Seminaren zur Aussöhnung der Religionen verwirklichen. Über diese Pläne hätten im Dezember 2009 die New York Times und Spiegel-online berichtet und keiner habe sich aufgeregt. Im Mai 2010 begann dann aber der Kongresswahlkampf, worauf sich Rupert Murdochs Fox News und die New York Post auf das Projekt gestürzt hätten. Seither würde ihn die ganze Welt als den Imam kennen, der die „Ground-Zero-Mega-Moschee“ bauen wollte. Der geplante Bau sei aber weder mega noch eine Moschee noch am Ground

³⁴ Thurgauer Zeitung vom 8.9.2010.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Zero gewesen. Die Geschichte vom „Ground-Zero-Imam“ habe sich dann aber sofort durchgesetzt und wurde auch von anderen Medien aufgegriffen. Man habe bis dahin gar nicht gewusst, „dass es so gut organisierte Gruppen gibt, die Muslime wie uns scheitern sehen wollen. Sie wollen die Angst vor dem Islam aufrechterhalten. Sie sind bestens finanziert und haben gute Ressourcen.“³⁵

Transatlantisches Bündnis

So rief etwa Sarah Palin, eine prominente Vertreterin der rechtspopulistischen Tea-Party-Bewegung, die New Yorker dazu auf, Widerstand gegen die Baupläne zu leisten, da die Moschee eine unnötige Provokation sei.³⁶ Schliesslich organisierte die islamophobe Organisation *Stop Islamization of America* (SIOA) am 11. September 2010 eine Demonstration gegen die „Moschee am Ground Zero“. Deren geschäftsführende Direktorin Pamela Geller betreibt mit *Atlas Shrugs* einen einflussreichen islamophoben Blog in den USA und hat gute Verbindungen zur islamophoben Szene in Europa. So lud sie den niederländischen Politiker Geert Wilders als Redner an die Anti-Moschee-Demonstration in New York ein. Dieser sprach sich dabei gegen die Moschee aus und warnte vor einer Islamisierung, denn New York dürfe nicht „New Mecca“ werden.³⁷ Für den 11. September 2011 lud Pamela Geller vom SIOA wiederum einen islamophoben Redner aus Europa nach New York ein. Diesmal René Stadtkewitz, den Gründer der neuen islamophoben Partei Die Freiheit, welche Namen und Konzept von Geert Wilders PVV abgekupfert hatte und in Deutschland seit 2010 mit der Pro-Bewegung konkurriert. Gemäss der Partei-Website wolle sich Stadtkewitz und sein Team „mit verschiedenen amerikanischen Politikern, Politaktivisten und Stiftungen treffen, um weitere Kooperationen voranzutreiben“. Stadtkewitz habe sich u.a. mit Robert Spencer – dem Betreiber des wirkmächtigen islamophoben Blogs *Jihad Watch* – zu einem „Strategiegespräch“ getroffen, um „zukünftig enger zusammen zu arbeiten“, damit ein „transatlantisches Bündnis“ entstehe. In seiner Rede in New York erinnerte Stadtkewitz an den 11. September 1683, als „die islamischen Kämpfer vor Wien gestoppt und die Eroberung des christlichen Abendlandes verhindert“ worden sei. „Im Schatten des Kal-

³⁵ Spiegel-online vom 9.8.2011.

³⁶ Blick vom 20.7.2010.

³⁷ http://www.youtube.com/watch?v=a4b_RhQjQJY (27.1.2014), das Video der Wilders-Rede wurde vom Politblog PI-news Deutsch untertitelt.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

ten Kriegen“ habe sich nun diese „alte totalitäre Ideologie neu ausgebreitet“ und „uns“ vor 10 Jahren „ihr schrecklichstes Gesicht“ gezeigt: „Der Islam hat der westlichen Welt erneut den Krieg erklärt.“³⁸

Die Affaire Terry Jones

Für den Gedenktag zum 11. September 2010 drohte der evangelikal-charismatische Prediger Terry Jones Korane zu verbrennen, falls Imam Feisal Abdul Rauf nicht davon absehe, seine Moschee am Ground Zero zu bauen. Die angedrohte Koranverbrennung führte zu weltweiten Protesten, etwa vor einem Bundeswehrlager in Afghanistan.³⁹ Erst aufgrund von Beschwichtigungen aus höchsten Regierungskreisen wurde die Bücherverbrennung schliesslich abgesagt. Im März 2011 berichtete der islamophobe Politblog PI-news über eine „Gerichtsverhandlung gegen den Koran“ in Florida durch Terry Jones. Es wurde auch ein Link publiziert, über den online abgestimmt werden konnte, nach welcher Methode der Koran „hingerichtet“ werden solle (Verbrennen, Ersäufen, Schreddern oder Exekutionskommando).⁴⁰ Ein Koran wurde schliesslich verbrannt, was mit einiger Verzögerung wiederum für weltweite Proteste sorgte, so wurden bei einer Demonstration im nordafghanischen Masar-i-Scharif mehrere UNO-Mitarbeiter getötet.⁴¹

Prediger Terry Jones radikalisierte sich in Deutschland, wo er 30 Jahre lang Missionspastor in Köln war, wie er im Interview mit dem Politblog PI erklärte, wo er auch den „Internationalen Richte den Koran Tag“ ankündigte.⁴² Die Tochter des Predigers sagte am 10. September 2010 im Interview mit Spiegel-online, dass sie ihrem Vater eine E-Mail mit der Aufforderung die Koran-Verbrennung sein zu lassen, geschickt habe. Sie hätte keinen Kontakt mehr zum Vater seit dieser Köln 2008 verlassen habe. Terry Jones habe in Köln jahrelang eine bibeltreue Gemeinde geleitet, bis er kurz vor seiner Rückkehr in die USA damit begonnen habe, den Islam immer stärker als Bedrohung wahrzunehmen. Die Kölner Gemeinde sei schliesslich gespalten worden und einige Getreue seien mit Jones nach Florida mitgegangen.

Interessant ist hierbei, dass Köln ein islamophober Kristallisationspunkt ist, da es dort zur bisher resonanzstärksten Auseinandersetzung um einen Mo-

³⁸ <http://www.pi-news.net/2011/09/rene-stadtkewitz-halt-rede-in-new-york/> (27.1.2014).

³⁹ Spiegel-online vom 10.9.2010.

⁴⁰ <http://www.pi-news.net/2011/03/heute-steht-der-koran-vor-gericht/> (27.1.2014).

⁴¹ Spiegel-online vom 1.4.2011.

⁴² <http://www.pi-news.net/2011/02/wir-haben-den-mumm-verloren-uns-zu-erheben/> (27.1.2014).

15. Diskursive Konstruktion des Islams

scheebau im deutschsprachigen Raum gekommen war. Der rechtsextremen *Bürgerbewegung Pro Köln* gelang es in Köln erstmals aus der geschürten Islamfeindlichkeit direkt politisches Kapital zu schlagen und Parlamentssitze zu erringen. Auch der Gründer des islamophoben Politblogs PI stammt aus Köln. 2008 und 2009 wurden „Anti-Islamisierungs-Kongresse“ mit internationaler Beteiligung in Köln durchgeführt. 2009 hatte eine Schweizer Pfarrerin die Eröffnungsrede gehalten und dem Kongress „den kirchlichen Segen“ gegeben, wie PI berichtete.⁴³

15.3. Was ist der Islam?

Der jüdische Publizist Ralph Giordano schrieb dem Deutschen Bundespräsidenten als „Holocaust-Überlebender“ im Oktober 2010 einen offenen Brief, weil dieser in einer Rede den Islam – neben Christentum und Judentum – als „inzwischen auch zu Deutschland“ gehörend bezeichnet hatte. Im vorab auf dem Politblog PI publizierten Brief an Christian Wulff wirft er diesem eine „verstörende Unkenntnis der Wirklichkeit“ vor, denn: „Hier stoßen in der Tat zwei grundverschiedene Kulturkreise aufeinander, und das in sehr unterschiedlichen Entwicklungsstadien.“⁴⁴

Kritische Islamkonferenz vs. Anti-Islamisierungs-Kongress

Der Publizist Ralph Giordano sprach an der „Kritischen Islamkonferenz“ im Mai 2008 in Köln als Eröffnungsredner zum Thema: „Nicht die Migration, der Islam ist das Problem“. Diese Konferenz war eine islamfeindliche Gegenveranstaltung im Vorfeld des „Anti-Islamisierungs-Kongresses“, um der extremen Rechten die Besetzung des Diskursfeldes der „Islamkritik“ streitig zu machen und die Islamfeindlichkeit in die Mitte der Gesellschaft zu tragen.⁴⁵

⁴³ <http://www.pi-news.net/2009/05/eine-moderne-jeanne-darc/> (27.1.2014). Vgl. dazu Abschnitt 19.1).

⁴⁴ <http://www.pi-news.net/2010/10/offener-brief-von-giordano-an-wulff/>. Einen Tag später wurde der offene Brief auch auf Welt-online und auf gemeindenetzwerk.org, der Plattform der evangelikalen Bekenntnisbewegung, publiziert. Auch der SVP-Politiker Lukas Reimann distanzierte sich später von der Aussage Wulffs im Interview mit der deutschen islamophoben Partei Die Freiheit mit der Aussage, dass der Islam ganz klar nicht zur Schweiz gehöre: <http://www.pi-news.net/2011/04/svp-politiker-der-islam-gehört-nicht-zur-schweiz/> (27.1.2014).

⁴⁵ Vgl. dazu in Abschnitt 11.2: „Die extreme Rechte und der *common sense*“.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Der „Anti-Islamisierungs-Kongress“ der Pro-Bewegung (Pro-Köln und Pro-NRW) fand im September 2008 mit Beteiligung von Politikern der österreichischen FPÖ, des französischen Front National, der italienischen Lega Nord und des belgischen Vlaams Belang in Köln statt.

Die Gegenveranstaltung „Kritische Islamkonferenz“ wurde von der *Giordano Bruno Stiftung* und dem *Zentralrat der Ex-Muslime* getragen.⁴⁶ Im September folgte ein Aufruf „Gegen Fremdenfeindlichkeit und reaktionäre Islamverteidigung“ zur „Sonderveranstaltung der Kritischen Islamkonferenz anlässlich des sog. 'Anti-Islamisierungs-Kongresses'“. Nach der Meinung der Organisatoren sei angesichts der „Konfrontation rechtspopulistischer Demagogen und 'antirassistischer' Islamverteidiger [...] das Eingreifen einer dritten fortschrittlich-demokratischen Kraft erforderlich, die sich sowohl gegen den deutschen und europäischen Rechtsextremismus als auch gegen den zugewanderten islamischen Rechtsextremismus (orthodox-islamischer Traditionalismus, Islamismus, türkischer Nationalismus/Graue Wölfe)“ richte.

Auch der evangelikale Aktivist Udo Ulfkotte⁴⁷ sprach sich nun gegenüber der neurechten Jungen Freiheit gegen den Kongress aus und distanzierte sich ausdrücklich von Pro Köln. Er kündigte an mit Mina Ahadi und Ralph Giordano gemeinsam zu demonstrieren, denn: „Wir wollen zeigen, dass Islamkritik nicht gleichzeitig rechtsextremistisch oder ausländerfeindlich sein muss“.⁴⁸ Ulfkotte nahm dann an der Demonstration sowie an der „Sonderveranstaltung der Kritischen Islamkonferenz“ teil. Dabei hatten sich die beiden Veranstalter, die *Giordano Bruno Stiftung* und der *Zentralrats der Ex-Muslime*, ein Jahr zuvor auch bereits von Udo Ulfkotte distanziert, wie PI-news empört gemeldet hatte, da Ulfkotte dort als ein Star der islamophoben Szene verehrt wird.⁴⁹ Schmidt-Salomon hatte Ulfkotte damals noch als einen der „Rechtsausleger“ bezeichnet, die versuchen würden über „populistisch ausgerichtete Islamkritik christlich-konservative Werte zu festigen“. Für den *Zentralrat der Ex-Muslime* ergänzte Arzu Toker, dass dies „ganz gewiss nicht“ ihrer Zielrichtung entspreche und dass man sich davon abgrenze, denn: „Den Islam zu kritisieren, nur um auf diese Weise fundamentalistische Varianten des Christentums zu stärken, heisst doch, die Pest gegen die

⁴⁶ Vgl. Kapitel 13 zur Rolle der beiden Organisationen im Schweizer Diskurs.

⁴⁷ Vgl. Abschnitt 10.1 zu seiner Rolle im Schweizer Diskurs.

⁴⁸ Junge Freiheit vom 16.9.2008.

⁴⁹ <http://www.pi-news.net/2007/04/zentralrat-der-ex-muslime-distanziert-sich-von-ulfkotte/> (27.1.2014).

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Cholera eintauschen zu wollen!“⁵⁰

Solche Distanzierungen sind in dieser noch jungen Szene aufgrund wechselnder Koalitionen immer noch gängig, da sich innerhalb des islamophoben Milieus noch keine klaren Strukturen konsolidiert haben.

15.3.1. Taqīya und die Loyalitätsvermutung

Ralph Giordano stellte seine Eröffnungsrede an der „Kritischen Islamkonferenz“ 2008 dem Politblog PI-news vorab zum Abdruck zur Verfügung. Darin spricht er etwa über die „Taqiyya“⁵¹:

„Es ist die vom Koran sanktionierte Erlaubnis, im Kampf gegen die „Ungläubigen“ zu täuschen, sich zu verstellen und zu lügen, sozusagen eine geheiligte Schizophrenie. Im Klartext aber ein System, anders zu denken als zu sprechen, und zu sprechen als zu denken, ein üppiger Nährboden also für Lippenbekenntnisse. Und die hagelt es nur so.“⁵²

Der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime in Deutschland habe es dabei „zu wahrer Meisterschaft gebracht“, so Giordano weiter, denn dieser sei „ein versierter Rhetoriker und Praktiker der Taqiyya“. Der islamophobe Politblog PI-news führt eine eigene Rubrik zum Begriff.⁵³

Königseder (2008: 26) beschreibt einen Streit um den Bau einer Moschee 2007 in Frankfurt, wo der muslimische Gemeindevorsitzende ebenfalls beschuldigt wurde, sich der „Taqiyya“ zu bedienen, um die Weltherrschaft des Islams durchzusetzen. Ausserdem wurde der in Frankfurt geborene Rechtsanwalt und deutsche Staatsbürger gefragt, wie es in seiner Heimat um die Demokratie und die Situation der Christen bestellt sei. Nach Widmann (2008: 56) benutzt auch Hans-Peter Raddatz⁵⁴ den Begriff fortwährend, um den Muslimen alle Glaubwürdigkeit abzusprechen, denn diese würden durch ein „individuelles Heucheleigebot“ des Islams zur Täuschung der Nichtmuslime

⁵⁰ Toket verliess wenig später den Vorstand und den Verein des ZdE und setzte „ihre Aufklärungsarbeit im Rahmen der Giordano Bruno Stiftung und als Mitglied des Internationalen Bundes der Konfessionsfreien und Atheisten“ fort, wie es in einer Medienmitteilung des TdE hiess.

⁵¹ Vgl. auch Abschnitt 15.2 zu Heinz Gstrein Eintrag „Taqiyya“ im „Kleinen Islamlexikon“ sowie Schneiders (2009: 406) und Shooman (2008: 80-84) zur islamophoben Verwendung des Begriffs.

⁵² http://www.pi-news.net/2008/05/nicht-die-migration-der-islam-ist-das-problem/?wmpmp_tp=1 (27.1.2014).

⁵³ <http://www.pi-news.net/category/taqiyya/> (27.1.2014).

⁵⁴ Vgl. Abschnitt 10.1 zu Raddatz.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

angestiftet. So behauptete auch Avi Lipkin, ein Gastreferent der Minaretttopposition, dass im Islam Lügen eine gute Eigenschaft, eine Tugend sei.⁵⁵

Shooman (2008: 82f.) stellt dazu fest, dass es beim Täuschungsvorwurf keine Möglichkeit gebe, diesen zu entkräften, da jedes Abstreiten als List, als typisches islamisches Verhalten gedeutet werde und Bielefeldt (2009: 190) bezeichnet diese Argumentation als Unterstellung einer „strukturellen Verlogenheit“ Muslimen gegenüber, die dazu diene, ihnen ihren Anspruch auf Mitsprache und Gehör im öffentlichen Diskurs pauschal abzusprechen. So meinte ein Autor vor der Abstimmung über ein Minarettbauverbot in der Schweizerzeit: „Wie oft haben Medien Imame oder einfache Muslime interviewt mit Blick auf den 29.11.2009? Sogar an Podien konnten sie reden, dabei sind ihre Aussagen wegen der 'Taqiya' gar nichts wert.“⁵⁶

Überraschenderweise begegnet einem die Taqīya selbst in der Wirtschaftsberichterstattung. So schrieb das Wirtschaftsmagazin Bilanz der Axel Springer Schweiz AG, dass „Finanzkonzerne wie HSBC oder Credit Suisse und Traditionshäuser wie Sarasin“ einen Teil ihrer Angebote „unter Scharia-Recht stellen“ würden, womit ihre Institute als „trojanische Pferde zur Islamisierung“ missbraucht würden. Diese Unternehmen glaubten, was ihnen „über Islamic Banking vorgegaukelt“ würde, dabei sei es den Vorkämpfern dieser Idee nach islamischer Lehre ausdrücklich erlaubt „zur Not den Ungläubigen nicht immer die ganze Wahrheit“ zu verkünden.⁵⁷

Konsequenterweise wird von islamophober Seite wegen dieser unterstellten „strukturellen Verlogenheit“ jeglicher Dialog mit Muslimen oder islamischen Organisationen abgelehnt und als „DiaLÜG“ bezeichnet.⁵⁸ So glaubt etwa der Orientalist Raddatz, dass die Förderer eines Dialogs zwischen Muslimen und Nichtmuslimen verblendet seien, da ihnen „in einer ödipal defekten Kindheitsentwicklung die Hirnstruktur nicht zugewachsen ist, die für den zweibahnigen Umgang mit Alternativen erforderlich ist“ (Raddatz in „Allah und die Juden“ zitiert nach Widmann 2008: 58).

⁵⁵ Interview in position vom 1.7.2009. Der messianische Zionist wurde wegen Aussagen an seinen Vorträgen, er hatte u.a. Allah mit Satan gleichgesetzt und den Islam als eine „Psychose“ bezeichnet, wegen Verstoß gegen das Anti-Rassismusetz verurteilt.

⁵⁶ Schweizerzeit vom 13.11.2009.

⁵⁷ Bilanz vom 17.12.2010: „Islam: Wachstumsbremse Koran“.

⁵⁸ Eigene Rubrik auf: <http://www.pi-news.net/category/dialueg/> (27.1.2014).

Loyalitätsvermutung

Die verbreitete Vorstellung, dass Muslime wegen ihrer religiösen Überzeugung nicht die Wahrheit sagen würden, öffnet dem Misstrauen gegenüber Muslimen Tür und Tor und trägt dazu bei, dass bei Muslimen die Loyalität grundsätzlich in Frage gestellt wird. Ein solcher Generalverdacht führte etwa zur Forderung nach „Gesinnungstests“.⁵⁹

Königseder (2008: 22f.) beschreibt einen Kopftuch-Streit von 2003 um den Fall einer Lehrerin, die in Deutschland mit Kopftuch unterrichten wollte. Der in Kabul geborenen deutschen Staatsbürgerin wurde im Spiegel vorgeworfen, sie habe sich nicht „hörbar distanziert“ von Extremisten wie Metin Kaplan, dem „Kalifen von Köln“ oder vom iranischen Ajatollah Chomeini. Daher werde der Lehrerin, so Königseder, eine grundsätzliche Übereinstimmung mit Radikalen unterstellt, ohne dass sich die Lehrerin jemals extremistisch geäußert hätte. Man gehe also davon aus, dass sie radikale Absichten verfolge, falls sie sich nicht ausdrücklich davon distanzieren.

Im Wangner Minarettstreit forderte ein Einwohner in einem Leserbrief, dass sich die „islamische Obrigkeit“ zuerst zu „gewaltfreien Spielregeln“ bekennen müsse, bevor ein Minarett gebaut werden dürfe.⁶⁰ Im Leserbrief des damaligen SVP-Kantonsrats Lukas Reimann, der den Moschee-Streit in Wil angestossen hatte, wird bemängelt: „Die Toleranz der Europäer wird aktuell mit bedrohlichen terroristischen Anschlägen bestraft, die vielen Menschen das Leben gekostet haben. Auf eine klare und unmissverständliche Distanzierung der Wiler Muslimgemeinschaft wartete man vergeblich.“⁶¹ Auch hier werden die Mitglieder eines albanisch-islamischen Vereins unter Generalverdacht gestellt. Distanzierungen können dabei jederzeit mit dem Verweis auf die Taqīya als unglaubwürdig zurückgewiesen werden.

⁵⁹ Zeit-online publizierte etwa am 11.1.2006 einen Gesprächsleitfaden, mit dem Behörden in Baden-Württemberg „die innere Haltung von muslimischen Einbürgerungswilligen“ überprüfen sollen. Auch das Bundesland Nordrhein-Westfalen führte 2007 „Gesinnungstests“ ein (Welt-online vom 8.10.2009). Necla Kelek forderte in der Schweiz: „Die hier lebenden Muslime sollten nachweisen, dass sie demokratisch und offen sind, dass sie die Verfassung über die Scharia stellen. Sie haben eine Bringschuld, und sie sollten zuhören, was die Nachbarn sagen“ (Zentralschweiz am Sonntag vom 14.11.2010).

⁶⁰ Oltner Tagblatt vom 27.9.2005.

⁶¹ Leserbrief im St.Galler Tagblatt vom 30.8.2006.

Islam in den Medien

CVP-Präsident Darbellay forderte nach dem Anschlag auf Kopten in Ägypten zu Silvester 2010 den Protest muslimischer Organisationen in der Schweiz: „Sonst demonstrieren sie ja sehr schnell, wenn es zum Beispiel um das Burkaverbot in Frankreich geht. Wenn aber Christen von islamistischen Terroristen getötet werden, hört man nichts.“⁶² Damit unterstellt er den Muslimen in der Schweiz, Christenverfolgung insgeheim zu befürworten. Hier taucht aber auch noch ein anderes Problem auf: Wenn etwa der *Islamische Zentralrat der Schweiz* eine umstrittene Aktion plant, so erhalten diese Akteure ein riesiges Medienecho. Wenn aber der *Verband Aargauer Muslime* einen versuchten Bombenanschlag im Dezember 2010 in Stockholm in einer Medienmitteilung verurteilt, dann wird dies nirgendwo abgedruckt oder vermeldet, wie in einem Newsletter der Online-Plattform islam.ch beklagt wurde.⁶³

Strukturwandel der Öffentlichkeit

Was populistisch agierende Politakteure wie in diesem Fall Christophe Darbellay dabei gerne übersehen, ist, dass Religionsgemeinschaften und die dazugehörenden religiösen Milieus durch den sogenannten „Strukturwandel der Öffentlichkeit“ ihre eigenen Zeitschriften und Zeitungen und damit ihren direkten Zugang zur Öffentlichkeit verloren haben.⁶⁴ Dies bedeutet, dass religiöse Themen seit den 1980er Jahren nur noch dann eine breite Resonanz finden, wenn sie den neuen Medienlogiken entsprechen: Es „entscheiden zunehmend die Möglichkeiten zur Skandalisierung, Konfliktstilisierung, Personalisierung und Emotionalisierung darüber, ob und in welchem Ausmass Gegenstände des Religiösen zum öffentlichen Thema werden“ (ebd. S. 295). Durch das die nichtchristlichen Religionsgemeinschaften in der Schweiz „oft im Kontext internationaler Kriegs- und Konfliktereignisse thematisiert“ werden, bestehe die Gefahr, „dass negative Typisierungen aus diesen Kommunikationsereignissen unreflektiert auf die Religionsgemeinschaften übertragen werden.“ Dies gelte sowohl für den Einfluss der Nahostberichterstattung

⁶² 20min vom 16.1.2011.

⁶³ Newsletter von Islam.ch vom 16.12.2010.

⁶⁴ Imhof und Ettinger (2007: 289): „In diesem Prozess lösen sich die Medien von ihren herkömmlichen gesellschaftlichen Trägerorganisationen (Parteien, Verbände, Kirchen) und werden zu Dienstleistungsorganisationen mit beliebiger Kapitalversorgung, aber hohen Renditeerwartungen. Das Publikum dieser Medien bilden nicht mehr die Staatsbürger, sondern die Medienkonsumenten. Die Auswahl- und Interpretationslogiken der Medien richten sich nun primär nach den (Unterhaltungs-)Bedürfnissen dieses Publikums von Medienkonsumenten.“

15. Diskursive Konstruktion des Islams

auf die Wahrnehmung der jüdischen Minderheit in der Schweiz als auch für die Wahrnehmung der muslimischen Minderheit im Kontext des ‚islamistischen Terrors‘. Während aber „antijüdische Typisierungen aufgrund der historischen Erfahrungen engen Tabugrenzen unterliegen, lassen sich anti-muslimische Typisierungen in der öffentlichen politischen Kommunikation bedenkenlos instrumentalisieren“ (ebd. S. 298).

Hafez (2000: 196) stellte bereits in einer früheren Medienanalyse⁶⁵ fest, dass seit den 1970er Jahren die Berichterstattung über Nahost und Nordafrika signifikant zunehme, sich aber rund um „big events“ wie Kriege und Revolutionen konzentriere. Andere Lebensbereiche wie Kultur, Unterhaltung oder Soziales kommen kaum vor. Dies bestärke eine konfliktorientierte Perspektive und fördere im Westen ein negatives Bild des Nahen Ostens, der Araber und des Islams. Dahinden und Wyss (2010: 1) bestätigen dies auch in einer jüngst durchgeführten Studie⁶⁶: „Die Religion wird meist dann zum Thema, wenn sie die Ursache für Kriege oder Skandale ist, also mit einem negativen Ereignis in Verbindung steht. (...) Die Medienanalyse zeigt, dass die Medien das Christentum normalerweise als Religion darstellen, während sie religiöse Minderheiten eher als politische Organisationen behandeln.“

15.3.2. Rechtsstaat vs. Scharia und Demokratie vs. Rechtsstaat

Im Diskurs wurde von der Minarettopposition das Deutungsmuster einer „Schleichenden Islamisierung“ mit jenem von „Rechtsstaat vs. Scharia“ verbunden. Denn die wahrgenommene „Islamisierung“ der Schweiz habe letztendlich die Einführung der „Scharia“ zur Folge, was den Rechtsstaat unterminieren und die Schweiz zu einem lebensfeindlichen Ort machen würde, weshalb eine solche Entwicklung bereits im Keim erstickt werden müsse. Bemerkenswerterweise korrespondiert diese Verteidigung des Rechtsstaats mit einer Abwertung desselben im Deutungsmuster „Rechtsstaat vs. Demokratie“.

⁶⁵ Eine Untersuchung von 11'518 Medienberichten in FAZ, Süddeutsche Zeitung, Spiegel und Stern über Nahost und Nordafrika von 1946-1994.

⁶⁶ Für das Nationale Forschungsprogramm 58: 35 qualitative Interviews mit Journalisten und 21 mit Vertretern verschiedener Religionsgemeinschaften, sowie eine Analyse von 1225 Medienbeiträgen in Printmedien.

Rechtsstaat vs. Scharia

Der Präsident des Egerkinger Initiativkomitees hatte unter dem Titel „So läuft die Islamisierung ab“ ein Fünf-Phasen-Modell beschrieben, wo zuletzt die „Schleichende Einführung und Installierung der Scharia“ erfolgt, wobei diese Phase fünf bereits weit fortgeschritten sei.⁶⁷ Indizien für eine solche Sichtweise sind die „Sonderrechte“ für Muslime wie separate Grabfelder auf dem Friedhof, Rücksichtnahme auf religiöse Speisevorschriften oder Feiertage in der Schule oder beim Militär. Auch Kopftücher, Zwangsheiraten, Ehrenmorde oder Genitalverstümmelungen werden als Belege für die Ausbreitung einer islamischen Rechtsordnung gesehen, die durch den Bau von „Macht- und Herrschaftssymbolen“ wie Moscheen und Minaretten flankiert wird.⁶⁸

Ein Jahr nach der Minarett-Abstimmung resümierte eine Redaktorin im Tages Anzeiger, das Resultat habe zwar die politische Elite schockiert, doch hätte bislang noch niemand eine breite Diskussion über das Verhältnis des Islams zum schweizerischen Rechtsstaat geführt.⁶⁹ Diese Ansicht wurde nach der Anti-Minarett-Abstimmung zu einem Gemeinplatz, so forderte die NZZ am Sonntag etwa wegen der „islamischen Fundamentalisten“: „Schweizer Muslime müssen endlich Farbe bekennen“, denn die grosse Mehrheit gerate regelmässig unter Generalverdacht, wie zuletzt bei der Minarettabstimmung. Sie berichtete später über einen verschärften Ton des Zürcher Kirchenrats im Dialog mit den Muslimen, da dieser bei den muslimischen Dachverbänden bemängle, sich „bis heute nicht eindeutig und bedingungslos für die Akzeptanz des schweizerischen Rechtssystems“ ausgesprochen zu haben.⁷⁰ Diese Forderung könnte mit Könemann (2010: 12) auf den Druck der kirchlichen Basis zurückzuführen sein, denn: „Die Diskrepanz zwischen der Positionierung der religiösen Akteure und der Positionierung der Mitglieder wird zunehmend grösser.“ So waren die Kirchen die aktivsten Gegner

⁶⁷ Schweizerzeit vom 6.11.2009. Das Egerkinger Komitee versendet nach wie vor den Newsletter „Kein Minarett – kein Muezzin – keine Scharia“, <http://www.minarette.ch/bulletins/index.html> (27.1.2014).

⁶⁸ „Islamkenner“ beschreiben in Büchern diese ‚islamische Agenda‘, wie etwa Hué, Heidi (2010): Die Talibanisierte Schweiz im Jahre 2022, Books on Demand. Rezensiert auf: <http://www.pi-news.net/2010/11/rezension-die-talibanisierte-schweiz/>, wo auf eine Danksagung im Buch aufmerksam gemacht wird: „Ganz speziell bedanken möchte ich mich beim Blog „Politically Incorrect“, der mir unter <http://www.pi-news.net> mit Originalberichten und Dokumentationsfilmen die Augen geöffnet hat für die grausamen Seiten des Islams.“ Ein Kommentator zur Rezension würde die Muslime gerne in alte Öltanker stecken und an der Küste von Antalya auf Grund laufen lassen („Und schon sind sie Daheim.“).

⁶⁹ Tages Anzeiger vom 27.11.2010.

⁷⁰ NZZ am Sonntag vom 18.4 und 30.5.2010.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

der Minarettopposition und hatten etwa eigene Argumentarien verfasst – die Kirchenmitglieder hatten einem Minarettverbot dann aber mehrheitlich zugestimmt. Dieselbe Diskrepanz zwischen Führung und Mitgliedern konnte bereits bei den beiden Parteien mit religiösem Hintergrund, der EVP und der CVP, in Abschnitt 14.1 festgestellt werden, worauf mit der Forderung nach einer christlichen Leitkultur reagiert wurde.

Legalistischer Diskursstrang

Als im Herbst 2006 die Forderung des Egerkinger Komitees nach einem Minarettbauverbot bekannt worden war, meinte Jörg Paul Müller, Professor für Staatsrecht an der Universität Bern, in einem Rundschau-Bericht des Schweizer Fernsehens, dass die Muslime das Recht hätten, ihren Glauben nicht nur zu haben, sondern diesem Glauben in Kultusbauten im öffentlichen Raum auch Ausdruck zu geben. Durch eine solche einseitige Diskriminierung müssten die Muslime in der Schweiz eine Art von „Sippenhaft“ über sich ergehen lassen.⁷¹

Im Frühjahr 2007 berichtete die Tagesschau über die Pressekonferenz zur Lancierung der Initiative und befragte einen Staatsrechtler der Universität Freiburg. Dieser war der Meinung, dass die Initiative gar nicht umgesetzt werden könne, da sie gegen grundlegende Menschenrechte verstossen würde. Da mit einer Verletzung der Glaubens- und Gewissensfreiheit zwingendes Völkerrecht betroffen sei, müsste die Initiative vom Parlament für ungültig erklärt werden.⁷² Gemäss einer Agenturmeldung empfahl auch Giusep Nay, der ehemalige Präsident des Bundesgerichtes, dem Parlament, die Initiative dereinst für ungültig zu erklären. Sie tangiere die Religionsfreiheit und verletze die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) und damit Völkerrecht.⁷³ Später bezeichnete auch Daniel Thürer, Leiter des Instituts für Völkerrecht an der Universität Zürich, die Initiative als „unvereinbar“ mit dem Recht auf Religionsfreiheit und mit dem Diskriminierungsverbot.⁷⁴ Der Schweizerische Bundesrat nahm diese rechtsstaatlichen Bedenken in seiner Botschaft vom 27. August 2008 zur Volksinitiative „Gegen den Bau von Minaretten“ weitgehend auf.

Ab 2008 fand eine intensivierte juristische Auseinandersetzung zum Ge-

⁷¹ Rundschau vom 13.9.2006

⁷² Thomas Fleiner gegenüber der Tagesschau vom 3.5.2007.

⁷³ SDA vom 3.5.2007

⁷⁴ Tages Anzeiger vom 4.5.2007.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

genstand der Rechtmässigkeit der Minarett-Initiative statt (Kley und Schaer 2009, Schaer 2008 und 2009, Stüssi 2008). Der legalistische Diskursstrang mit den Themen Religionsfreiheit, Menschen- bzw. Grundrechte konnte den Minarettdiskurs aber kaum prägen. Spätestens nach der „Gültigerklärung“⁷⁵ der Initiative durch das Parlament (im März 2009 im Nationalrat und im Juni 2009 im Ständerat) wurden diese Deutungsmuster diskursiv delegitimiert, da die Initianten von da an auf diesen Parlamentsentscheid verweisen konnten, den sie als eine Bestätigung der Rechtskonformität interpretierten und kommunizierten. Es traten nun weniger juristische Experten in den Medien auf, wodurch Rechtsbegriffe kaum mehr gesetzt oder korrigiert wurden. So wurde die Behauptung, dass der Bau von Minaretten nichts mit der Religionsfreiheit zu tun habe und ein Verbot somit nicht diskriminierend sei, kaum mehr problematisiert.⁷⁶ Hirter und Vatter (2010: 23-25) stellten schliesslich fest, dass – obwohl dies „der Bundesrat und Juristen behauptet hatten“ – nur 36 Prozent aller Befragten der Aussage zustimmten, dass ein Minarett-Verbot gegen die Menschenrechte verstosse. Selbst auf der Gegenseite seien nur 62 Prozent davon überzeugt gewesen und 12 Prozent wollten oder konnten sich dazu nicht äussern. Trotzdem wären die Einschränkung der Grundrechte auf Religionsfreiheit und Nichtdiskriminierung das wichtigste Entscheidmotiv für ein Nein zur Initiative gewesen.

Rechtsstaat vs. Demokratie

Bei der Gegenüberstellung von Rechtsstaat und „Scharia“ bleibt ersteres unbestimmt und dient zur Abgrenzung von der „Scharia“, die als ein totalitäres, unmenschliches Kontrollsystem beschrieben wird, das alle Freiheitsrechte⁷⁷ abschafft und religiöse (nicht-muslimische) Minderheiten drangsaliert. Das rechtsstaatliche Verständnis der Minarettopposition nimmt erst in der Auseinandersetzung mit „Demokratie“ Konturen an. Klar wird nun, dass es die Grundrechte sind, woran sich diese Demokraten stossen, denn diese gelten

⁷⁵ Die Initiative wurde zur Ablehnung empfohlen, aber zur Abstimmung zugelassen, da das Parlament trotz Bedenken zur Umsetzbarkeit eines Minarettverbots nicht die Rolle einer (fehlenden) Verfassungsgerichtsbarkeit übernehmen wollten.

⁷⁶ Heinz Gstrein verstieg sich in position vom 21.1.2011 etwa zur abstrusen Behauptung: „Es gibt keine islamische Rasse, weshalb auch eine kritische Auseinandersetzung mit der islamischen Religion gar nicht unter die Rassismuspargraphen fällt.“

⁷⁷ Am wirkmächtigsten wurde das Deutungsmuster „Rechtsstaat vs. Demokratie“ beim Streit um das Abstimmungsplakat der Minarettopposition bewirtschaftet, als die Meinungsfreiheit dem Diskriminierungsverbot gegenübergestellt wurde, vgl. Abschnitt 9.1. Eine vergleichbare Gegenüberstellung erfolgte bereits 2006 international bei der Frage, ob die Veröffentlichung von Karikaturen über Mohammed zulässig sei oder nicht.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

auch für Minderheiten, was dem demokratischen Mehrheitsprinzip zuwiderlaufen scheint. Vor einer solchen demokratischen Absolutsetzung hatte bereits Alexis de Tocqueville im 19. Jahrhundert als der Gefahr einer „Tyrannei der Mehrheit“ gewarnt.

Im lokalen Konflikt in Wangen war es der unversöhnlich agierende Teil der Minarettgegner, der in Leserbriefen die Behördenvertreter ermahnte, darüber nachzudenken, von wem sie gewählt wurden und den Gerichten klar machte, dass nicht sie über den „Volkswillen“ entscheiden sollten.⁷⁸ Später verlangte im Kruzifix-Streit eine CVP-Motion für eine Kantonsinitiative „Toleranz der Minderheit der Mehrheit gegenüber“, damit „im Bereich der christlichen Symbole“ einzelne Personen ihre Überzeugungen nicht „mit rechtlichen Begründungen der grossen Mehrheit aufdrücken“ könnten.⁷⁹ Diese Vorstellung eines Vorrangs der Mehrheit zeigte sich auch in den Forderungen nach der Verankerung der „christlichen Leitkultur“ in der Bundesverfassung.⁸⁰ Das interne SVP-Konzept „Strategie 51 Prozent“ wurde im Februar 2011 publik, wonach eine politische Mehrheit angestrebt werden müsse. Ulrich Schlüer, der Herausgeber der Schweizerzeit, entwickelte dieses Konzept, da nur noch die SVP für die Selbstbestimmung der Schweiz stehen würde, wie er gegenüber den Medien erklärte. Der aktuelle Wahlslogan für die Parlamentswahlen 2011 „Schweizer wählen SVP“ steht gemäss Schlüer in einem direkten Bezug dazu.⁸¹

Populistischer Diskursstrang

Für Mudde (2004: 543) bedeutet Populismus eine Ideologie, welche die Gesellschaft in zwei homogene und antagonistische Gruppen unterteilt, „the pure people“ versus „the corrupt elite“. Politik sollte dabei immer Ausdruck eines „volonté générale“, eines Volkswillens sein. Ein populistischer Diskursstrang steht daher für eine Verschiebung der Gewichtung vom Grundrechtsschutz hin zur direkten Demokratie. Das „Volk“ wird dabei einer „Elite“ gegenübergestellt, die sich vornehmlich aus linken Politikern, Beamten, Experten und Intellektuellen zusammensetzt. Minderheitenrechte werden abfällig als „Sonderrechte“ bezeichnet, denn wer Sonderrechte beansprucht, gilt als überheblich und anmassend, fordert nur anstatt sich zu integrieren und strebt

⁷⁸ Vgl. dazu Kapitel 4.

⁷⁹ Vgl. dazu Abschnitt 14.1.

⁸⁰ Vgl. dazu Abschnitt 14.1.

⁸¹ 20min-online vom 19.2.2011 und Tages Anzeiger vom 20.2.2011.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

daher eine „Parallelgesellschaft“ an, was es zu verhindern gelte.

Als der Europarat im Juni 2010 die Schweiz in einer Resolution aufforderte, das Bauverbot für Minarette wieder aufzuheben, führte diese Nachricht auf 20min-online zu über 500 meist empörten Kommentaren.⁸² Dass ein Minarettverbot gemäss dem Europarat die muslimische Gemeinde diskriminiere und die Religionsfreiheit verletze, war aber nicht Gegenstand der Empörung, denn dieser Sachverhalt stand nicht im Vordergrund und wurde auch kaum bestritten. Viel mehr zu schaffen machte den Kommentatoren, dass der „Volkswille“ in Frage gestellt wurde. Ein *Hans Meier* meinte stellvertretend für viele: „Das Volk ist der Souverän... Punkt Schluss.“ Ein anderer dazu etwas ausführlicher: „Die Schweiz ist das letzte Land mit einem souveränen Volk in Europa, wenn nicht sogar in der Welt. Das Volk ist der Staat, wir entscheiden was passiert und was nicht.“ Ein Dritter fragte: „Fremderichter? Es braucht schon lange mal die Diskussion was höher steht... Völkerrecht oder Volkesrecht, (...)“.

2004 wurde bereits die sogenannte Verwahrungsinitiative trotz Verstoß gegen den „Anspruch auf wiederholte gerichtliche Haftüberprüfung“ (Artikel 5 Ziffer 4 EMRK) vom Parlament zugelassen und vom „Volk“ angenommen, weshalb die gesetzliche Umsetzung angepasst werden muss. Der sogenannten Ausschaffungsinitiative, welche die Genfer Flüchtlingskonvention, die EMRK und das Personenfreizügigkeitsabkommen tangiert, wurde im November 2010 in einer Volksabstimmung zugestimmt. Einen Einblick in die Gefühlslage dieser „Wutbürger“ gibt uns *Tinu* in seinem Kommentar auf 20min-online zur Resolution des Europarats: „Arbeitsplätze, Firmen, Anstand und Respekt wurden uns ja schon genommen. Nur die Gefühle und den Willen kann uns keiner nehmen. Demos kratos ! Basta ! Wir haben entschieden.“ Und ein *Fred Bünzli* dazu etwas pathetischer: „Auf alte Werte besinnen: Je mehr wir angegriffen werden, umso mehr sollten wir uns auf alte Grundsätze besinnen und zusammenhalten: Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern, (...) Wir wollen frei sein wie die Väter waren, eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“

Das Ausland und die „fremden“ Richter in Strassburg bedrohen das „Volk“ demnach ebenfalls. In der *Schweizerzeit* behauptete ein Jurist im Juni 2010: „Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) war im schweizerischen Grundrechtsverständnis schon immer ein Fremdkörper.“ Ausserdem

⁸² <http://www.20min.ch/news/schweiz/story/Aufhebung-des-Minarett-Verbots-gefordert-30377474> (27.1.2014).

15. Diskursive Konstruktion des Islams

gelte „zumindest im klassischen Völkerrecht“ der „wesentliche Grundsatz der Reziprozität“: „Wenn fremde Länder unseren Staatsangehörigen ein Recht nicht gewähren, beispielsweise in Mekka eine Kirche mit Turm und Glocken zu bauen, sind wir ebenso wenig verpflichtet, dies für ihre Staatsangehörigen in der Schweiz zu tun.“ Ein Ausländer könne ohnehin nicht geltend machen, in der Schweiz integriert zu sein, „wenn er glaubt, einen Volksentscheid des schweizerischen Souveräns missachten zu können und dagegen aussichtslose Prozesse zu führen.“ Hier seien entsprechende „fremdenpolizeiliche Konsequenzen“ zu ziehen (...)“.⁸³ Die Muslime in der Schweiz sind demnach Ausländer – und stammen aus Saudi Arabien.⁸⁴

Reziprozitätsforderung

Die vom Juristen oben angesprochene Forderung nach „Reziprozität“ ist im Diskurs allgegenwärtig. Evangelikale Christen nutzen sie, um auf die „Christenverfolgung“ durch „den Islam“ aufmerksam zu machen,⁸⁵ damit Christen in Ländern, wo sie in der Minderheit sind, die Rechte bekommen, welche den Muslimen in der Schweiz bis dahin abgesprochen werden, dann aber ebenfalls zugebilligt würden.

Mathwig (2009: 155ff.) stellt fest, dass mit dem Vorwurf der Christenverfolgung von den menschenrechtlichen Bedenken gegen die Anti-Minarett-Initiative abgelenkt werde und nach einer Vergeltungslogik eine moralische Pattsituation suggeriert würde, was in den Ohren jener, die in die Schweiz geflohen sind, weil sie in jenen Ländern selbst verfolgt wurden, zynisch klingen müsse. Diese Menschen würden dadurch für die politisch prekären Zustände in den Herkunftsländern mitverantwortlich gemacht, wobei ihre Anerkennung als Rechtssubjekte in Frage gestellt werde. Denn „wer aus einem Land kommt, das Grundrechte einschränkt oder mit Füßen tritt, darf sich hier *des-halb* nicht *ohne weiteres* auf rechtsstaatliche Garantien berufen“ (ebd. S. 159, Herv. im O.).

⁸³ Schweizerzeit vom 11.06.2010: „Islam, Rechtsstaat und Demokratie“.

⁸⁴ Dazu ein messianischer Jude in position vom 1.7.2009: „Es gibt eine Million Christen in Saudiarabien, viele davon sind Gastarbeiter von den Philippinen, und eine Million Hindus aus Indien. Es gibt keine Kirchen und keine Hindutempel. Überdies ist Saudiarabien natürlich judenrein. (...) Sollten wir nicht Gleichberechtigung anstreben? Sollten wir dem Islam erlauben, in Westeuropa Minarette zu bauen, wenn in Saudiarabien Christen unterdrückt werden?“.

⁸⁵ An einer Solidaritätskundgebung für verfolgte Christen forderte die Geschäftsführerin des Schweizer Zweigs von *Christian Solidarity International* (CSI): „Ab heute erwarten wir von den Muslimen bei uns, dass sie Ungerechtigkeiten in ihrer Heimat ebenfalls deutlich und hörbar verurteilen und sich für Religionsfreiheit einsetzen.“ (CSI-Mediendokumentation, „200 Millionen Christen verfolgt“, Solidaritätskundgebung 28. Mai 2008 in Bern. Binz. S. 9f.).

15. Diskursive Konstruktion des Islams

In der Wählernachbefragung stimmte schliesslich eine Mehrheit der Befragten der Aussage zu, dass ein Minarettverbot gerechtfertigt sei, „weil die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch eingeschränkt wird.“ Spontan hatten 16 Prozent der JA-Stimmenden angegeben, dass sie als Vergeltungsmassnahme gegen die Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern für ein Minarettverbot gestimmt hätten (Hirter und Vatter 2010: 23-25).

Untergraben wird die evangelikal-charismatische Reziprozitätsvorstellung durch jene der abendländischen Kulturkämpfer und rechtsnationalen Ethnopluralisten. Kulturkämpfer stellen ein kulturell homogen gedachtes (jüdisch-)christliches Abendland einem ebenso homogenen „islamischen Kulturkreis“ gegenüber. Damit befinden sich Christen im „islamischen Kulturkreis“ jedoch genauso am „falschen“ Ort wie Muslime in Europa, worauf ein entsprechender Minderheitenschutz für Christen nicht mehr zu rechtfertigen ist. Während sich chauvinistische Kulturkämpfer wie Ralph Giordano (vgl. 15.3), Henryk Broder (vgl. 10.1) oder Frank A. Meyer (vgl. 15.3.3) auf die Überlegenheit des eigenen „Kulturkreises“ berufen, so wird in der kulturessentialistischen Globalisierungskritik von Rechts die Bewahrung der verschiedenen „Völker“ angemahnt. Dabei gilt nur die Vermischung der „Völker“ als problematisch (Decker und Langenbacher 2010: 135).⁸⁶ Nach Bozay (2004: 33) leben einem ethnopluralistischen Ansatz zufolge alle Nationalitäten getrennt voneinander nach ihren „nationalen Werten“ in „ethnischen Nischen“. In einem Aufkleber des *Kampfbundes Deutscher Sozialisten* (KDS) heisse es in deutscher und türkischer Sprache: „Über Hundert Jahre Deutsch-Türkische Freundschaft; Deutscher sei stolz, Deutscher zu sein! Türke sei stolz, Türke zu sein!“ - Gemeinsam gegen Rassenmischung und Multikultur!“. Auf einem Weblog der „Autonomen Nationalisten“ mit Link zum KDS tönt es ganz ähnlich in Bezug auf die Juden: „Beendet den Hass auf das jüdische Volk, unterstützt seinen Weg in seine angestammte Heimat und wendet euch den wahren Feinden des Deutschen Volkes zu! Machtvergessene und kapitalhörige Politiker, eine entfesselte Wirtschaft, die Globalisierung und die

⁸⁶ Ulrich Schlüer etwa verteidigt mit seiner rechtsnationalen Schweizerzeit kein irgendwie konnotiertes Europa, sondern die Schweiz. Diese ist, wenn schon religiös, dann einzig christlich geprägt.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Vermischung der Völker!“⁸⁷ Im ethnopluralistischen Diskurs fallen neben den Muslimen auch die Juden der Reziprozitätsforderung zum Opfer (vgl. 14.1), da die Argumentation stärker völkisch-nationalistisch geprägt ist und weniger religiös-kulturell, wo noch eine positive Anbindung des Judentums ans Christentum erfolgen *kann*.

15.3.3. „Nationalsozialismus, Kommunismus und Islam“

Die diskursive Kernstrategie islamophober Aktivisten beruht darauf, Islamfeindschaft als legitim und notwendig darzustellen. In einem ersten Schritt wurde bereits teilweise erfolgreich den Muslimen die Deutungshoheit über islamische Symbole und Begriffe streitig gemacht. So gelten in weiten Kreisen der Bevölkerung islamische Bauten wie Minarette oder repräsentative Moscheen als Symbole der Feindschaft und Burkas oder Kopftücher als Symbole der Unterdrückung. Viele nicht-Muslime glauben aufgrund von Informationen von „Islamexperten“ auch zu wissen, was mit „Dschihad“ oder „Scharia“ gemeint ist und was Muslime 'wirklich' wollen – nichts Gutes jedenfalls.

In einem zweiten Schritt wird versucht, „den Islam“ als eine totalitäre Ideologie zu 'enttarnen', die religiöse Bezüge nur als Deckmantel benutzt, um sich unter dem Schutz der Religionsfreiheit schleichend auszubreiten und westliche Gesellschaften systematisch zu unterwandern.⁸⁸ Der „Islam“ wird durch den Vergleich mit Nationalsozialismus und Kommunismus als eine aktuelle fundamentale Bedrohung 'erkannt' und analog dem gesellschaftlich legitimen Antifaschismus und Antikommunismus als „totalitäre Ideologie“ gebrandmarkt, die an allen Fronten bekämpft werden muss.

⁸⁷ <http://nasofi.blogspot.com/> (Eintrag vom 20.5.2008, zuletzt besucht 27.1.2014). Im ersten Eintrag vom 20.12.2007 wird die Position der Gruppierung klar gemacht: „Vollwertige Anerkennung des Staates Israels als Teil der Völkergemeinschaft/ Bedingungsloses Selbstverteidigungsrecht für Israel gegen islamistischen Terror/ Gegen die Islamisierung Europas und für den Erhalt der jüdisch- abendländischen Kultur/ Bekenntnis zum Schutze der Reinheit des jüdischen Blutes und der jüdischen Identität des Staates Israel.“ Einen Tag später wird klar, woher die Vorstellung einer „Islamisierung Europas“ stammt, es wird nämlich ein Buch von Udo Ulfkotte zum Kauf empfohlen: „Wie weit verzweigt die kaum mehr durchschaubaren Netzwerke verschiedener militanter islamistischer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland bereits heute sind - dies zeigt Udo Ulfkotte in seinem akribisch recherchierten Dossier Der Krieg in unseren Städten.“

⁸⁸ So meinte der PI-Co-Betreiber Stefan Herre in einem TV-Interview: „Für mich ist der Islam keine Religion, sondern eine Gewalt-Ideologie und dementsprechend muss man ihn auch behandeln und nicht unter dem Etikett der Religion“ (gemäss der Frankfurter Rundschau vom 16.9.2011). Vgl. dazu auch 18.2 zum „Wertheimer Appell“.

Der Islam als totalitäre Ideologie

Nach der gewonnen Abstimmung gegen Minarette wurden schliesslich Dinge sagbar, die vorher nicht 'erlaubt' waren, bzw. reflexartig Kritik ausgelöst hatten. Bublitz (2006: 245f.) beschreibt dies als eine Verschiebung in einem „Strukturachsenmodell“ von Normalität und Abweichung, da sich aus diesen *diskursiven ‚Kreuzungen‘* aufgrund von „Macht-Kräfteverhältnissen und strategischen Kämpfen bewegliche Koordinatensysteme“ bilden, die einen diskursiven Raum konstituieren.

Frank A. Meyer, ein führender Publizist bei Ringier, frohlockte nach der Abstimmung: „Es darf jetzt offen über die problematischen Seiten des Islams diskutiert werden“ (zitiert nach Ettinger 2010: 41). 2004 musste er noch mit stärkerer Kritik rechnen, als er unter dem Titel: „Der Schoss aus dem das Ungeheuer kroch“ in seiner SonntagsBlick-Kolumne im Zusammenhang mit der Geiselnahme tschetschenischer Terroristen in einer Schule in Beslan meinte: „Die Ursachen des Islamismus und seines Terrorismus sind im Islam selbst zu finden“ (zitiert nach Kreis 2010a: S. 52).⁸⁹

Die Toleranzschwelle gegenüber Argumentationen dieser Stossrichtung lag 2010 bereits tiefer und Meyer fragte in seiner Kolumne rhetorisch: „Wieso ist ‚islamfeindlich‘ überhaupt ein Schimpfwort? Waren die Demokraten von links bis rechts nicht auch ‚kommunismusfeindlich‘ und ‚faschismusfeindlich‘? Ist es für Demokraten nicht ganz einfach Pflicht, ‚totalitarismusfeindlich‘ zu sein?“⁹⁰

Die wahre Antifa

Die linksextreme Aktivistin Mina Ahadi (vgl. 13 und 15.3) vom *Zentralrat der Ex-Muslime* meinte bereits 2007: „Der Islam ist vergleichbar mit dem Faschismus“.⁹¹ So ging es auch in einer Droh-Email an die Gemeinde Wangen wegen des dort ansässigen Türkischen Kulturvereins um „Islamofaschismus“, da der „pädophile[...] Kriegsfürst (Mohammed) und sein Todesgott Allah“ verehrt würden. Unterzeichnet wurde die Email mit „Antifa“ (vgl. 4). Diese versuchte Vereinnahmung des Kampfbegriffs „Antifa“ zeigt sich auch

⁸⁹ Gemäss einer Meldung der *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* (GRA) erstattete die Grüne Partei der Schweiz Strafanzeige wegen Widerhandlung gegen die Rassismus-Strafnorm. SonntagsBlick-Chefredaktor Christoph Grenacher habe die Grünen daraufhin als „Antidemokraten“ bezeichnet. Mitte März 2005 habe die Staatsanwaltschaft das Verfahren eingestellt.

⁹⁰ Frank A. Meyer im SonntagsBlick vom 29.8.2010. Der *Islamische Zentralrat der Schweiz* hatte daraufhin eine Strafanzeige gegen Meyer eingereicht.

⁹¹ Welt-online vom 10.8.2007.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

auf dem Politblog PI-news, wenn die islamophoben Aktivisten nach islamfeindlichen Demonstrationen – die meist linke Gegen-Demonstranten auf den Plan rufen – von Nazis-raus-Rufen berichten, die sie selbst mit Nazis-raus-Rufen beantwortet hätten, was auf der Gegenseite Verwirrung stifte.

Dieser Deutungskampf um Begriffe ist auf PI-news Programm. Unter der Rubrik „Kampf gegen Rechts™“ werden etwa Artikel gesammelt, die sich mit dem linken politischen und publizistischen Gegner befassen.⁹² Dabei wird auch etwa versucht, Sozialismus mit Nationalsozialismus zu Verbinden und ihre Gegner auf der Strasse als Nazi-Schläger anzusehen. In einem Kommentar heisst es: „Die Antifa hat Schlägertruppen, die auf alles einprügeln was eine andere Meinung hat. Und so ist die Antifa der linke Abklatsch der SA der Nazis.“ Dass dieser Gedanke noch gewöhnungsbedürftig ist, zeigt eine Antwort darauf: „Und Leute wie wir sind die wahre Antifa – schon seltsam der Gedanke, aber richtig.“⁹³

Henryk Broder (vgl. 10.1) formulierte bereits 2005: „Nach dem linken Faschismus der Sowjets, nach dem rechten Faschismus der Nazis, ist der Islamismus der Faschismus des 21. Jahrhunderts.“⁹⁴ Auch Hans-Peter Raddatz (vgl. 10.1) rückt den Islam sowie Vertreter des Dialogs mit Muslimen in die Nähe von Nazis. Widmann (2008: 62) zitiert Raddatz, der im Buch „Allah und die Juden“ die „Brüsseler Eliten“ als „auf einer Linie mit dem ‚Führer‘“ beschreibt, „dessen jüdisch-christliche Feindbilder die Familienähnlichkeit mit dem Islam herstellen“.

Heinz Gstrein schrieb auf derselben Argumentationslinie einen Artikel im evangelikalischen *Zukunft CH Magazin* (Nr. 6/2010) über die „totalitäre Ideologie“ des Islams, die er „in der unmittelbaren geistigen Nachbarschaft von Faschismus und Kommunismus“ sieht. Der Islam sei „eine der Säulen sowjetischer Herrschaft“ gewesen, wobei bei den „roten Moslems“ im ideologischen Überbau anstelle des „kämpferischen Atheismus der arabische Gott Allah an der Spitze stand.“ Hitler schliesslich hätte sich gewünscht, die Germanen wären Mohammedaner geworden, dann hätten sie die Welt damit erobert. Deshalb würden heute jene, die mit dem Islam liebäugeln mit den Rechtsradikalen im selben Boot sitzen.

Diese Argumentation verfocht Gstrein bereits in der Diskussionssendung

⁹² <http://www.pi-news.net/category/kampf-gegen-rechts/> (27.1.2014).

⁹³ <http://www.pi-news.net/2011/08/der-national-sozialismus-eine-linke-bewegung/> (27.1.2014). Diese Verknüpfung hatte Christoph Blocher in der Schweiz bereits 2000 mit einem Aufruf: „Freiheit statt Sozialismus“ versucht.

⁹⁴ Interview im Spiegel vom 1.8.2005, zitiert nach Schiffer und Wagner 2009, S. 144.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

Club des Schweizer Fernsehens nach der Anti-Minarett-Abstimmung, wo er als „ehem. Nahostkorrespondent NZZ, Orientalist“ angekündigt worden war.⁹⁵ Der *Tages-Anzeiger* bemerkte zum Auftritt Gstreins, dass dieser „schweres Geschütz“ aufgefahren habe: „Das Minarett ist in erster Linie ein Zeichen für die Unmenschlichkeit in der muslimischen Welt – genauso wie Hakenkreuze für die KZ und Hammer und Sichel für den Gulag.“ Die Empörung sei gross gewesen und der Gesprächsleiter habe sich gegen den Vergleich verwahrt.⁹⁶

Der Koran und Mohammed

Von islamophober Seite wird der Islam auf der ganzen Linie angefeindet: Seine Symbole werden als Zeichen der Feindschaft, Unterdrückung und Unmenschlichkeit diffamiert und dem Islam als Ganzes wird der Status als „Religion“ abgesprochen. Hinzu kommen Angriffe auf den Koran und Mohammed. Geert Wilders fordert in den Niederlanden 2007 ein Verbot des Korans, den er mit Hitlers „Mein Kampf“ vergleicht⁹⁷ und auch SVP-Nationalrat Walter Wobmann drohte „den Koran als Ganzes“ einzuklagen, sollte man das Minarett in Langenthal nicht verhindern können. Man wolle einmal sehen, wie Menschenrechtsverletzungen, Steinigungen oder die Züchtigung von Frauen und Kindern im Koran beurteilt würden.⁹⁸ Die Thurgauer Sektion der rechtsextremen *Schweizer Demokraten* startete im September 2011 eine Unterschriftensammlung für ein Verbot des Korans in der Volksschule, um ein Islamunterricht-Pilotprojekt zu bekämpfen. Argumentiert wird mit Suren aus „zertifizierten Koranen“ und mit Zitaten von Udo Ulfkotte (vgl. 10.1) und dem „Minority Report. Die zugelassene Islamisierung Europas“, einem 500-Seiten starken islamophoben Potpourri, das von PI-news heruntergeladen werden kann.

Wilders hatte den Koran bereits in seinem Film „Fitna“ von 2008 als ein grausames Machwerk dargestellt, indem er Bilder von Terroranschlägen mit Koran-Versen unterlegte, um zu zeigen, dass der Koran zu unmenschlichem Handeln aufrufe. 2009 wollte er seinen Film im Londoner House of Lords

⁹⁵ Club vom 1.12.2009: „Minarettverbot – Volksentscheid zwischen Triumph und Konsternation“.

⁹⁶ Tages Anzeiger vom 3.12.2009.

⁹⁷ „Der Kern des Problems ist der faschistische Islam, die kranke Ideologie von Allah und Mohammed, wie sie in dem islamistischen 'Mein Kampf' niedergelegt ist“, schrieb Wilders gemäss Spiegel.de vom 8.8.2007 in „de Volkskrant“. Vgl. auch Curio (2009: 241).

⁹⁸ Berner Zeitung vom 13.11.2010.

15. Diskursive Konstruktion des Islams

präsentierten, doch wurde gegen ihn vorübergehend eine Einreisesperre für England verhängt, so dass er erst im März 2010 ins britische Parlament konnte, was von Demonstranten der *English Defense League* (EDL) begrüsst wurde und wogegen eine andere Demonstration protestierte.⁹⁹

Wilders wendet sich nun der historischen Figur Mohammed zu. Unter dem Titel: „Es ist an der Zeit, Mohammed zu demaskieren“ schrieb er am 30. März 2011 einen Artikel in einem niederländischen Wochenmagazin, der gleichentags (!) in deutscher Übersetzung auch auf PI-news publiziert wurde.¹⁰⁰ Darin bezeichnet Wilders Mohammed als Pädophilen, Vergewaltiger, Mörder und Epileptiker. Er zitiert u.a. einen „Medizinhistoriker Armin Geus“, der bei Mohammed von „paranoider halluzinativer Schizophrenie“ spreche. Das Buch von Armin Geus „Die Krankheit des Propheten“ wurde auf PI-news vorher bereits mit einem Banner beworben und in einem Artikel vom 8. März als Buch-Tipp beschrieben. Darin wird die Auslieferung des Buches auf den 31. März (!) angekündigt.¹⁰¹ Wilders kam in seinem Aufsatz zu folgendem Schluss: „Eine öffentliche Debatte über das wahre Wesen und den Charakter Mohammeds kann Muslimen auf der ganzen Welt, die den Islam verlassen wollen, Erkenntnis und Unterstützung gewähren.“¹⁰² Am 1. April meldete PI-news unter „Wilders plant Fitna-Fortsetzung über Mohammed“, dass Wilders einen Film plane, „der sich in erster Linie mit dem Wesen Unwesen des islamischen Propheten Mohammed befasst. Wilders will das barbarische Leben und den geistigen Gesundheitszustand des Mannes darstellen, den anderthalb Milliarden Muslime weltweit als einen heiligen Propheten und ein nachahmenswertes Vorbild betrachten.“¹⁰³

⁹⁹ Vgl. BBC-news vom 5.3.2010.

¹⁰⁰ <http://www.pi-news.net/2011/03/es-ist-an-der-zeit-mohammed-zu-demaskieren/> (27.1.2014).

¹⁰¹ <http://www.pi-news.net/2011/03/die-krankheit-des-propheten/> (27.1.2014).

¹⁰² Das Buch wurde am 17. Juni von einem „Prof. Dr. Thomas Junker“ auf dem Blog vom Pax-Europa, einer mit PI-news verbundenen „Bürgerbewegung“, rezensiert und abschliessend kommentiert: „Die Krankheit des Propheten ist ein mutiges, interessantes und wichtiges Buch, das viel zu einer realistischen Einschätzung des Islam beiträgt. Es liefert entscheidende Hintergrundinformationen, indem es die Religion Mohammeds aus dem Charakter und Prophetenwahn ihres Stifters deutet.“ Ein solcher „Prof. Dr. Thomas Junker“ ist seit 2007 wissenschaftlicher Beirat der *Giordano Bruno Stiftung* zur Förderung des evolutionären Humanismus.

¹⁰³ <http://www.pi-news.net/2011/04/wilders-plant-fitna-fortsetzung-uber-mohammed/> (27.1.2014).

16. Fazit Teil III

Wer nach dem Ja zur Anti-Minarett-Initiative gedacht hatte, man könne wieder zur Tagesordnung übergehen und die Politisierung von Religion nähme nun ein Ende, sah sich getäuscht – das Gegenteil war der Fall. Einerseits ging der Diskurs nahtlos in eine Debatte um Burkas und Kopftücher über, andererseits geriet nun das Verhältnis von Religion und Politik bzw. Recht ins Scheinwerferlicht der öffentlichen Aufmerksamkeit, da die Nähe der Kirchen zum Staat problematisiert wurde. In einigen Kantonen gerieten nun die Kirchensteuern, insbesondere für juristische Personen, in die Kritik, in manchen Ortschaften kam es zu Konflikten um den „Glockenlärm“, insbesondere während der Nachtruhe.

In Kantonen des ehemaligen Sonderbundes kam es zu Konflikten um christliche Symbole in der Schule, was etwa Politiker der im Niedergang begriffenen Christlichdemokratischen Volkspartei dazu nutzten sich als Kulturkämpfer zu gerieren und – flankiert durch die SVP – Bekenntnisse zum Christentum in der Schweizer Bundesverfassung zu fordern. Das nationale Minarettbauverbot animiert somit zu weiteren eidgenössischen religionspolitischen Vorstössen, mit unabsehbaren Folgen für den Bundesstaat, der sich mit Verweis auf den Föderalismus bisher wenn immer möglich aus Religionsfragen herausgehalten hatte.

Die Politisierung von Religion hat dadurch den laizistischen Anliegen der Freidenker-Bewegung neuen Auftrieb gegeben, so traten sie etwa im Kanton Zürich mit einer eigenen Konfessionslosen-Liste zu den Nationalratswahlen 2011 an. Auf der anderen Seite haben durch die intensivierte Islamdebatte seit 2006 auch die evangelikalen Fundamentalisten ausserhalb ihrer Berner und Zürcher Hochburgen eine Publizität erhalten, welche ihre politische Stärke weit übertrifft, was auch auf die Konvertiten des Islamischen Zentralrats zutrifft und nur durch die geschilderten Medienlogiken im Kampf um das knappe Gut Aufmerksamkeit in einer aufgeheizten Werte-Debatte mit Zügen von Fundamentalkonflikten erklärt werden kann.

Im letzten Kapitel dieses Teils wurde ersichtlich, dass das Misstrauen, das gegenüber der muslimischen Minderheit gesät wurde, nicht mehr einfach aus

16. Fazit Teil III

der Welt zu schaffen ist. Minarette spielen keine Rolle mehr, wenn nun jeder, der als Vertreter des Islams auftritt, unter einen Generalverdacht gerät. Der unheilvolle Geist ist aus der Flasche und es gibt in der hart geführten Debatte um die (unumkehrbare) Pluralisierung der Gesellschaft und deren Werte und Identität kaum Anzeichen einer Deeskalation.

Teil IV.

Das islamophobe Netzwerk

17. Einführung

Konflikte um islamische Bauprojekte in der Schweiz und in Deutschland weisen eine Parallele auf: Wenn die lokalen Gegner damit beginnen, neben baurechtlichen und verkehrstechnischen Fragen Religion ins Spiel zu bringen, dann werden Kompromisslösungen unwahrscheinlich. Denn jene „Islamexperten“, die dann von den lokalen Gegnern zitiert oder an Veranstaltungen eingeladen werden, warnen in der Regel vor einer „Schleichenden Islamisierung“ und giessen so Öl in bereits lodernde Feuer, was die Fronten mehr verhärtet als entspannt.

Aus solchen Konflikten heraus radikalisieren sich auch lokale Gegner, die sich zu islamophoben Aktivisten entwickeln und sich überregional zu organisieren beginnen. Der Schweizer Minarettstreit wurde in diesen Kreisen breit rezipiert. Die personelle und organisatorische Vernetzung wird immer dichter, so dass mittlerweile von einem eigentlichen islamophoben Milieu gesprochen werden kann, das eigene sprachliche Codes hervorbringt und den Beteiligten das Gefühl gibt, Teil eines „Wir“ zu sein, das in Opposition zu einem „Mainstream“ steht und sich ungerechtfertigterweise ausgegrenzt fühlt. Diese transnationale Bewegung hat eigene Vordenker, die seit 2007 in Europa, Israel und den USA regelmässig Tagungen abhalten, um ihre Kräfte zu bündeln und Strategien gegen die „Islamisierung“ zu entwickeln. Der sogenannte „Counterjihad“ stützt sich dabei insbesondere auf die Eurabia-Theorie zur Erklärung der „Islamisierung.“ Einen anderen Ansatz vertritt die „konservative Islamkritik“, welche die „Islamisierung“ als eine Folge „westlicher Dekadenz“ interpretiert, zur „Umkehr“ aufruft und eine konservative Wende fordert.

Die verschiedenen islamophoben Strömungen rangen 2011 in Deutschland um parteipolitischen Einfluss, was einen Einblick in die ideologischen Grabenkämpfe innerhalb dieser heterogenen Bewegung ermöglicht. Im Folgenden wird nun der Beginn der Vernetzung von einzelnen lokalen Organisationen nachgezeichnet, um dann einen ersten Schwerpunkt auf die beteiligten religiösen Organisationen zu legen. Über die geteilte Bedrohungswahrnehmung „Eurabia“ wird die Entwicklung des „Counterjihad“ aufgezeigt, um

17. Einführung

einen zweiten Schwerpunkt auf die Rolle der islamophoben Internetplattformen zu legen, die auch Ausgangspunkt der Darstellung von divergierenden „Islamkritiken“ sein werden.

18. Die beginnende Vernetzung

18.1. Tour d' Europe: Exportschlager Minarettverbot

Anfang Juni 2007 forderte die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) in einem Parlamentsantrag ein Minarett-Verbot in der Verfassung. Darin nahm sie ausdrücklich auf die Schweizer Initiative des Egerkinger Komitees Bezug, wie Geden feststellte. Daraufhin reagierte Jörg Haiders *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ), das sich 2005 von der FPÖ abgespalten hatte, mit der Ankündigung die Kärntner Baugesetze verschärfen zu wollen, um sich „der schleichenden Islamisierung Europas“ entgegenzustellen. Beide Parteien übernahmen Ulrich Schlüers Behauptung, dass es sich bei Minaretten nur um Symbole des religiös-politischen Machtanspruchs des Islams handle. FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache meinte: „In Österreich spriessen Minarette wie Unkraut aus dem Boden“ und Minarette seien „Speerspitzen gegen die autochthone Bevölkerung“.¹ In Kärnten wurden Minarett- und Moscheebauten 2008 schliesslich über ein neues „Ortsbildpflege-Gesetz“ praktisch verunmöglicht – notabene ohne dass ein konkretes Bauprojekt bekannt gewesen wäre. In Vorarlberg wurde über eine Änderung des Raumplanungsgesetzes dieselbe Absicht umgesetzt.² Nach dem Minarettverbot in der Schweiz forderte auch die Tiroler FPÖ ein solches.³

Schweizer Entwicklungshelfer

Direkte Unterstützung aus der Schweiz holte sich die Vorarlberger FPÖ für den Wahlkampf zur Landtagswahl 2009. Für Werbung und Rhetorikseminare engagierten sie die Zürcher PR-Firma Goal von Alexander Segert, einem Schlüer-Protégé und langjährigen Politwerber der SVP, der für die Vorarlber-

¹ Oliver Geden in der Süddeutschen Zeitung vom 2.8.2007 und im Standard vom 30.8.2007. Pro Köln, an deren Demonstration gegen einen Moscheebau Strache 2007 teilgenommen hatte, forderte gleich ein Minarettverbot für ganz Europa.

² Der Standard vom 13.2.2008 und 9.4.2008. Der Feldkircher Bischof meinte gegenüber dem ORF am 8.3.2008: „Moscheen mit Minaretten wären eine Provokation“.

³ Der Standard vom 12.12.2009.

18. Die beginnende Vernetzung

ger unter dem Motto „Schluss mit falscher Toleranz“ auch „Keine Minarette“ forderte.⁴

Segert, ehemaliges Mitglied des *Vereins zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis* (VPM), der sich im Umfeld rechtsradikaler und christlich-fundamentalistischer Gruppen bewegt hatte und 2002 aufgelöst wurde, trat 1993 in die Redaktionen des SVP-Organs *Zürcher Bote* und Ulrich Schlüers *Schweizerzeit* ein (Niggli und Frischknecht 1998: 357). Als Schlüer 1995 in den Nationalrat gewählt wurde, konzentrierte er sich auf die *Schweizerzeit* und gab seine anderen Zeitschriften ab, *Bürger und Christ* an Alexander Segert (ebd. S. 524). *Bürger und Christ* schrieb gegen Homosexualität und warnte vor dem Vormarsch des Islams. 1997 füllte Segert sein Blatt wiederholt mit Nachdrucken aus der Broschüre: „Islam im Vormarsch – Gefahr für das Abendland?“ (ebd. S. 367).

Für das Referendum gegen das Antirassismus-Gesetz steuerte auch der VPM 2000 Unterschriften bei, da damit eine „Gesinnungsjustiz“ gescheiterter Marxisten gegen nicht „zeitgeistkonforme“ Mitbürger verhindert werden müsse. Im Referendums-Komitee „Für Freiheit im Reden und Denken“ sassen Vertreter des VPM, der EDU, der Schweizer Demokraten, der protestantischen „Aktion Kirche wohin?“ und der Herausgeber der katholischen Zeitschrift *Philomena*, die bereits 1993 vor einer gesteuerten Einwanderung nichtchristlicher Völker nach Europa zur Zerstörung des christlichen Abendlandes warnte. Muslime würden sich schon heute ungeheure Frechheiten erlauben, hiess es bereits 1993 (ebd. S. 302-306).⁵

Das umstrittene Segert'sche Anti-Minarett-Plakat der SVP (Abbildung 9.1) wurde nach der Schweizer Minarett-Abstimmung zu einem Exportschlager. Dank SVP-Grossrat Andreas Glarner, der im Dezember 2009 der Bürgerbewegung Pro Köln beitrug, fand das SVP-Plakat Verwendung im Pro-NRW-Wahlkampf zu den Landtagswahlen im April 2010 in Nordrhein-Westfalen, wie auch seine „Maria statt Scharia“-Kampagne zu den Schweizer Nationalratswahlen 2007.⁶ Bereits im Oktober 2009 wurde das Plakat in abgewandel-

⁴ Tages Anzeiger vom 26.8.2009.

⁵ In *Philomena* (3/1993) wurde im selben Stil geschrieben, wie es 15 Jahre später Ulfkotte auf *akte-islam.de* tat (vgl. 10.1), es wurde berichtet: „Eigenartiges aus Biel: Ein Türke benutzt am Sonntag die Waschmaschine in einem Mehrfamilienhaus. Der Abwart reklamiert. Reaktion des Türken: In 2 Jahren haben wir die Macht hier. Oder in Bern: Türkischer Vater bringt sein Kind in den Kindergarten. Es kommt zu einem Gespräch mit der Kindergärtnerin: 'Du Christin?' Sie: 'Ja, warum?' Er: 'Wir Dich töten'.“

⁶ <http://www.pi-news.net/2009/12/svp-politiker-glarner-wird-mitglied-von-pro-koeln/> (27.1.2014).

18. Die beginnende Vernetzung

ter Form von der *British National Party* (BNP) benutzt.⁷ Für den Wahlkampf organisierte Pro NRW am 27. März 2010 eine „internationale Konferenz für ein Minarettverbot“ mit Beteiligung der FPÖ und des Vlaams Belang. Oskar Freysinger, SVP-Nationalrat und Mitglied des Egerkinger Komitees, sandte vorab eine Grussbotschaft an die Konferenzteilnehmer als „Liebe abendländische Freunde“, worin er meinte: „Es weht ein Wind des Aufruhrs durch Europa! Die freiheitsliebenden Bürger wollen wieder ernst genommen werden und ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. (...) Ein kleines, unabhängiges Volk zeigte den Weg. Das weisse Kreuz auf rotem Grund sei euer Wegweiser.“⁸

NPD dankt der Schweiz

In Hessen ärgerte sich Anfang 2010 die rechtsextreme *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD), dass ihr Slogan: „Danke, Schweiz – Minarettverbot auch hier“ von der *Christlich Demokratischen Union Deutschlands* (CDU) durch „Danke, Schweiz. Minarette sind politische Symbole“ abgekupfert worden sei, denn die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag hatte einen Antrag zur Verankerung eines Minarettverbots im Grundgesetz ins Parlament eingebracht. Der NPD-Pressereferent zitierte auf der Website der Partei dazu Necla Kelek (vgl. Kapitel 10) aus einem Interview mit der Sächsischen Zeitung vom 7.1.2010, wonach es sich beim Islam um eine höchst problematische Religion handle, denn der Islam wolle „Leitkultur sein“. Auch habe Kelek das Minarett vor einiger Zeit als „Herrschaftssymbol“ und „Speerspitze des politischen Islam“ beschrieben. Zum Schluss habe der NPD-Fraktionsvorsitzende im Parlament gesagt: „Wir wollen keine Minarette, keine Moscheen, wir wollen keine Scharia und keinen politischen Islam. Über Deutschland darf weder der Halbmond noch der Davidstern wehen! Wir wollen, dass Deutschland wieder das Land der Deutschen wird!“. Mit Verweis auf Vorarlberg und Kärnten wurde auf der NPD-Website angekündigt, zusätzlich eine Gesetzesänderung zur Sächsischen Bauordnung einzubringen, um Minarette auch baurechtlich zu verhindern.⁹ An gleicher Stelle wurde drei Wochen später eine „Argumentationshilfe für Nationalisten: Minarettbau in der BRD“ publiziert, wo bekräftigt wurde, dass ein Verbot die Religionsfreiheit nicht tangiere, „denn kein Mohammedaner benötigt

⁷ 20min-online vom 20.10.2009: Minarett-Sujet: Rechtsextremer Exportschlager.

⁸ <http://www.abendland-in-christenhand.de/?p=472> (22.8.2011, nun offline).

⁹ Meldungen auf npd.de vom 21.1.2010.

18. Die beginnende Vernetzung

zur Ausübung seiner Religion ein Minarett. Die Initiative der NPD richtet sich gegen eines der sichtbarsten Symbole der Überfremder, Landnehmer und Unterdrücker: das anatolische Minarett.“

Im Februar 2010 wurde dann ein angepasstes französisches Anti-Minarett-Plakat von der Parteijugendorganisation des *Front National* (FN) für die Regionalwahlen in Provence-Alpes-Côtes-d'Azur im März verwendet. Ein Gericht ordnete schliesslich die Entfernung der Plakate an.¹⁰

In Warschau wurde Ende März 2010 mit dem Anti-Minarett-Plakat gegen den Bau einer Moschee in der polnischen Hauptstadt demonstriert,¹¹ während gleichzeitig in Nordrhein-Westfalen zu einem „Sternmarsch auf die Duisburger Grossmoschee“ aufgerufen wurde. Auf einem angepassten Anti-Minarett-Plakat von Pro NRW war zu lesen: „Stopp Islam! Minarettverbot jetzt! Abendland in Christenhand!“.

“Minarett-Attack!“

Der Politwerber Alexander Segert hatte für die Schweizer Anti-Minarett-Kampagne das Online-Game „Minarett-Attack!“ entwickelt, das wie das Abstimmungsplakat durch Provokation Aufmerksamkeit generierte (vgl. 15.1). Da die Vorarlberger FPÖ dank Segerts Wahlkampfunterstützung ihren Stimmenanteil bei der Landtagswahl im Herbst 2009 fast verdoppeln konnte, sicherte sich die steirische FPÖ die Hilfe aus der Schweiz ein Jahr später für ihre Landtagswahl. Hier konnte die FPÖ ihr früheres Ergebnis gar mehr als verdoppeln und errang einen Sitz in der Landesregierung. Mitgeholfen hatte dabei der Skandal um eine angepasste Version des Online-Spieles unter dem neuen Namen: „Moschee-Baba“, das (wie zu erwarten war) Proteste ausgelöst und damit für maximale Aufmerksamkeit gesorgt hatte. Die Grünen und die Islamische Glaubensgemeinschaft hatten Strafanzeigen wegen „Verhetzung und der Herabwürdigung religiöser Lehren“ eingereicht, selbst der UNO-Generalsekretär hatte sich dazu geäussert.¹² Die FPÖ musste das Spiel wegen eines Gerichtsentscheids deaktivieren, doch tauchte es kurz darauf auf einem österreichischen Rechtsextremen-Blog wieder auf¹³ und wenig später

¹⁰ Tages Anzeiger vom 25.2.2010 und 12.3.2010.

¹¹ Tages Anzeiger vom 27.3.2010.

¹² Tages Anzeiger vom 3.9.2010 und NZZ vom 4.9.2010. Alexander Segert und der steirische FPÖ-Chef Gerhard Kurzmann mussten sich wegen des Anti-Minarett-Spiels am 14. Oktober 2011 in Graz vor Gericht verantworten. Dort wurden beide vom Richter freigesprochen. Der Staatsanwalt legte Berufung ein (Tages Anzeiger vom 15.10.2011).

¹³ Tages Anzeiger vom 6.9.2010.

18. Die beginnende Vernetzung

gelangte eine adaptierte Version als „Call of Muezzin Reconquista Warfare“ aufs rechtsextreme Online-Portal *Deutschland-Echo*, nun mit eindeutigen Schiessgeräuschen und eingeblendeten Patronenhülsen.

18.2. Lokale Minarettgegner und die Islamexperten

„Islamexperten“ begannen sich nach 2001 in der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit zu etablieren, da ihre Bücher Bestseller und sie selbst zu gefragten Gesprächspartnern in den Medien wurden (vgl. Kapitel 10). Dies wussten nun auch lokale Gegner von islamischen Bauprojekten für sich zu nutzen.

Wangen und Langenthal: Minarettgegner finden sich

Beim ersten solchen Konflikt in der Schweiz agierte die lokale Opposition in Wangen bei Olten 2005 noch sprachlos. Dank Internet und Google liess sich zwar herausfinden, dass ein Minarett ein Moscheeturm für den Muezzin sei, doch wurde der Gebetsruf noch hilflos als störender Lärm mit „Hundegebell, Kuhglocken, Gänseschnattern und Hähnekrähen“ verglichen – dem designierten Kulturkämpfer fehlte schlicht das Vokabular.¹⁴ Als erster griff ihm der reformierte Pfarrer mit seiner Rede vom „christlichen Kulturkreis“, den es zu verteidigen gelte, unter die Arme. 2006 kam schliesslich Schützenhilfe aus Langenthal vom dortigen Konflikt. Während in Wangen eine informell organisierte Bürgerinitiative Unterschriften sammelte, wurde in Langenthal ein Komitee gegründet, das auch Informationsmaterial zusammenstellte und Vorträge organisierte. SVP-Stadtrat Patrick Freudiger brachte den „Islamexperten Hans-Peter Raddatz“ (vgl. 10.1) ins Spiel,¹⁵ die EDU holte sich Heinz Gstrein (vgl. 10.1) als Experten, der schliesslich drei Jahre später auch an der Delegiertenversammlung der SVP zur Minarett-Abstimmung referierte. Im September 2006 traten Vertreter der Wangner und der Langenthaler Minarettopposition gemeinsam im Club zum Thema: „Minarett-Streit: Wie viel Islam erträgt die Schweiz?“¹⁶ auf. Zwei Tage später argumentierte der erste Wangner Leserbriefschreiber und Initiant der Sammeleinsprache dann auf der Höhe des islamophoben Diskurses mit der Reziprozitätsforderung, den

¹⁴ Erster Leserbrief im Oltnen Tagblatt vom 7.9.2005: Ein Minarett in Wangen?

¹⁵ <http://www.patrick-freudiger.ch/artikel/speziell-zu-langenthal/gedanken-zum-minarett.htm> (27.1.2014).

¹⁶ Club vom 26.9.2006.

18. Die beginnende Vernetzung

Kreuzzügen und der Bedrohung durch islamistischen Fundamentalismus und Terrorismus.¹⁷

Moscheegegner vernetzen sich

Hans-Peter Raddatz referierte auf Einladung der CDU bereits im März 2002 an einer Veranstaltung zum Moscheebaukonflikt im hessischen Schlüchtern zum Thema: „Der heilige Krieg des Islams und das neue Europa – Demokratie in Gefahr?“. Dabei stellte er den Islam als eine Gefahr für die Demokratie in Deutschland dar und bezeichnete den interreligiösen Dialog als verantwortungslos, da er einer Islamisierung des Abendlandes Vorschub leiste. Einige Wochen zuvor traten an der Informationsveranstaltung einer Bürgerinitiative in der Stadthalle Schlüchtern bereits Adelgunde Mertensacker, ehemalige Professorin für Erziehungswissenschaften und Vorsitzende der christlich-fundamentalistischen Partei *Christliche Mitte* (CM), sowie die Sozialwissenschaftlerin Hiltrud Schröter auf. Mertensacker betonte in einem Referat die Inkompatibilität des Islams mit einer demokratischen Gesellschaftsordnung und Schröter bezeichnete die Ahmadiyya Gemeinde als totalitär, antisemitisch und antichristlich (Hohmann 2003: 44f.).

Wertheimer Appell

Ab etwa 2001 kam es in Wertheim (Baden-Württemberg) zu einem Konflikt um einen Ditib-Moscheebau. Anführer einer Bürgerinitiative wurde der lokale Unternehmer Willi Schwend. Es wurde eine Website¹⁸ eingerichtet, die auch mit jener der Schlüchterner Bürgerinitiative verlinkt ist. Im September 2002 lud die Bürgerinitiative Wertheim zu einem Diskussionsabend zum Thema: „Alles zum ISLAM + Moscheebau: Wertheim fragt, wir antworten“. Einer der Referenten war „Dr. H.P. Raddatz“. Auf der Website wird ausserdem Literatur zum Thema empfohlen (Stand 2002).¹⁹ Die Junge Freiheit berichtete 2003 über Schwends Wertheimer Bürgerinitiative und sein Engagement im Vorstand des neu gegründeten *Bundesverbandes der Bürgerbewe-*

¹⁷ Leserbrief in der Berner Zeitung vom 28.9.2006.

¹⁸ <http://www.moschee-wertheim.de/> (27.1.2014).

¹⁹ U.a. Raddatz (Von Gott zu Allah? 2001; Von Allah zum Terror? 2002), Udo Ulfkotte (Propheten des Terrors, 2001), Victor Mordecai [alias Avi Lipkin, vgl. 15.3.1] (Der Islam - Eine globale Bedrohung? 1999), Oriana Fallaci, *Bat Ye'or*, Hiltrud Schröter, Mertensacker (Muslime erobern Deutschland, 1998; Moscheen in Deutschland, Stützpunkte islamischer Eroberung, 2001), Scholl-Latour.

18. Die beginnende Vernetzung

gung für Demokratie und Heimat (BDB).²⁰

Im ersten „Islam-Argumentarium: Grundbegriffe“ des Egerkinger Initiativ-Komitees vom Mai 2007 wurden Auszüge aus der BDB-Informationsschrift „Die 5 Säulen – das Selbstverständnis – die politische Praxis des Islam“ eingearbeitet. Darin wird erklärt, dass jeder Muslim die Pflicht habe, den Islam auszubreiten, bis sich alle Nicht-Muslime der Oberherrschaft des Islams unterworfen hätten. Dazu gehöre die Errichtung einer Parallelgesellschaft und die Unterwanderung und Infiltrierung von Medien, Parteien oder Vereinen.

Im Juni 2007 organisierte die BDB in Wertheim das „1. Deutsche Islamkritikertreffen“, wo ein „Wertheimer Appell“ verabschiedet wurde, der eine „schleichende Islamisierung der Bundesrepublik Deutschland“ beklagt: Da „genug Wissen über den Islam, seine vierzehnhundertjährige Gewaltgeschichte und seine ideologische Unveränderbarkeit“ vorliege, wurde u.a. gefordert, dass „Art. 4 GG (Religionsfreiheit) hinsichtlich seiner Anwendbarkeit auf die Politreligion Islam“ überprüft werde, dass die lokale Bevölkerung über Moscheebauprojekte abstimmen dürfe, dass Minarette „als Ausdruck des politischen Islam“ verboten werden und dass alle Einwanderer ein Bekenntnis zur „christlich-jüdisch-humanistischen Tradition Europas“ ablegen müssten.²¹

Gemäss der Medienmitteilung der BDB hatten am Treffen 96 Delegierte von Bürgerinitiativen gegen lokale Moscheebauprojekte teilgenommen, sowie „islamkritische Publizisten und Blogger, die gegenwärtig den Hauptbeitrag zur Verbreitung islamkritischer Nachrichten leisten“ würden. So habe auch Stefan Herre von *Politically Incorrect* (PI-news) gesprochen und ein Blogger von „Grüne Pest“²². Hauptredner war „Bestsellerautor“²³ Udo Ulfkotte (vgl. 10.1), der im Dezember 2006 den Verein „Pax Europa“ gegründet hatte.²⁴

Mit dabei war der Sozialwissenschaftler Hartmut Krauss, der auch auf PI-news veröffentlicht²⁵ und neben Mina Ahadi und Michael Schmidt-Salomon die „Kritischen Islamkonferenz“ (vgl. 15.3) mitbegründete. Krauss berich-

²⁰ Junge Freiheit vom 23.5.2003.

²¹ Vgl. zur Negierung des Islams als Religion und zur Loyalitätsvermutung Kapitel 15.

²² Mit „Grüne Pest“ ist sowohl die Grüne Partei als auch der Islam gemeint. Der Name des Blogs wurde später geändert: <http://reconquista-europa.com/> („Für Freiheit – Gegen Islamisierung“).

²³ Genannt wird: „Der Krieg in unseren Städten. Wie radikale Islamisten Deutschland unterwandern“, 2003.

²⁴ Als Verweis auf *Pax Europa* wird Ulfkottes Website www.akte-islam.de angegeben, die bis zum Terroranschlag im Juli 2011 in Norwegen online war.

²⁵ Etwa: <http://www.pi-news.net/2009/05/rueckblende-auf-den-zdf-dreiteiler-morgenland/> (27.1.2014).

18. Die beginnende Vernetzung

tete über das „1. Deutsche Islamkritikertreffen“ und nannte Delegationen von Moscheebaugegnern aus Berlin, München, Köln und Recklinghausen, sowie ein „Berliner CDU-Abgeordneter“ – wohl René Stadtkewitz, der spätere Gründer einer islamophoben Partei. Ulfkotte habe klar gemacht, dass es ihm nicht darum geht, „die aufklärungshumanistische Leitkultur des säkularisierten Kerneuropas gegenüber dem Vormarsch der islamischen Religionsdiktatur zu verteidigen, sondern den christlich-konservativen Werteverfall zu überwinden. Der Islam wird auf dieser Grundlage weniger als Bedrohung einer freiheitlich-demokratischen Lebensordnung begriffen, sondern vorrangig als religiös-kultureller Konkurrent im Kampf um den 'richtigen' Konservatismus bzw. um die probate normativ-religiöse Software für die Gestaltung einer autoritär-hierarchischen Gesellschaft gesehen.“ Der „Berliner CDU-Politiker“ habe sich daraufhin mit Ulfkottes Anliegen solidarisiert, andere Diskutanten hätten aber Ulfkottes „programmatische Engführung auf christlich-jüdische Werte“ kritisiert.²⁶

Minority-Report: Die zugelassene Islamisierung Europas

Der Schriftsteller Rolf Stolz hatte am „1. Deutschen Islamkritikertreffen“ im Juni 2007 in Wertheim den „Minority-Report“ vorgestellt.²⁷ Beim „Minority-Report. Die zugelassene Islamisierung Europas“ handelt es sich um ein knapp 500 Seiten starkes Sammelsurium an Koransuren, Zitaten von „Islamexperten“ (etwa Rolf Stolz, *Bat Ye'or*, Udo Ulfkotte, Hans-Peter Raddatz, Necla Kelek, Mark A. Gabriel, Henryk Broder, Adelgunde Mertensacker, Robert Spencer, *Fjordman*, Ursula Spuler-Stegemann, Hiltrud Schröter, Christine Schirrmacher, Oriana Fallaci, David Littman, Ayaan Hirsi Ali, Peter Scholl-Latour, Daniel Pipes), von Medienberichten und Essays, wie sie auf den islamophoben Blogs²⁸ seit Jahren die Runde machen und die Kernthese bestätigen sollen, dass eine bewusste Islamisierung Europas – mit Unterstützung der eigenen „Eliten“ – im Gange sei und nur mit der Schaffung einer kritischen „Gegenöffentlichkeit“, welche der Bevölkerung die Augen öffnet, aufgehalten werden könne. Denn, so heisst es im Vorwort des Minority-Reports: „In zwanzig Jahren soll nicht gesagt werden: *Wir haben es damals nicht besser gewusst. Wir wussten nicht, dass es so schlimm werden wird!*“.

²⁶ <http://www.glasnost.de/autoren/krauss/islamkonf.html> (27.1.2014).

²⁷ ebd.

²⁸ Im Minority-Report wird etwa von brusselsjournal.com, akte-islam.de, politicallyincorrect.de (heute: pi-news.net) oder buergerbewegungen.de zitiert.

18. Die beginnende Vernetzung

Der „Minority-Report. Die zugelassene Islamisierung Europas“ kann seither auf PI-news unter „Downloads“ bezogen werden. Im November 2007 wurde in einem PI-news-Artikel angekündigt, dass der Report nun „rechtzeitig zu Weihnachten“ als Buch bestellt werden könne.²⁹ In den Kommentaren zu diesem Artikel wird darüber diskutiert, ob man „jede gebärfreudige muslimische Frau zwangssterilisieren“ sollte, oder ob es zweckmässiger wäre, dies stattdessen bei „männlichen Mohammedaner“ zu tun, was „das Problem des fehlenden christlichen Nachwuchses“ aber auch nicht lösen würde. Ein Anderer fragte: „Was kann denn passieren wenn wir von heute auf morgen 5 Mio. Moslems rausschmeissen?“, es könne wohl Krieg geben, aber: „Den Krieg können wir gewinnen oder verlieren, aber wir hätten es wenigstens versucht.“ Ein resignierter Schreiber meinte nur: „Deutschland ist wohl 'unheilbar' am Musel-Krebs erkrankt.“

Die Sektion Thurgau der rechtsextremen *Schweizer Demokraten* (SD) argumentierte im September 2011 mit Auszügen aus dem „Minority-Report“ für ein Verbot des Korans in der Volksschule, um ein Islamunterricht-Pilotprojekt zu bekämpfen. Der Präsident der SD-Thurgau forderte bereits im Abstimmungskampf zur Anti-Minarett-Initiative im November 2009 die „Massenheimschaffung der Muslime“, denn der Islam sei „ein Steinzeitwahn – keine Religion!“. Andernfalls würde „unser Land und Volk zerstört werden“.³⁰

Anders Breiviks Manifest und PI-news

Für die Collage „Minority-Report“ wurden islamophobe Versatzstücke aus der Zeit von 2004 bis zum „Islamkritikertreffen“ in Wertheim im Juni 2007 aneinandergereiht. Damit gehört dieser „Report“ in eine Reihe islamophober Manifeste wie etwa Anders Behring Breiviks „2083 A European Declaration of Independence“, das dieser als Tempelritter „Andrew Berwick“ veröffentlichte. Seinen Terrorakt bezeichnete Breivik darin als eine „marketing operation“ zur Verbreitung seines Manifests, da er wusste, dass sich die Medien aufgrund ihrer Nachrichtenwertlogik einer Berichterstattung nicht entziehen können. Seine vermeintliche Aufklärungsschrift fand danach tatsächlich Aufmerksamkeit in den von Breivik als „politically correct mainstream media (MSM)“ bezeichneten Massenmedien. Damit hatte er die Nachrichten-

²⁹ <http://www.pi-news.net/2007/11/der-minority-report-jetzt-als-buch-bestellbar/> (27.1.2014).

³⁰ Schweizerzeit vom 13.11.2009.

18. Die beginnende Vernetzung

sperre der „EUSSR“³¹, der herrschenden Ideologie und „cultural hegemony“ des Multikulturalismus, durchbrochen und der islamophoben „Gegenöffentlichkeit“ Gehör verschafft.³²

Auch Hans-Peter Raddatz sieht die „Meinungsherrschaft“ der Massenmedien als Teil einer Konspiration. Redakteure erschafften „ein Szenarium umfassender Desinformation und Täuschung“ und würden das Land einem „strikten Meinungsdiktat“ unterwerfen, unter dem „kritische Wertungen fremder Kulturen rigoros unterdrückt“ würden (Widmann 2008: 59).

Die Schweizer Pfarrerin Christine Dietrich notierte nach Breiviks Terroranschlag auf PI-news: „Was er schreibt sind grossenteils Dinge, die auch in diesem Forum stehen könnten.“³³ Dies verweist auf die Tatsache, dass Breivik ohne viel Eigenleistung auf mehreren hundert Seiten islamophobe Hetzschriften kolportiert, deren Autoren immer dasselbe Dutzend an „Islamexperten“ ausmachen, die überall da referieren oder zitiert werden, wo gegen den Islam gehetzt wird. So tauchen auch bei Breivik die üblichen Verdächtigen auf, sofern von ihnen Texte in Englisch vorliegen: *Bat Ye'or*, Robert Spencer, *Fjordman*, Henryk Broder, David Littman, Oriana Fallaci, Ayaan Hirsi Ali oder Daniel Pipes. Breivik empfiehlt englischsprachige islamophobe Blogs wie „Gates of Vienna“ und „The Brussels Journal“. Auf ersterem publizierte Breiviks Lieblings-Essayist *Fjordman*, von dem er mehrere Aufsätze in voller Länge übernimmt.

Fjordmans „Defeating Eurabia“ wurde von PI-news ins Deutsche übersetzt, mit einem Banner beworben und verlinkt. Mehrere *Fjordman*-Beiträge wurden übersetzt als PI-news-Artikel veröffentlicht. Da der Blogger *Fjordman*, alias Peder Jensen aus Norwegen, von Breivik so oft zitiert wird, kam das Gerücht auf, dass Breivik *Fjordman* sei. Dies wurde aber auf PI-news verneint, da er „Mitgliedern der Redaktion persönlich bekannt ist“ wie Dietrich nach dem Terroranschlag geschrieben hatte.³⁴ Später wurde bekannt, dass *Fjord-*

³¹ EUSSR bezeichnet die korrupten herrschenden europäischen Eliten, die mit aller Macht verhindern, dass die Wahrheit über die Islamisierung und der Verlust nationaler Identitäten ausgesprochen werden darf. Sie würden mit ihrer diskursiven Waffe der „politischen Korrektheit“ die Deutungshoheit über die Begriffe halten, weshalb ein „politisch unkorrekter“ Gegendiskurs geführt werden müsse. Auf PI-news gibt es eine eigene Kategorie zum Begriff: <http://www.pi-news.net/category/eudssr/>.

³² Hier setzt auch ein PI-news-Gastbeitrag an, der Breiviks Tat relativiert, denn „das gute Recht derjenigen, die von Anfang an die natürlichen Eigentümer und Besitzer des Landes waren (...), frei ihre Meinung zu äussern“, werde ignoriert. Sie würden „von anderen Personen, politischen Parteien und Medien verspottet oder attackiert“ (<http://www.pi-news.net/2011/10/eine-minderheit-im-eigenen-land/> (27.1.2014)).

³³ <http://www.pi-news.net/2011/07/fall-anders-b-eine-konservative-katastrophe/> (27.1.2014).

³⁴ ebd.

18. Die beginnende Vernetzung

man auch schon bei Dietrich zu Gast war.³⁵ Als Dietrich in ihrer Reaktion auf den Terroranschlag anmahnte: „Wir dürfen uns vor lauter Auf-andere-mit-dem Finger-Zeigen nicht unserer Eigenverantwortung entziehen“, reagierte der regelmässige PI-news-Gastautor *Michael Mannheimer*, alias Michael Merkle, unwirsch: „Lasst euch nicht verrückt machen! Die MSM und Gutmenschen sowie das politische Establishment entlarven sich bei der Hetze gegen das Christentum und islamkritische Foren selbst. (...) Die Verteidiger des Islam sind Kollaborateure der islamischen Hassideologie, haben Muslime millionenfach in ihre Länder geholt und das Gesicht Europas in einem historisch beispiellosen Ausmass bis zur Unkenntlichkeit verunstaltet. Sie haben damit den Willen der überwiegenden Mehrheit der indigenen Europäer vergewaltigt und sind daher die wahren Verantwortlichen für das Norwegen-Massaker.“³⁶ *Mannheimers* Essays stehen bei PI-news unter „Downloads“ zur Verfügung: „Islam und Islamismus. Zwei Seiten derselben Medaille namens Islam“³⁷, „Terrormonat Ramadan“³⁸ oder „Eurabia: Die geplante Islamisierung Europas“³⁹.

Im August druckte PI-news eine „Erklärung zur Denunzierung der Islamkritik“ von *Mannheimer* ab.⁴⁰ Darin hielt dieser fest:

„Den Fakt der aktuell stattfindenden Islamisierung Europas als Verschwörungstheorie abzutun, ist die eigentliche Verschwörungstheorie. Sie ist vergleichbar mit Kritik am damaligen nationalsozialistischen Rassenwahn: Die von den Nazis gleichgeschaltete Presse tat auch jene Kritik als antideutsche Verschwörungstheorie ab. (...) Wir Islamkritiker befinden uns, obwohl (noch) in einem demokratischen Rechtsstaat lebend, heute in derselben Situation wie die zeitgenössischen Kritiker Hitlers.“

Mannheimer bezeichnete weiter die „Political correctness“ als linken „Meinungs- und Gesinnungsterror der Gegenwart“. Man sollte aber besser *ihnen* zuhören, denn: „Wir kennen uns tausendmal besser über das Thema Islam aus als die allermeisten unserer Kritiker, von denen die wenigsten den Koran und so gut wie keiner die Hadithen gelesen haben.“ Deshalb habe er im April seinen „Aufruf zum allgemeinen Widerstand gegen das Establishment

³⁵ Tages Anzeiger vom 27.9.2011.

³⁶ <http://www.pi-news.net/2011/07/fall-anders-b-eine-konservative-katastrophe/> (27.1.2014).

³⁷ http://www.pi-news.net/wp/uploads/2009/05/islam_islamismus.pdf (27.1.2014).

³⁸ http://pi-news.net/wp/uploads/2009/09/terrormonat_ramadan.pdf?f764e8 (27.1.2014).

³⁹ http://pi-news.net/wp/uploads/2009/08/eurabia_danmark.pdf?f764e8 (27.1.2014).

⁴⁰ <http://www.pi-news.net/2011/08/m-mannheimer-zur-denunzierung-der-islamkritik/> (besucht 22.8.2011, nun gelöscht).

18. Die beginnende Vernetzung

gestartet“. Er beruft sich auf sein „verfassungsmässig verbrieftes Grundrecht zum Widerstand“ und schliesst: „Das politische Establishment mag einzelne von uns Islamkritikern verfolgen oder hinter Gitter bringen. Es wird ihm aber nicht gelingen, den deutschen und europäischen Freiheitswillen, der sich überall und verstärkt zu regen beginnt, zu besiegen. Europa kann, ja darf sich nicht ohne Gegenwehr islamisieren lassen.“

„Greift zu den Waffen“

Seinen „Aufruf zum Widerstand gegen das politische Establishment gemäss Art.20 Abs.4 GG“⁴¹ hatte *Michael Mannheimer* nach eigenen Angaben zuerst am 8. April 2011 als Leserkommentar bei PI-news und dann als redaktionellen Beitrag bei Kybeline.com⁴² veröffentlicht.

Darin schreibt er, dass er sich der Tragweite seines Aufrufs voll bewusst sei, aber über den Islam sei mittlerweile genügend bekannt, „um jedem ein fundiertes Urteil zu erlauben.“

Da nun auch die Kirche „den schlimmstmöglichen Feind umarmt, der für Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit aller Menschen vorstellbar ist: den Islam, ist jetzt die letzte Bastion im Widerstand gegen den menschenfeindlichen Faschismus Islam gefallen. (...) In Deutschland und dem übrigen Europa arbeiten Muslime seit Jahrzehnten beharrlich und mit immer grösserem Erfolg an der Übernahme unseres Kontinents. (...) Denn das zentrale Ziel des Islam ist die Weltherrschaft.“ Er fordert daher:

„Vertreibt das herrschende Establishment aus seinen Ämtern und Schreibstuben und stellt die Verantwortlichen vor ein Gericht! Wie 1933 hat dieses Establishment schon wieder versagt! Organisiert Euch! Erhebt euch von euren Sofas! Geht auf die Strassen! Greift zu den Waffen, wenn es keine anderen Mittel gibt! Für uns, für unsere Kinder, für unsere Geschichte! Es lebe die Freiheit!“

Am „Grossen islamkritischen Wochenende“ der PI-news-Ortsgruppe Stuttgart und der *Bürgerbewegung Pax Europa* (vgl. nächster Abschnitt) zum Thema „Christenverfolgung“ Anfang Juni 2011 in Stuttgart leitete *Mannheimer* das Seminar: „Was können Jugendliche und Erwachsene konkret gegen die

⁴¹ <http://michael-mannheimer.info/2011/04/09/mein-aufruf-zum-widerstand-gegen-das-politische-establishment-gemas-art-20-abs-4-gg/> (27.1.2014).

⁴² <http://www.kybeline.com/2011/04/08/sensation-michael-mannheimer-ruft-wg-der-islamisierung-deutschlands-zum-allgemeinen-widerstand-des-deutschen-volkes-gemas-art-20-abs-4-gg-auf/> (27.1.2014).

18. Die beginnende Vernetzung

Islamisierung tun?“. Beworben wurde die Veranstaltung auf PI-news.⁴³

Zum Thema „Christenverfolgung“ orientierte sich die *Basler Zeitung* zu Ostern 2013 an Pamphleten *Mannheimers* und übernahm dessen Thesen. Sie wurde dafür vom Schweizer Presserat gerügt.⁴⁴

18.3. Bürgerbewegung Pax Europa

Im Mai 2008 fusionierte der *Bundesverband der Bürgerbewegung für Demokratie und Heimat* (BDB) mit Udo Ulfkottes Verein *Pax Europa* zur *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE), wo Willi Schwend vom BDB schliesslich Vorstandsvorsitzender wurde. Im Interview mit der *Jungen Freiheit* meinte er auf die Frage, welches Buch ihn nachhaltig beeinflusst habe: „'Deutschland Deine Denker' und die Bücher von Hans Peter Raddatz“. Ausserdem war Schwend wichtig, „dass der von Stefan Herre gegründete Blog „Politically Incorrect“ noch weitere Verbreitung findet.“⁴⁵ Im September 2008 publizierte PI-news eine Stellungnahme Schwends zu einem SWR-Dokumentarfilm über den Wertheimer Konflikt. Darin wird klar, dass Schwend mit der BDB auch an einer Demonstration gegen einen Moscheebau in Berlin-Heinersdorf teilgenommen hatte.⁴⁶

Islam in Ostberlin

Im Berliner Stadtteil Pankow stellte eine Ahmadiyya-Gemeinde 2005 eine Bauvoranfrage für die erste Moschee im ehemaligen Ostberlin. Im März 2006 berichtete die Berliner Zeitung erstmals über das Projekt, worauf es zur Gründung der Bürgerinitiative *Interessengemeinschaft Pankow Heinersdorfer Bürger* (IPAHB) kam. Die IPAHB stellte 2006 einen „Antrag auf Bürgerbegehren gegen den Moscheebau“ und führte mehrere Demonstrationen gegen den Moscheebau durch, wobei auch die NPD eine solche organisierte. René Stadtkewitz, der Kreisvorsitzende der CDU in Pankow, stellte sich an die Spitze der Protestbewegung (Bahr et al. 2007: 54-60).

⁴³ <http://www.pi-news.net/2011/04/groses-islamkritisches-wochenende-in-stuttgart/> (27.1.2014).

⁴⁴ Stellungnahme des Presserates vom 13.11.2013: http://presserat.ch/_61_2013.htm. Die Zeitung reagierte nicht darauf und sorgt dafür, dass die online-Version des Artikels weiterhin zugänglich bleibt (27.1.2014).

⁴⁵ Interview in der *Jungen Freiheit* vom 15.1.2010.

⁴⁶ <http://www.pi-news.net/2008/09/film-zum-wertheimer-moscheestreit/> (27.1.2014).

18. Die beginnende Vernetzung

Im März 2007 informierte PI-news seine Leser, dass Achim Swietlik, der Vorsitzende der IPAHB, an der SWR-Talkshow „Nachtcafé“ zum Thema „Fremde Heimat Deutschland – ist die Integration gescheitert“ teilnehmen werde.⁴⁷ Im Juli wurde auf PI-news die Rede von René Stadtkewitz an einer Anti-Moschee-Demonstration in Berlin-Pankow abgedruckt. Er befürchtete, dass mit der Scharia das Grundgesetz ausser Kraft gesetzt werden soll, um ein Kalifat zu errichten. Daher meinte er: „Der Islam ist in Europa nicht integrierbar“. Und da der Islam eine „Politik-Religion“ sei, könne man sich nicht auf die Religionsfreiheit berufen.⁴⁸

Die Website der Bürgerinitiative *Interessengemeinschaft Pankow Heinersdorfer Bürger* war verlinkt mit PI-news, dem Zentralrat der Ex-Muslime, mit Broders Blogs, dem Blog von Hiltrud Schröter, Wilders Film „Fitna“ und mit der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE). Als Buchtipps werden u.a. Bücher von Hiltrud Schröter, Necla Kelek oder Henryk Broder empfohlen.

An einer Kundgebung der BPE im Oktober 2009 in Berlin trat neben René Stadtkewitz, mittlerweile BPE-Vorsitzender des Landesverbandes Berlin Brandenburg, Robert Spencer aus den USA als Gastredner auf. Dabei wurde sein Referat von PI-news-Co-Betreiberin Christine Dietrich übersetzt.⁴⁹ Einen Tag später hielt Spencer nochmals eine Rede an der Jahresversammlung der BPE in Berlin, wo er das „Islam-Prinzip“ erklärte, wonach die Moslems zuerst „Sonderrechte“ fordern würden, um schliesslich in jedem Land die Vorherrschaft zu erringen.⁵⁰ Spencer betreibt den islamophoben Blog „Jihad Watch“, wo auch *Fjordman* publizierte.⁵¹

Durch Willi Schwends Teilnahme an einer Pankower-Demonstration geriet die IPAHB in Kontakt mit der BDB aus Wertheim. Beim PI-news-Bericht über einer Anti-Islam Demonstration in Berlin im Mai 2010 wurde Achim Swietlik schliesslich als Vorsitzender des Landesverbandes Berlin Brandenburg der *Bürgerbewegung Pax Europa* und als „Islam-Aufklärer der ersten Stunde“ bezeichnet.⁵² Sein Berliner Mitstreiter René Stadtkewitz von der CDU-Pankow wurde in der Bundesvorstand der BPE gewählt. Gegenüber dem Spiegel gibt Stadtkewitz später an, dass der Moschee-Bau ein Auslö-

⁴⁷ <http://www.pi-news.net/2007/03/tv-tipp-joachim-swietlik-im-swr-nachtcafe-heute-22-uhr/> (27.1.2014).

⁴⁸ <http://www.pi-news.net/2007/07/pankow-demo-rede-von-rene-stadtkewitz/> (27.1.2014).

⁴⁹ <http://www.youtube.com/watch?v=fNtS-Q-2EPY&list=PLD1368100786E2D23&index=25> (27.1.2014).

⁵⁰ *Bürger Forum* der BPE, Nr. 2 2009, S. 3.

⁵¹ <http://www.jihadwatch.org/2007/07/fjordman-why-the-european-union-must-go.html> (22.8.2011).

⁵² <http://www.pi-news.net/2010/05/video-berliner-rede-von-joachim-swietlik/> (27.1.2014).

18. Die beginnende Vernetzung

ser für ihn gewesen sei. Er habe seither gut 50 Bücher zum Thema gelesen, den Koran und Bücher von Udo Ulfkotte, Necla Kelek, Ayaan Hirsi Ali und anderen Islamkritikern.⁵³

An der zweiten Jahresversammlung der BPE im September 2010 trat Hans-Peter Raddatz als Hauptredner auf, wie auf PI-news rapportiert wurde.⁵⁴ Als *Michael Mannheimer* publizierte der Heilbronner Michael Merkle auch auf dem Blog der BPE,⁵⁵ für die er regelmässig Vorträge hält, wie auf PI-news verfolgt werden kann.⁵⁶ Sein „Aufruf zum Widerstand“ (vgl. 18.2) erschien auf dem Blog „Kybeline“ als redaktioneller Beitrag. Dieser Blog wird in der BPE-Zeitschrift „Bürger Forum“ kostenlos beworben. Als *Kybeline* berichtet jemand jeweils über BPE-Veranstaltungen auf PI-news.⁵⁷

⁵³ Spiegel vom 3.1.2011.

⁵⁴ <http://www.pi-news.net/2010/09/video-vortrag-von-dr-hans-peter-raddatz/> (27.1.2014).

⁵⁵ <http://bpeinfo.wordpress.com/2009/08/23/eurabia-die-geplante-islamisierung-europas/> (27.1.2014).

⁵⁶ <http://www.pi-news.net/2010/04/spannung-pur-michael-mannheimer-in-muenchen/> (27.1.2014).

⁵⁷ <http://www.pi-news.net/2011/04/pforzheim-zeichen-gegen-islamisierung-gesetzt/>. *Kybeline* ist das Pseudonym der Sprecherin des BPE Landesverbandes Baden-Württemberg Ilona Schliebs. Zu einem PI-news-Bericht über eine BPE-Kundgebung in Berlin im Oktober 2009 schrieb *Kybeline*: „Ich habe sogar für eine kurze Zeit den PI-news-Banner gehalten – und auch unsere BPE-Banner“, <http://www.pi-news.net/2009/10/berlin-demo-bpe-sagt-danke/>. (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

Die konservative Klage eines Wertezwangs und eines Niedergangs des christlichen Abendlandes durch Säkularismus, Liberalismus, Sozialismus und Kulturrelativismus eint christliche Fundamentalisten aller Provenienz. Religiöse Fundamentalisten wehren sich gegen Religionsfreiheit und Pluralismus und für das Primat der Bibel bzw. der Kirche in der Gesellschaft mit dem patriarchalen Familienmodell als Kern derselben.

Religionspolitischen Aktivismus entfaltete dieses religiös-konservative Milieu erstmals in den 1970er Jahren als Reaktion auf den gesellschaftlichen Wandel, der sich in der Schweiz etwa in der Gesetzgebung niederschlug: 1971 wurde in einer eidgenössischen Volksabstimmung das Frauenstimmrecht deutlich angenommen, im Kanton Zürich wurde 1972 in einer Abstimmung das Konkubinatsverbot aufgehoben, 1977 wurde eine Volksinitiative zur Fristenlösung beim Schwangerschaftsabbruch nur knapp abgelehnt und 1985 die Gegen-Initiative „Recht auf Leben“ dann deutlich abgelehnt. Ebenfalls 1985 ging das Referendum gegen die Revision des patriarchalen Eherechts verloren.¹ Parallel dazu fand auch in den Kirchen und an den Theologischen Fakultäten in der Schweiz und in Deutschland ein Wandel statt, etwa durch die liberale Theologie, die Befreiungstheologie oder die Auswirkungen des Zweiten Vatikanums.

Aus dem religionspolitischen Engagement heraus entstanden in den 1970er und 80er Jahre christlich-fundamentalistische Kleinstparteien wie die EDU in der Schweiz und die *Partei Bibeltreuer Christen* (PBC) und *Christliche*

¹ Christoph Blocher gründete 1984 das „Komitee gegen ein verfehltes Eherecht“, denn Sätze wie „Der Mann ist das Haupt der Gemeinschaft“ sollten im Zivilgesetzbuch durch partnerschaftliche Regelungen ersetzt werden, was ihm nicht behagte (vgl. Frischknecht et al. 1984: 508f.).

19. Die religiöse Rechte

Mitte (CM)² in Deutschland.³

Daneben fand eine zunehmende Selbstorganisation der religiösen Ausbildung statt. Nicht zu unterschätzen ist zudem eine verstärkte Politisierung des Evangelikalismus seit dem Sechstagekrieg 1967, die zur Gründung zahlreicher christlich-zionistischer Organisationen mit hohem publizistischem Output geführt hatte, welche ihre Ressourcen auch für den Kampf gegen den Islam einsetzen.

19.1. Bekenntnisbewegung

Innerhalb der evangelischen Kirche formierte sich in Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Wandel eine *Bekenntnisbewegung*, die sich mit dem Slogan „Kein anderes Evangelium“ gegen die liberale Theologie, die historisch-kritische Bibelauslegung und die Entmythologisierung der Bibel durch Rudolf Bultmann wandte.

Für fundamentalistisch orientierte Protestanten im Umfeld theologischer Fakultäten waren die kirchliche Anpassung an den Zeitgeist, liberale oder gar feministische Theologie, ein Gräuel. Sie begannen organisatorische Parallelstrukturen aufzubauen und setzten dabei auf eigene Medien und ‚bibeltreue‘ Ausbildungsstätte. 1970 entstand so die heutige *Staatsunabhängige Theologische Hochschule* (STH) Basel in Riehen mit der Zeitschrift „Fundamentum“, die ab 1974 mit der *Freien Theologischen Hochschule* (FTH) Giesen zusammenarbeitete. Nach Geldbach (2001: 133) gilt für beide Schulen das Bekenntnis zur „Unfehlbarkeit und Autorität der ganzen Heiligen Schrift (...) namentlich auch im Blick auf ihre geschichtlichen und naturkundlichen

² Adelgunde Mertensackers *Christliche Mitte* hat seit den 1990er Jahren „Die Bewahrung unseres Volkes vor der Islamisierung“ als Ziel im Parteiprogramm. Viele der islamophoben Positionen wurden bereits damals vertreten: Muslime seien wegen Koran und Mohammed grundsätzlich gewaltbereit, Minarette „Sieges-Türme“ des Islams, Moscheen Stützpunkte der Islamisierung und Zeichen der Eroberung, Moscheegemeinden ferngesteuert, Kreuzzüge Verteidigungsakte, Takiya ein Gebot und Dialog zwecklos (Schiffer und Wagner 2009: 100-103). Die Partei wirbt für sich mit einem Banner und dem Text: „Muslime erobern Deutschland“ auf PI-news. PI-news nutzt am 4.8.2011 eine Koranübersetzung der CM für den Artikel: „Christliche Mitte: Salafisten eine große Gefahr“. Zur Rolle der CM im Moscheebaukonflikt in Schlüchtern vgl. Abschnitt 18.2.

³ Viele solcher Parteien sind in Europa in der *Europäischen Christlichpolitischen Bewegung*, bzw. *European Christian Political Movement* (ECPM) verbunden.

19. Die religiöse Rechte

Aussagen.“⁴

Konferenz Bekennender Gemeinschaften

Die Dozenten der verschiedenen Bibelschulen wurden oft selbst an der eigenen oder an einer befreundeten Schule ausgebildet. So ist etwa Werner Neuer, ein Dozent des *Theologischen Seminars St. Chrischona* laut deren Website auch Gastdozent an der STH Basel. Er war Assistent bei Theologie-Professor Peter Beyerhaus an der Universität Tübingen, der selbst an der STH Basel lehrte und 1970 die *Konferenz Bekennender Gemeinschaften der evangelischen Kirchen Deutschlands* mitbegründete und ab 1978 den Vorsitz der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG) innehatte. Die IKBG trägt das Institut Diakrisis, welches seit 1980 die Zeitschrift „Diakrisis“ herausgibt,⁵ wo Werner Neuer auch schreibt,⁶ der zudem den Vorsitz der Theologischen Kommission der IKBG inne hat.

In einer „Eschatologischen Orientierungshilfe“ der IKBG wird mit Verweisen auf Bücher von Werner Neuer und Hans-Peter Raddatz konstatiert: „Gestern war [es] der Marxismus. Heute ist es der sich rapide ausbreitende Islam. Diesem wird bescheinigt, er sei eine Religion des Friedens. Übersehen wird, dass es nach dem Koran die Pflicht aller Muslime ist, sich aktiv für die universale Aufrichtung der Scharia, des theokratischen Gesetzes Allahs, einzusetzen – gegebenenfalls mit Feuer und Schwert.“ Weiter wird apokalyptisch festgehalten: „Generell ist die jährliche Anzahl der Märtyrer weltweit im Vergleich zu früheren Jahrhunderten erheblich gestiegen. Wir deuten das (...) als eine der von Jesus und den Aposteln vorhergesagten Entwicklungen der Endzeit (Off 2,10; 17,6; siehe auch Off 6,9-11).“⁷

⁴ Die STH Giessen gehört der *Konferenz bibeltreuer Ausbildungsstätten e.V.* (KBA) an, wo Bibelschulen aus Frankreich, Holland, Belgien, Österreich, der Schweiz und Deutschland zusammengeschlossen sind. Die STH Basel trat unter Samuel Külling aus der KBA aus, da ihm einige Mitgliedschulen zu wenig bibeltreu waren. In der Schweiz gehören auch das *Theologische Seminar St. Chrischona* (TSC), die Bibelschule Beatenberg, das Theologisch-Diakonische Seminar Aarau, das *Institut für Gemeindeaufbau und Weltmission* (IGW) in Zürich, das Theologische Seminar Bienenberg in Liestal und das Institut Biblique et Missionnaire Emmaüs in St. Léger zur KBA.

⁵ Diakrisis startete 1979 als Beilage des idea-Infodienstes. Autoren in Diakrisis sind u.a. auch katholische Vertreter wie Hans-Peter Raddatz und Adelgunde Mertensacker.

⁶ <http://www.institut-diakrisis.de/index.html> (17.7.2011). Die Website war u.a. mit der STH Basel und der „Bekenntnisbewegung 'Kein anderes Evangelium'“ verlinkt. Im August 2011 wurde sie in die Website der IKBG integriert: <http://www.ikbg.net/index.php> (27.1.2014).

⁷ S. 14f. des Online-Dokuments vom 1.2.2010, das nach der „Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften (IKBG)“ vom Oktober 2009 publiziert worden war, <http://www.institut-diakrisis.de/aktuell.html> (27.12.2010).

Freudenstädter Aufruf

Peter Beyerhaus, von 1966 bis 1997 Professor für Missionswissenschaft und Ökumenische Theologie, ist eine zentrale Figur in der Bekenntnisbewegung. Er ist mitverantwortlich für den „Freudenstädter Aufruf“,⁸ der aus dem „Ökumenischen Bekenntnis-Kongress“ im Oktober 2004 in Freudenstadt hervorging. Unter dem Motto: „Europa am Scheideweg zwischen Niedergang und Rückkehr zu seinen christlichen Wurzeln“ wird versucht eine Allianz konservativer Christen aller drei Konfessionen zu schmieden. Es wird festgestellt, dass sich in Europa Gottlosigkeit überall breit mache und „Konsumegoismus und bindingslose Selbstverwirklichung“ für niedrige Geburtenraten Sorge, was zu einem „Aussterbe-Effekt gigantischen Ausmasses“ führe. Ein „Massenzustrom von Menschen aus anderen Kulturen“ komme noch hinzu, wobei „islamistische Bewegungen“ zielbewusst darauf hinarbeiten würden, „die Reste der vorhandenen, ehemals christlich geprägten Kultur zu beseitigen, um an ihrer Stelle einen diktatorischen ‚Gottesstaat‘ einzuführen.“

Gemeindenetzwerk

Eine weitere Plattform der Bekenntnisbewegung ist neben dem Institut Diakrisis mit gleichnamiger Zeitschrift die Website des Gemeindenetzwerks, welche nach eigenen Angaben „eine Gemeinschaft bibel- und bekenntnisorientierter Gemeinden, Gemeinschaften, Verbände und Gemeindeglieder aus den Gliedkirchen der EKD“ ist.⁹

Kurz nach der Anti-Minarett-Abstimmung wurde auf der Website eine „Stellungnahme der Internationalen Konferenz Bekenntender Gemeinschaften zum Schweizer Volksentscheid“ veröffentlicht, worin das Ergebnis des Schweizer Volksentscheides mit „Verständnis und Zustimmung aufgenommen“ wurde. Die IKBG verstehe das Nein zum Bau von Minaretten „als ein Nein zum politischen Machtanspruch des Islam und zur Überfremdung der christlich-abendländischen Kultur“. Für den Islam bleibe das Ziel die „Islamisierung der ganzen Welt mit der damit bestimmenden Rechtsprechung durch die Scharia gemäss dem Koran.“ Gleichzeitig wird die Diskriminierung und Verfolgung der „christliche[n] Minderheiten in den meisten islamischen Ländern“ verurteilt und ein „leidenschaftliche[s] Eintreten für die Religionsfrei-

⁸ <http://institut-diakrisis.bekenntnisbruderschaft.de/fa.pdf> (27.1.2014).

⁹ Vgl. http://www.gemeindenetzwerk.org/?page_id=2 (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

heit der Christen gerade auch in islamischen Ländern“ gefordert.¹⁰

In der Rubrik „Weltreligionen“ werden hauptsächlich islamophobe Texte veröffentlicht: So etwa der Vortrag von Pfarrer Dr. Eberhard Troeger vom oben erwähnten „Europäischen Bekenntniskongress“ in Freudenstadt zum Thema: „Der Griff des Islam nach Europa“ oder in Bezug auf die Schweiz die Expertise „Verkettung Minarett-Moschee-Scharia als politischer Machtbasis des Islam“ von Hans-Peter Raddatz, welche dieser im Auftrag des Egerkingen Anti-Minarett-Initiativkomitees erstellt hatte (vgl. Abschnitt 10.1). Ausserdem ist ein Beitrag von Heinz Gstrein mit dem Titel „Die Bedeutung des Minaretts im Islam“ aus der rechtsnationalen Schweizerzeit nachgedruckt.

Institut für Islamfragen

Prof. Dr. Christine Schirmacher schrieb auf der Website des Gemeinidenetzwerks zum Thema „Scharia“. Sie unterrichtet an der FTH Giessen Islamkunde und ist Leiterin des evangelikalen *Instituts für Islamfragen* der *Evangelischen Allianzen* Deutschlands, Österreichs und der Schweiz. Sie hat auch einen Lehrauftrag für „Religious Studies and Missiology“ an der belgischen Evangelischen Theologischen Fakultät Leuven, deren Rektor bei Professor Georg Huntemann an der STH Basel promoviert hatte.¹¹ Sie publizierte etwa in der STH-Zeitschrift *Fundamentum* (Nr. 4/1994) einen Beitrag zum Thema: „Die Unvereinbarkeit von Islam und Christentum“ oder in Ulrich Schlüers Schweizerzeit-Schriftenreihe (Nr. 47/ 2006): „Islam in Europa – Multi-Kulti am Ende?“. Prof. Dr. Christine Schirmacher referierte an der Tagung zum Thema „Herausforderung Islam“ an der ETH Zürich, die im Januar 2009 von der *Evangelischen Volkspartei* (EVP) gemeinsam mit *Christian Solidarity International* (CSI) und der *Schweizerischen Evangelischen Allianz* (SEA) organisiert wurde. Sie ist nach eigenen Angaben Mitglied verschiedener politischer Beratergremien, Mitglied des Kuratoriums der *Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen* (EZW) und Integrationsbeirat einer Landesregierung. Christine Schirmacher wird von Juristen zitiert, um zu belegen, dass das christliche Glockengeläut nicht mit dem islamischen Gebetsruf vergleichbar sei (vgl. Schaer 2008: 1138; Kley und Schaer 2009: 95f.). 2012 erhielt sie eine Professur an der Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn.

¹⁰ Stellungnahme vom 9. Dezember 2009, zuerst auf: <http://www.institut-diakrisis.de/aktuell.html> (27.12.2010).

¹¹ STH-Basel Rundbrief „Postille“ Nr. 3/2009, S.3.

19. Die religiöse Rechte

Pfarrer Eberhard Troeger, Mitglied des Herausgeberkreises der Zeitschrift *Diakrisis* der Bekenntnisbewegung, ist ein Mitbegründer des Instituts für Islamfragen. An der Konferenz „Brennpunkt Islam - Anfrage und Herausforderung für Kirche und Gesellschaft“ der Deutschen Evangelischen Allianz im März 2010 in Bad Blankenburg (Thüringen) sprachen u.a. Troeger und Dieter Kuhl, der Vorsitzende des Instituts für Islamfragen, der die Veranstaltung: „Wege von Mohammed zu Christus“ leitete. Bei dieser Tagung zum Islam sollte auch zum „missionarischen Zeugnis“ ermutigt werden, wie die Website der österreichischen Evangelischen Allianz meldete.¹²

In Troegers Aufsatz: „Islam oder Islamismus? – Argumente zu seiner Beurteilung“ (2005, Sonderdruck Nr. 5 des Instituts für Islamfragen) ist trotz des Titels nie vom „Islam“ die Rede, sondern nur vom „Islamismus“. Er kommt darin zum Schluss: „(...) nur das Evangelium hat eine realistische Antwort auf die idealistischen Sehnsüchte aller Menschen und damit auch von Islamisten.“¹³ Die Absichten des Instituts für Islamfragen, wie sie am Ende dieses Sonderdrucks als „sachlich-wissenschaftliche Beschäftigung mit dem Islam“ durch „regelmässige Veröffentlichungen, Seminare, Vorträge und Tagungen“ beschrieben werden, dienen der „Zurüstung von Christen zu einer angemessenen Begegnung mit Muslimen“. Damit steht das evangelikale Institut für Islamfragen in einer missionarischen Tradition, die bis ins christliche Mittelalter zurückgeht. Bereits die erste lateinische Koranübersetzung von 1143 in Toledo wurde eigens für eine fundierte akademische Auseinandersetzung mit dem Islam angefertigt, damit daraus Argumentarien für die Muslimmission entwickelt werden konnten (vgl. Behloul 2009: 113; Mathwig 2010: 48).

HMK: Hilfsaktion Märtyrerkirche

Ein anderer Herausgeber und Redaktor der Zeitschrift *Diakrisis* ist Rolf Sauerzapf. Er ist Mitglied der Theologischen Kommission der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG) und Vorstandsvorsitzender der *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK), die sich in der Schweiz als *Hilfe für Mensch und Kirche* (HMK) für die Minarettverbots-Initiative engagierte.¹⁴ Vertreter der HMK Schweiz hatten in der EDU-Vortragsreihe für die Anti-Minarett Initiative zum Thema „Christenverfolgung im Schatten des Mina-

¹² <http://www.evangelischeallianz.at/index.php?start=60> (22.8.2011).

¹³ <http://www.islaminstitut.de/uploads/media/sonderdruck05.pdf> (27.1.2014).

¹⁴ Die Website des Instituts *Diakrisis* war mit jener der HMK verlinkt.

19. Die religiöse Rechte

retts“ referiert.¹⁵

Bei der HMK kann der Freudenstädter Vortrag von Pfarrer Eberhard Troeger als „Dossier: Der Griff des Islam nach Europa“ bezogen werden.¹⁶ Darin heisst es (S. 1): „Der Islam hat ein Programm für Europa“, denn der „Griff nach Europa ist ein genuin islamisches Anliegen“ (S. 2). Da es Gott zugelassen habe, dass die Iberische Halbinsel und später der Balkan islamisiert wurde, aber auch verfügt habe, dass die Türken 1529 und 1683 vor Wien zurückgeschlagen wurden, stelle sich die Frage, was Gott mit dem „neuerliche[n] ‚Griff des Islam nach Europa‘“ sagen wolle: „Werden Europäer den Bussruf Gottes hören, der in dieser Geschichte liegt? (...) Wird die Christenheit, werden die einzelnen Christen umkehren? Nur so wird sich ein Gericht Gottes durch den Islam abwenden lassen!“ (S. 6). Es wird gefordert: „Wir brauchen Organisationen, die durch Stipendien bekenntnistreue Christen auf dem Gebiet der Islamwissenschaften ausbilden helfen. (...) wir können helfen, dass bekenntnistreue Theologen Islamwissenschaften studieren und sich der theologischen Auseinandersetzung mit dem Islam widmen.“ (S. 6f.). Denn: „Die christliche Mission unter Muslimen muss zu einer Aufgabe aller Gemeinden in Europa werden.“ (S. 7).

Auf PI-news vermeldete jemand zum Artikel über *Fjordmans* Buch „Eurabia besiegen“, dass „Prof. Mark Gabriel“ (vgl. Kapitel 10) auf Einladung vom HMK im Februar 2010 in die Schweiz komme.¹⁷ Über den Büchershop der HMK können fünf Bücher Gabriels, sowie auch Bücher Troegers zum Islam bestellt werden.¹⁸

IGFM: Internationale Gesellschaft für Menschenrechte

Im „Minority Report“ (vgl. Abschnitt 18.2) wird von einer Mitgliederversammlung des *Bundesverbandes der Bürgerbewegung für Demokratie und Heimat* (BDB) vom Juni 2005 berichtet, wo deren Vorsitzende Willi Schwend „die guten Kontakte zu Islamexperten und Autoren wie Dr. Hans Peter Radatz, Dr. Hiltrud Schröter, Rolf Stolz, Udo Ulfkotte und Dr. Ursula Spuler-Stegemann“ hervorhob, „aber auch zu islamkritischen Organisationen wie

¹⁵ <http://www.zukunft-ch.ch/de/themen/islam/?newsid=177&offsetnews=80> (27.1.2014).

¹⁶ www.verfolgte-christen.org/fileadmin/user_upload/pdf/Der_Griff_des_Islam_nach_Europa.pdf (27.1.2014).

¹⁷ <http://www.pi-news.net/2010/02/fjordman-buch-eurabien-besiegen/> (27.1.2014).

¹⁸ Ein Referent der HMK präsentierte Gabriels neustes Buch „SWISLAM Wie viel erträgt das Land?“ in einem Vortrag und berichtete über ihre Unterstützung von Konvertiten in Nordafrika (Jungfrau Zeitung vom 13.7.2011).

19. Die religiöse Rechte

die *Internationale Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM), deren Publikationen durch den BDB weitergeleitet und einem interessierten Leserkreis zugänglich gemacht werden“ (Minority Report, S. 468).

Gemäss einer Pressemitteilung wurde im Mai 2005 der „evangelikale Theologe Prof. Thomas Schirmmacher“ in den IGFM-Vorstand gewählt. Thomas ist der Ehemann von Christine Schirmmacher und publizierte auf Gemein-denetzwerk.org zu „Menschenrechten“. Er studierte an der STH Basel und unterrichtete auch dort sowie an der FTH Giessen. Er ist Vorsitzender der Theologischen Kommission der *Weltweiten Evangelischen Allianz* und Mitglied der Kommission für Religionsfreiheit der *Weltweiten Evangelischen Allianz*.¹⁹ Nach Geldbach (2001: 140f.) bedeutet für Schirmmacher ‘Bibelkritik’ automatisch „Sünde und Kritik an Gott“ und sei deshalb „über Heil und Unheil entscheidend“. Schirmmacher war von 1988-1997 Chefredaktor der fundamentalistischen Zeitschrift „Bibel und Gemeinde“ und ist seit 1996 Rektor des *Martin Bucer Seminars* mit Studienzentren in diversen Ländern, u.a. auch mit einer Niederlassung in Zürich.

Schirmmacher ist Mitglied der Sektion Religionssoziologie der Deutschen Gesellschaft für Soziologie sowie Geschäftsführer des „Arbeitskreises für Religionsfreiheit“ der *Deutschen* und der *Österreichischen Evangelischen Allianz*. Der „Arbeitskreis für Religionsfreiheit“ gibt mit dem IGFM gemeinsam Empfehlungen heraus, etwa durch Max Klingberg, der Mitglied beider Organisationen ist.²⁰ Es gibt auch gemeinsame Publikationen, etwa eine „Arbeitshilfe für die geistige Auseinandersetzung mit dem Islam“ von 2007, die 2009 in vierter Auflage erschien. Darin werden Koransuren auf die Übereinstimmung mit dem Grundgesetz und den Menschenrechten überprüft.²¹

Ebenfalls in der IGFM Mitglied ist der katholische Theologe Wilfried Puhl-Schmidt, der bis 2009 Vorstandsmitglied der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) war. Im August 2009 riefen IGFM und BPE zusammen zu einer Kundgebung vor der iranischen Botschaft in Berlin auf, um für die Freilassung von zwei inhaftierten iranischen Christinnen zu demonstrieren, die wegen „Abkehr vom Islam“ angeklagt waren. Teilgenommen hätten auch Muslime, die

¹⁹ Vgl. <http://www.thomasschirmmacher.info/bio/uber-mich-details> (27.1.2014).

²⁰ „Sie möchten einem Flüchtling oder Konvertiten im Asylverfahren helfen – was können Sie tun?“ unter: <http://www.theoblog.de/wp-content/uploads/2011/04/Asylantraege1.pdf> (27.1.2014). Beteiligt ist auch die „Arbeitsgemeinschaft Religionsfreiheit“ der *Schweizerischen Evangelischen Allianz* (SEA).

²¹ http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/publikationen/bedrohte_freiheit.pdf (22.8.2011, nicht mehr zugänglich). Als weiterführende Literatur werden darin u.a. empfohlen: Hans-Peter Raddatz, Udo Ulfkotte, *Bat Ye'or*, Christine Schirmmacher, Thomas Schirmmacher, Hiltrud Schröter, Mark A. Gabriel, Ayaan Hirsi Ali, Adelgunde Mertensacker.

19. Die religiöse Rechte

zum Christentum übergetreten waren, wie das evangelikale Medienmagazin PRO berichtete. René Stadtkewitz vom Bundesvorstand der BPE habe in seiner Rede „eine ‚Unvereinbarkeit des Islam‘ mit dem christlich-jüdisch geprägten Werte- und Rechtssystem Deutschlands“ festgestellt.²² BPE vermeldete, dass Stadtkewitz auch auf den „Weltherrschungsanspruch des Islams“ hingewiesen habe. Puhl-Schmidt erinnerte an die Verfolgung von Christen in islamischen Ländern, etwa an die Ermordung eines deutschen Theologen, der dabei war, die Bibel neu ins Türkische zu übersetzen.²³

Im Oktober 2009 berichtete Conny Axel Meier von der BPE in einem Gastbeitrag auf *Politically Incorrect* (PI-news) über eine bereits erwähnte gemeinsame Kundgebung von BPE, der IGFM und PI-news in Berlin. Darin wurde der Gastredner Robert Spencer aus den USA als Ehrenmitglied der BPE bezeichnet, dessen Rede von PI-news-Administratorin Pfarrerin Christine Dietrich übersetzt wurde. Im Gastbeitrag werden Muslimvertreter in Deutschland als „Taqiyya-Meister“ bezeichnet, deren Unterstützer als „dialogisierende[.] ‚Berufsdhimmies‘“ und der amerikanische Präsident als „vermeintliche[r] Kryptomoslem Barrak Hussein Obama“. Da die besseren Argumente auf der eigenen Seite liegen würde, setze der Gegner auf „die mohammedanische Aktions-Dreifaltigkeit: Bestechung-Drohung-Erpressung“. Zufrieden ist man damit, dass „die BPE als offizieller Verband im Bereich Menschenrechte beim Deutschen Bundestag registriert“ sei und „regelmässig an OSZE-Konferenzen zum Thema Religionsfreiheit, Frauen- und Menschenrechte“ teilnehme.²⁴

Einen Tag später erscheint ein Artikel des PI-news-Autors *byzanz* alias Michael Stürzenberger, dem BPE-Pressesprecher des Landesverbands Bayern und Beirats der islamophoben Partei „Die Freiheit“, an deren Landesverbands-Gründungsparteitag er im Juni 2011 eine Rede hielt. Unter „Der Koran – Wurzel aller Integrationsprobleme“ lobt *byzanz* den „Islam-Kenner“ und Pax Europa-Vorstandsmitglied Wilfried Puhl-Schmidt, der aufgrund seiner Schriften ein „entschiedener Gegner des Kuschelkurses mit dem Islam“ sei. Ihm könne „kein muslimischer Verbandsfunktionär oder Imam“ etwas vormachen. „Wer die Fakten kennt, lässt sich nicht durch Taqiyya einlullen. Puhl-Schmidt weiss: Wenn Europa nicht bald aufwacht, wird es angesichts der

²² PRO vom 1.9.2009.

²³ http://www.bpe-berlin.de/index.php?option=com_content&view=article&id=124:bericht-mahnwache-vor-der-iranischen-botschaft&catid=41:berichte-veranstaltungen&Itemid=87 (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

²⁴ <http://www.pi-news.net/2009/10/berlin-demo-bpe-sagt-danke/> (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

massenhaften muslimischen Unterwanderung sehr, sehr ernst.“ Angefügt ist ein Video-Interview mit Puhl-Schmidt.²⁵

Anfang der 1990er Jahre versuchte der *Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis* (VPM) (vgl. 18.1) die deutsche und die schweizerische Sektion der IGFM zu unterwandern, um sie für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, was aber nicht gelang (Niggli und Frischknecht 1998: 360f.). Im erstem „Islam-Argumentarium“ der Schweizer Minarettgegner des Egerkinger Komitees vom Mai 2007 wird für „weitere Informationen“ auf die IGFM verwiesen. Zitiert wird u.a. aus einer Schrift der BPE Vorläuferorganisation BDB und aus einem Aufsatz von Christine Schirmmacher. Das nach wie vor aktive Egerkinger Komitee hat seine Website minarette.ch verlinkt mit jenen des Vereins Pax Europa (akte-islam.de), dem Institut für Islamfragen, der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM) und der deutschsprachigen Website von Daniel Pipes. Ausserdem ist minarette.ch mit der ominösen Organisation „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte“ (derprophet.info) verlinkt.

Arbeitskreis Religion und Menschenrechte

Ein „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte“ betreibt die Website derprophet.info ohne Impressum. Dies ist üblich bei islamophoben Websites, Udo Ulfkotte war einer der wenigen, der mit akte-islam.de bis zum Terroranschlag in Norwegen im Juli 2011 eine solche Website unter seinem Klarnamen unterhielt. Die Website derprophet.info ist wiederum mit dem Institut für Islamfragen, der *Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte* (IGFM), akte-islam.de, der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE), *Politically Incorrect* (PI-news), *Jihad Watch* von Robert Spencer und weiteren Organisationen verlinkt.²⁶

Der unbekannte „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte“ möchte seinen Lesern „fundiertes Wissen zum islamischen Dogma“ vermitteln, wie es einleitend auf der Website heisst. Ausführlich zu Wort kommt der katholische US-Religionswissenschaftler Robert Spencer, aber auch Hans-Peter Raddatz. Informationen entstammen oft dem evangelikalen *Institut für Islamfragen*. Es ist auch ein Text von *Fjordman* vom Frontpage Magazin unter dem Titel

²⁵ <http://www.pi-news.net/2009/10/der-koran-wurzel-aller-integrationsprobleme/> (27.1.2014).

²⁶ Etwa mit der deutschsprachigen Website von Daniel Pipes, *Christian Solidarity International* (CSI), Zukunft CH, Michael Mannheimer, dem *Front Page Magazine*, dem Zentralrat der Ex-Muslime oder Broders Achse des Guten, <http://derprophet.info/inhalt/links/> (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

„Vergewaltigungsepidemie durch Muslime in Schweden“ auf Deutsch verfügbar.

Die Website des „Arbeitskreises Religion und Menschenrechte“ wird auf PI-news mit einem Banner beworben („Der Prophet des Islam. Wir erklären das islamische Dogma“). Der „Arbeitskreis Religion und Menschenrechte“ schreibt auf PI-news auch Gastartikel, etwa über „Das Tötungsverbot im Islam“²⁷ oder eine Übersetzung der Verteidigung Robert Spencers im Front-page Magazin, da dieser „64 mal“ im Manifest des Norwegen-Attentäters zitiert worden und deshalb in Medienberichten diffamiert worden sei.²⁸

Der Gastbeitrag „Zeit des Schwertes für irakische Christen“ hatte die PI-news-Leser im August 2008 am stärksten aufgewühlt. Der erste Satz machte bereits klar, was folgen wird: „Irakische Christen werden mit unvorstellbarer Grausamkeit von Muslimen verfolgt, gefoltert und umgebracht.“ Danach wurden die Erlebnisse einer „Schwester Hatune“ über die „systematische Verfolgung irakischer Christen in ihrer Heimat sowie in den Flüchtlingsländern Syrien, Jordanien, dem Libanon und der Türkei“ geschildert. Christen würden „bei lebendigem Leib in Teile zersägt“, fünfjährige christliche Mädchen „grausam vergewaltigt“ und in Bagdad seien Christen mit einer Metzgersäge „vom Fuss bis zum Kopf bei lebendigem Leib“ aufgeschlitzt und „zu menschlichen Koteletts“ verarbeitet worden. „Schwester Hatune erinnert daran, dass die Muslime die ganze Welt islamisieren wollten und einen Hass auf Christen hätten.“

Im Kommentarbereich zum Artikel waren die Reaktionen fassungslos: (...) *das ist kaum vorstellbar, solche Individuen aus dem Islam haben kein Existenzrecht!*, erschüttert: *Dieser Bericht löst bei mir Übelkeit und starke Hass- und Wutgefühle aus*, analytisch: *Das sind ganz normal "Gläubige" Musels! Nix mit 'Kranke Irre'!!! Der ganze Islam ist 'Krank und Irr'!!!!/ Der Islam ist die schlimmste Seuche, welche die Menschheit je hatte/ Man nennt den Islam deshalb auch Die Grüne Pest* und visionär: *Ich bete für die Christen im Irak. Sie stehen das durch, was uns noch bevorsteht – unterstützt von naiven oder verräterischen Klerikern hier in Europa/ Ein sehr guter Beitrag. Ein Blick in die Zukunft Europas. Andere riefen zu Gewalt auf: Muslime werden nicht verfolgt, sie verfolgen. Her mit den Christen, raus mit den Muslimen/ Diese verfluchten Bestien. Holt alle Christen aus dem scheiss Land und atomisiert es. Die Brut verdient nichts anderes, man muss sie auslöschen, damit*

²⁷ <http://www.pi-news.net/2008/06/das-toetungsverbot-im-islam/> (27.1.2014).

²⁸ <http://www.pi-news.net/2011/07/zur-verteidigung-von-robert-spencer/> (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

es wieder Frieden auf diesem Planeten gibt! Es wäre schon rein ökonomisch und ökologisch vertretbar, wenn diese asoziale Inzuchtbrut von dieser Welt verschwände, mit welchen Mitteln auch immer. Ich hoffe, dass der Westen, Russland und China bald gemeinsam aufwachen und ihre technologische Überlegenheit dazu benutzen, diese Welt von dem Ungeziefer zu befreien! Es steht schon im heiligen Buch (Altes Testament) Auge um Auge, Zahn um Zahn. Lasst uns endlich danach Leben.²⁹

Derselbe Artikel, der als Gastbeitrag des „Arbeitskreises Religion und Menschenrechte“ auf PI-news publiziert wurde, erschien zuvor bereits auf der Website der syrisch-orthodoxen Ordensschwester Hatune Dogan „Schwester Hatune Stiftung“.³⁰ Dort ist der Aufsatz von Peter Christoph Düren unterzeichnet. Der Katholik Dr. theol. Düren ist Mitglied der Theologischen Kommission der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG). Er hielt etwa an einem ökumenischen „Europäischen Bekenntnis-Kongress“ der IKBG im Oktober 2009 den Vortrag „Bekennende Christen in einer immer gottloser werdenden Welt“.³¹

Evangelische Notgemeinschaft

Lothar Gassmann studierte in Tübingen und promovierte 1992 bei Peter Beyerhaus. Er war Dozent an der FTH Giessen und ist „Schriftleiter“ der Zeitschrift „Der schmale Weg“ sowie Mitarbeiter beim *Christlichen Gemeinde-Dienst* (CGD), der diese Zeitschrift vertreibt und auf dessen Website ein dispensationalistisches Glaubensbekenntnis verkündet wird.³² Zuvor war er „Schriftleiter“ der Zeitschrift „Erneuerung und Abwehr“, die bis 2005 von der *Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.* (ENiD) herausgegeben worden war, die zur *Konferenz Bekennender Gemeinschaften in der Evangelischen Kirche* gehörte.³³

Nach Hornstra (2007: 9f.) lebte in der *Evangelischen Notgemeinschaft* ein

²⁹ <http://www.pi-news.net/2008/08/zeit-des-schwertes-fuer-irakische-christen/> (27.1.2014).

³⁰ http://www.hatune.de/download/irakische_christen.pdf (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

³¹ <http://www.peter-dueren.de/DuerenBCAWText.pdf> (27.1.2014).

³² <http://christlicher-gemeinde-dienst.de/glaubensbekenntnis> (19.6.2011).

³³ Der CGD vertreibt ein Buch mit dem Titel: „Die Unterwanderung des Christentums“, worin Lothar Gassmann im Vorwort schreibt: „Die Antwort auf die Unterwanderung des Christentums lautet: Untergrundkirche! Und das mitten in Europa, mitten in Deutschland, Österreich und der Schweiz! Dieses Buch bereitet uns auf die schwere Zeit der Verfolgung der wahren Gläubigen in Europa vor, die ihre Schatten bereits voraus wirft. Es zeigt schonungslos die zersetzenden Einflüsse auf das Christentum in Gestalt von Bibelkritik, Atheismus, Humanismus, Freimaurertum, Islam, Ökumene und Zeitgeist auf und beschreibt detailliert das bereits vorhandene Netzwerk einer allumfassenden Kontrolle.“

19. Die religiöse Rechte

konservativer Vorkriegs-Nationalismus weiter. In einer Zeitschriftenkritik lobte die neurechte Junge Freiheit (36/1997) „Erneuerung und Abwehr“ als eine „wichtige Stimme im Chor der Nachdenklichen“, die sich „den ‚Befreiungstheologien‘, der Emanzipationspädagogik, der sozialistischen Bibelinterpretation“ widersetzen würden. 1999 vermeldete die Junge Freiheit (Nr. 12), dass sich die ENiD gegen die Einführung einer doppelten Staatsbürgerschaft für Ausländer ausgesprochen habe, weil sonst eine „Überfremdung und Selbstaufgabe unseres Volkes und Vaterlandes“ befürchtet werde. Beat Christoph Bäschlin von den *Schweizer Demokraten* (SD), ein rechtsextremer Schweizer Protestant und Autor in der Jungen Freiheit, referierte an einer Studientagung der ENiD (Niggli und Frischknecht 1998: 271). 1985 erschien das Buch „Die protestantischen Kirchen im Sog des Kommunismus“, dann reagierte Bäschlin auf den Mauerfall und veröffentlichte 1990: „Der Islam wird uns fressen! Der islamische Ansturm auf Europa und die europäischen Komplizen dieser Invasion“³⁴ (vgl. Abschnitt 9.1). Prominenter Sprecher in der Anfangszeit der damals noch als *Notgemeinschaft Evangelischer Deutscher* bezeichneten Organisation war der Theologieprofessor Werner Petersmann, ehemals Reichsleiter der *Deutschen Christen* und nach dem Krieg Mitglied der rechtsextremen NPD.³⁵

Der neue Kirchenkampf gegen den Islam und dessen Verbündete

Die *Deutschen Christen* waren eine kirchenpolitisch-nationalsozialistische Strömung im deutschen Protestantismus.³⁶ Nachdem auch in der Kirche „Arieparagraphen“ eingeführt wurden, begann sich 1934 eine *Bekennenden Kirche* gegen die Vereinnahmung durch den Nationalsozialismus und gegen die Judenverfolgung zu wehren.³⁷

Die zeitgenössische ökumenische *Bekennnisbewegung* sieht sich durch den begrifflichen Anschluss an die Bekennende Kirche in der Tradition eines christlichen Abwehrkampfes gegen Totalitarismus und gegen die Annäherung an einen gottfernen zerstörerischen „Zeitgeist“. Als religiöser Flügel der islamophoben Bewegung hat die „Bekennende Kirche“ nach zwei Jahr-

³⁴ Bäschlin hoffte 1990 auf einen „kraftvollen neutralen Block“ aus einem wiedervereinigten Deutschland, Österreich und der Schweiz in einer „Kulturgemeinschaft“ (Niggli und Frischknecht 1998: 51).

³⁵ „Die Zeit“ vom 29. August 1969.

³⁶ Faulenbach, Heiner (2005): „Deutsche Christen“. In: Religion in Geschichte und Gegenwart (RGG). 4. Auflage, Band 2. 698-701.

³⁷ <http://www.niemoeller-haus-berlin.de/ausstellung/tafel11.html> (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

zehnten der Niederlagen gegen die gesellschaftliche Liberalisierung seit den 1990er Jahren eine neue Aufgabe gefunden.

Christine Dietrich, die Co-Betreiberin des islamophoben Politblogs *Politically Incorrect* (PI-news) von 2007 bis 2011, beklagte in einem Beitrag, dass Fundamentalismus in Europa zu einem Schimpfwort geworden sei, da man christliche, jüdische und islamische Fundamentalisten in einen Topf werfe, was man jedoch nicht tun dürfe. Heute werde auf christlicher Seite alles, was „bekenkende Kirche“ sei, sehr schnell als fundamentalistisch verschrien: „Auch landeskirchliche Christen und Theologen, die sich für das Christentum (gegen den Islam) oder für die verfolgten Christen einsetzen, gelten ohne Ansicht der Inhalte manchen sofort als evangelikale oder fundamentale Extremisten.“³⁸ Dies bezog die promovierte reformierte Theologie und Pfarrerin (auch) auf sich selbst, da zwei Tage zuvor die „Neue Urner Zeitung“ ihre Tätigkeit bei PI-news publik gemacht hatte.³⁹

Auf PI-news wurde etwa beklagt, dass am Kirchentag der *Evangelischen Kirche in Deutschland* (EKD) zwar linke Organisationen – „Die politischen Wegbereiter der Islamisierung Deutschlands“ – zugelassen waren, nicht aber islamkritische wie die *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE). Der Bericht vom Kirchentag firmierte unter dem Titel „Die EKD und der neue Faschismus“ und erinnerte an die „unrühmliche Rolle“ der evangelischen Kirche im Dritten Reich mit „Ausnahmen“ wie Martin Niemöller und Dietrich Bonhoeffer: „Aus der Vergangenheit scheint man aber nichts gelernt zu haben.“⁴⁰ Bereits als einen Monat zuvor Kirchenvertreter kritisierten, dass die Tötung Osama Bin Ladens kein Grund zu freudigem Jubel sei, da auch ein Massenmörder eine Würde habe, ging PI-news mit den „Gutmenschen“ hart ins Gericht: „Man möchte sich als Christ für diese blinden Kirchenvorsteher fast entschuldigen. Es ist besser gar nicht zu wissen, wie diese Leute (heute) über Helden wie Dietrich Bonhoeffer oder Claus Schenk Graf von Stauffenberg urteilen würden...“⁴¹

Pfarrerin Dietrich hielt die Eröffnungsrede zum Kölner „Anti-Islamisierung-Kongress“ 2009 mit Rechtsextremisten aus ganz Europa (vgl. 11.2 und 15.3) und gab dem Kongress den „kirchlichen Segen“, wie PI-news notierte. Da die Schweizer Presse Dietrich dafür kritisierte, wurde sie auf PI-news danach verteidigt: „Christine Dietrich ist eine moderne Jeanne d’Arc, eine Sophie

³⁸ <http://www.pi-news.net/2007/12/fundamentale-probleme/> (27.1.2014).

³⁹ Neu Urner Zeitung vom 6.12.2007: Junge Altdorfer Pfarrerin nutzt «heiklen» Blog.

⁴⁰ <http://www.pi-news.net/2011/06/die-ekd-und-der-neue-faschismus> (27.1.2014).

⁴¹ <http://www.pi-news.net/2011/05/kirchenvertreter-kritisieren-totung-bin-ladens/> (27.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

Scholl, der Bewunderung für ihren Mut gezollt werden sollte, aufzustehen und die Wahrheit auszusprechen.“

Der Aktivist Michael Merkle, ein BPE-Referent und PI-news-Gastautor unter dem Pseudonym *Michael Mannheimer*, führt einen eigenen Blog⁴² und hatte in Anlehnung an die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse den Internet-Pranger „Projekt Nürnberg 2.0“ ins Leben gerufen, zum „Aufbau einer Erfassungsstelle zur Dokumentation der systematischen und rechtswidrigen Islamisierung Deutschlands und der Straftaten linker Faschisten zur Unterdrückung des Volkes.“⁴³ PI-news-Autor *kewil* berichtet über *Mannheimers* Internet-Pranger, zitiert daraus: „Wir werden die Namen der Verräter erfassen. Ob es sich um kleine Schreiberlinge in irgendwelchen Redaktionsstuben, um Chefredakteure, um Verlagsleitungen, um verlogene, zum Islam konvertierte Islamwissenschaftler, um Politiker – oder um Parteien, Verbände und Institute handelt. . .“ und fordert seine Leser auf: „Arbeiten Sie mit! Schicken Sie Informationen!“⁴⁴

Die religiöse Rechte nutzt also mit ihren Verweisen auf den antifaschistischen Widerstand dieselben Deutungsmuster wie die politische Rechte, die sich selbst als die „wahre Antifa“ sieht (vgl. Abschnitt 15.3.3).

19.2. 1683: Der ewige Abwehrkampf

Historisch viel weiter zurück als bis zum Zweiten Weltkrieg gehen die islamophoben Aktivisten, welche wiederkehrende Auseinandersetzungen mit dem Islam als heilsgeschichtliche Prüfungen interpretieren. BPE-Referent und PI-news-Gastautor *Michael Mannheimer*, mit seinem Blog „michael-mannheimer.info“ und dem „Projekt Nürnberg 2.0“ im Internet aktiv, war auch bei der „Initiative 1683“ dabei. Auf der Startseite dieser Internetplattform wurde aus der Bibel zitiert (Brief an die Epheser 6.12):

„Denn unser Kampf ist nicht gegen Fleisch und Blut, sondern gegen die Gewalten, gegen die Mächte, gegen die Weltbeherrscher dieser Finsternis, gegen die geistigen Mächte der Bosheit in der Himmelswelt.“⁴⁵

⁴² <http://michael-mannheimer.info/>.

⁴³ <http://wiki.artikel20.com/> (27.1.2014) „Die Islamisierung Deutschlands war und ist nur dadurch möglich, dass deutsche Politiker, Juristen, Journalisten und andere Berufsgruppen massiv gegen Inhalt und Geist unseres Grundgesetzes verstossen haben und weiterhin verstossen“.

⁴⁴ <http://www.pi-news.net/2011/09/mannheimer-in-offensive-mit-nurnberg-2-0/> (27.1.2014).

⁴⁵ <http://initiative1683.com/> (22.8.2011).

19. Die religiöse Rechte

Schnell wurde klar, dass hier die „Mächte der Finsternis“ auf den Islam bezogen werden. Unter der Rubrik „Prophetie“ wurde von einer Prophetenkonferenz in Nürnberg im September 1992 berichtet, wo ein evangelikal-charismatischer Prediger eine Prophezeiung von 1988 verkündet hatte: Zuerst werde der Eiserne Vorhang niedergeworfen, danach werde Satan „den Geist des Kommunismus mit dem religiösen Geist des Islam“ verheiraten: „Die Auswirkungen werden so ungeheuer böse sein, dass der ganze Erdkreis in Mitleidenschaft gezogen wird. Das dritte Reich war nur ein Schattenspiel dessen, was in Begriff ist zu geschehen.“

Die „Initiative 1683“ hatte im August 2011 ein Interview mit Robert Spencer veröffentlicht, einem der „bedeutendsten Islamkenner und Kritiker unserer Zeit“, wie es auf der Website hiess.⁴⁶ Spencer erklärte: „Der Islam ist eine Religion des Krieges und das Christentum eine Religion des Friedens.“ Der christlichen Kirche riet er: „Handle bevor es zu spät ist. Wache auf und begreife, dass du bedroht bist. Du hast zu kämpfen, um das zu retten, was du hast und um dich und deine Familie zu beschützen. Das ist absolut nicht gegen die Lehre Christi. Selbstverteidigung ist nicht gegen die Lehre Jesu und genau darum geht es in diesen Tagen. Die Welt ist nun mal kein 'Kumbaya', wo wir uns alle an den Händen halten, fromme Lieder singen und alles wird schön! Die Welt ist ein herber Ort und diese Leute kommen, um zu töten oder zu versklaven.“

Als Sprecher der Initiative 1683 wurden neben *Mannheimer*, die bereits erwähnte Schwester Hatune, der Generalbischof der koptisch-orthodoxen Kirche in Deutschland Anba Damian, Pastor Nassim ben Iman und Pastor Fouad Adel aufgeführt. Nassim ben Iman ist vom Islam („Ich war bereit, für den Islam zu sterben“)⁴⁷ zum Christentum konvertiert, genauer zum pfingstlich-charismatischen Evangelikalismus, wie aus dem Glaubensbekenntnis auf seiner Website geschlossen werden kann.⁴⁸ Ben Imans Muslimmission ist zur 'spiritual warfare'-Bewegung (vgl. Kamphausen 2007: 10f.) zu zählen, die

⁴⁶ <http://initiative1683.com/2011/08/28/robert-spencer-uber-die-verheiratung-von-islam-und-kommunismus/> (10.10.2011).

⁴⁷ <http://www.pi-news.net/2007/04/nassim-ben-iman-ich-war-bereit-fuer-den-islam-zu-sterben/> (28.1.2014).

⁴⁸ <http://www.granum-sinapis.de/index.htm> (28.1.2014). Die Missionsorganisation hat auch einen Schweizer Ableger, der mit „Bibelgläubenden Gemeinden“ verlinkt ist: Familiengemeinde Langenthal, Gospel Center Brugg, Zoe Gospel Center Zürich, Biblisches Glaubenszentrum Schaffhausen, Familienkirche Rapperswil, ZOE Christliches Centrum Basel.

19. Die religiöse Rechte

eine geistliche Kriegsführung gegen Dämonen propagiert.⁴⁹ Es gibt bei ben Iman eine „Gebetssondergruppe“ namens GSG9, was für „Granum Sinapis Gebetsgruppe Nr. 9“ stehen soll. Das Akronym verweist wohl nicht zufällig auf die GSG9, die „Grenzschutzgruppe 9“, die Antiterrorereinheit der deutschen Bundespolizei. Die „Gebetssondergruppe“ kann „zu jeder Tages- und Nachtzeit bei akuten, oder besonderen Gebetsanliegen“ aktiv werden.⁵⁰

Pastor Fouad Adel, ebenfalls Sprecher der Initiative 1683, war ein koptisch-orthodoxer Priester im Sudan, bevor er sich zu „Jesus bekehrt“ und als „wiedergeborener, bibeltreuer Christ“ die orthodoxe Kirche verlassen hatte. Adel hatte in der Zeitschrift des *Christlichen Gemeinde-Dienstes* (CGD) „Der schmale Weg“ den Aufsatz „Minarette – schwarze Wolken in Europas Himmel“ veröffentlicht und wird dort vom Herausgeber Lothar Gassmann als „Bruder“ bezeichnet.⁵¹ Somit hat Adel zu einer anderen Spielart des evangelikalen Fundamentalismus gefunden, zur Brüderbewegung, die ebenfalls endzeitlich ausgerichtet ist, aber nicht an die Gnadengaben zur geistlichen Kriegsführung glaubt. Bruder Fouad Adel hält als „Islam-Experte des CGD“

⁴⁹ Nach dieser Vorstellung, so Kamphausen, versuche Satan, da die jetzige Generation in der Endzeit lebe, durch die Mobilisierung seiner letzten Kräfte den Einbruch des Gottesreiches zu verzögern. Als zentrales Konfliktgebiet werde das „10/40-Fenster“, also der geographische Raum zwischen dem 10. und dem 40. Breitengrad, ausgemacht, wo gemäss den Missionaren der „harte Kern der unevangelierten Welt“ lebe. Das Gebiet umfasst in etwa die islamisch geprägten Staaten.

⁵⁰ Zu dieser Bewegung ist auch der Konvertit Mark A. Gabriel (Kapitel 10) zu zählen, der nach eigenen Angaben in Südafrika im pfingstlich-charismatischen Missionswerk *Youth with a mission* (YWAM) bzw. *Jugend mit einer Mission* (JMEM) geschult wurde. Diese Organisation ist insbesondere in der Muslimmission aktiv und gehört in der Schweiz zur *Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Missionen* (AEM) der *Schweizerischen Evangelischen Allianz* (SEA). Wie die Rundschau vom 9.6.2010 unter „Tödliches Missionieren“ berichtete, nehme JMEM auch am „Christustag“ teil, dem grössten evangelikalen Anlass in der Schweiz. JMEM werbe junge abenteuerlustige Gläubige an und senden sie in Länder wie Afghanistan, Pakistan oder Jemen, um den Koran mit der Bibel zu bekämpfen. Ueli Haldemann, der Sprecher von *Christian Solidarity International* (CSI), berichtete bereits 2004 auf livenet.ch von „strategischen Gebetsgruppen“, deren „geistlicher Kampf“ reale Auswirkungen in den vom Evangelium bisher unerreichten Ländern habe und auch in Europa für eine „Erweckung“ sorgen solle (http://www.livenet.ch/themen/kirche_und_co/christliches_gemeindeleben/gebet/115532-gebet_veraendert_die_welt.html, 2.4.2004). Eine bemerkenswerte „Israelgebetsreise“ bietet die pfingstlich-charismatische Stiftung *ble/t/e* (*basel für einheit, transformation und erweckung*, Mitglied der SEA) an. Es gehe darum, auf einer Reise vor Ort „unserer Gebetslast für Israel und das jüdische Volk mit anderen Fürbittern“ teilen zu dürfen, denn „Israel ist und bleibt Gottes Herz für den Heilsplan und für die Endzeit.“ Das Reiseprogramm führe an Orte, die „strategisch für gezielte Fürbitte wichtig sind“. So werden neben biblischen Sehenswürdigkeiten „wichtige strategische Orte für Israel“ auf dem Golan und an der Grenze zum Libanon besucht. In Jerusalem wird an „strategischen Punkten“ gebetet, etwa am „Westmauer-Tunnel am Berg Moriah“. Begleitet wird die Reise durch den messianisch-jüdischen Pastor Ofer Amitai. Auf der Startseite des Web-Auftritts <http://www.bete.net/> mahnt ein Zitat von Derek Prince: „Ein disziplinloses Leben ist anfällig für dämonische Attacken.“

⁵¹ Der schmale Weg Nr. 1/2010, S. 31-38/47.

19. Die religiöse Rechte

„aufklärende Islam-Vorträge in Deutschland und der Schweiz“.⁵² Adel tritt gemeinsam mit *Michael Mannheimer* an Kundgebungen der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) und *Politically Incorrect* (PI-news) auf, worüber PI-news jeweils berichtet.⁵³ Im Juni 2011 leitete Adel am „Grossen islamkritischen Wochenende“ der BPE und PI-news in Stuttgart das Seminar „Islam und Demokratie“.⁵⁴ Bei PI-news können von Fouad Adel unter „Downloads“ der Flyer „Ziele des Islam“⁵⁵ und die „Geschichte des Islam – geschrieben mit Blut und Terror: Dokumentation eines orientalistisch-christlichen Islamwissenschaftlers“⁵⁶ bezogen werden. Die Broschüre „sensationelle Islam-Dokumentation“ ist ebenfalls über die CGD-Geschäftsstelle erhältlich, denn sie ist „nach unserer Einschätzung des Beste, was es zur Zeit über den Islam in deutscher Sprache gibt.“⁵⁷ In seiner Dokumentation bezeichnet Adel die Offenbarungen Mohammeds als „dämonisch inspiriert[.]“ (S. 6). Denn Allah sei Satan und der „Heilige Krieg“ des Islams entspreche „dem Kampf Satans um seinen Herrschaftsanspruch über die Menschen, also dem Kampf der Finsternis gegen das Licht (...) Blut soll vergossen werden, bis der Islam die absolute Weltherrschaft innehat“ (S. 8) (vgl. dazu in Abbildung 22.1 zum „Draw-Mohammed-Day“ die zweiten Zeichnung von links).

Dieselbe Stossrichtung hatte die Vortragsreihe des messianischen Juden Avi Lipkin, der auf Einladung der evangelikal-zionistischen Organisation „Pro Israel“ des EDU-Gründers und Pfingstlers Werner Scherrer⁵⁸ vor der Minarettabstimmung durch die Schweiz reiste. Auf PI-news wurden die Vortragsdaten publiziert und ein Video von Lipkins Vortrag beigefügt. Im Artikel zu Lipkin heisst es unter dem Titel: „Islam: Das dunkle Imperium schlägt zurück“: „Nicht die Muslime sind das Problem. Sie wurden wie Juden und Christen nach dem Bild Gottes geschaffen. Allah ist das Problem, denn Allah ist nicht Gott, sondern das Gegenteil. Minarette sind keine Kirchtürme, sie sind 'Sargnägeln im Sarg des Westens'. Überall wo sie errichtet werden,

⁵² <http://christlicher-gemeindedienst.de/news/newsdetail.php?id=1&nid=26&search=fouad%20adel> (28.1.2014).

⁵³ <http://www.pi-news.net/2011/10/mannheim-sagt-nein-zu-islamisierung-und-scharia/> (28.1.2014).

⁵⁴ <http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/veranst/detail.php?vid=67> (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

⁵⁵ <http://pi-news.net/wp/uploads/2011/07/Flyer-Ziele-des-Islam.pdf?f764e8> (28.1.2014).

⁵⁶ <http://pi-news.net/wp/uploads/2011/07/Geschichte-des-Islam-geschrieben-mit-Blut-und-Terror.pdf?f764e8> (28.1.2014).

⁵⁷ Der schmale Weg Nr. 1/2010, S. 47.

⁵⁸ Scherrer schrieb zum Minarettverbot: „Die Religion des Islams ist nach ihrer eigenen Definition eine solche des Schwertes, und das Endziel ist die Welteroberung. Die islamische Unterwanderung auch in der Schweiz ist deshalb nicht eine Fiktion, sondern eine schwerwiegende Tatsache, der wir uns stellen müssen“ (Der schmale Weg Nr. 1/2010, S. 27-30).

19. Die religiöse Rechte

pflanzt das islamische Imperium seine Pflöcke ein. (...) Wer hat behauptet grösser zu sein als Gott? Satan. Wer sagt 'Allahu akbar' betet zu ihm."⁵⁹

Auf PI-news wurde Ende September 2007 die Website "Joels Trumpet"⁶⁰ von Joel Richardson vorgestellt. Diese ziehe „Parallelen vom biblischen Buch des Propheten Joël zur heutigen Situation – ein endzeitliches Klima, in der sich viele gegeneinander erheben. Eine eschatologisch islamkritische Vision.“⁶¹ Auf "Joels Trumpet" wird für Muslimmission geworben. Im Februar 2011 wurde auf PI-news Joel Richardsons Buch „Der islamische Antichrist – Die schockierende Wahrheit über die wahre Natur des Biestes“ vorgestellt. Richardson entlarve den Islam und sage voraus, dass die Endzeit kurz bevor stehe. Sein Buch verblüffe all diejenigen, „die bisher die Ähnlichkeiten zwischen Antichrist und dem 'islamischen Jesus' nicht erkannt haben. (...) Könnte Mohammed von dunklen Kräften inspiriert worden sein und nicht vom Erzengel Gabriel, wie Muslime behaupten?“⁶² Der erste Teil des Buchs wurde „exklusiv für PI-news“ übersetzt und kann heruntergeladen werden.⁶³

Zur gleichen Zeit interviewte PI-news Terry Jones, Autor des Buches „Islam is of the Devil“, zu seinen Plänen im Kampf gegen den Islam. Darin wird klar, dass das Böse nur „durch die Annahme von Jesus Christus“ überwunden werden kann. Jones kündigte im Interview an, dem Koran den Prozess machen zu wollen (vgl. Abschnitt 15.2.2).⁶⁴

Die PI-news-Administratorin Pfarrerin Christine Dietrich berichtete mehrfach über ihre Israelreise. Unter dem Titel „Israel ist nicht Palästina“ schrieb sie über „Jerusalem, die Tochter Zion“, dass der Felsendom auf dem Tempelberg genau dort gebaut worden sei, wo einst der jüdische Tempel gestanden habe, damit „die Juden auf dem Tempelberg nie wieder ihr zentrales Nationalheiligtum errichten können“. Sie ruft zum Unterschreiben der „United Jerusalem Petition“⁶⁵ auf, wonach ganz Jerusalem als „ewige Hauptstadt“ unter israelische Souveränität zu stellen sei und die Juden das Recht erhalten sollen, auf dem Tempelberg zu beten.⁶⁶ In einem anderen PI-news-Bericht heisst es unter dem Titel „Al Aqsa ‚bedroht‘ durch dritten Tempel“, dass der

⁵⁹ <http://www.pi-news.net/2009/10/islam-das-dunkle-imperium-schlaegt-zurueck/> (28.1.2014).

⁶⁰ <http://www.joels-trumpet.com/> (28.1.2014).

⁶¹ <http://www.pi-news.net/2007/09/joels-horn-erschallt/> (28.1.2014).

⁶² <http://www.PI-news-news.net/2011/02/buchuebersetzung-der-islamische-antichrist/> (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

⁶³ http://www.pi-news.net/wp/uploads/2011/02/uebersetzung_antichrist_teil1.pdf (28.1.2014).

⁶⁴ <http://www.pi-news.net/2011/02/wir-haben-den-mumm-verloren-uns-zu-erheben/> (28.1.2014).

⁶⁵ <http://onej.org/> (28.1.2014).

⁶⁶ <http://www.pi-news.net/2007/10/israel-ist-nicht-palaestina/> (28.1.2014).

19. Die religiöse Rechte

Felsendom und die Moschee errichtet worden seien, um einen neuen Tempel zu verhindern. In einer Fotomontage wird der „dritte Tempel“ anstelle des Felsendoms gezeigt. Im ersten von 127 Kommentaren zum Artikel wird frohlockt: *Wie es propheziert (sic) wurde! Der dritte Tempel kommt bald!!!* Andere meinen: *Liebe Israelis, sprengt diesen satanischen Götzentempel in die Luft und baut euren dritten Tempel. Es ist Euer Land und eure Stadt!! [W]eg mit dem Muselbunker! Und israelische Produkte kaufe ich, wenn immer es geht. Aber nichts von Museln und ihren Kollaborateuren./ Ich habe es schon immer für ein Unding gehalten, dass die Wilden der Satanistensekte auf das grösste Heiligtum der Juden ein goldenes Sch..haus gebaut haben. Jerusalem wurde von diesen Halbprimaten auch nicht einmal in ihrer Satanistenanleitung namens Koran genannt. (...) Ich bin sowieso dafür den Schweinestall auf dem Tempelberg dem Erdboden gleich zu machen. Also, nur zu. Dann aber bitte auch Mekka und Medina thermonuklear entsorgen, damit die Welt erlöst wird.*⁶⁷

Im Artikel „Israel und seine gefährliche Nachbarschaft“ schrieb Pfarrerin Dietrich einen weiteren Bericht über Israel und verwies auf „Deus Vult“, der „vor genau sieben Jahren den Genezareth-See schwimmerisch durchquert“ habe, „als Zeichen für den christlichen Glauben im neuen Millennium“.⁶⁸ „Deus Vult“ (Gott will es) war der Schlachtruf der mittelalterlichen Kreuzfahrer und ist der Name einer PI-news-Partnerwebsite, betrieben vom katholischen Aktivist und Autor Stefan Ullrich. Dieser präsentiert sich gerne als Ritter mit dem roten Tatzenkreuz des Templerordens, etwa auf PI-news.⁶⁹ Das Templerkreuz ziert auch seine Website, wo er zum Islam etwa auf das Institut für Islamfragen verweist und Pastor Fouad Adel oder Robert Spencer zitiert. „Deus Vult“ ist vielfältig verlinkt.⁷⁰

Auch Anders Breivik bezeichnet sich in seinem Terror-Manifest als Tempelritter. Auf der Titelseite prangt das Templerkreuz, darunter die Jahreszahl 2083. Breivik ruft darin zu einer konservativen Revolution auf, um die „Multikulturelle Elite“ (Stichwort EUSSR, vgl. Abschnitt 18.2) in Europa bis 2083 zu besiegen, um dann den Islam wiederum (wie 1683) vertreiben zu können. In einer Video-Botschaft zum Manifest zeigt Breivik auch das

⁶⁷ <http://www.pi-news.net/2010/05/al-aqsa-bedroht-durch-dritten-tempel/> (28.1.2014).

⁶⁸ <http://www.pi-news.net/2007/10/israel-und-seine-gefahrlche-nachbarschaft/> (28.1.2014).

⁶⁹ <http://www.pi-news.net/2007/07/deus-vult-verlangt-gegendarstellung-von-sz/> oder:
<http://www.pi-news.net/2009/08/jesus-oder-mohammed/> (28.1.2014).

⁷⁰ Deus Vult ist verlinkt mit PI-news, BPE (für dessen Zeitschrift „Bürger Forum“ (4/2010) er einen Gastbeitrag zum „Problem Islam“ verfasst hatte), dem Arbeitskreis Religion und Menschenrechte, Joels Trumpet, der IGFM und mit Aseba, der Organisation der evangelikalen Minarettgegner in Langenthal (vgl. Abschnitt 14.2).

19. Die religiöse Rechte

Siegel des Templerordens mit der Inschrift „Siegel der Streiter Christi“ in Latein. Das Siegel kann im PI-news-Shop als Button (Ansteckplakette) oder T-Shirt bestellt werden, ebenso das T-Shirt „1529 Wien 1683“ (Abbildung 20.1).⁷¹

Eine der meistzitierten Quellen in Breiviks Manifest ist der Blog „Gates of Vienna“. Auf dessen Startseite heisst es: „At the siege of Vienna in 1683 Islam seemed poised to overrun Christian Europe. We are in a new phase of a very old war.“⁷² Breivik folgt dem Blog-Betreiber *Baron Bodissey* in seiner Ansicht: „Calling this the War on Terror was a mistake.“ Besser wäre: „Take Back the Culture,“ um auf den inneren Kampf um die westliche Kultur zu fokussieren.⁷³ Breivik folgt in Anlehnung an den Namen des Blogs einer „Vienna school of thought“⁷⁴ für einen neuen Konservatismus. Prägend für diese Denkschule sieht Breivik den norwegischen Blogger *Fjordman*, der viele seiner islamophoben Essays auf „Gates of Vienna“ publiziert. Im Verlag Edition Antaios von Götz Kubitschek erscheint im Oktober 2011 das *Fjordman*-Buch „Europa verteidigen. 10 Texte“. Herausgeber sind Martin Lichtmesz von der Zeitschrift *Sezession* des neurechten *Instituts für Staatspolitik* (IfS) und Manfred Kleine-Hartlage, dem Autor von „Das Dschihadssystem - Wie der Islam funktioniert“ (Resch-Verlag, 2010).

Am 12. September wurde auf PI-news der 328. Jahrestag der Schlacht am Kahlenberg vor Wien (1683) gewürdigt und beklagt: „Eigentlich müssten in Wien heute alle Glocken läuten, aber die Chancen sind gleich null. Wir kennen unsere Geschichte nicht!“⁷⁵

⁷¹ Deus Vult-Ullrich verteidigte die Templer nach dem Terroranschlag auf PI-news: „Templer waren die ersten christlichen Mönchsritter der katholischen Kirche, die (...) den Auftrag erhielten, die 'Pilger zu schützen und zu pflegen' – weswegen sie u. a. Grundsteinleger unseres heutigen westlichen Krankenhauswesens und vieler anderer guter Dinge“ gewesen seien (<http://www.pi-news.net/2011/08/breivik-ein-fundamentaler-christ-oder-templar/> (28.1.2014)).

⁷² <http://gatesofvienna.blogspot.com/> (22.8.2011), nun <http://gatesofvienna.net/> (28.1.2014).

⁷³ Breivik-Manifest 2011, S. 334.

⁷⁴ ebd. S. 1233.

⁷⁵ <http://www.pi-news.net/2011/09/kahlenberg-12-september-1683/#more-210935> (28.1.2014). Ein Kommentar zum Artikel lautete: „Fuck FaschiSSlam !!! 12. September 1683 reloaded !!!!“.

20. „Eurabia“

Neben „EUSSR“ bzw. „EUdSSR“, der Vorstellung einer linken kulturellen Hegemonie über die gesellschaftliche Begriffsbildung, ist im Diskurs mit „Eurabia“ bzw. „Eurabien“ ein geopolitisches Konflikt-Deutungsmuster wirkmächtig. Das Kompositum aus „Europa“ und „Arabien“ wurde von einer in der Schweiz lebenden jüdischen Historikerin in den Diskurs eingeführt und ist nicht beschreibend, wie etwa das Deutungsmuster einer „schleichenden Islamisierung“, wo Moscheen, Minarette, Burkas oder „Sonderrechte“ gezählt werden, sondern eine Erklärung für alles; eine Erklärung dafür, warum Europa islamisiert werde und warum eine solche Islamisierung zugelassen oder gar gefördert werde.

Gisèle Orebi wuchs in Ägypten mit einer französischen Mutter und einem italienischen Vater auf und besuchte dort eine französische Schule. Die Familie ging im Zusammenhang mit der Suez-Krise nach England, wo Gisèle David Littman heiratete und mit ihm in den 1960er Jahren in die Schweiz zog. Unter dem Pseudonym *Bat Ye'or* (hebräisch „Tochter des Nils“) schreibt sie seit den 1970er Jahren über religiöse Minderheiten unter arabischer und osmanischer Herrschaft.¹

2005 veröffentlichte *Ye'or* das Buch „Eurabia: The Euro-Arab Axis“ und schreibt dazu auf ihrer Website: „This book is about the transformation of Europe into 'Eurabia', a cultural and political appendage of the Arab/Muslim world. Eurabia is fundamentally anti-Christian, anti-Western, anti-American, and antisemitic. The institution responsible for this transformation, and that continues to propagate its ideological message, is the Euro-Arab Dialogue, developed by European and Arab politicians and intellectuals over the past thirty years.“² Den Begriff „Eurabia“ verwendete sie in diesem Sinne zuvor seit 2002 in französischen, italienischen und englischen Aufsätzen.

Nach Shooman (2008: 74f.) konstatiert Gisèle Littman eine in Europa vorherrschende unterwürfige Geisteshaltung gegenüber immer mächtiger wer-

¹ Informationen von ihren Websites <http://www.dhimmi.org/>, <http://www.dhimmitude.org/> und aus ihren Interviews.

² <http://www.dhimmi.org/Eurabia.html> (28.1.2014).

20. „Eurabia“



Abbildung 20.1.: T-Shirts und Buttons aus dem PI-news-Angebot

denden Muslimen: Das „Dhimmitum“ bzw. „Dhimmitude“. Der Neologismus schliesst an den arabischen Begriff *dhimmi* an, der sich auf nicht-Muslime bezieht und soviel wie „Schutzbefohlener“ bedeutet. Carr (2006: 8) nennt als Voraussetzung für Ye’ors Eurabia-These die Annahme einer islamischen Verschwörung zur Unterwerfung Europas sowie die Annahme der Existenz einer europäischen Elite, die im Geheimen alle wichtigen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Institutionen Europas in unterwürfige Instrumente des „Djihad“ transformiert. Ye’or veröffentlichte 1985 das Buch „The Dhimmi. Jews and Christians under Islam“, welches 1980 als „Le dhimmi“ erstmals publiziert wurde. 2002 erfolgte die einzige deutsche Übersetzung eines französischen Buches von 1996 unter dem Titel „Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam. 7.-20. Jahrhundert. Zwischen Dschihad und Dhimmitude“ im Resch-Verlag.

PI-news führt eine eigene Rubrik zum Thema „Dhimmitude“.³ Im Online-Shop können entsprechende T-Shirts und Buttons mit islamophoben Motiven und Schriftzügen gekauft werden (Abbildung 20.1).⁴

20.1. Bat Ye’ors Gefolgschaft

In Italien wurde die 2006 verstorbene Journalistin und Bestseller-Autorin Oriana Fallaci zu einer Anhängerin Ye’ors. Die NZZ bezeichnete Fallaci als „Galionsfigur des Anti-Islamismus in Italien, die in ihren Büchern ‘Die Wut und der Stolz’ (2001) und ‘Die Kraft der Vernunft’ (2004) auch vor plakativem Rassismus nicht zurückschreckte.“ Sie habe Millionen ihrer aggressiven

³ <http://www.pi-news.net/category/dhimmitude/> (28.1.2014).

⁴ Heinz Gstrein schrieb am 22.4.2005 für die NZZ über eine Tagung in Genf zum Thema „Opfer des Jihad - Muslime, Dhimmi, Abtrünnige und Frauen“. Teilgenommen hätte auch Christian Solidarity International. Die „jüdische Religionshistorikerin Bat Ye’or“ habe die im islamischen Recht enthaltene „militärische Doktrin zur weltweiten Verbreitung des muslimischen Glaubens“ behandelt und davor gewarnt, dass sich Europa in seinen Kontakten zur muslimischen Welt unterwürfig gebe.

20. „Eurabia“

Bücher verkauft.⁵ PI-news erinnerte mit einem Banner an Fallaci: „Europa ist nicht mehr Europa, es ist 'Eurabien', eine Kolonie des Islam, wo die islamische Invasion nicht nur physisch voranschreitet, sondern auch auf geistiger und kultureller Ebene“ (Oriana Fallaci 1929-2006).

Eugen Sorg dekonstruierte den „Mythos von al-Andalus“ in der Weltwoche (35/2005) u.a. mit Verweisen auf *Bat Ye'ors* „Der Niedergang des orientalischen Christentums unter dem Islam“ und auf Hans-Peter Raddatz. Riexinger (2009: 461) bezeichnet die angebliche Kollaboration von Eliten mit dem Islam als Leitmotiv in Raddatz Büchern und auch Widmann (2008: 58f.) stellt fest, dass Raddatz „eine Reihe von *Bat Ye'ors* Deutungen bis in die Wortwahl hinein“ kopiere und ihre Argumentation übernimmt, wonach sich die EU „unter Führung proislamischer Eliten in Politik, Wirtschaft, Religion, Kultur und Medien“ der „islamischen Expansionsideologie des D jihad“ unterwerfe. Auch Sozialwissenschaftler gehören nach Raddatz zur proislamischen Konspiration, denn die Forschergruppe um Wilhelm Heitmeyer⁶ aktualisiere die „Protokolle der Weisen von Zion“: „Als Mischung aus Fälschung und Plagiat begründen die ‚Protokolle‘ die Tradition einer Verschwörungstechnik, die proislamische Ideologen heute mit Variationen über ‚gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit‘, ‚Islamophobie‘ etc. fortsetzen“ („Allah und die Juden“ Raddatz 2007: 169, zitiert nach Widmann 2008: 59).

Ye'or hatte 2003 und 2004 mehrere Artikel im Frontpage Magazine von David Horowitz veröffentlicht, wo auch Robert Spencer und *Fjordman* publizieren. Carr (2006: 9) nennt Spencer, der selbst islamophobe Bücher schreibt und die Websites „Dhimmi Watch“ und „Jihad Watch“ betreibt, einen der feurigsten Bewunderer *Ye'ors*. Spencer schrieb 2004 den Artikel „The rise of Eurabia“ für das Frontpage Magazine. Im Interview mit der „Initiative 1683“ meinte Spencer 2011: „Uns wird überall erzählt, wie friedliebend der Islam sei und keinerlei Rassismus beinhalte. (...) Die Mainstreammedien leben in dieser Voreingenommenheit, wann immer sich kritische Stimmen zum Dschihad äussern. (...) Der verbrecherische, gewalttätige, hasserfüllte Moslem ist plötzlich nur ein Opfer.“⁷

Der Spiegel berichtete darüber, wie das FBI im Jahr 2009 Agenten über den Islam geschult habe. Unter den acht Literaturverweisen sei kein einziges anerkanntes Sachbuch zum Thema gewesen. Dafür Robert Spencers „The Po-

⁵ NZZ vom 19.11.2007.

⁶ Vgl. dazu die Bielefelder GMF-Surveys in Kapitel 8.

⁷ <http://initiative1683.com/2011/08/28/robert-spencer-uber-die-verheiratung-von-islam-und-kommunismus/> (10.10.2011).

20. „Eurabia“

litically Incorrect Guide to Islam“ und „The Truth about Muhammad“, mit dem Untertitel: „Der Gründer der intolerantesten Religion der Welt“. Dazu auch „Islam and Terrorism“ von Mark A. Gabriel.⁸

Auf Spencers Blog publizierte *Fjordman* im September 2006 „The Eurabia Code, Part I“,⁹ der im Oktober 2008 auf „Gates of Vienna“ erschien¹⁰ und im Februar 2010 auf *Politically Incorrect* (PI-news), denn: „Der Autor hat uns sein Manuskript in deutscher Fassung exklusiv zur Veröffentlichung übertragen“. ¹¹ Im Essay schreibt *Fjordman*: „Das Folgende ist ein kurzer Abriss der These, die Bat Ye’or in ihrem Buch „Eurabia – The Euro-Arab Axis“ dargelegt hat (das vollständig gelesen werden sollte). Zusätzlich verwende ich noch Auszüge aus ihren Artikeln und aus Interviews mit ihr. Ich veröffentliche die Informationen mit ihrem Segen, aber diese Zusammenfassung ist voll und ganz von mir.“¹²

Da *Fjordman* ein Anhänger *Ye’ors* und Spencers ist und *Fjordman* wiederum der Lieblingsautor von Anders Breivik, erscheinen in dessen Terror-Manifest *Ye’or* und Spencer mehrere Dutzend Mal. Die Rundschau interviewte *Ye’or* im Juli 2011, da Breivik in seinem Manifest schreibe: „Bat Ye’or ist die führende Gelehrte auf dem Gebiet der Ausbreitung des Islams“. *Ye’or* bestreite aber, je in direktem Kontakt zu Breivik gestanden zu haben und befürchtet, islamkritische Stimmen würden nach der Tat unterdrückt: „Anstatt sie [die Islamkritiker] jetzt dieses Verbrechens zu beschuldigen, sollten die Regierungen vielleicht damit beginnen, ihnen zuzuhören“.¹³ Diese Distanzierung scheint nötig, da Breivik schreibt: „One of the documents Bat Ye’or was kind enough to send me (which she mentions in the French version of her book about Eurabia but not in the English version) is the Common Strategy of the European Council - Vision of the EU for the Mediterranean Region, from June 19th 2000.“ (Breivik-Manifest, S. 42).

Im März 2011 äusserte sich *Ye’or* auf der norwegischen islamophoben Internetplattform document.no zur Revolution in Ägypten.¹⁴ Das Interview erschien vier Tage später auf PI-news in Deutsch. Dort breitete sie ihre Eurabia-

⁸ Spiegel-Online vom 28.7.2011: FBI-Schulungsmaterial. Agentenausbildung mit islamfeindlicher Schlagseite.

⁹ <http://www.jihadwatch.org/2006/09/fjordman-the-eurabia-code-part-i.html> (28.1.2014).

¹⁰ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2008/10/defeating-eurabia-part-1.html> (28.1.2014).

¹¹ <http://www.pi-news.net/2010/02/fjordman-buch-eurabien-besiegen/> (28.1.2014).

¹² http://pi-news.net/wp/uploads/2010/02/Defeating_Eurabia_German_Book1.pdf?f764e8 (28.1.2014).

¹³ Bat Ye’or im Interview mit der Rundschau, 27.7.2011.

¹⁴ <http://www.document.no/2011/03/bat-yeor-brorskapet-vil-islamiser-moderniteten-ikke-modernisere-islam/> (28.1.2014).

20. „Eurabia“

These aus und beschreibt den Umsturz in Ägypten als „Umsetzung der Scharia in der ganzen Welt, beginnend in den muslimischen Ländern“. Sehr gefährlich sei, dass sich die Muslimbruderschaft eine westliche Sprache angeeignet habe, um den Westen zu unterminieren.¹⁵ Der Spiegel schreibt, dass Anders Breivik auf document.no über Monate den direkten Kontakt und Austausch mit Verleger Hans Rustad gesucht und rund 75 Beiträge gepostet habe.¹⁶

Geert Wilders, einer der Lieblingspolitiker von Anders Breivik und der PI-Community, musste sich Anfang 2011 wegen Volksverhetzung in den Niederlanden vor Gericht verantworten. Er gab im Gericht eine Erklärung ab, wonach der Islam keine Religion sei, sondern eine Ideologie, die sich „vor allem durch Mord und Totschlag auszeichnet. (...) Überall in Europa führen multikulturelle Eliten einen totalen Krieg gegen ihre eigene Bevölkerung, indem sie die Masseneinwanderung und die Islamisierung fortsetzen, die am Ende zu einem islamisierten Europa ohne Freiheit führt, zu einem Eurabien“. Es sei daher die Pflicht aller freien Menschen, sich dem zu widersetzen, wie die Süddeutsche Zeitung notierte.¹⁷ Wilders warnte in den Niederlanden bereits 2007 vor einer Entwicklung hin zu „Niederarabien als Provinz des islamischen Superstaates Euroabien“.¹⁸

Pamela Geller vom islamophoben Blog „Atlas Shrugs“ interviewte¹⁹ Bat Ye'or Anfang Juli 2007 in den USA und verwies auf ihrem Blog auf *Baron Bodissey*, der eine Rede von Ye'or in Toronto für seinen Blog „Gates of Vienna“ transkribiert habe.²⁰ Eine andere amerikanische Bloggerin transkribierte Gellers Video-Interview mit Ye'or, was der Blog *Politically Incorrect* (PI-news) für eine deutsche Übersetzung nutzte.²¹ Darin erklärt Ye'or, dass zuerst Frankreich eine Allianz mit den arabischen Ländern aufbauen wollte, um seine Kolonien zu halten und um eine Gegenmacht zu den USA zu bilden. Nach dem Jom-Kippur-Krieg und der Ölkrise seien dann die anderen europäischen Länder auf die Linie Frankreichs eingeschwenkt. Seither betreibe Europa eine Appeasement-Politik gegenüber dem Islam und unterstütze die Palästinenser gegen Israel.

¹⁵ <http://www.pi-news.net/2011/03/historikerin-bat-yeor-zur-revolution-in-egypten/> (28.1.2014).

¹⁶ <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,776275,00.html> vom 24.7.2011.

¹⁷ <http://www.sueddeutsche.de/politik/niederlande-wilders-warnt-vor-eurabia-1.1056686>, 7.2.2011.

¹⁸ Wilders in De Volkskrant vom 8.8.2007, zitiert nach Curio (2009: 241).

¹⁹ http://atlasshrugs2000.typepad.com/atlas_shrugs/2007/07/bat-and-me.html#more (28.1.2014).

²⁰ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2007/06/bat-yeor-speaks-in-toronto.html> (28.1.2014).

²¹ <http://www.pi-news.net/2007/07/pamela-geller-im-gespraech-mit-bat-yeor/> (28.1.2014).

20. „Eurabia“

Das Manuskript der Rede *Ye'ors* „Von Europa nach Eurabia“ an einer Konferenz in Jerusalem wurde von Pamela Geller auf „Atlas Shrugs“ veröffentlicht. Darauf bezogen schrieb Robert Spencer auf „Jihad Watch“ im Februar 2010 den Artikel: „Europe's anti-Israel strategy will result in the destruction of Europe itself“, welcher drei Tage später auf dem Blog der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) übersetzt als „Bat Ye'or: Europas Anti-Israel-Kurs wird zur Zerstörung Europas führen“ erschien.²² Auf dem BPE-Blog wurde bereits im August 2009 die Streitschrift „Eurabia: Die geplante Islamisierung Europas“ vom *Michael Mannheimer* veröffentlicht.²³ Dieser bezeichnet seine „Dokumentationsreihe“ als „notwendige Aufklärung in der Hoffnung, dass dem Eroberungswillen der Muslime sowie deren Unterstützung durch weite Teile der westlichen Eliten der nötige Widerstand entgegengesetzt wird.“ Denn: „Wer Eurabia verhindern will, darf sich nicht weiter auf Politik oder Justiz verlassen. (...) Alles ist offen. Aber eines steht bereits jetzt fest: Wer nicht kämpft, der hat bereits jetzt schon verloren.“ Dieser Essay kann bei PI-news unter „Downloads“ bezogen werden.²⁴

An der Frühjahrestagung 2008 von Ulrich Schlüers rechtsnationaler Zeitschrift *Schweizerzeit* in Zug referierte Henryk Broder zum Thema „Die letzten Tage Europas – Eurabia oder Eurasia?“. ²⁵ Broders Buch „Hurra, wir kapitulieren! Von der Lust am Einknicken“ inspirierte bereits 2007 die Pfarrerin und PI-news-Co-Betreiberin Christine Dietrich zu einer Predigt mit dem Titel „Hurra, wir gehen jetzt unter?!?“ mit Bezug auf ein Kapitel aus der Apokalypse. Sie erzählte in der Predigt von einem Vortrag Broders in Basel, den sie gerade besucht hatte. Broder kritisierte die europäische Blindheit angesichts der Untergangsgefahr durch den islamischen Faschismus. Dietrich schloss daraus: „Wenn die Entwicklung so weitergeht, müssen wir alle unseren Anrufbeantworter vielleicht bald neu besprechen – auf Arabisch“. ²⁶

Im April 2008 interviewte PI-news-Administratorin Christine Dietrich *Bat Ye'or* beim 3. Internationalen Kongress „Zeit, vom Schläfe aufzustehen“ der Organisation „Kirche in Not“. *Ye'or* erklärte: „Statt sich gegen den Islam zu stellen, sind die europäischen politischen Führer in ihrer Dhimmitude verfangen. Europa ist fest in selbstzerstörerischer, pro-islamischer Dhimmi-Hand.

²² <http://bpeinfo.wordpress.com/2010/02/06/bat-yeor-europas-anti-israel-kurs-wird-zur-zerstörung-europas-führen/> (28.1.2014).

²³ <http://bpeinfo.wordpress.com/2009/08/23/eurabia-die-geplante-islamisierung-europas/> (28.1.2014).

²⁴ http://pi-news.net/wp/uploads/2009/08/eurabia_danmark.pdf?f764e8 (28.1.2014).

²⁵ Tages Anzeiger vom 16.5.2008: Provokateur sieht Eurabien kommen.

²⁶ Predigt vom 18.2.2007, reformierte Kirche Altdorf, Uri.

20. „Eurabia“

Einer politischen Führung, die dauernd Appeasement betreibt, statt sich für die eigenen Werte und die eigene Gesellschaft zur Wehr zu setzen.“²⁷

20.2. Christian Solidarity International und Zukunft CH

Die Rede, die Ye'or an besagtem Kongress der „Kirche in Not“ in Augsburg gehalten hatte, wurde auf Deutsch übersetzt und erschien im Abstimmungskampf zur Anti-Minarett-Initiative als Broschüre der „Reihe Islam“ des Vereins *Zukunft CH*, der zum Umfeld von *Christian Solidarity International* (CSI) gehört und „die schleichende Einführung der Scharia“ verhindern und die Familien „als Grundpfeiler der Gesellschaft“ stärken möchte. Ye'or spricht als „Historikerin und Islamexpertin“ unter dem Titel „Es ist nicht zu spät...“ mit Verweis auf den Untergang des Byzantinischen Reiches von einer „modernen und doch so alten Bedrohung“, von einer „tödliche[n] Bedrohung, die uns in nicht allzu ferner Zukunft zerstören könnte“ (S. 3). Denn der „Djihad ist so alt wie der Islam selbst (...) und heutzutage breitet er sich durch ein globales Netzwerk aus“ (S. 4). Seit dem Ölboykott 1973 sei der „palästinensische Djihad eine gemeinsame euroarabische politische und kulturpolitische Angelegenheit: Dies ist der Ursprung von Eurabien“ (S. 6). Da Europa vom „Dhimmitum“ dazu konditioniert worden sei, die muslimische Version seiner Geschichte zu akzeptieren, erkenne es die Schuldumkehrung nicht: Der Widerstand der Opfer des Djihad werde als Islamophobie gesehen (S. 9f.).

Pfarrer Hansjürg Stückelberger, Gründer von *Christian Solidarity International* (CSI), hielt im Dezember 2004 ein Referat gegen den EU-Beitritt der Türkei unter dem Titel: „Durch die Türkei nach Eurabia?“, worin er meinte, der Islam sei keine „normale“ Religion, denn im „Islam ist Täuschung (Taqiya) erlaubt, wenn es dem Islam nützt.“ Friede gebe es im Islam erst, wenn der „Heilige Krieg“ mit „Unterwerfung oder Vernichtung“ geendet habe. Stückelberger referierte selbst an EDU-Informationsabenden zur Anti-Minarett-Initiative, arbeitet über seine islamophobe Organisation „Zukunft CH“ mit Udo Ulfkotte zusammen und sieht Muslime als Menschen, die „unter dem Einfluss eines lügnischen Geistes stehen“, die Europa zu „Eurabien“ machen wollten und deren Zuwanderung deshalb „eine Gefahr für die Demokratie und für alle damit verbundenen Freiheiten“ sei.²⁸ Auch Ulfkotte

²⁷ <http://www.pi-news.net/2008/04/bat-yeor-europa-ist-fest-in-dhimmi-hand/> (28.1.2014).

²⁸ Tages Anzeiger vom 28.1.2008.

20. „Eurabia“

zeichnet nach Bielefeldt (2009: 189) monströse Angstszszenarien, so werde in Europa bald die Scharia eingeführt und Europa zu „Eurabien“.

Für „Zukunft CH“ wirbt ein Banner auf PI-news, die schweizerische und deutsche Website der Mutterorganisation *Christian Solidarity International* (CSI) sind von PI-news, „Deus Vult“, „Der Prophet des Islam“ oder den Websites lokaler Moscheegeegner in Wertheim, Schlüchtern und Berlin-Pankow verlinkt. Ulfkotte (vgl. Abschnitt 10.1) ist Mitglied im Vorstand von *Zukunft Europa e.V.*, dem deutschen Ableger von *Zukunft CH*, wie im gleichnamigen Magazin (Nr. 4, 2011) berichtet wurde. Ebenfalls im Vorstand ist Christa Meves, die seit den 1990er Jahren für Ulrich Schlüers Schweizerzeit schreibt, der vor der Minarettabstimmung eine Vortragsreihe mit Ulfkotte organisiert hatte. Meves, eine Bestsellerautorin mit Millionenauflage, referierte auch schon beim *Verein zur Förderung der Psychologischen Menschenkenntnis* (VPM), wo der SVP-Werber Alexander Segert Mitglied war (vgl. Abschnitt 18.1) oder bei der rassistischen *Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung* (Niggli und Frischknecht 1998: 587). Ulfkotte und Meves (und auch Eva Herman²⁹) schreiben auf KOPP-online, dem Blog eines Verlages, der Bücher Ulkottes anbietet, sowie Endzeitromane oder Bücher über Grenzwissenschaften, Esoterik und Verschwörungstheorien. Meves schrieb dort den Artikel „Norwegen-Attentäter Anders Breivik: Eine pathologische Entwicklungsgeschichte“ und erklärte dessen Tat mit einer unglücklichen, stressreichen Schwangerschaft der Mutter, dem Fehlen des Vaters („Der 32-Jährige entstammt einer zerbrochenen Familie“), was zu Wut führe und mit „süchtig machenden Killerspiele[n]“ zusammen zum Fazit führt: „Das Massaker sollte vorbeugende pädagogische Schlussfolgerungen haben!“³⁰

²⁹ <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/deutschland/eva-herman/sex-und-drogenorgie-loveparade-zahlreiche-tote-bei-sodom-und-gomorra-in-duisburg.html> vom 25.7.2010 (28.1.2014).

³⁰ <http://info.kopp-verlag.de/hintergruende/europa/christa-meves/norwegen-attentaeter-anders-breivik-eine-pathologische-entwicklungsgeschichte.html> vom 7.8.2011 (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

2007

Kopenhagen: Im April 2007 fand ein britisch-skandinavisches „Counterjihad“ Gipfeltreffen in Kopenhagen statt. *Baron Bodissey* von „Gates of Vienna“ traf auf Anti-Islam-Aktivist:innen aus Dänemark, Schweden und Norwegen („including our own stalwart Fjordman“) und England.¹

Kalifornien: Im Juni 2007 fand an der Pepperdine Universität in Kalifornien die internationale Konferenz „The Collapse of Europe, the Rise of Islam and the Consequences for the United States“ statt.² Organisiert wurde die Konferenz von der „American Freedom Alliance“, wo Robert Spencer „Fellow“ ist. Gemäss dem Tagungsprogramm referierten im Modul „Eurabia: Is Muslim domination of Europe inevitable?“ etwa Ayaan Hirsi Ali, Daniel Pipes vom Think Tank „Middle East Forum“, sowie die Publizist:innen Henryk Broder und Leon de Winter. Aus der Schweiz referierte Arnaud Dotézac von der SVP, der sich als „Rechtsprofessor für islamisches Recht“ für die schweizerische Anti-Minarett-Initiative eingesetzt hatte. David Horowitz, der Herausgeber des Frontpage Magazines, moderierte eines der Panels. Am Schlußtag fand von 9 bis 12 Uhr der „Closed Door Roundtable: Advocacy and legal strategies for combating militant Islam in Europe and the United States“ statt.

Brüssel: Im Oktober 2007 fand in Brüssel der „Counterjihad Brussels 2007: European Conference Resists Islamization“ statt. Die Konferenz wurde u.a. im Blog „The Brussels Journal“ angekündigt und gastierte am ersten Tag im Europäischen Parlament und am zweiten Tag im Flämischen Parlament. Hauptredner:innen waren *Bat Ye'or* und Robert Spencer.³ Es sprachen der PI-news-Gründer Stefan Herre aus Deutschland, Elisabeth Sabaditsch-Wolff aus Österreich, Filip Dewinter vom Vlaams Belang, Arieh Eldad von der Hatikva-Partei, Ted Ekeroth von den Schwedendemokraten, Arnaud Dotézac von der

¹ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2007/04/uk-and-scandinavia-counterjihad-summit.html> (28.1.2014).

² <http://www.americanfreedomalliance.org/microsite/collapseofeurope/program.htm> (28.1.2014).

³ <http://www.brusselsjournal.com/node/2575> (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

SVP, sowie Vertreter aus der Tschechischen Republik, Dänemark, Finnland, Norwegen, Frankreich, Italien, Holland, Rumänien, England, Kanada und den USA. Als Unterstützer der Kongressorganisation wurden *Fjordman* und *Baron Bodissey* von „Gates of Vienna“ genannt, sowie David Littman, der Ehemann von *Bat Ye'or*, der ihre Bücher ins Englische mitübersetzt.⁴ Mit dabei war auch Pamela Geller, die auf „Atlas Shrugs“ über das Treffen berichtete.⁵ *Bat Ye'or* hielt einen Vortrag zum Thema: „Eurabia: How far has it gone?“, welcher auf der englischen Version von PI-news veröffentlicht wurde.⁶ Arnaud Dotézac stellte im „Country Report on Islamisation: Switzerland“ „zweifelloso“ fest, dass die Schweiz, obwohl nicht in der EU, Teil Eurabiens sei.⁷ Der „Germany Report“ von Stefan Herre wurde auf dessen Blog abgedruckt. Er dankt *Bat Ye'or* für ihre „wertvolle und grosse Arbeit“ und bedauert, dass ihr Eurabia-Buch immer noch nicht in Deutsch erhältlich ist.⁸

2008

Rom: Die „American Freedom Alliance“, welche 2007 die Konferenz in Kalifornien durchgeführt hatte, kündigte im Februar 2008 die Lancierung der „European Freedom Alliance“ mit Sitz in der Schweiz und des „Institutes for Eurabian Studies“ an.⁹ Die Eröffnungsfeier, an der *Bat Ye'or* und John Eibner, der Geschäftsführer von *Christian Solidarity International* (CSI), sprachen, fand im Vorfeld der Internationalen Konferenz der „European Freedom Alliance“ an der Europäischen Universität in Rom statt.¹⁰ An dieser Tagung vom März 2008 zum Thema: „Identity Crisis: Can European Civilization Survive?“ sprachen gemäss dem Tagungsprogramm u.a. *Bat Ye'or*, Daniel Pipes, Robert Spencer, David Littman, Pfarrer Hansjürg Stüchelberger (der Gründer von CSI) und Baronin Caroline Cox, die in den 1990er Jahren zu CSI gehörte, mit John Eibner ein Buch veröffentlichte, und mit diesem für CSI die militanten christlichen Separatisten im Südsudan unterstützte. David

⁴ <http://counterjihadeuropa.wordpress.com/2007/10/> (8.1.2014).

⁵ http://atlasshrugs2000.typepad.com/atlas_shrugs/2007/10/one-for-the-age.html (28.1.2014).

⁶ <http://www.pi-news.org/2008/04/eurabia-how-far-has-it-gone/> (28.1.2014).

⁷ <http://counterjihadeuropa.files.wordpress.com/2007/11/switzerland-country-report-october-2007.pdf> (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

⁸ <http://www.pi-news.net/2007/10/counterjihad-konferenz-in-bruessel-am-181910/> (28.1.2014).

⁹ <http://www.americanfreedomalliance.org/EventDetails.aspx?EventID=64> (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

¹⁰ <http://www.americanfreedomalliance.org/microsite/identitycrisis/images/identity-crisis-2-25-lowres.pdf> (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

Littman, Ye'ors Ehemann, war Genfer CSI-Sprecher und John Eibner ständiger Vertreter von CSI bei der UNO in Genf. Baronin Caroline Cox lud Geert Wilders für die Präsentation seines islamophoben Filmes „Fitna“ 2009 ins House of Lords nach London ein. Wilders reiste nach der erfolgreichen Klage gegen eine Einreisesperre schliesslich im März 2010 nach London. Mitglieder der *English Defence League* (EDL) marschierten für Wilders in London auf, wie BBC berichtete.¹¹

Wien: Im Mai 2008 fand in Wien die Tagung „Counterjihad Vienna 2008“ unter dem Motto „Defending Civil Liberties in Europe“ statt.¹² Hauptredner war Serge Trifkovic zum Thema: „Can The West Be Saved?“ Mit dabei waren u.a. *Baron Bodissey*, PI-news-Delegierte und Vertreter aus verschiedenen europäischen Ländern.¹³ *Baron Bodissey* sprach zu: „Distributed Emergence: Networking the Counterjihad“. Die Rede von Trifkovic wurde auf PI-news „in der offiziellen deutschen Übersetzung“ publiziert.¹⁴

2009

Kopenhagen: Im Mai 2009 fand in Kopenhagen das „Counterjihad“-Treffen 2009 statt. Aktivisten seien aus Deutschland, Schweiz, Österreich, Ungarn, Rumänien, Serbien (Serge Trifkovic), Frankreich, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, England und den USA gekommen.¹⁵ Auch PI-news berichtete darüber.¹⁶

Counterjihad-Manifest

Nach einer Anti-Islam-Demonstration im Oktober 2009 in Berlin resümierte Conny Axel Meier von der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) auf PI-news:

„Der Counter-Jihad hat Fahrt aufgenommen. Kritik an der totalitären Herrschaftsideologie des Islams aus der Mitte der Gesellschaft in die Mitte der Gesellschaft wird kontinuierlich zunehmen, die Lobby-Arbeit der BPE innerhalb der bestehenden demokratischen Parteien (sehr viele BPE-Mitglieder sind gleichzeitig Mitglieder in den im Bundestag vertretenen demokratischen Partei-

¹¹ http://news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/8551220.stm (28.1.2014).

¹² <http://gatesofvienna.blogspot.com/2008/05/counterjihad-vienna-2008.html> (28.1.2014).

¹³ <http://missioneuropakmartell.wordpress.com/ressourcen/> (28.1.2014).

¹⁴ <http://www.pi-news.net/2008/05/counter-jihad-treffen-in-wien-11-12-mai-2008/> (28.1.2014).

¹⁵ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2009/05/slouching-towards-copenhagen.html> (28.1.2014).

¹⁶ <http://www.pi-news.net/2009/05/counterjihad-treffen-kopenhagen-2009/> (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

en), Institutionen und der Medien wird an Kraft gewinnen. Schon jetzt ist die BPE als offizieller Verband im Bereich Menschenrechte beim Deutschen Bundestag registriert und nimmt regelmäßig an OSZE-Konferenzen zum Thema Religionsfreiheit, Frauen- und Menschenrechte teil. Die Vernetzung mit Menschenrechtsorganisationen im In- und Ausland schreitet voran. (...) Der Counter-Jihad steht erst am Anfang. Wir haben hier ca. 25 Jahre Rückstand.“¹⁷

Im November publizierte Gerhard Lipp, Vorstandsmitglied der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) das „Counterjihad-Manifest“ auf dem BPE-Blog.¹⁸ Dabei handelt es sich um die deutschsprachige Übersetzung des Manifestes von *Baron Bodisseys* „Gates of Vienna“. Beim „Counterjihad“ gehe es um: „Widerstand gegen Islamisierung und für die Wiederbelebung westlicher Werte“, denn: „Seit seiner Gründung vor vierzehnhundert Jahren führt der Islam Krieg gegen den Westen. (...) Im Westen haben wir verdrängt, dass es diesen Krieg überhaupt gibt.“ Deshalb würden sich nun all diejenigen, „die sich der totalitären Herrschaftsideologie des Islam und seiner Ausbreitung widersetzen wollen, in einer losen Allianz, die auch Counterjihad (Gegen- Jihad) genannt wird“, vereinigen. Es gehe darum, Widerstand zu leisten „gegen die fortschreitende Islamisierung westlicher Länder durch Verhinderung weiterer muslimischer Einwanderung, Ablehnung aller Sonderrechte für Moslems im öffentlichen Raum und in den Institutionen sowie Verbot aufdringlicher Zurschaustellung islamischer Gepflogenheiten“. Der Islam müsse „mittels Ausweisung aller moslemischen Straftäter und all derer, die sich nicht völlig in die Kultur ihrer Aufnahmeländer einfügen können oder wollen“, auf die vorwiegend islamischen Länder eingedämmt werden. Jede Entwicklungshilfe und wirtschaftlicher Unterstützung für islamische Länder müsse beendet werden. Es müsse ein „Graswurzel-Netzwerk“ entwickelt werden, „um die herrschenden politischen Eliten in unseren Ländern zu ersetzen“, um die „vorherrschende[.] Multikulti-Ideologie“ zu beseitigen, welche „die Islamisierung fördert und den Zerfall unserer Zivilisation zur Folge haben wird“, falls diese nicht beseitigt werde.

Jerusalem: Aryeh Eldad, ein israelischer Parlamentarier der Hatikva-Partei, organisierte im Dezember 2009 die „International Parliamentary Conference: Facing Jihad“ mit rund 30 europäischen Parlamentariern aus Dänemark, Italien, Holland, Belgien, Schweden, Schweiz und England, wie auf einem Blog

¹⁷ <http://www.pi-news.net/2009/10/berlin-demo-bpe-sagt-danke/> (28.1.2014).

¹⁸ <http://bpeinfo.wordpress.com/2009/11/21/counterjihad-manifest/> (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

angekündigt wurde.¹⁹ Es gehe um den Schutz Israels und den Kampf gegen die Umwandlung Europas in „Eurabien“. Auch PI-news kündigte die „geplante Antiislamisierung-Konferenz“ an und zitierte Eldad: „Europa muss jetzt aufstehen und es aufhalten. Es ist Zeit, es ist schon fast der letzte noch mögliche Augenblick, um den dschihadistischen Islam in Europa aufzuhalten.“ Nach der Konferenz berichtete PI-news, dass Wilders seinen Film „Fitna“ vorgestellt habe und druckte seine Rede in Deutsch ab, die auf einem anderen Blog in Englisch erschienen war. Es wird für weitere Berichte und Fotos auf Pamela Gellers Blog „Atlas Shrugs“ verwiesen, die ebenfalls in Jerusalem dabei gewesen war. Wilders warnte mit Verweis auf „die mutige Bat Ye’or“ vor „Eurabien“, das Realität werde, wenn man nicht endlich handle: „Die Flut wendet sich gegen uns. Wir verlieren an jeder Front. Im Hinblick auf die Bevölkerungsentwicklung gewinnt der Islam an Wucht. (...) Die Wissenschaft, die Künste, die Medien, die Handelsfirmen, die Kirchen, die Geschäftswelt, das gesamte politische Establishment – sie alle sind zur der selbstmörderischen Theorie des Multikulturalismus und des kulturellen Relativismus konvertiert.“ Denn: „Nicht alle Kulturen sind gleichwertig. Unsere westliche Kultur ist besser als die islamische Kultur. (...) Es gibt keinen moderaten Islam, es wird niemals einen moderaten Islam geben.“ Er schloss mit den Worten: „Es ist fünf vor Zwölf. Die Freiheit muss siegen, wir müssen siegen und wir werden siegen.“²⁰

2010

Zürich: In der Nähe von Zürich fand im Juni 2010 das „Counterjihad Zurich“-Treffen statt. Aus den USA angereist war *Baron Bodissey*, der auf seinem Blog „Gates of Vienna“ darüber berichtete.²¹ Teilgenommen hatten gemäß dem Programm auf „Gates of Vienna“ Elisabeth Sabaditsch-Wolff, deren Name dort mit dem Blog „Mission Europa Netzwerk Karl Martell“ verlinkt ist,²² Conny Axel Meier von der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE), *Nokerl* alias Christian Jung, PI-news-Blogger und bayerischer Landesvorsitzender der islamophoben Partei „Die Freiheit“. Aus der Schweiz waren PI-news-Co-Chefin Pfarrerin Christine Dietrich und SVP-Nationalrat Lukas Reimann, der

¹⁹ <http://islamineurope.blogspot.com/2008/09/israel-european-anti-islam-conference.html> (28.1.2014).

²⁰ <http://www.pi-news.net/2008/12/rede-von-geert-wilders-in-jerusalem/> (28.1.2014).

²¹ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2010/06/slouching-towards-zurich.html> (28.1.2014).

²² <http://missioneuropakmartell.wordpress.com/>.

21. Der Counterjihad

den Wiler Moscheebau-Konflikt ausgelöst hatte (vgl. Kapitel 15).²³ Dietrich, Jung und Michael Stürzenberger von PI-news besuchten im März 2011 das Schweizer Bundeshaus und interviewten dort, geführt von Lukas Reimann,²⁴ die SVP-Parlamentarier Ulrich Schlüer,²⁵ Theophil Pfister²⁶ und Oscar Freysinger.²⁷

Jerusalem: PI-news war dabei, als Vertreter islamkritischer Parteien der “European Freedom Alliance” im Dezember 2010 Israel besuchten.²⁸ Eine Delegation um René Stadtkewitz (Die Freiheit), Heinz-Christian Strache (FPÖ), Philip Dewinter (Vlaams Belang) und Kent Ekeröth (Schwedemokraten) wurde vom ehemaligen Parlamentarier Eliezer Cohen durch die Knesset geführt. Dieser hatte bereits zuvor im Oktober in Berlin beim Wilders-Auftritt eine Rede gehalten. Eingeladen hatte damals René Stadtkewitz, der im Begriff war, seine neue Partei die Freiheit zu gründen. Oscar Freysinger von der SVP sandte Eine Video-Botschaft.²⁹ Ein Videoteam der PI-news-Gruppe München hatte Freysinger zuvor bereits im Sommer 2010 in einer Walliser Berghütte besucht. Der SVP-Nationalrat hatte die Aktivisten dort mit Gitarrespiel unterhalten und mit „original Schweizer Käsefondue“ bewirtet.³⁰

Laut einem Bericht der FAZ³¹ wurde die europäische Delegation der islamkritischen Parteien im Westjordanland vom Siedlerführer Gershon Mesika betreut, danach nahmen sie an einer Tagung in Ashkelon teil, wo über „Strategien gegen den islamischen Terror“ beraten worden sei. Die Delegation verabschiedete eine „Jerusalemser Erklärung“, worin sie sich zu Israel und den „jüdisch-christlichen kulturellen Werte[n]“ bekennt und den „fundamentalistischen Islam“ zur „neuen weltweiten totalitären Bedrohung“ erklärt, welcher die Menschheit nach der Überwindung der „totalitären Systeme des 20. Jahrhunderts“ nun ausgesetzt sei.³²

Geert Wilders, der bereits kurz vor dieser Delegation Israel besucht hatte, traf dort laut dem FAZ-Artikel mit Aussenminister Avigdor Lieberman zusam-

²³ <http://www.tagesanzeiger.ch/schweiz/standard/Lukas-Reimanns-Geheimauftritt-bei-den-Islamophoben/story/10598704> vom 26.9.2011 (28.1.2014).

²⁴ ebd.

²⁵ <http://www.pi-news.net/2011/03/schluer-euro-eine-intellektuelle-fehlkonstruktion/> (28.1.2014).

²⁶ <http://www.pi-news.net/2011/03/theophil-pfister-svp-solidaritat-mit-israel/> (28.1.2014)

²⁷ <http://www.pi-news.net/2011/03/video-interview-mit-oskar-freysinger-in-bern/> (28.1.2014).

²⁸ <http://www.pi-news.net/2010/12/european-freedom-alliance-in-der-knesset/> (28.1.2014).

²⁹ Tages Anzeiger vom 3.10.2010.

³⁰ <http://www.pi-news.net/2010/05/video-interview-mit-oskar-freysinger/> (28.1.2014).

³¹ FAZ vom 13.12.2010: „Neue Freunde für Israel“.

³² <http://www.pi-news.net/2010/12/jerusalemser-erklaerung-verabschiedet/> (28.1.2014).

21. Der Counterjihad

men, dessen Parteifreund Elie Cohen dann die anderen Delegierten führte. Wilders sprach in Israel an einer Tagung der Hatikva-Partei, wo er betonte: „Without Judea and Samaria, Israel cannot protect Jerusalem. The future of the world depends on Jerusalem. If Jerusalem falls, Athens and Rome – and Paris, London and Washington – will be next.“ Deshalb müsse man die Wahrheit aussprechen: „The truth that Jordan is Palestine, the truth that Samaria and Judea are part of Israel, the truth that Jerusalem may not fall, the truth that Israel is the only democracy in a dark and tyrannical region, the truth that Israel is the linchpin of the West.“ Ausserdem habe er Israel aufgefordert, mehr Siedlungen im Westjordanland zu bauen, wie der Politblog PI-news berichtete, der Wilders Rede in Englisch abdruckte und mit einer deutschen Übersetzung verlinkte.³³

Die Idee von „Jordan is Palestine“ hat Wilders vom Parteichef der Hatikva, Aryeh Eldad übernommen, der bereits am „Counterjihad Brussel 2007“ teilgenommen und im Dezember 2009 die „International Parliamentary Conference: Facing Jihad“ in Jerusalem organisiert hatte. Eldad hat auch schon im Frontpage Magazine veröffentlicht,³⁴ welches über seine Zwei-Staaten-Lösung „Jordan is Palestine“³⁵ berichtete.³⁶

2011

London: Im September 2011 fand in London der „Counterjihad London 2011“ mit Vertretern aus verschiedenen europäischen Ländern statt. Die Tagung wurde gemeinsam mit der *English Defence League* (EDL) organisiert, es nahmen auch Politiker der British Freedom Party teil.³⁷ Elisabeth Sabaditsch-Wolff referierte bereits im Februar 2011 bei der EDL, wie das Frontpage Magazine berichtete.³⁸ Im Dezember 2010 hatte sie zusammen mit dem SVP-Nationalrat Oscar Freysinger an einem Antiislamismus-Treffen des „Bloc Identitaire“ und „Riposte laïque“ in Paris teilgenommen.³⁹

³³ <http://www.pi-news.net/2010/12/wilders-ruft-israel-zu-mehr-siedlungsbau-auf/> (28.1.2014).

³⁴ <http://frontpagemag.com/2011/05/20/a-story-of-how-deep-the-palestinians-have-sunk-into-the-moral-abyss/> (28.1.2014).

³⁵ <http://cjhsla.org/uploads/Jordan%20is%20Palestine%20-%20Arieh%20Eldad.pdf> (28.1.2014).

³⁶ <http://frontpagemag.com/2011/09/30/jordan-is-palestine-ari-eldad%e2%80%99s-two-state-solution/> (28.1.2014).

³⁷ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2011/10/slouching-towards-london.html> (28.1.2014).

³⁸ <http://frontpagemag.com/2011/02/09/reclaiming-our-rights/> (28.1.2014).

³⁹ <http://www.pi-news.net/2010/12/wie-ein-popstar-gefeiert-freysinger-in-paris/> (28.1.2014).

2012

Aarhus, Brüssel und Stockholm: Ende März fand im Dänischen Aarhus eine Demonstration statt, die von europäischen „Defense Leagues“ organisiert wurde.⁴⁰ Teilgenommen hatten auch Vertreter der Partei Die FREIHEIT und der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE).⁴¹ Im Juli folgte eine Konferenz im Europäischen Parlament in Brüssel, organisiert von der *International Civil Liberties Alliance* (ICLA) und unterstützt durch die europäischen Parlamentarier Philip Claeys aus Belgien und Magdi Allam aus Italien.⁴² Die Konferenz sah sich als Gegenveranstaltung zur *Organisation der Islamischen Kooperation* (OIC) und deren Bestrebungen gegen Islamfeindlichkeit vorzugehen. Die bisher letzte bekannte Counterjihad-Konferenz fand im August in Stockholm statt und wurde durch die „Swedish Defence League“ organisiert. Aus den USA waren die Blogger Robert Spencer und Pamela Geller angereist.⁴³

Danach fanden (zumindest bis Januar 2014) keine öffentlich inszenierten Counterjihad-Treffen mehr statt. Vielmehr nahmen die nun organisierten Counterjihad-Aktivistinnen an Konferenzen der *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* (OSZE) teil, um als Gegenpart der OIC gegen die „Islamisierung“ zu lobbyieren. Dies war im Oktober 2012⁴⁴ und im September 2013⁴⁵ in Warschau der Fall, nachdem bereits 2009⁴⁶ und 2011⁴⁷ erste Teilnahmen von BPE und ICLA an OSZE-Konferenzen in Wien erfolgt waren.

21.1. Solidarität mit Israel als religiöser Counterjihad

Anfang Juni 2011 organisierte die *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) in Stuttgart ein „Grosses Islamkritisches Wochenende“ zum Thema „Christenverfolgung“, wobei am Sonntag eine „Salute Israel Day“ Parade geplant war, die aber wegen linken Gegendemonstrationen, die bereits den Auftritt des

⁴⁰ <http://jungle-world.com/artikel/2012/14/45203.html> (28.1.2014).

⁴¹ <http://www.pi-news.net/2012/03/tommy-robinson-ein-wahrer-held-in-aarhus/> (28.1.2014).

⁴² <http://www.freitag.de/autoren/alien59/offene-unterwanderung> (28.1.2014).

⁴³ <http://www.pi-news.net/2012/08/erster-bericht-vom-counter-jihad-aus-stockholm/> (28.1.2014).

⁴⁴ <http://www.pi-news.net/2012/10/bpe-bericht-vom-osze-meeting-in-warschau/> (30.1.2014).

⁴⁵ <http://europenews.dk/de/node/72409> (30.1.2014).

⁴⁶ <http://bpeinfo.wordpress.com/2009/07/30/die-osze-und-der-counter-jihad/> (30.1.2014).

⁴⁷ <http://gatesofvienna.blogspot.ch/2011/11/act-for-america-report-on-osce-meeting.html> (30.1.2014).

21. Der Counterjihad

amerikanischen Islamgegners Robert Spencer verhinderten, abgesagt wurde.⁴⁸ Auch René Stadtkewitz und Marc Doll von der *Freiheit* konnten nicht sprechen. Die Piusbruderschaft hatte der Veranstaltung schliesslich Zuflucht gewährt, was von einer Referentin dahingehend interpretiert wurde, dass sich die katholische Kirche „gewandelt und mit Israel versöhnt“ habe.⁴⁹ Die „Deutsch-Israelische Gesellschaft“ distanzierte sich von der Veranstaltung und der geplanten Parade, da sich „Hass auf Muslime“ weder mit „Freundschaft zu Israel“, noch mit der Aufgabe, „Christenverfolgung in arabischen Staaten zu stoppen“ vertragen würde.⁵⁰

Gemäss dem Veranstaltungsprogramm fanden u.a. Workshops von Robert Spencer (Jihad Watch), Conny Meier (BPE), *Michael Mannheimer*, Pastor Fouad Adel (Initiative 1683), Stefan Ullrich (Deus Vult) und Michael Paulwitz (Junge Freiheit) statt. Für Sonntag 14.00-15.00 Uhr war ein „Treffen des internationalen Counterjihad (nur geladene Gäste)“ angesetzt.⁵¹

In Deutschland wurden beispielsweise bereits 2002 mehrere „Israel-Solidaritätsdemonstrationen“ durchgeführt, die nach Kloke (2004: 141) von einem Ad-hoc-Bündnis zahlreicher Initiativen aus dem charismatisch-pfingstlerischen Spektrum organisiert worden sind. An den „Berliner Israeltagen“ 2002 hatte auch Ludwig Schneider referiert, wobei er nach Zander (2007: 301) seine Vorstellungen vom Nahostkonflikt verbreitete, indem er innerhalb eines christlich-fundamentalistischen Bezugsrahmens zum „Heiligen Krieg“ aufgerufen habe. Israel müsse die „Pflugscharen in Schwerter umschmieden“ um gegen die moslemischen Völker, „die Gott hassen“, zu kämpfen, die gegen Jerusalem ziehen werden. Am Ende werde dann auch das Volk Israel den erkennen, den sie „durchbohrt“ hätten.

In Bern fand im September 2006 eine „Pro-Israel-Kundgebung“ statt, die EDU-Gründer Werner Scherrer mit seiner Vereinigung „Pro Israel“ und als Chairman der *Israel-Werke Schweiz* (IWS) mit organisiert hatte. Gemäss der *Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus* (GRA) demonstrierten auf dem Bundesplatz „rund dreitausend evangelikale Israel-Freunde, bibeltreue Rechtskonservative und Christen ‚in Solidarität mit messianischen Juden‘ für den Staat Israel.“ In einer Rede habe EDU-Nationalrat Christian Waber gewarnt: „Unsere Politik darf sich vor dem Gesslerhut des Islams nicht ver-

⁴⁸ <http://www.pi-news.net/2011/04/groses-islamkritisches-wochenende-in-stuttgart/> (28.1.2014).

⁴⁹ <http://www.pi-news.net/2011/06/piusbruder-gewahren-islamkonferenz-zuflucht/> (28.1.2014).

⁵⁰ Pressemitteilung der DIG AG Stuttgart und Mittlerer Neckar vom 31.5.11 auf <http://www.dig-stuttgart.net/>.

⁵¹ <http://www.buergerbewegung-pax-europa.de/veranst/detail.php?vid=67> (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

21. Der Counterjihad

beugen, die Schweiz muss sich ihrer Herkunft neu bewusst werden: Das Heil kommt von den Juden! Das sagt der, der am Kreuz sein Leben für uns alle gab.“⁵²

Waber engagierte sich danach im Egerkinger-Initiativkomitee für ein Minarettverbot und Scherrer organisierte eine Vortragsreihe mit Avi Lipkin (vgl. Abschnitt 19.2). Avi Lipkin hatte 1999 *Israel Today* als englische Ausgabe von Ludwig Schneiders *Israel heute* initiiert. Schneider wiederum trat im März 2011 an Veranstaltungen der EDU im Wahlkampf zu den Kantonsratswahlen in Zürich auf. Die IWS unter der Leitung Werner Scherrers hatten schliesslich die Ja-Parole zum Minarettbauverbot „mit grossem Mehr gefasst“, wie es in einem Zeitungsbericht heisst. Die Arbeitsgemeinschaft IWS begründete in ihrem Communiqué den Entscheid wegen einer „alarmierenden Islamisierung in Europa und der Schweiz“, wobei die Minarette ein Macht- und Eroberungssymbol darstellen würden.⁵³

Die Dachorganisation *Israel-Werke Schweiz* (IWS) organisierte im September 2008 einen „Israel-Kongress“ in Bern. Der *Tages-Anzeiger* zitierte aus dem Kongressprospekt, worin es heisst: „Die Wiederherstellung Israels als Nation und Volk Gottes verstehen wir als die Erfüllung der biblischen Verheissungen“, denn mit der „Heimkehr der Juden ins Land der Bibel“ und der Gründung des Staates Israel sei die Endzeit bereits angebrochen. Dabei seien „Tausende von Juden zum Glauben an ihren Messias Jeshua (Jesus Christus) gekommen“, so der Prospekt. Werner Scherrer erklärte: „Wir wollen den Juden Jesus lieb machen, sodass sie sich für ihn entscheiden. Deshalb müssen sie aber nicht zur Synagoge raus. Sie können Juden bleiben“.⁵⁴

Mehrere Organisationen, die bereits den „Israel-Kongress“ in Bern mitorganisiert hatten,⁵⁵ beteiligten sich im Oktober 2010 am „1. Deutschen Israel-Kongress“ in Frankfurt. Für den von der Vereinigung *I like Israel e.V.* (ILI)⁵⁶ initiierten Kongress wurde auf dem Politblog PI-news mit einem Banner geworben und auch darüber berichtet.⁵⁷ Im Oktober 2011 fand wiederum in Frankfurt der „2. Deutsche Israel-Kongress“ statt, der wieder auf PI-news angekündigt und von den Veranstaltern mit einem Banner beworben wur-

⁵² <http://chronologie.gra.ch/index.php?p=4&y=2006&m=09#1530> (30.1.2014).

⁵³ SDA-Meldung in 20min vom 9.10.2009.

⁵⁴ *Tages-Anzeiger* vom 6.9.2008: Evangelikale wollen die Juden zu Jesus führen.

⁵⁵ Die *Internationale Christlichen Botschaft Jerusalem* (ICEJ), der Ebenezer Hilfsfonds und die Christlichen Freunde Israels.

⁵⁶ Auf der ILI-Website wird „Literatur“ zum Kauf angeboten: u.a. Bücher von Mark A. Gabriel, *Bat Ye'or*, Hans-Peter Raddatz, Oriana Falaci, Henryk Broder oder Udo Ulfkotte, vgl. <http://www.i-like-israel.de/> (30.1.2014).

⁵⁷ <http://www.pi-news.net/2010/10/live-stream-vom-israelkongress-in-frankfurt/> (30.1.2014).

21. Der Counterjihad

de.⁵⁸ Ralph Giordano (vgl. Abschnitt 15.3) wurde als erster Preisträger des „I like Israel-Preises“ ausgezeichnet. Giordanos „Zehn Thesen zur Integrationsdebatte“ erschienen im September 2010 zuerst auf *Welt-online*,⁵⁹ dann gleichentags auch auf PI-news.⁶⁰ Unter Punkt 4. fordert Giordano gleichsam die Ausschaffung des Generalsekretärs des Zentralrats der Muslime in Deutschland, weil dieser „Scharia und Grundgesetz“ für miteinander vereinbar erklärt habe.

Ehrengast am „2. Deutschen Israel-Kongress“ war Mosab Hasan Yousef, dessen Buch „Sohn der Hamas: Mein Leben als Terrorist“ 2010 im christlichen Hänssler-Verlag in Neuhausen bei Stuttgart auf Deutsch erschienen ist.⁶¹ Das Buch wurde etwa in der Zeitschrift der EDU unter dem Titel „Sohn eines Hamas-Terroristen bekehrt sich“ vorgestellt.⁶² Im Kongress-Bericht auf PI-news heisst es, dass für Yousef „Israel nicht das Problem, sondern die Lösung“ des Nahostkonfliktes sei. Seine Haltung zu Israel sei nicht „I like Israel“, sondern „I love Israel“.

In einer Rezension zum Buch schreibt die *FAZ*: „Als eifriger Christ zieht Mosab Yousef jetzt öffentlich gegen den Gott der Muslime zu Felde und schimpft Allah einen 'Terroristen'“. ⁶³ Der *Daily Telegraph* schrieb bereits 2008 über Yousefs Konversionserlebnis und seine evangelikale Gemeinschaft in Kalifornien.⁶⁴ Was Yousef mit der erwähnten Aussage meint, dass „Israel nicht das Problem, sondern die Lösung“ des Nahostkonfliktes sei, wird klarer, wenn man sich die Endzeitvorstellung seiner Barabbas Road Church in San Diego anschaut.⁶⁵ Das dispensationalistisch-prämillennialistische Glaubensbekenntnis mit Entrückungslehre geht davon aus, dass Jesus nach Israel zurückkehren und alle Bekehrten retten wird, bevor er als militanter Messias die Armeen des Antichristen in einem apokalyptischen Furor auslöschen und dabei die halbe Welt zerstören wird. Ähnliche Vorstellungen vertritt der

⁵⁸ <http://www.pi-news.net/2011/10/frankfurt-groster-europaischer-israel-kongress/> (30.1.2014).

⁵⁹ <http://www.welt.de/debatte/article9722366/Die-Gutmenschen-und-die-dunklen-Seiten-des-Islam.html?wtmc=RSS.Debatte.Debatte>, vom 19.9.2010 (30.1.2014).

⁶⁰ <http://www.pi-news.net/2010/09/giordanos-zehn-thesen-zur-integrationsdebatte/> (30.1.2014).

⁶¹ Das evangelikale Medienmagazin PRO berichtete am 22.1.2011 unter „Evangelikaler Verlag freut sich über erfolgreichstes Jahr“ über die *Stiftung Christliche Medien* (SCM), der auch der Hänssler-Verlag angehört, die einen Umsatz von mehr als 27 Millionen Euro erzielt habe. „Besonders erfreulich“ hätte sich neben vier Bibelausgaben das Buch „Sohn der Hamas“ von Mosab Hassan Yousef entwickelt.

⁶² EDU-Standpunkt Nr. 6, 2010.

⁶³ *FAZ* vom 27.3.2010.

⁶⁴ <http://www.telegraph.co.uk/news/worldnews/middleeast/palestinianauthority/2613399/Mosab-Hassan-Yousef-son-of-Hamas-leader-becomes-a-Christian.html>, vom 24.8.2008 (30.1.2014).

⁶⁵ <http://www.whoisbarabbas.com/doctrine.html> (30.1.2014).

21. Der Counterjihad

Christliche Gemeinde-Dienst (CGD) mit Lothar Gassmann und Pastor Fouad Adel (vgl. Abschnitte 19.1 und 19.2).

Im evangelikalen Milieu gelten Muslime, die durch ein Konversionserlebnis Jesus Christus als ihren Herrn angenommen haben, als die glaubwürdigsten „Islamexperten“. Neben dem „Sohn der Hamas“ Mosab Hasan Yousef ist das etwa Mark A. Gabriel von CSI und *Youth With A Mission* (YWAM) (vgl. Kapitel 10 und Abschnitt 19.2), Pastor Nassim ben Iman von der Initiative 1683 (vgl. Abschnitt 19.2) oder Tass Saada, der „ehemalige Scharfschütze Arafats“, den die „Freunde Israels“ auf der „EDU-Israelreise“ im Oktober 2010 in Jericho besuchten. Saada hat gemäss dem Bericht: „Ein PLO-Scharfschütze wird Gottes Visitenkarte“ auf einer evangelikalen Website „Jesus als seinen Erlöser angenommen“ und leitet nun das Werk „Hope for Ishmael“ in den USA. In der Schweiz sei der Ansprechpartner für das Werk die *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK).⁶⁶ 2007 publizierte Tass Saada sein Buch „Ich kämpfte für Arafat: Ein Fatah-Heckenschütze beginnt ein ganz neues Leben“ zusammen mit Daniel Gerber von der evangelikalen Plattform *livenet.ch*, der auch für CSI schreibt.⁶⁷

21.2. Christenverfolgung

Die Mitglieder der Barabbas Road Church würden gemäss dem oben erwähnten *Daily Telegraph*-Artikel die Konversionsgeschichte des „Sohns der Hamas“ als ein Zeichen für die Dinge sehen, die noch kommen werden. Ganz ähnlich hörte sich dies bei CSI-Sprecher Ueli Haldemann an, der mit *idea-Spektrum Schweiz* über die Demonstration für „volle Religionsfreiheit und Gleichberechtigung für Christen in der islamischen Welt“ sprach, die im September 2010 auf dem Berner Bundesplatz durchgeführt wurde. Haldemann meinte, dass obwohl „viele Christen ihre islamische Heimat verlassen, hören wir von immer mehr Muslimen, die oft durch übernatürliche Zeichen und Wunder zum Glauben an Jesus Christus finden.“⁶⁸ Daraufhin wurde er gefragt, ob man die „starke Christenverfolgung ein Stück weit als biblisch-

⁶⁶ http://www.jesus.ch/magazin/international/asien/116095-ein_ploscharfschuetze_wird_gottes_visitenkarte.html, vom 17.5.2004 (30.1.2014).

⁶⁷ Gerber schrieb 2005 für CSI ebenfalls im christlichen Brunnen Verlag das Buch „Fünfhzehn Dollar für ein Leben“ über Muslime im Sudan, die Christen versklaven.

⁶⁸ Anticharismatische Dispensationalisten würden allerdings „übernatürliche Zeichen und Wunder“ im gegenwärtigen heilsgeschichtlichen Zeitabschnitt (Dispensation) als Zeichen satanischen Wirkens zurückweisen. Je nach Anzahl und Einteilung der Dispensationen kann eine dispensationalistische Lehre aber mit dem Auftreten solcher Gnadengaben vereinbar sein.

21. Der Counterjihad

endzeitliches Geschehen“ akzeptieren müsse. Haldemann antwortete, dass es letztlich „um einen Kampf zwischen Licht und Finsternis“ gehe. Er stellt fest, dass der religiöse Fundamentalismus und der Hass auf Christen offensichtlich weltweit zunehme und folgert daraus: „Insofern erleben wir ein endzeitliches Geschehen. Auch die ganze Globalisierung läuft ja auf eine weltweite Zentrale zu. Anders ist eine globale Entwicklung fast nicht mehr denkbar. Hier wird ebenfalls eine biblische Prophetie wahr werden.“⁶⁹

Gegenüber der Forumspresse, wie der NZZ, dem *Tages-Anzeiger* oder der *Neue Luzerner Zeitung*, wurde in Bezug auf diese Kundgebung und die Christenverfolgung hingegen nicht religiös argumentiert, sondern der Einsatz für die Religionsfreiheit durch die *Christian Solidarity International* (CSI) als einer „Menschenrechtsorganisation“ herausgestrichen. Mitorganisatoren waren u.a. die *Arbeitsgemeinschaft für Religionsfreiheit* (AGR) der *Schweizerischen Evangelischen Allianz* (SEA) und die *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK). Anlässlich dieser Veranstaltung wurde eine Petition lanciert, wonach sich die Bundesbehörden für die Gleichberechtigung von Christen in islamischen Ländern einzusetzen hätten, insbesondere auch für Konvertiten.⁷⁰

Christian Solidarity International (CSI) warb in einem Gastbeitrag auf PI-news bereits im Mai 2008 für eine Kundgebung in Bern, wo auf die Situation verfolgter Christen aufmerksam gemacht werden sollte.⁷¹ Es sprach damals u.a. Dr. Heinz Gstrein als Präsident der *Arbeitsgemeinschaft Orthodoxer Kirchen in der Schweiz* (AGOK). Heinz Gstrein (vgl. Abschnitt 10.1) schrieb im Namen von CSI etwa im November 2007 unter „Einwanderer im Dienst des Weltislams“ auf PI-news,⁷² dass für die „Ausbreitung des islamischen Weltreichs“ die „Unterwanderung des 'christlichen Abendlandes' durch Moslem-Immigranten“ vom „Rat der Religionsgelehrten“ für alle Moslems verbindlich anerkannt worden sei, weshalb jene, die bei der illegalen Einreise nach Europa ums Leben kommen, als „Märtyrer“ gelten würden. *Kybeline* (vgl.

⁶⁹ Interview mit dem CSI-Sprecher Ueli Haldemann in *idea Spektrum Schweiz* (38/2010). In der Dezember-Ausgabe des CSI-Magazins werden u.a. die Bücher von Mark A. Gabriel und *Bat Ye'or* als „Geschenkideen für Weihnachten“ angepriesen.

⁷⁰ Nach der Abstimmung zur Schweizer Anti-Minarett-Initiative hatten in der Wählernachbefragung 16 Prozent der JA-Stimmenden spontan angegeben, dass sie als Vergeltungsmassnahme gegen die Diskriminierung von Christen in islamischen Ländern für ein Minarettverbot gestimmt hätten. Bei der gezielten Frage nach einer Beurteilung der Reziprozitätsforderung: „Ein Minarettverbot ist gerechtfertigt weil die Ausübung der christlichen Religion in islamisch geprägten Staaten auch eingeschränkt wird.“ zeigte sich eine Mehrheit von 56 Prozent der Abstimmenden eher oder sehr damit einverstanden, unter den JA-Stimmenden waren es 86 Prozent (Hirter und Vatter 2010, S.23-25).

⁷¹ <http://www.pi-news.net/2008/05/csi-demo-am-28-mai-in-bern/> (30.1.2014).

⁷² <http://www.pi-news.net/2007/11/einwanderer-im-dienst-des-weltislams/> (30.1.2014).

21. Der Counterjihad

Abschnitte 18.2 und 18.3) kommentierte den Artikel: „Ich denke immer, dass mich nichts mehr überraschen kann – und dennoch kommen immer noch haarsträubende Meldungen, die mich hinhauen! Wie lange noch? Wann setzen wir dem ein Ende?“ Ein *DefensorGermaniae* meinte: „Wir haben Reisefreiheit, Müslimann. Wem es nicht gefällt, der darf gehen. Das gilt (...) genau denen, die Europa in Eurabien verwandeln.“

Im Dezember 2007 schrieb Gstrein wiederum für CSI über einen Bombenanschlag in Beirut auf PI-news: „Was wir heute erleben, ist gar kein Kampf für die islamische Weltherrschaft mehr. Die Drahtzieher hinter den modernen Höllenmaschinen sind auf globale Vernichtung aus (...).“⁷³ Ein PI-news-Leser meinte dazu, dass man es den „Musels“ halt auch einmal zeigen müsse: „Präzise Schläge, angefangen von grundsätzlichen Strafanzeigen gegen Kulturbereicherer bis hin zu, nicht zwingend chirurgischen, Attacken auf ost-pakistanische Stammesgebiete oder auch schwarze Würfel in der Wüste, würden belegen, dass man es Ernst meint.“

Christliche Misisionsorganisationen, die wie CSI oder die HMK während dem Kalten Krieg hinter dem Eisernen Vorhang operierten, richteten sich unter dem Einfluss der israelischen Eroberung Ost-Jerusalems im Sechstagekrieg, der charismatischen Erweckungsbewegung und dem Zusammenbruch der Sowjetunion neu aus. Autoren wie George Otis Jr. von der Sentinel Group argumentieren seit den 1990er Jahren, dass sich Christen nach dem Ende des Kommunismus in falscher Sicherheit wiegen würden: „Im Ergebnis nahm die Mehrheit dieser Gläubigen die weitaus gefährlicheren geistlichen Mächte, die auf der Stelle den Ruinen des Kommunismus zu entsteigen begannen, gar nicht wahr.“⁷⁴

Damit hat im Endzeitszenario solcher Gruppen nach Kamphausen (2007: 10ff.) nun der Islam die Speerspitze der Armeen Satans übernommen, weshalb man sich kompromisslos hinter Israel und gegen die arabische Welt zu stellen habe, denn der arabische Widerstand gegen Israel werde geradezu als Ausdruck eines satanischen Hasses verstanden. Auch für Derek Prince sei das Problem mit dem Islam nicht so sehr der „religiöse Irrtum“ dieser Religion, sondern vielmehr seine prophetisch-schicksalhafte Rolle im apokalyptischen Endgeschehen: Satan benutze den Islam, um zu verhindern, dass „Israel wieder an seinen von Gott bestimmten rechten Ort“ gebracht werde (vgl. dazu in Abbildung 22.1 zum „Draw-Mohammed-Day“ die zweiten

⁷³ <http://www.pi-news.net/2007/12/hoellenmaschinen/> (30.1.2014).

⁷⁴ Otis, George Jr. (1996): Der Letzte der Riesen. Der Islam und seine Rolle in der Endzeit, Lüdenscheid. S. 33. Zitiert nach Kamphausen (2007: 9).

21. Der Counterjihad

Zeichnung von links).⁷⁵

Der elsässische Dispensationalist Marius Baar, der eine Schweizer Bibelschule besucht hatte, sah eine solche Entwicklung bereits 1980 infolge der Ölkrise nach dem Yom-Kippur-Kriegs voraus: „Bis vor einigen Jahren konnten wir, die Nationen, uns noch einigermaßen neutral verhalten. Heute sind wir aber wegen des Öls gezwungen, eine Entscheidung zu treffen: für Ismael und den Koran oder für Israel und die Bibel.“ (Baar 1980: 16). Baar stellte muslimische Einwanderer und Gastarbeiter als „fünfte Kolonne“ dar (ebd. S. 95) und bezeichnete den Bau einer Moschee in Genf 1978 als „Siegeszug des Islam“, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, die Welt zu unterwerfen, „ohne dass die Bevölkerung oder die Behörden in der Hochburg des Schweizer Protestantismus auch nur ahnen, was hier gespielt wird.“ (ebd. S. 100). Denn: „Es gibt in der Welt keine antichristliche Macht, die so klar und konsequent die Sohnschaft Christi und seinen Kreuztod ablehnt und leugnet wie der Islam. Es gibt auch keine fanatischere Religion als den Islam.“ (ebd. S. 183). Damit dürfte Baar der allererste Cassandra-Rufer gewesen sein, der die Schweiz vor dem Moscheebau als Trojanischem Pferd zur islamischen Unterwanderung warnte.

Auch Baar hatte schliesslich seine *Ye'or* gelesen und schrieb 1994: „Wer heute noch den Mut hat, die Geschichte des Islam objektiv zu studieren, müsste feststellen können, dass es fast immer eine islamische Minderheit war, die ‚christliche‘ Länder eroberte und sich ihre Bevölkerung unterwarf.“ Man lese diesbezüglich das Buch von Bat Ye'or „Les chretientés d'Orient entre Jihad et dhimmitude“ (1994: 62).

Im März 2011 rief PI-news zu einer Demonstration gegen „Christenverfolgung“ in Frankfurt auf, wo sich neben aramäischen Organisationen die *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK), CSI-Deutschland, PI-news-Ortsgruppen, die *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE), Bischof Damian (Initiative 1683) Deus Vult und die IGFM beteiligten.⁷⁶

Im Juli 2011 riefen PI-news und der bayerische Landesverband der „Freiheit“ zu einer „Mahnwache für Israel und gegen den Antisemitismus der Linkspartei“ auf.⁷⁷ Die *Deutsch-Israelische Gesellschaft* (DIG) München distanzierte sich vom Anlass, was bei PI-news für Empörung sorgte: „Auf so eine DIG können wir dann verzichten, da hier offensichtlich Tastaturheldentum zu fin-

⁷⁵ Prince, Derek (1994): *Biblische Prophetie und der Nahe Osten. Israel – Gottes Zeiger an der Weltenuhr*, Erzhausen. S. 95f. Zitiert nach Kamphausen (2007: 12).

⁷⁶ <http://www.pi-news.net/2011/03/frankfurt-demo-gegen-christenverfolgung/> (30.1.2014).

⁷⁷ <http://www.pi-news.net/2011/07/munchen-mahnwache-fur-israel/> (30.1.2014).

21. Der Counterjihad

den ist aber kein Engagement für den Brückenkopf der Freien Welt im Nahen Osten, Israel. Der DIG München wird hiermit erklärt, morgen nicht willkommen zu sein.“⁷⁸

Der 2. Kongress „Christenverfolgung heute – Gedenkt der Märtyrer“ fand im Oktober 2011 in Schwäbisch Gmünd statt. Die Kongressleitung lag u.a. bei Helmut Matthies, dem hauptverantwortlichen Herausgeber von *idea* und Mitglied des Vorstands der *Deutschen Evangelischen Allianz*. Er hatte einen Lehrauftrag für Journalistik an der STH Basel, wo er Ehrendoktor und Mitglied des Fördervereins ist. Matthies war u.a. Autor in „Erneuerung und Abwehr“ (5/2004) der *Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland e.V.* (ENiD) oder in der neurechten *Jungen Freiheit* (15/2004). Als Schirmherr und Referent wurde Volker Kauder angegeben, der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU im Bundestag. Gemäss dem Tagungsprogramm sprachen „Prof. Dr. Dr. Thomas Schirmmacher“ als „Menschenrechtsexperte“ (vgl. Abschnitt 19.1), Schwester Hatune und Bischof Damian (vgl. Abschnitt 19.2), der Leiter der *Hilfsaktion Märtyrerkirche* (HMK) sowie Henryk Broder zu „Die schleichende Islamisierung Europas“. Getragen wurde der Kongress neben der Evangelischen Landeskirche in Württemberg u.a. von den *Evangelischen Allianzen* Deutschlands, Österreichs und der Schweiz, HMK, IGFM, Kirche in Not und der *Internationalen Konferenz Bekennender Gemeinschaften* (IKBG). PI-news berichtete darüber unter: „Medien verschweigen islamische Gräuelt“.⁷⁹

⁷⁸ <http://www.pi-news.net/2011/07/dig-distanziert-sich-von-israel-mahnwache/> (30.1.2014).

⁷⁹ <http://www.pi-news.net/2011/10/nonne-medien-verschweigen-islamische-grauel/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Wie in Teil II konstatiert wurde, konnten sich in der Schweizer Minarettopposition eine Vielzahl ansonsten unverbundener Akteure und Überzeugungen in einer Bewegung bündeln. Die Fokussierung auf die Abstimmung über ein Minarettbauverbot ermöglichte eine Vereinfachung auf die Dichotomie von Ja und Nein und somit ein Absehen von den Motivationen, insofern nur Einigkeit im „Nein“ gegen Minarette bestand.

Eine solche reine Abwehrhaltung genügt den transnational vernetzten islamophoben Akteuren aber nicht mehr. In Deutschland etwa wollen solche Aktivisten selbst parteipolitisch aktiv werden, um staatliches Handeln gezielt beeinflussen zu können. Nun reicht aber ein geteiltes „Nein“ zum Islam nicht mehr aus. Es stellt sich die Frage, welche eigenen Werte und Ziele denn jenen des „Islams“ gegenübergestellt werden sollen. Beim Versuch einer parteipolitischen Institutionalisierung der islamophoben Bewegung öffnen sich hier nun tiefe Gräben, die zuvor durch einen unkritischen Schulterschluss gegen ein gemeinsames Feindbild überdeckt wurden.

Um diese Differenzen herauszuarbeiten, bietet sich eine Analyse der Geschichte der islamophoben Internetplattform *Politically Incorrect* (PI-news) an. Auf dieser Website wurden seit etwa 2007 die Richtungskämpfe ausgetragen, die es erlauben, die islamophobe Bewegung in einen religiösen, einen konservativen und einen liberalen Zweig einzuteilen.

22.1. Die Biografie des Blogs *Politically Incorrect* (PI-news)

Der Kölner Stefan Herre schrieb 2005 in einen Leserbrief zum XX. Weltjugendtag mit Papst Benedikt XVI. in Köln: „Bestimmen normalerweise Jugendliche mit abgewetzten Jeans, Gesichtspiercing und tätowierten Armen das Stadtbild, so sind es in diesen Tagen junge, gut aussehende Pilger aus aller Herren Länder (...) Es sind junge, höfliche Gäste, die keine Drogen-Trips und Gruppensex brauchen, um mit sich im Reinen zu sein. (...) Kommt in diese Stadt und feiert mit über einer Million Gläubigen den Stellvertreter

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Gottes auf Erden.“¹ Nach dem Papst-Besuch beklagte Herre in einem Leserbrief: „Als er noch Ratzinger hiess, wurde er vonseiten der 'Befreiungstheologen' und Linkskatholiken (...) und dem Grossteil der deutschen Medien als 'erkonservativer Grossinquisitor' und 'Betonkopf' diffamiert. (...) Während selbst die entlegensten Texte ostasiatischer feministischer Theologinnen als Hauptseminarthema taugten, kam der Welt-Theologe Ratzinger bestenfalls in Fussnoten vor – wobei der Student sich gefälligst von ihm zu distanzieren hatte. Wäre es nicht langsam an der Zeit, dass sich einige bei Papst Benedikt XVI. entschuldigen würden?“²

Bereits im Jahr zuvor kritisierte Herre: „Fakt ist: Die 'Linken' beherrschen mittlerweile nicht nur Ministerien, Medien und Bildungseinrichtungen, sie besitzen noch etwas viel Wichtigeres: die Definitionsmacht.“³ Um den „Linken“ diese Definitionsmacht streitig zu machen, gründete Herre Ende 2004 den Politblog *Politically Incorrect* (PI-news) mit dem Untertitel: „News gegen den Mainstream - proamerikanisch - proisraelisch - Gegen die Islamisierung Europas - Für Grundgesetz und Menschenrechte“. Es war vor allem die fehlende Unterstützung Deutschlands für den von George W. Bush angeführten Irakfeldzug, was Herre dazu brachte, dem „antiamerikanischen Mainstream“⁴ etwas entgegenzusetzen. Im Beitrag zum 11. September 2011: „Warum wurde PI-news eigentlich gegründet?“ erinnerte PI-news-Autor *ke-wil* die Leser: „PI-news steht grundsätzlich hinter den USA und ist USA-freundlich.“ Als in den Kommentaren gemutmasst wurde, welches Amerika denn gemeint sei, präzisierte *ke-wil*: „Das ist ja klar, dass wir hier für Republikaner und Tea Party sind.“

Herre betrieb seinen Politblog zunächst alleine, der erst 2006 einem grösseren Publikum bekannt wurde, als Herre die dänischen Mohammed-Karikaturen publizierte. Dies hatte gemäss Shooman (2008: 70) PI-news zum Durchbruch verholfen, seither würden die Besucherzahlen explodieren.

Stefan Herre hatte sich schon früh zu vernetzen begonnen. Im August 2005 nahm er mit rund 60 Gleichgesinnten am „Pro-westlichen Heimatabend“ in München teil, einer „Kennenlern-Party“ des Publizisten Henryk Broder (vgl. Abschnitt 10.1), der mit anderen den Blog „Achse des Guten“ betreibt und PI-news bis 2007 auf seiner Website empfahl. Broder ging danach öffentlich auf Distanz zu PI-news, blieb aber weiterhin mit Herre in Kontakt und

¹ Kölner Stadt-Anzeiger vom 19.8.2005.

² Die Zeit vom 1.9.2005.

³ Aus einem Leserbrief Herres in der Welt am Sonntag vom 2.5.2004.

⁴ Leserbrief in Welt vom 11.4.2003.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

unterstützte ihn.⁵

Stefan Herre nahm im Juni 2007 am „1. Deutschen Islamkritikertreffen“ in Wertheim teil (vgl. Abschnitt 18.2) und danach an mehreren Counterjihad-Treffen, über die sein Blog auch regelmässig berichtete (vgl. Kapitel 21). Der Auftritt Ulfkottes am Wertheimer „Islamkritikertreffen“ musste Herre sehr beeindruckt haben, denn im Juli schrieb er in der Jungen Freiheit (30/2007): „Wenn die CDU sich nicht endlich besinnt und die Sorgen ihrer Wähler ernst nimmt, statt sich zum Untertan der Islamvertreter zu machen, muss halt eine neue, wirklich konservative Partei – wie zum Beispiel Ulfkottes 2008 geplante ‚Pax Europa‘ – Druck ausüben.“ (Zitiert nach Häusler 2008: 164). Das Verhältnis zu Ulfkotte kühlte sich dann aber im Herbst merklich ab, da sich Ulfkotte mit seiner Organisation „Pax Europa“ von einer Demonstration gegen die „schleichende Islamisierung Europas“ am 11. September 2007 in Brüssel zurückzog, da die Kundgebung verboten wurde.⁶

Stefan Herre fuhr trotzdem nach Brüssel, wo er die Schweizer Pfarrerin Christine Dietrich kennenlernte, die fortan als PI-news-Autorin fungierte. Bereits am 28. September meldete PI-news unter dem Titel: „Christine Dietrich schreibt nicht mehr für PI-news“, dass es der Pfarrerin „aufgrund ihres Amtes und als Person des öffentlichen Interesses“ leider nicht mehr möglich sei, bei PI-news zu schreiben. Am Tag zuvor hatte sie noch unter „Heute der Balkan, morgen die ganze Welt“ einen Artikel aus dem Frontpage Magazine von David Horowitz über eine Reise des *United American Committees* (UAC) in den Kosovo und nach Bosnien vorgestellt. Bereits am 2. Oktober war Dietrich aber wieder als PI-news-Autorin aktiv und schrieb über eine britische Supermarktkette, wo „muslimische Mitarbeiter“ keine Alkohol mehr an „ungläubige Kunden“ verkaufen müssten. Im Oktober schrieb Dietrich in einer Artikel-Serie einen Bericht über ihre Israelreise. Nach Schiffer (2009: 343) hat PI-news im Internet eine gewisse Zentrumsfunktion in der islamophoben deutschsprachigen Szene bekommen, da es etwa eine engmaschige gegenseitige Verquickung mit anderen Seiten gebe, die Beiträge übernehmen. Vor allem PI-news sei es gelungen, sich durch den positiven Bezug auf Judentum und die USA eine Art Freifahrtschein für Beleidigungen gegenüber Muslimen zu erkaufen.⁷

Im November 2007 erklärte Stefan Herre, dass er aufgrund „massiver Mord-

⁵ Frankfurter Rundschau-Online vom 14.9.2011: „Politically Incorrect“. Im Netz der Islamfeinde.

⁶ <http://www.pi-news.net/downloads/bruessel.pdf?f764e8> (30.1.2014).

⁷ Schiffer verweist hierzu auf Kay Sokolowsky Artikel „Fitnazis“ in Konkret Nr. 5/2008.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

drohungen“ PI-news an einen „neuen Besitzer im Ausland“ übergebe. Er selbst werde aber als Autor für PI-news weiterarbeiten und schrieb von 20'000 Lesern, die sich täglich auf PI-news informieren würden. Mit „Ausland“ war wohl die Schweiz gemeint, da gemäss dem *Tages-Anzeiger* zumindest 2008 die Rechnungen für den PI-news-Server an die Adresse des Pfarrhauses von Christine Dietrich im Kanton Bern versandt wurden.⁸

2007 war Dietrich noch evangelisch-reformierte Pfarrerin in Altdorf im Kanton Uri, wo die *Neue Urner Zeitung* am 6. Dezember unter „Pfarrerin nutzt 'heiklen' Blog“ über Dietrichs Tätigkeit bei PI-news berichtete. Die Landeskirche in Uri sei zwar „nicht glücklich“ über ihr Mitwirken bei PI-news, aber es sei ihre „Privatsache“. Der Artikel schliesst mit: „Dietrich schreibt weiter.“ Noch am selben Tag berichtete PI-news unter „PI in der zentral-schweizer Presse“ über den Medienbericht. In einem Kommentar wird aus der *Neuen Urner Zeitung* zitiert, wonach auf PI-news ein „pauschales Feindbild des Islam“ gezeichnet werde und festgestellt: „Was gibt es da zu differenzieren? Schon Ralph Giordano sagte: '[...] der Islam ist das Problem'. (...) Die Realität des Islam (als Ganzes) wird uns täglich in einer Fülle von Horrornachrichten zur Kenntnis gebracht.“ Kurz darauf berichtet gleichentags *20min-online*: „Anti-Islamischer Blog wettet gegen Schweizer Presse“. Daraufhin reagiert PI-news immer noch am 6. Dezember mit dem Beitrag: „Schweiz: Journalist in den Senkel gestellt“. Ein Kommentator auf PI-news war nicht verwundert, dass „die Judenheter von Tamedia mit ihrer Neuauflage des 'Der Stürmer', der 20 Minuten, gegen PI-news hetzt“.

10 Tage später schrieb Pfarrerin Dietrich auf PI-news einen Artikel zu „Priester in der Türkei niedergestochen“ und bemerkte dazu: „In der Türkei wurde, wie AFP, BaZ und SpOn berichten, schon wieder ein christlicher Geistlicher niedergestochen – dritter Advent auf türkisch (...).“ Ein Leserkommentar lautete: „Wann wird denn mal der erste Hassprediger in Deutschland so eine messerscharf[e] Behandlung erfahren?? Niemals! Denn wir sind ja kultiviert und lassen ihm das Recht den Hass gegen uns zu saehen!!“ Ein Anderer: „Warum erstaunt mich die Meldung nicht? Warum rege ich mich nicht mehr auf? Weil es inzwischen an der Tagesordnung ist, dass Christen von rassistischen Musels attackiert werden (...).“

Ende 2007 berichtete der Spiegel über „Kölner Radikale“, die „mit der ersten 'Anti-Islam-Partei' in die Parlamente einziehen“ wollten. Die Organisation „Pro Köln“ habe bereits „mehr als 20'000 Unterschriften gegen die geplante

⁸ Tages-Anzeiger vom 17.9.2011: Berner Pfarrerin schrieb für islamfeindliches Netzwerk.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Grossmoschee im Stadtteil Ehrenfeld“ gesammelt. Diesen Erfolg wollten die Aktivisten nun für den Einzug in deutsche Parlamente nutzen. Für September 2008 hätten sie ihre „Freunde von der FPÖ, dem Vlaams Belang und dem französischen Front national zu einem 'Anti-Islam-Kongress' nach Köln eingeladen“ (vgl. Abschnitte 11.2 und 15.3).

Im Sommer 2009 fand erneut ein „Anti-Islamisierungs-Kongress“ in Köln statt. An dieser Veranstaltung hielt Pfarrerin Dietrich schliesslich die Eröffnungsrede und sprach einen Segen (vgl. Abschnitt 19.1). Die Sonntags Zeitung berichtete, dass der Kirchendelegierte Hansruedi Spichiger prüfen wolle, „ob sich ein Handlungsbedarf ergibt“. Dietrich habe die Kritik an ihrem Auftritt in Köln zurückgewiesen.⁹ Am Tag darauf wurde Dietrich auf PI-news unter dem Titel: „Eine moderne Jeanne d'Arc“ verteidigt.¹⁰

Im August 2009 berichtete *Russia Today* unter „Austria plagued with Islamic controversy“ über die FPÖ-Abgeordnete Susanne Winter, die 2008 im Grazer Gemeinderatswahlkampf vor einem „Islamic immigration tsunami“¹¹ gewarnt habe und im Januar 2009 erstinstanzlich verurteilt worden sei.¹² Der *Standard* berichtete damals über die Verurteilung Winters wegen Verhetzung. Im Gerichtssaal habe sich auch der Sohn der Angeklagten, der 20-jährige Michael Winter befunden. Dieser sei bereits rechtskräftig verurteilt gewesen, weil er dem Grazer Bürgermeister empfohlen hatte, er möge „als Sofortmassnahme gegen muslimisch-türkische Vergewaltigungen eine Schafherde im Stadtpark grasen lassen“.¹³ Gemäss dem *Standard*-Bericht hatte Susanne Winter 2008 den Propheten Mohammed als „Kinderschänder“ bezeichnet, der den Koran „im Rahmen von epileptischen Anfällen geschrieben“ habe (vgl. dazu Abschnitt 15.3.3). Sie habe auch gefordert, dass man „den Islam“ jenseits des Mittelmeers „zurückwerfen“ solle.

Als in der Video-Reportage von *Russia Today* die Sprache auf andere kommt, die Winters Fall nicht als eine Attacke auf den Islam, sondern als eine Sache der Meinungsfreiheit sehen würden, wird eine „German alternative news website“ genannt, die Winter unterstütze. Unter Einblendung von „Dr Christine Dietrich 'Politically Incorrect' website“ sagte dann Dietrich: „Islam opres-

⁹ Sonntags Zeitung vom 17.5.2009: Befremdlicher Auftritt.

¹⁰ <http://www.pi-news.net/2009/05/eine-moderne-jeanne-darc/> (30.1.2014).

¹¹ Geert Wilders prägte dieses Bild schon früher: „tsunami van islamisering“ in *De Volkskrant* vom 7.10.2006.

¹² <http://rt.com/news/austria-islamic-controversy/> vom 5.8.2009 (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

¹³ <http://derstandard.at/1231152544424/Prozess-wegen-Verhetzung-Winter-verurteilt>, vom 22.1.2009.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

ses women, abuses children for hatred education, kills homosexuals and is persecuting Jews. We feel that all this very archaic ideas are very much against what we understand as human rights.“¹⁴

Zur „Russia Today“-Reportage über Susanne Winter“ berichtete PI-news einen Tag später: „Neben der FPÖ-Politikerin kommen darin auch Tarafa und Carla Baghajati (Islamische Glaubensgemeinschaft Österreich), Geert Wilders und PI-news zu Wort.“ PI-news-Nutzer *Orianus* meinte: „Sehr interessant, das Video. Wer war denn eigentlich die PI-news-Sprecherin Dr. Christine Dietrich? Wusste gar nicht, dass PI-news bereits Pressesprecher beschäftigt. Auf jeden Fall kam die Dame sehr seriös, sympathisch und kompetent rüber. Mir kam der Bericht so vor, als würde ein freier Sender den Sprecher einer politisch verfolgten Gruppierung interviewen, die im Heimatland nicht frei zu Wort kommt. Ein PI-news-Vertreter würde in einem dt. Qualitätsmedium niemals so frei und unzensiert seine Gedanken äussern dürfen.“ *Rudi Ratlos* antwortete: „Frau Dietrich war doch auf dem Kongress in Köln, letztes Jahr, wenn ich mich nicht irre, als Rednerin.“¹⁵

Abgrenzung gegen Trittbrettfahrer

Unter dem Titel „Der Haken bei der FPÖ“ kritisierte PI-news im August 2009 die Zusammenarbeit der Pro-Bewegung, welche die „Anti-Islamisierungskongresse“ veranstaltet hatte, mit der österreichischen FPÖ. Denn im FPÖ-Positionspapier „Wir und der Islam“ stehe gleich zu Beginn: „Den Islam als solchen als Übel anzusehen, ist nicht angebracht.“ Es würden auch „die angeblich gemeinsamen Wurzeln von Judentum, Christentum und Islam“ betont. Diese Haltung ist für PI-news nicht verständlich: „Wir wissen nicht genau, welche 'kulturellen Leistungen' der moslemischen Mauren gemeint sind: Raub, Zerstörung, Mord, Vergewaltigung?“ Es wird auf die Zitate von *Bat Ye'or* in einem Weltwoche-Artikel verwiesen (vgl. Kapitel 20) und festgehalten: „Wir sehen das ganz anders. Wir sehen in der Tat im Islam ein 'Übel an sich', egal, wie viele Menschen freiwillig oder gezwungenermaßen unter seiner Knute stehen. Wir sehen in jeder undemokratischen totalitären Ideologie ein 'Übel an sich' und nicht im einzelnen Moslem. Das ganze System 'Islam' ist ein Übel, ebenso wie der Nationalsozialismus und der Kommunismus eins waren.“ PI-news kommt zum Schluss: „Eine Partei, die im Islam an sich kein Übel sieht, kann wohl kaum ernsthaft gegen die Isla-

¹⁴ Minute 2:50 bis 3:20 im Beitrag von *Russia Today*.

¹⁵ <http://www.pi-news.net/2009/08/russia-today-reportage-ueber-susanne-winter/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik



Abbildung 22.1.: „Draw-Mohammed-Day“

misierung unserer Gesellschaft kämpfen.“¹⁶ Ausserdem wird gefragt: „Wie kommt die FPÖ dazu, Israel als 'Aggressor' zu bezeichnen, wenn sich Israel in allen bisherigen Konflikten stets verteidigt hat, weil es ums Überleben ging?“ Ein Leser ergänzt: „Pro Köln ist nicht islamkritisch und hat auch kein Interesse, sich mit dem Islam fundiert auseinanderzusetzen, sondern hat [mit] dem Moscheebau ein Thema gefunden, welches brach lag und populär war.“ Richtig islamkritisch ist dagegen wohl nur PI-news. Im August 2010 veröffentlichte PI-news Zeichnungen zum „internationalen 'Draw-Mohammed-Day'“, die nach Aufrufen in früheren Artikeln eingesandt worden waren (vgl. dazu eine Auswahl in Abbildung 22.1). Der „PI-Künstler“ *Gamling* löste bei den Lesern am meisten Begeisterung aus, denn wie in einem Kommentar festgestellt wurde: „Also die Europa, die das Moslem-Schwein raustritt ist mit Abstand am besten. Denn darauf wird es in einigen Jahren hinauslaufen. Europaweites Islamverbot. Ausschaffung aller Mohammedaner inklusive Ausbürgerung autochtoner Konvertiten.“¹⁷

22.2. BPE, Die Freiheit und PVV vs. PRO, FPÖ und Vlaams Belang

Im Oktober 2010 meldete kybeline.com, dass Wilfried Puhl-Schmidt (vgl. Abschnitt 19.1) aus dem Vorstand der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE) zurückgetreten sei, da er sich mit dem „Wappen der BPE“ bei der Demo der Gruppe Pro-Deutschland am Breitscheidt Platz in Berlin gezeigt habe. Die BPE hatte aber bewusst am Potsdamer Platz demonstriert, um nicht mit der Pro-Bewegung in Verbindung gebracht zu werden.¹⁸

Ebenfalls im Oktober trat Geert Wilders auf Einladung von René Stadtke-

¹⁶ <http://www.pi-news.net/2009/08/der-haken-bei-der-fpoe/> (30.1.2014).

¹⁷ <http://www.pi-news.net/2010/05/werke-zum-wir-zeichnen-mohammed-tag/> (30.1.2014).

¹⁸ <http://www.kybeline.com/2010/10/05/wilfried-puhl-schmidt-ist-vom-vorstand-der-bpe-zurueck-getreten/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

witz, einem BPE-Vorstandsmitglied, vor 500 Leuten in Berlin auf. Stadtke-witz hatte gerade eine neue Partei gegründet: „Die Freiheit“. Bereits sein Vorbild Geert Wilders hatte 2006 seine niederländische Partei *Partij voor de Vrijheid* (PVV, deutsch: Partei für die Freiheit) genannt. Der Walliser SVP-Nationalrat Oskar Freysinger habe sich per Videobotschaft beim Berliner Publikum gemeldet, berichtete der *Tages-Anzeiger*. Wie Wilders habe auch Freysinger mit drastischen Worten vor einer angeblichen Islamisierung Europas gewarnt und das Schweizer Minarettverbot als ersten Schritt in die richtige Richtung angepriesen.¹⁹ *Blick-online* ergänzte später, dass Freysinger in seiner Videobotschaft gesagt habe: „Unsere politischen Eliten sind gekauft und bereiten dem Islam eine Autobahn, damit er sich langsam bei uns einnistet.“ Damit schliesst er an die Eurabia-Theorie von *Bat Ye'or* an (vgl. Kapitel 20), worauf ein Leserkommentar auch hinweist: „Man lese das Buch: "Eurabia: The Euro-Arab Axis", ein Buch, das sich ganz bestimmt nicht in vielen Büchergestellen in Westeuropa befindet, geschweige denn von Politikern gelesen worden ist.“ Ein Anderer verweist auf akte-islam.de [Udo Ulfkottes Website, vgl. Abschnitt 10.1], denn dort finde man „hunderte von Beispielen, womit wir es zu tun bekommen“.²⁰

PI-news wandte sich nun stärker der neuen politischen Kraft „Die Freiheit“ zu, was innerhalb von PI-news Ende 2010 zu einer Meuterei zweier Mitstreiter der ersten Stunde geführt habe, wie die *Frankfurter Rundschau* aus internen Dokumenten erfahren hatte. Diese zwei Blogger seien der Pro-Bewegung nahegestanden und lehnten die Annäherung an „Die Freiheit“ rigoros ab.²¹ Auch im Kommentarbereich von PI-news gerieten die Befürworter der Pro-Bewegung nun so stark unter Druck, dass sie teilweise auf andere Blogs wie freiheitlich.org ausweichen mussten, der dezidiert für die Pro-Bewegung und gegen PI-news und „Die Freiheit“ schreibt.

Die *NZZ am Sonntag* berichtete zum Thema „Die Anti-Islamisten und die SVP“ über Freysingers Auftritt in Berlin und über Wilders Absicht eine „International Freedom Alliance“ als Bündnis der islamfeindlichen Parteien Europas und Nordamerikas aufzubauen. Freysingers hege Sympathien für Wilders Idee und ginge nun wie Wilders und „Die Freiheit“ auf Distanz zur Pro-Bewegung: „Ich kann mich nicht erinnern, je eine Grussbotschaft für ei-

¹⁹ Tages Anzeiger vom 3.10.2011.

²⁰ <http://www.blick.ch/news/politik/schweizer-politiker-bauen-dem-islam-eine-autobahn-164270>, vom 11.1.2011 (30.1.2014).

²¹ <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/-politically-incorrect-im-netz-der-islamfeinde,10834438,10835026.html>, vom 14.9.2011 (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

ne Bewegung namens Pro NRW oder Pro Köln verfasst zu haben“ (vgl. zu seiner Grussbotschaft Abschnitt 18.1).²²

Die Teilnehmer der Anti-Islamisierungs-Kongresse der Pro-Bewegung, wie der Vlaams Belang, der Front National oder die FPÖ, waren für ein solches transatlantisches Bündnis zwischen us-amerikanischen, europäischen und israelischen Kräften wenig geeignet, da diese kaum für eine pro-amerikanisch-israelische Politik zu begeistern wären. Der Vlaams Belang ist nach Carr (2006: 15) die Nachfolgepartei des Vlaams Blok, der von belgischen Nazi-Kollaborateuren gegründet und 2004 aufgelöst wurde. Auch die FPÖ ist keine rechtspopulistische „Neuerfindung“ wie andere solche Parteien in Europa, sondern greift auf eine „historische Kontinuität“ im rechten Lager zurück, was auch personelle Verstrickungen betrifft (Hafez 2010: 62). In Österreich führen die *Freiheitliche Partei Österreichs* (FPÖ) und *Bündnis Zukunft Österreich* (BZÖ) seit 2005 Wahlkämpfe mit islamophoben Parolen wie „Pummerin statt Muezzin“, „Daham statt Islam“ oder „Abendland in Christenhand“. Dabei stellt das *Dokumentationsarchiv Islamophobie* (DAI) auch einen Anstieg islamophober Graffiti im öffentlichen Raum fest, wie „Moslems raus“, „Mordhammed“ oder „Was unseren Vätern der Jud ist für uns die Moslembrot seid auf der Hut! 3.Weltkrieg – 8.Kreuzzug“, bei der KZ-Gedenkstätte Mauthausen und an anderen Orten (Steffek 2010: 100ff.).

22.2.1. „Städte gegen Islamisierung“

Im Januar 2008 trafen sich gemäss der *Jungen Freiheit*²³ Heinz-Christian Strache (FPÖ), Frank Vanhecke (Vlaams Belang/Belgien), Jean-Marie Le Pen (Front National/Frankreich) und Wolen Siderow (Ataka/Bulgarien) in Wien, um patriotische Parteien in Europa zu vereinen. Strache habe Verhandlungen mit NPD und DVU ausgeschlossen, man habe jedoch Kontakt zu den Republikanern. Eine Woche zuvor, am 17. Januar, sei auf Initiative des Vlaams Belang in Antwerpen unter Mitwirkung von Strache das europaweite Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ aus der Taufe gehoben worden. Dazu gehörten auch die Republikaner (Deutschland) und die Bürgerbewegung Pro Köln, ausserdem „islamkritische Autoren und Internet-Blogger“. „Städte gegen Islamisierung“ widersetze sich der „multikulturellen Ideologie“ und der Nachgiebigkeit der Politiker. Die teilnehmenden Organisationen vereinbar-

²² NZZ am Sonntag vom 9.1.2011.

²³ JF vom 30.1.2008: „Patrioten aller Länder, vereinigt euch!“

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

ten, ihre künftigen Initiativen im Kampf gegen die Islamisierung der westeuropäischen Städte abzustimmen und Informationen auszutauschen.

Filip Dewinter, der Vorsitzende des Bündnisses *Städte gegen Islamisierung* (SGI)²⁴ vermeldete Anfang September 2010, dass Patrik Brinkmann als Repräsentant der SGI in Deutschland gewählt worden sei. Brinkmann, „deutsch-schwedischer Unternehmer und pro-Politiker“, werde sich von Berlin aus um die Koordinierung islamisierungskritischer Aktivitäten in Deutschland kümmern. Dewinter werde mit Brinkmanns Hilfe eines seiner Bücher ins Deutsche übersetzen.²⁵ „Inch‘Allah? Die Islamisierung Europas“ erschien dann im November 2010 im Grazer Aula Verlag mit einem Vorwort Brinkmanns.

Rolf Stolz (vgl. Abschnitt 18.2) schrieb in der Jungen Freiheit (16/2011) über Dewinter, dass dieser in seinem inzwischen neunten Buch „Flagge und Mut“ zeige. Dewinter plädiere dafür, „das Eigene zu verteidigen und die Lügenmythen der herrschenden Meinung – vom Al-Andalus-Märchen des toleranten Maurentums bis hin zu den Fiktionen eines Multikulturalismus sowie der Schuldpropaganda und dem inflationären Rassismusvorwurf – zu zerschlagen“. Denn er schreibe ganz klar: „Europa und der freie Westen stehen vor der lebenswichtigen Wahl: die weitere Duldung von Multikultur, Massenzuwanderung und Islamisierung oder die manifeste Entscheidung für eine europäische Identität.“ Es gehe darum „den Islam zurückzudrängen, einzudämmen und 'Europa nostra' zurückzugewinnen“. Der Buchdienst der Jungen Freiheit vertreibt Dewinters Werk.

In einer anderen Rezension heisst es, „Inch‘Allah? Die Islamisierung Europas“ erkläre „den Zusammenhang zwischen Multikulturalismus, Masseneinwanderung und Islam. Während Europa sich einschläfern lässt vom multikulturellem Wahn, funktioniert die Masseneinwanderung als das Trojanische Pferd des Islams. Weiter wird dargestellt, wie ein demographischer, kultureller und militärischer Jihad aus Europa ein Eurabia schaffen soll.“ Der Rezensent schloss auf eine neue Dolchstoss-Theorie: „Während die mit so viel Mühe (Blut, Schweiss und Tränen) erworbenen Freiheiten und Menschenrechte im Westen immer mehr unter Druck geraten, bricht die Irrlehre der Multikultur das Rückgrat Europas.“²⁶

Patrik Brinkmann, der Repräsentant der SGI in Deutschland, ist eine schil-

²⁴ Als Beteiligte werden genannt: FPÖ, Vlaams Belang, die französische Parteien NDP und MNR, die Plataforma per Catalunya, Pro Köln und Pro NRW, REP und Di Stratta (Italien).

²⁵ Meldung auf: <http://www.pro-nrw.net/?p=2503> vom 8.9.2010 (30.1.2014).

²⁶ <http://franken-buecher.de/inchallahdieislamisierungeuropas-buch-5849.html> (30.1.2014). Anders Breivik hatte dann, gemäss dieser Logik, jene zur Rechenschaft gezogen, die Europa an der Heimatfront meucheln.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

lernde Gestalt in der rechten Szene. Zuerst versuchte er die mittlerweile vereinigten Kleinparteien *Nationaldemokratische Partei Deutschlands* (NPD) und *Deutsche Volksunion* (DVU) zu reformieren, die zwar sein Geld benötigt hätten, aber seinen christlichen Philosemitismus zurückwiesen. So gelangte er Anfang 2010 schliesslich zur Pro-Bewegung. Gegenüber PI-news gab er danach an, eine moderne Rechte wie in Österreich und der Schweiz oder in Belgien bilden zu wollen. Er möchte eine Rechte ohne Antisemitismus, denn: „Die jüdische Kultur ist für mich untrennbar mit der christlichen verwoben. Wer Antisemit ist, stellt sich also gegen seine eigene Kultur. Es gibt ja auch das merkwürdige Phänomen des Heidentums in der nationalen Szene. Wer aber das Christentum hasst, der hasst einen Teil von sich. Denn unsere europäische Kultur ist jüdisch christlich.“²⁷

Auf der Website von Pro-Deutschland rief Brinkmann daher zu einer Pilgerreise „ins Heilige Land“ auf, um die eigenen Wurzeln wieder zu entdecken. Die „NS-Rechte“ soll überwunden und das „wahre Israel“ und das „wahre Deutschland“ herausgearbeitet werden, wodurch die europäische Rechte ihren „inneren Kompass“ wieder finden könne.²⁸ Er warb auch mit einem Banner auf PI-news: „2011 Mit Brinkmann nach Israel!“.

Kernproblem und Sittengesetz

Das „Kernproblem“ seien eben nicht die Juden, sondern die Muslime. Der Islam sei gefährlicher für den Bestand der deutschen und europäischen Kultur, versuchte Brinkmann noch als DVU-Mitglied die Partei zu überzeugen. Dadurch, so Brinkmann, grenze man sich vom unverhüllt biologisch-völkischen Rassismus der NPD ab (die er vorher zu reformieren suchte), der „wirklicher Rassismus“ sei.²⁹ Von der NPD wechselte auch Andreas Molau zur DVU und schliesslich im Mai 2010 zu Pro-NRW.³⁰

Gemäss Informationen des *Spiegels* aus internen PI-news-Dokumenten, stehe Stefan Herre in engem Kontakt mit Brinkmann, der vom Verfassungsschutz überwacht werde. Im März 2010 habe Brinkmann Herre etwa „einige ‚gute‘ photos mit einige NS-Muslims“ zur Verwendung auf PI-news zukom-

²⁷ <http://www.pi-news.net/2010/01/pi-interview-mit-patrik-brinkmann/> vom 22.01.2010 (30.1.2014).

²⁸ <http://www.pro-deutschland-online.de/> vom 19.03.2010 (22.8.2011, nicht mehr zugänglich).

²⁹ http://www.redok.de/index.php?option=com_content&task=view&id=1414&Itemid=36, vom 22.04.2009 (30.1.2014). Das Webportal redok.de ist aus dem *Informationsdienst gegen Rechts-extremismus* (IDGR) hervorgegangen.

³⁰ <http://www.pro-nrw.net/?p=1361>, Meldung vom 14.5.2010 (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

men lassen. Herre wiederum habe Brinkmann Ansprechpartner empfohlen, als dieser nach Brüssel reiste.³¹

Brinkmann organisierte für April 2011 eine „deutsch-israelische Konferenz“ der Bürgerbewegung Pro NRW in Gelsenkirchen, wozu die Siedlervertreter Gershon Mesika, der die „European Freedom Alliance“ im Dezember 2010 in Israel betreut hatte (vgl. Kapitel 21) und David Ha'ivri sowie Hillel Weiss, Professor der Bar-Ilan Universität eingeladen wurden. Die Pro-Bewegung wollte für die Gäste einen offiziellen Empfang in Köln erwirken, was vom Oberbürgermeister aber abgelehnt wurde.³² Über die Einladung für „zwei israelische Siedlerfunktionäre“ berichtete auch der „Kölner Stadt-Anzeiger“.³³

Bereits Ende März 2011 trat dann Brinkmann aber als „Berliner Landesvorsitzende der Partei Pro Deutschland“ mit sofortiger Wirkung von allen Parteiämtern zurück: „Ich habe immer gesagt, dass es für mich wichtig ist, eine moralische Haltung in die Politik einzubringen. Dazu gehört jede Art von Dekadenz, von Unterstützung des Nationalsozialismus und Antisemitismus abzulehnen. Alexander Schlesinger verstösst gegen alle Kriterien.“³⁴

Dass der Spitzenkandidat für den Bezirk Berlin Mitte von der NPD zu Pro-Deutschland stiess, dürfte Brinkmann, der selbst diesen Weg gegangen war, wohl kaum gestört haben. Es war vielmehr dessen Homosexualität, die Brinkmann unter „Dekadenz“ eingeordnet hatte, wie ein Gastbeitrag auf einem Pro-nahen Blog über „homosexuelle Neigungen“, „heilige“ Ehe und das „natürliche Sittengesetz“ sowie Abtreibung („Tötung von menschlichem Leben“) zeigte, wo er fragte: „Wie ernst nimmt man die Heilige Schrift als Christ noch? (...) Will man überhaupt noch eine Gesellschaftsform anstreben, in der Werte und Normen gelten, oder sind diese je nach politischer Opportunität disponibel?“ (...) Beliebigkeit ist die Sprache des Liberalismus, der uns in die vielleicht schwerste Identitätskrise gebracht hat, in der sich unser KONTINENT EUROPA je befunden hat. Klarheit und Prinzipien werden notwendig sein, um wieder neue Wege zu beschreiten. (...) Das Natürliche zum Unnatürlichen zu machen und das Unnatürliche zum Natürlichen ist nicht nur eine Sünde gegen Gott und unsere Schöpfung: Es ist ein Verbrechen

³¹ <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,786915,00.html>, vom 18.9.2011: "Politically Incorrect" eng vernetzt mit rechter Szene.

³² <http://www.pi-news.net/2011/03/stadt-koln-lehnt-empfang-fur-israel-delegation-ab/> (30.1.2014).

³³ <http://www.ksta.de/html/artikel/1300555265032.shtml>, vom 2.4.2011: Musterjuden für pro NRW.

³⁴ <http://www.pi-news.net/2011/03/patrik-brinkmann-tritt-von-pro-amtern-zuruck/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

gegen Volk und Vaterland. Es ist ein Verbrechen gegen die Menschheit.“³⁵

In einem Leserkommentar zu Brinkmanns Artikel heisst es: „Oh Gott, oh Gott. (...) Brinkmanns enge, fundamentalchristliche Sichtweise auf Homosexualität ist mehr als peinlich und ich frage mich, warum man in einem modernen rechtsdemokratischen Blog solch einen Schwachsinn lesen muss.“ Ein anderer erinnerte: „Es gab zig tausende Homosexuelle in Deutschland, die wegen diesen 'Verbrechen' gegen 'Volk und Vaterland' (also des Schwulseins) in das KZ deportiert wurden und auch vergast wurden. . .“. Ein weiterer findet: „Der Meinung von Herrn Brinkmann ist zuzustimmen.“, schränkte aber ein, dass in „einer freiheitlichen Gesellschaft jeder seinen Lebensentwurf“ verwirklichen könne, man dürfe solche alternativen Lebensformen aber nicht aktiv fördern, „weder ideologisch noch finanziell“.

Auch von den PI-news-Lesern wurde Brinkmann kritisiert, denn gemäss *Ha-Ganah* ist nicht Kandidat Schlesingers Homosexualität das Problem, sondern dass dieser „von der NPD kommt und sich bis heute nicht davon distanziert hat, ist der eigentliche Skandal dieser Nominierung!“ *Columbin* ergänzt: „Alexander Schlesinger ist Pro-Spitzenkandidat für die Bezirksverordnetenversammlung Berlin-Mitte. Auf seinem Facebook-Profil verweist er auf das 'Nordische Hilfswerk', bei welchem es sich um eine Vorfeldorganisation der nationalsozialistischen 'Volksfront-Medien' handelt. Eine ausführlicherer Bericht dazu bald auf meinem Blog. Ich fühle mich in meiner Haltung zur Pro-Bewegung einmal mehr bestätigt ...“.

Manfred Müller, Bundespresse Sprecher von Pro-Deutschland, nahm auf PI-news ebenfalls Stellung dazu und erklärte, dass der Bundesvorsitzenden Manfred Rouhs sich geweigert habe, einen Kandidaten wegen dessen Homosexualität zurückzuziehen. *Obama im Laden* meinte aber: „Grosser Respekt, Patrick Brinkmann! Gott hat noch viel mit Ihnen vor – geben Sie niemals auf!“.³⁶

Moscheen und Schweinefleisch

Unter „Grillen auf der zukünftigen Moschee“ berichtete der inoffizielle Blog der Pro-Bewegung im Juli 2011 über eine „Klasse Aktion vom Vlaams Belang, der in Antwerpen zeitweilig ein Haus besetzt hat, um gegen eine dort

³⁵ <http://www.freiheitlich.org/2011/04/30/wie-unkorrekt-sind-die-politisch-unkorrekten/> (22.8.2011, Blog inaktiv).

³⁶ <http://www.pi-news.net/2011/03/patrik-brinkmann-tritt-von-pro-amtern-zuruck/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

entstehende Grossmoschee zu demonstrieren. Mit einem demonstrativen Grillen haben die 20 Abgeordneten klar gemacht, dass in Flandern nicht die Regeln der Scharia gelten.“³⁷ Dazu wurde ein Video verlinkt und Leser diskutierten, ob Privateigentum zu respektieren sei oder ob der „islamistischen Herausforderung“ mit „nonkonformen Mitteln“ begegnet werden müsse. *Schlageter* schrieb: „Diese Aktion war grandios. Insbesondere die Verköstigung von Schweinefleisch und Rotwein auf dem Dach einer geplanten Moschee. Bravo!“ PI-news berichtete auch über die Aktion unter „Hausbesetzung mal anders“, was in den Kommentaren begeistert aufgenommen wurde und die Fantasie anregte: „Wäre ne Idee einfach mal ein paar Schweinefüsse anonym an Moscheen zu schicken?“, worauf geantwortet wurde: „Das funktioniert. . . weiss von Leuten, die zum Schlachter gegangen sind, n Karton abgeschnittene Schweineohren geholt und per mail-express an ne Moschee geschickt haben“. Ein Anderer: „Gleich noch 10 Liter Schweineblut im Gebäude verspritzt und das Haus ist gesichert. Das wirkt mit Sicherheit besser als Weihwasser.“ Ein Weiterer: „Vielleicht werden die Deutschen diese Stufe überspringen und gleich einen Gang höher schalten.“³⁸

22.2.2. Der Kampf um Berlin: Pro-Deutschland vs. Die Freiheit

Im Interview mit PI-news meinte Pro-Kandidat Alexander Schlesinger im April 2011 zu den Wahlen im September: „Berlin darf nicht weiter Experimentierfeld für rotgrüne MenschInnen sein, die das deutsche Volk gegen einen undefinierbaren Haufen aus heimatlosen und entwurzelten Menschen austauschen wollen. Das Problem ist nicht so sehr der Islam an sich, den in unsere Gesetze zu zwingen wir alle gemeinsam die Kraft hätten! Denn es gibt viele hervorragend integrierte Muslime. Das Problem sind die etablierten Parteien aus der antinationalen Front der BRD!“³⁹

PI-news-Leser *ulex* kommentierte: „Ist doch mal ein schönes Interview – und besonders schön auch, dass PI-news hier um den eigenen Schatten springt und auch mal wieder Pro zu Wort kommen lässt. Denn mE sollte PI-news Sprachrohr der ganzen islamkritischen Bewegung mit all ihren Facetten sein und sich nicht in kleinkarierte parteipolitische Händel hineinziehen lassen.“

³⁷ <http://www.freiheitlich.org/2011/07/05/grillen-auf-der-zukunftigen-moschee/> (22.8.2011, Blog inaktiv).

³⁸ <http://www.pi-news.net/2011/07/hausbesetzung-mal-anders/> (30.1.2014).

³⁹ <http://www.pi-news.net/2011/04/interview-mit-alexander-schlesinger-pro-berlin/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Lindener befand: „Mir wird Pro Deutschland immer sympathischer, meine Stimme haben sie!“ und auch *jhunyadi* meinte: „Die Pro-Bewegung ist mir weit lieber als Die Freiheit. Es war die Pro-Bewegung, die den ersten Anti-Islamisierungskongress zum Laufen gebracht hat und den Kopf hingehalten hat. Mit Steinen beworfen, von Tausenden johlender Linksextremisten gejagt, von Pfaffen und den DuMont-Schmierern übelst verleumdet. Schon vergessen? (...) Es war ausserdem die PRO-Bewegung, die erst kürzlich Gäste aus Israel eingeladen hat. Was wollt Ihr eigentlich?“.

Ein guter Teil der 179 Kommentare teilte aber *Felicitas* Position: „Wer interessiert sich schon für diese 0,x-Splitterpartei? Nach der Berlin-Wahl ist die Pro-’Bewegung’ mit ihren 500 Mitgliedern eh tot. Dann haben wir nämlich eine erfolgreiche, seriöse und freiheitliche Partei – Die Freiheit.“ Ein marginale Position vertrat *henrik5*: „Bekennende Homos ab zu den Grünen. ...“

Die Rechte und Israel

Im Juni 2011 berichtete Pro-NRW über die „die Vernetzung islamisierungskritischer Kräfte in Europa und Israel“. Die Pro-Bewegung habe an einer „grossen Anti-Moscheebau-Demonstration in Lier in der Nähe von Antwerpen“ teilgenommen. Patrik Brinkmann, der „Internationale Sekretär der Pro-Bewegung“, sei mit dem israelischen Vizeminister Ayoob Kara unterwegs. Von Berlin aus hätte Brinkmann eine Reihe von politischen Gesprächen im flämischen und im EU-Parlament organisiert. Dort seien Brinkmann und Kara mit Vertretern der FPÖ, des Vlaams Belang und des Front National zusammengekommen. Danach hätten sie sich in Antwerpen „ein Bild vom Grad der Islamisierung“ gemacht.⁴⁰

Auf dem Pro-nahen freiheitlich.org wurde Brinkmann zum Treffen mit dem „israelischen Minister Kara, der auch enge Kontakte zu HC Strache“ pflege, befragt. Brinkmann meinte: „Es gilt, das christliche-jüdische Erbe gegen die Islamisierung zu verteidigen.“ Dabei dürften auch „ur-israelische[.] Provinzen wie Samarien“ nicht preisgegeben werden.⁴¹

Leser *DNVP* kommentierte kritisch: „Und schon wieder Israel. Ich wähle lieber eine Partei die sich für DEUTSCHLAND einsetzt. Man muss wahrlich kein Antisemit sein, um diese dauernde Speichelleckerei vor Israel nur noch widerwärtig zu finden.“ *Friedrich II.* fragte zurück, welche Partei denn sonst

⁴⁰ <http://www.pro-nrw.net/?p=5447>, vom 6.6.2011 (2014 nicht mehr zugänglich).

⁴¹ <http://www.freiheitlich.org/2011/07/05/patrik-brinkmann-grenzen-uberwinden-und-brucken-bauen/> vom 5.7.2011 (2014 Blog inaktiv).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

in Frage käme und beschwichtigte: „Im übrigen wüsste ich nicht, dass aus obiger Meldung hervorgeht, dass sich Pro Deutschland sonderlich viel mit Israel beschäftige.“

Auch die FPÖ sah sich wegen der „Jerusalemser Erklärung“,⁴² die Vertreter der „European Freedom Alliance“ auf ihrer Israel-Reise im Dezember 2010 unterzeichnet hatten (vgl. Kapitel 21),⁴³ in der Kritik. PI-news stellte fest, dass FPÖ-Chef HC Strache und Andreas Mölzer „für erhebliche Irritationen“ in den eigenen Reihen gesorgt hätten.

Der FPÖ-Funktionär und EU-Parlamentarier Andreas Mölzer, der sich 2005 bei der „Entschliessung des Europäischen Parlaments zum Gedenken an den Holocaust sowie zu Antisemitismus und Rassismus“ der Stimme enthalten hatte, ging 2007 eine Kooperation mit der NPD ein, was Dieter Stein dazu veranlasste, die Zusammenarbeit seiner *Jungen Freiheit*, die auch mit PI-news verbunden ist,⁴⁴ mit Mölzers Wiener Wochenzeitung *Zur Zeit* nach 10 Jahren zu beenden.⁴⁵ In *Zur Zeit* grenzte man sich 2011 von Wilders, Stadtkewitz und PI-news ab, welche „die Palästinenser samt und anders aus dem Westjordanland hinauswerfen“ und den Koran verbieten wollten. Die „Massenzuwanderung aus der islamischen Welt“ sei „zweifelloso entschieden zu bekämpfen (...) Das ändert aber nichts daran, dass der Islam als eine der grossen Weltreligionen Respekt verdient und dass die islamische Welt sich selbstverständlich selbst bestimmen kann“.⁴⁶

PI-news fasste Andreas Mölzers Haltung zusammen: „Mölzer findet daher den Islam eine wunderbare Sache, wenn er denn nicht in Österreich stattfindet.“⁴⁷ Auf PI-news wurde in den 100 Kommentaren die Haltung des Blogs mehrheitlich geteilt. *Michael Bodenheimer* kommentierte: „Wer nicht begreift, dass Israel in besonderer Weise an der Front gegen den Islamfaschismus steht und stattdessen an ein 'Weltjudentum' glaubt, der sollte zum Islam konvertieren und sich der NPD anschliessen. Wilders and Stadtkewitz don't worry, the IDF is behind you!“ *Nerathule* ergänzte: „Wer dem Islam grossen

⁴² <http://www.pi-news.net/2010/12/jerusalemser-erklarung-verabschiedet/> (30.1.2014).

⁴³ <http://www.pi-news.net/2010/12/european-freedom-alliance-in-der-knesset/> (30.1.2014).

⁴⁴ PI-news tauscht sich gemäss dem Spiegel mit der Zeitung *Junge Freiheit* (JF) aus: „Lieber Stefan, es wäre klasse, wenn du die Geschichte über Linkstrend stoppen auf PI News weiterdrehen könntest“, heisse es in einer E-Mail der JF vom März 2010. <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/0,1518,786915,00.html>, vom 18.9.2011 (30.1.2014).

⁴⁵ <http://www.jf-archiv.de/archiv07/200739092167.htm>, Medienmitteilung vom 27.9.2007 (30.1.2014).

⁴⁶ Faksimile eines undatierten Artikels auf: <http://www.pi-news.net/2011/01/andreas-moelzer-die-fpoe-der-islam-und-israel/> vom 26.1.2011 (30.1.2014).

⁴⁷ ebd.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Respekt zollt, ihn daheim aber nicht will, der outet sich als simpler Ausländerfeind. Denen geht es nicht um die Ideologie dahinter bzw. die Muslime, die auch in muslimischen Ländern darunter leiden, sondern schlichtweg darum, die Türken und Araber daheim loszuwerden. (...) Für Ausländerfeindlichkeit ist in Deutschland einfach kein Platz! Lang lebe PI!!“

byzanz (Michael Stürzenberger), der die Israel-Reise für PI-news dokumentiert hatte, befand: „Die FPÖ hat scheinbar noch nicht vollumfänglich begriffen, mit was sie es beim Islam zu tun hat. Und solange HC Strache die strammrechten Antisemiten und Israelhasser in seinen Reihen nicht aussortiert, sondern ihnen jetzt sogar noch nach dem Mund redet, wird diese Partei kein Ansprechpartner für Wilders & Die Freiheit sein können. *In Europa teilen sich gerade die islamkritischen Bewegungen in zwei Lager auf.* Wer sich nicht zu einer klaren solidarischen Haltung zu Israel und zur Bewertung des Islam als totalitäre Ideologie bekennen kann, dem weht ein braunes Lüftchen um die Nase. Davon kann man sich nur distanzieren“ (Hervorhebung OW). *Ordensritter* bemerkte: „Gut, dass sich die Junge Freiheit bzw. Dieter Stein von ihm getrennt haben/hat. Das ist übrigens einer der wirklich wenigen Nachteile der JF, dass Autoren und noch mehr die Leser (an Leserbriefe zu erkennen) schon beinahe absolut pro Palästina und contra Israel sind. Dieselben Leute jammern über den zwangsläufig zunehmenden Islam, verteuflern aber im gleichen Atemzug Israel (einziges Bollwerk gegen Islamismus im Nahen Osten).“

PI-news und Die Freiheit

Bei der „Freiheit“ schrillten die Alarmglocken. Vizechef Marc Doll schrieb im April 2011 an PI-news: „Lieber Stefan, liebe Christine“, es schade „der gemeinsamen Sache“, wenn PI-News als „eines der wichtigsten Glieder der deutschen Islamkritik“ führenden Vertretern der Pro-Bewegung und damit auch „ehemaligen Kadern rechtsextremistischer Parteien“ ein Forum biete. Für eine „islamkritische Wende“ sei man auf „die breite Mitte“ angewiesen. Es brauche „den bürgerlichen Grünen-Wähler, der den Islam ätzend findet. Auch den nationalen Linksparteiwähler. Auch die ganzen Sarrazin-Anhänger in der SPD. Und auch die Nationalliberalen in der FDP“.⁴⁸

Tatsächlich bot PI-news, das seine Leserzahl nach eigenen Angaben bis 2011 auf rund 50'000-60'000 pro Tag steigern konnte, den Pro-Vertretern spä-

⁴⁸ <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/internet-plattform-pi-news—prototyp-der-neuen-rechten,10834438,10836522.html>, vom 13.9.2011 (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

ter keine Wahlkampf Bühne mehr. PI-news-Autoren, die mit der „Freiheit“ verbunden sind, wie Michael Stürzenberger (*byzanz*), Marco Pinto (*Frank Furter*) und Christian Jung (*Nockerl*), wurde nun viel Platz eingeräumt. Im Hintergrund hielt PI-news aber weiterhin den Kontakt zum Umfeld der Pro-Bewegung aufrecht, wie die *Frankfurter Rundschau* anhand der Korrespondenz Herres feststellte.⁴⁹

22.3. PI-news und die Christen - Absage an die Atheisten

PI-news positionierte sich 2011 nicht nur klar gegen die Pro-Bewegung und für die „Freiheit“, sondern im Sommer auch dezidiert für eine christlich-religiöse Ausrichtung des Blogs. Am 11. Juni, dem ersten Todestag von Hiltrud Schröter (vgl. Abschnitt 18.2), die „schon in Ihrer Dissertation 1997 (...) die unauflösbaren Widersprüche zwischen dem Islam und einer freien Gesellschaft“ angeprangert habe, berichtete PI-news über die Verleihung des „Hiltrud-Schröder-Freiheitspreises“.⁵⁰ Erster Preisträger wurde „PI-Gründer Stefan Herre“, der bereits vor drei Wochen „im Rahmen eines kleinen Festaktes“ ausgezeichnet worden sei.

Gestiftet wurde der Preis von der *Bürgerbewegung Pax Europa* (BPE), die Laudatio hielt René Stadtkewitz, der stellvertretende Bundesvorsitzende der BPE und Parteichef der „Freiheit“. Gewürdigt wurde Herres Verdienst, mit PI-news „ein Gegengewicht“ zum „massiven Einfluss-Zuwachs des Islam in Deutschland“ aufgebaut zu haben. Herre führte in seiner Dankesrede die „islamische[.] Landnahme“ in Europa auf „Symptome[.] eines gesellschaftlichen Verfalls“ zurück, die mit der „68er-Bewegung“ begonnen und „Männern und Frauen den Stolz auf ihre Familie, ihr Geschlecht und ihr Land genommen“ hätten, wofür er den „staatlich gewollte[n] Bedeutungsverlust des Christentums“ mitverantwortlich machte.⁵¹

Damit zeigt sich die enge Verbindung zwischen PI-news, der „Freiheit“ und der BPE. Neben verschiedenen BPE-Gastautoren auf PI-news hat insbesondere Eckhardt Kiwitt eine publizistische Doppelfunktion inne. Kiwitt ist Autor des Pamphlets „Das Islam-Prinzip“, welches über die BPE bezogen werden kann,⁵² sowie des „Islam Glossars“ mit dem Zusatz: „Stichwörter und

⁴⁹ ebd.

⁵⁰ <http://www.pi-news.net/2011/06/pi-gruender-erhalt-hiltrud-schroter-freiheitspreis/> (30.1.2014).

⁵¹ http://pi-news.net/wp/uploads/2011/06/freiheitspreis_rede.pdf?0 (30.1.2014)

⁵² <http://www.paxeuropa.de/bpe-publikationen/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Argumente. Alphabetisch sortiert. Für die Diskussion“,⁵³ das auch bei PI-news unter „Downloads“ erhältlich ist.⁵⁴

Auf PI-news führen jedoch nicht Berichte über den „Islam“ zu besonders vielen Kommentaren, sondern Artikel, welche die Gräben innerhalb der islamophoben Bewegung aufbrechen lassen. Die Kommentare gehen dann regelmässig in die Hunderte. Dies liegt daran, dass auf PI-news nur noch islamfeindliche Autoren und Leser schreiben und kommentieren, denen bereits klar ist, dass der 'Islam' bekämpft werden muss. Intensiv diskutiert wird jedoch, wer alles zur Bewegung gehört. Eine erste Fraktion will nur wirklich 'Islamophobe' an Bord haben, also keine rechten Trittbrettfahrer, die noch zwischen 'Islam' und 'Islamismus' unterscheiden und eigentlich einfach fremdenfeindlich seien. Eine zweite Fraktion unterscheidet zwar auch nicht zwischen 'Islam' und 'Islamismus', glaubt aber, dass die Bewegung nur dann die Gesellschaft beeinflussen kann, wenn sie möglichst breit abgestützt ist. Genau dies zweifelt die erste Fraktion an, da vor der politischen Machtbeteiligung zuerst mit einem öffentlichen Gegendiskurs die kulturelle Hegemonie der herrschende Elite durchbrochen werden müsse, was aber nicht funktionieren könne, wenn sie von ihren Gegner einfach als „rechts-extrem“ abgestempelt und so diskursiv delegitimiert werden könnten. Dem hält die zweite Fraktion entgegen, dass sich die erste immer noch dem Diktat der Herrschenden unterwerfe, wenn sie deren Definitionen für „rechts“ bzw. „extrem“ übernehme und glaubt, sich ständig davon abgrenzen zu müssen.

Ab Anfang 2011 öffnete sich ein zweiter Graben innerhalb der PI-news-Community. Die zuvor vereinzelt religiösen Artikel begannen sich nun zu massieren, worab sich modernistische Religionskritiker zunächst ungläubig die Augen rieben, zuletzt aber resigniert kapitulieren mussten.

Als auf PI-news im Februar etwa die Theorie diskutiert wurde: „Könnte Mohammed von dunklen Kräften inspiriert worden sein und nicht vom Erzengel Gabriel, wie Muslime behaupten?“ (vgl. Abschnitt 19.2), da frohlockte der erste Kommentator zwar erkenntnisschwanger: „Neues Testament – das Buch der Offenbarung!!! 'Und er trägt als Zeichen die Zahl 666'...“, der zweite bemerkte schon kritisch: „Das mag manches einfache Gemüt beeinflussen, aber ich denke das hat eine aufklärerische islamkritische Bewegung nicht nötig.“ Und der dritte: „Das ist jetzt aber nicht ernst gemeint, oder????“ Einige Leserbeiträge später, sah sich der zweite Kommentator bestätigt: „Freut

⁵³ ebd.

⁵⁴ http://pi-news.net/wp/uploads/2008/05/glossar_islam_13-05-2008.pdf?f764e8 (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

mich zu sehen, dass die – zumindest kommentierende – Mehrheit das hier ähnlich zu sehen scheint wie ich (...) Ich möchte auch nochmal betonen, dass ich die Qualität von PI-news durch die Häufung solcher Artikel in den letzten Monaten ernsthaft bedroht sehe.“ Unter den 159 Kommentaren war dann *Pro West* mit der Haltung: „Danke PI-news für den Beitrag. Schade, dass manche hier schreibende liberale Atheisten doch nur Abtreibung, Pille und Homo-Ehe als kulturelle Werte betrachten“ in der Minderheit.

Auch beim PI-news-Bericht zum “1000-Kreuze-für-das-Leben”-Marsch in Münster im März meinte in einem von 311 Kommentaren *smartshooter*: „Als ernsthaftes Blog habt ihr euch mal wieder diskreditiert. Wenn religiöse Sektierer gegen den Islam argumentieren ist das unglaublich.“ *MuXel go Home* sah eine heftige Diskussion bereits kommen und kommentierte: „Oh, Abtreibung als Thema. Ich hole mir schonmal Popkorn und Cola.“⁵⁵

Bei der Diskussion um die Frankfurter Demonstration gegen Christenverfolgung im März (vgl. Abschnitt 21.1) ging es u.a. um die Frage, ob Christen auch verfolgte Atheisten unterstützen würden.⁵⁶ *Alsoke* rief dazu auf: „Leute... Bitte kommt als Nichtchristen trotzdem auf die Demo! Es ist wichtig für alle von Moslems unterdrückten Menschen auf der Welt ein Zeichen zu setzen!!!“ *Foxy Lady* forderte: „Bewaffnet die Kopten und Christen in den Moslemländern. Wie sollen sich diese armen Menschen gegen die irren mordlüstigen Moslems sonst wehren?“ und *janeaustin* ergänzte: „Die einzige und beste Lösung: Alle Muslime raus aus dem Westen. (...) Jeder religiöse Muslim ist ein ausgewiesener Feind der Demokratie, der Freiheit, der Christen und Juden“. Dagegen warf *20.Juli 1944* ein: „Aber die Christen würden, wenn sie noch könnten, ein dem islamischen ähnliches Terrorregime errichten. Schliesslich wurde Europa durch das Schwert zum Christentum gezwungen.“

Im Nachgang zur Frankfurter Demonstration berichtete *scabo*: „Wie angekündigt habe auch ich (als Atheist) an der Demonstration teilgenommen“, bemängelte aber: „Solange (...) christlicher Glaube als Allheilmittel gegen den Islam gesetzt wird, wird erstens verwischt, dass Islam eine Politideologie ist, und zweitens bekommt man diejenigen nicht und niemals mit ins Boot, die einfach nur eine freiheitlich-bürgerliche Gesellschaft wollen. (...) Es war da schon eine ganze Reihe an religiösen Spinnern unterwegs, die mit Gebeten den Feldzug meinen gewinnen zu können.“ *GOAJESUS* gab zurück:

⁵⁵ <http://www.pi-news.net/2011/03/1000-kreuze-fur-das-leben-marsch-in-munster/> (30.1.2014).

⁵⁶ <http://www.pi-news.net/2011/03/die-angebliche-christenverfolgung/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

„Anhänger Mohammeds halten sich für was Besseres, weil sie glauben, was im Koran steht. Anhänger Darwins halten sich für was Besseres, weil sie dem Lügenmärchen Evolution aufgesessen sind! Für die einen sind wir Dhimmis, für die anderen Spinner. Wo ist der Unterschied? Wir Christen aber sind es, die wegen unseres Zeugnisses für den HERRN JESUS umgebracht werden.“ 20. Juli 1944 gab darauf zu bedenken: „Vielleicht sollten eure Götter einmal in den interreligiösen Dialog treten, damit wir hier unten Ruhe haben.“⁵⁷

Roxana bekannte: „Auch ich war in Frankfurt. Und ich bin ebenfalls ein überzeugter Atheist. Für mich ist es kein Problem, auf Seiten von Christen gegen den Islam zu demonstrieren. (...) Es geht um die Sache. Nicht um eine religiöse Debatte. Weltweit haben Muslime Nicht-Muslimen den Krieg erklärt.“ *scabo* meinte dazu: Im Prinzip ja. Nur, würden die Christen auch für Atheisten auf die Strasse gehen? Ich hatte bei der Demonstration einen deutlich anderen Eindruck.“ *gruene minna* fügte an: „Gegen Christenverfolgung in Moslemländern. Schön und gut. (...) Nur, was ist, wenn [die Christen] Homos oder gar Frauen, die sich das Recht auf Abtreibung vorbehalten, gegenüber stehen? Dann werden die ‘liebenden Nächsten’ zu geifernden Scheiterhaufen-anzündern“.

Im Mai meldete PI-news dann zum Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Gleichstellung der Ehe mit eingetragenen homosexuellen Lebenspartnerschaften bezüglich der Berechnung der betrieblichen Altersversorgung: „Europa arbeitet fleissig weiter daran, alle traditionellen, christlichen Werte abzuschaffen. Die Gleichstellung von Ehe und Lebenspartnerschaften ist der nächste Meilenstein die Familie zu untergraben und zu zerstören.“⁵⁸ In 303 Kommentaren hiess es u.a.: „Ja, was denn jetzt? Ist PI ein Portal für westliche Freiheit und Pluralismus? Oder doch nur ein verkapptes U-Boot für christlichen Fundamentalismus?“ oder resigniert: „Jetzt gehen hier wieder die Grabenkriege los.“ Denn: „Mein Gott, gibts nichts mehr über die Korannazis zu berichten??“

Ende Mai folgte ein Artikel über „Homo-Ehe“ in Lichtenstein, der zu 310 Kommentaren führte, worin sich die Diskutanten wiederum nicht einig wurden, welche „westlichen Werte“ denn gegen den Islam verteidigt werden müssten.⁵⁹

Anfang Juli wurde auf PI-news Kardinal Meisners Haltung zur Abtreibung

⁵⁷ <http://www.pi-news.net/2011/03/frankfurt-demo-gegen-christenverfolgung/> (30.1.2014).

⁵⁸ <http://www.pi-news.net/2011/05/eugh-homo-partnerschaft-und-ehe-gleich/> (30.1.2014).

⁵⁹ <http://www.pi-news.net/2011/05/liechtenstein-warum-geld-fur-die-homo-ehe/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

vorgestellt, die zeige „warum Deutschland sich abschafft“. Im ersten von 226 Kommentaren wurde dazu bemerkt: „Na, da werden wir doch sicher mindestens 300 Kommentare erreichen.“⁶⁰

PI-news klärt seine Position

PI-news nahm im Juli 2011 Stellung zur Kritik an „PIs Affinität zum Christentum“. Es wurde ein Leserbrief abgedruckt, worin bemängelt wurde: „Das ausgerechnet hier, einem Blog der sich mit den verderblichen Folgen des einen Glaubens beschäftigt, ein anderer Glaube offen propagiert wird, scheint merkwürdig. Versucht man den Teufel mit dem Belzebub auszutreiben?“ Islamkritik sei doch eine Frage von „gesundem Menschenverstand“ und nicht von Religionszugehörigkeit: „Scheinbar hat bei PI-news ein Prozess eingesetzt, in dessen Verlauf die Plattform religiöser wird und dies auch nach außen hin zeigt.“

PI-news erklärte, keine „christliche Missionsseite“ werden zu wollen. In der Unterstützung von „(meist konservativen) christlichen Positionen“ werde aber ein „Beitrag zur Erhaltung der westlichen Welt“ gesehen. Denn: „Wer aus tiefster christlicher Überzeugung heraus Kinder in die Welt setzt und zivilisiert erzieht, sich gegen die Islamisierung und für die Bewahrung unserer Kultur einsetzt, ist ein Verbündeter des Humanisten und nicht sein Feind. (...) In diesem Sinne würden wir uns freuen, wenn sich zwischen diesen beiden 'Lagern' mehr gegenseitiges Verständnis entwickeln würde.“⁶¹ In den 286 Kommentaren fühlten sich die Christen bestätigt und *fritzberger78*, der befand, dass „Atheisten und Humanisten hier regelmässig wie Abschaum behandelt werden, der keine Werte habe“, blieb nur die Durchhalteparole: „Dass wir immer noch hier sind, entspringt der Hoffnung, dass sich die Ausrichtung von PI-news eines Tages wieder mehr in Richtung Ausgewogenheit ändern möge“.

Vor den Berliner Landtagswahlen am 18. September 2011 wurde es aber zunächst nochmals sehr politisch auf PI-news, da Wahlkampf angesagt war. Ein Werbebanner der „Freiheit“ kündigte eine grosse Wahlveranstaltung mit prominenten Rednern in Berlin an. Am 3. September sollten Geert Wilders, Oscar Freysinger und Robert Spencer für René Stadtkewitz die Werbetrommel rühren. PI-news berichtete auch laufend über Parteigründungen der „Frei-

⁶⁰ <http://www.pi-news.net/2011/07/meisner-abtreibung-in-deutschland-ist-barbarei/> (30.1.2014).

⁶¹ <http://www.pi-news.net/2011/07/den-teufel-mit-dem-belzebub-austreiben/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

heit“ in verschiedenen Bundesländern. In München war etwa Oskar Freysinger Stargast bei der Gründung der „Freiheit“ in Bayern mit Christian Jung und Michael Stürzenberger.⁶²

Die Pro-Bewegung setzte dagegen auf einen weiteren „Anti-Islamisierungskongress“ mit Demonstration bereits Ende August in Berlin. Geladen war etwa „FPÖ-Abgeordnete Dr. Susanne Winter“ wie ein Pro-naher Blog berichtete.⁶³ Die Parteien „Die Freiheit“ und „Pro-Deutschland“ bzw. deren Blogger hatten für einander nur Hohn und Spott übrig und es wurden gegenseitig „offene Briefe“ verfasst.

Die Anhänger der „Freiheit“ liessen sich auf PI-news von der Euphorie anstecken und hofften endlich auf Zugang zum politischen System bei der ersten Wahl, an der sich die neue Partei beteiligte. Dass der Kongress der Gegenseite kaum öffentliche Beachtung fand, wurde hämisch kommentiert. Warnende Stimmen aus Berlin, die darauf aufmerksam machten, dass „Die Freiheit“ ausserhalb des Internets kaum bekannt sei und Wahlplakate in den Strassen praktisch inexistent seien, blieben ungehört. Ernüchterung machte sich schliesslich breit, als dann die eigene monatelang beworbene Wahlveranstaltung mit Stargast Geert Wilders im Berliner Wahlkampfgetümmel sang- und klanglos unterging. Doch die Hoffnung auf Parlamentssitze beim Übertreffen der 5-Prozent-Hürde blieb bestehen. Schliesslich erreichten „Pro-Deutschland“ und „Die Freiheit“, die ihre Wahlkämpfe vor allem gegeneinander geführt hatten, je rund 1 Prozent der Stimmen. René Stadtkewitz, der noch für die CDU ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt worden war und zuletzt als Fraktionsloser im Parlament sass, schied aus. Überraschungssieger wurde die Piraten-Partei.

22.4. Konservative Wende - Absage an die Liberalen

Nach der Berlin-Wahl im September 2011 war islamophobe Parteipolitik auf PI-news kein Thema mehr. Die Träume von demokratischer Partizipation waren verflogen. Niemand verfocht mehr liberale Positionen, um „die Mitte“ für das islamophobe Projekt zu gewinnen. Michael Stürzenberger radikalisierte sich nach der Wahl, nachdem sich *Michael Mannheimer* durch seinen Aufruf zum Widerstand (vgl. Abschnitt 18.2) und seinen Internetpranger „Projekt

⁶² <http://www.pi-news.net/2011/06/bayern-befreit/> (30.1.2014).

⁶³ <http://www.freiheitlich.me/?p=5053> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Nürnberg 2.0“ bereits seit April 2011 von zivilisierten Umgangsformen befreit hatte.

Am erstaunlichsten verläuft die Karriere des anonymen PI-news-Autors *kewil*, der seinen publizistischen Output auf PI-news seit Sommer 2011 kontinuierlich gesteigert hatte. Sein Markenzeichen ist seine rücksichtslos derbe und vulgäre Ausdrucksweise, mit der er hetzerisch christlich-konservative Positionen vertritt.

Gemäss interner PI-news-Korrespondenz hatte sich *Frank Furter* von der „Freiheit“ bereits früher über *kewils* Auftritte beklagt: „Es schadet uns allen, wenn PI-news so auftritt wie rechte Hetzerseiten à la Altermedia.“ *kewil* sei „im Grunde der Moslem auf PI-news. Er kommt, integriert sich nicht, will ständig extra Würste, baut nen haufen Scheisse und wundert sich dann noch über das Echo der ‚Mehrheitsgesellschaft‘.“ Stefan Herre hielt es aber für falsch, PI-news „moderater“ zu machen. Er bezeichnete Mitstreiter wie *Frank Furter* hinter deren Rücken als „Gehirngewaschene“, auf die er zur Not auch verzichten könne.⁶⁴

Tea-Party-Test

Es stellt sich die Frage, ob nun ein solcher „Notstand“, von dem Herre oben spricht, eingetreten ist. *kewil* könnte demnach durchaus ein Projekt sein, um nach dem Scheitern des Versuchs, die politische „Mitte“ zu überzeugen, auszutesten, ob die Lancierung einer deutschsprachigen Tea-Party-Bewegung (vgl. Abschnitt 15.2.2) erfolgsversprechender sein könnte.

Anfang Oktober verteidigte *kewil* die Piusbruderschaft: „Wulff behandelt Piusbrüder wie Aussätzige“.⁶⁵ Dann folgte: „USA – ein Kreationist als Präsident? Na und?“⁶⁶ *kewil* fragte im Artikel, was denn eigentlich so schlimm daran wäre, wenn jemand von der Tea Party als US-Präsident gewählt würde und findet nichts, was dagegen sprechen würde. Der Artikel führte zu Diskussionen in 364 Kommentaren.

Zu den „westlichen Werten“, die auf PI-news als unveräusserliche Errungenschaften einer zivilisierten Gesellschaft gegen die 'Islamisierung' verteidigt werden, gehörten bislang auch die Frauenrechte. Unter „Jüdischer Professor Creveld aus Trier vertrieben“ schrieb *kewil*: „Rote Emanzenlügen

⁶⁴ <http://www.fr-online.de/die-neue-rechte/-politically-incorrect-im-netz-der-islamfeinde,10834438,10835026.html> (30.1.2014).

⁶⁵ <http://www.pi-news.net/2011/10/wulff-behandelt-piusbruder-wie-aussatze/> (30.1.2014).

⁶⁶ <http://www.pi-news.net/2011/10/usa-ein-kreationist-als-prasident-na-und/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

wabern durch die ganze Republik und natürlich auch durch die Karl-Marx-Universität Trier. Kein Mensch glaubt an den Gendermist, aber offiziell muss man politkorrekt lügen, sonst kommt das grün-kommunistische Mobbinggeschwader. Dabei würde ein Klitschko genügen, um sämtliche Trierer Lesben umzunieten.⁶⁷ Der Artikel ist u.a. in der Kategorie „Genderismus“ abgelegt, eine Rubrik, die seit Ende Juni existiert, mit Titeln wie „Deutschland auf dem Weg in die ‘Genderdiktatur’“ oder „Emanzen-Lobby richtet nur Schaden an“. Neu wurde auf PI-news auch die Kategorie „Schwule“ eingeführt.⁶⁸ Die Homosexuellen, die man in Anbiederung an die „Mitte“ zuvor noch davon überzeugen wollte, dass sie die ersten wären, die unter der „Scharia“ zu leiden hätten, werden nun offensichtlich nicht mehr umworben. *kewil* schrieb unter „dpa-Homospeak: Guido ’und sein Ehemann’“: „Die Homo-Lobby hat sich wieder was ausgedacht! Wir sollen uns wie selbstverständlich an neues Schwulitäten-Deutsch gewöhnen.“⁶⁹

Angesprochen wurde bereits, dass sich auch Michael Stürzenberger alias *byzanz* radikalisierte. Stürzenberger berichtete am 11. Oktober unter „Fjordman über Islam, Nazis und Kommunisten“⁷⁰ erfreut, dass der „norwegische Islamkritiker Peter Jensen“ wieder schreibt. *Fjordman* habe bei „Gates of Vienna“⁷¹ eine „Generalabrechnung mit der verlogenen Hetzkampagne linksgestrickter Medien“ durchgeführt. Stürzenberger verlinkte in seinem Bericht zur deutschen Übersetzung des *Fjordman*-Artikels: „Sind Islamkritiker die Nazis von heute?“⁷² Jensen zeige auf, „dass der Sozialismus der geistige Mittelpunkt aller totalitären Ideologien ist – sowohl bei den Nationalen Sozialisten (Nazis), als auch den Internationalen Sozialisten (Kommunisten), und auch beim kollektiven Ummah-Massenwahn (Islam).“ Stürzenberger kommt daher zum Schluss: „Die wahren Feinde unserer freien, offenen und toleranten Gesellschaft sind nicht etwa die Islamkritiker, sondern die totalitär eingestellten Links-, Rechts- und Islamfaschisten. (...) Wir stehen am Anfang einer sich zuspitzenden Entwicklung. Die Zeichen stehen auf Sturm.“ Die Leser zeigten sich in ihren Kommentaren erfreut, dass *Fjordman* wieder schreibt: „Seit ich mich als Islamkritiker fühle, bin ich Fan von Fjordman! Jeden übersetzten Essay habe ich mir mindestens 2x durchgelesen! Mit

⁶⁷ <http://www.pi-news.net/2011/10/judischer-professor-creveld-aus-trier-vertrieben/> (30.1.2014).

⁶⁸ <http://www.pi-news.net/category/schwule/> (30.1.2014).

⁶⁹ <http://www.pi-news.net/2011/10/dpa-homospeak-guido-und-sein-ehemann/> (30.1.2014).

⁷⁰ <http://www.pi-news.net/2011/10/fjordman-uber-islam-nazis-und-kommunisten/> (30.1.2014).

⁷¹ <http://gatesofvienna.blogspot.com/2011/10/are-critics-of-islam-nazis-of-our-time.html> (30.1.2014).

⁷² <http://europenews.dk/de/node/48184> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Begeisterung! Irgendwie muss die gesamte islamkritische Szene zu seinem Schutz beitragen! Wir alle haben ihm viel zu verdanken!“

„Thesenpapier gegen die Islamisierung“

Am 19. Oktober publizierte Stürzenberger/byzanz ein „Thesenpapier gegen die Islamisierung“ auf PI-news.⁷³ In einem Acht-Punkte-Programm stellt er fest, dass früher „Mein Kampf“ nicht aufmerksam gelesen worden sei, weshalb nun alle „den Koran – das wohl gefährlichste Buch der Welt – lesen“ müssten. Falls dies nicht dazu führe, dass der Islam als eine „Machtideologie im Deckmantel einer Religion“ erkannt werde, so müsse über den Islam abgestimmt werden. Sollte der Islam dann verboten werden, heiße die Konsequenz: „Abschwören oder Abreisen“. Es könnten dann durch einen „Bevölkerungsaustausch“ Christen in Deutschland aufgenommen werden. Stürzenberger warnt vor dem Überschreiten des „Points of no return“, denn danach könne der Konflikt nicht mehr friedlich gelöst werden. Es liege nun „an den Medien und den Politikern, die tickende Zeitbombe Islam in Deutschland zu entschärfen“. Wer „noch ernsthaft auf ‚Religionsfreiheit‘ für den Islam“ plädiere, der „sollte sich schleunigst in therapeutische Behandlung begeben“.

Unter den 99 Kommentaren dominierte die Zustimmung. *Raymond de Toulouse* etwa befand: „Sehr guter Artikel. Danke Herr Stuerzenberger.“ *Cyrus*: Herr Stürzenberger, ich stimme Ihnen uneingeschränkt zu! Der Islam muss verboten werden.“ *infun*: „Wirklich heftiger Artikel. Ich teile deine Meinung. (...) Tut mir Leid. Tut mir Leid, Europa. Es ist nicht mehr aufzuhalten. Wir alle wissen es.“ Nur eine handvoll Diskutanten fragte sich wie *Vlad180*: „Anderere als krank zu bezeichnen, nur weil sie anderer Meinung sind, war das nicht das, was wir immer den Moslems, Linken und Nazis vorwerfen?“ Oder *misla* kurz und bündig: Nach Kewil dreht jetzt auch noch byzanz durch und predigt gleich wie zum Beispiel P. Vogel. Ich bin dann mal weg. Tschüss.“ Darauf antwortete *Honest*: „Bye Bye, winke winke, nimmst du noch paar Türken mit?“

Am 24. Oktober reagierte dann Stürzenbergers Landesverband der „Freiheit“ auf das „Thesenpapier gegen die Islamisierung“ und stellte beim Bundesvorstand einen Antrag auf Ordnungsmassnahmen. Stürzenberger reagierte am selben Tag mit einem weiteren Artikel unter „Das islamische ideologische

⁷³ <http://www.pi-news.net/2011/10/thesenpapier-gegen-die-islamisierung/> (30.1.2014, überarbeitete Fassung).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Gift in den Köpfen“,⁷⁴ wo er auf den „massivsten Druck“ einging, den er gerade erleben müsse und interpretierte dies als ein „weiteres Indiz dafür, dass sich die These von Dr. Sarrazin immer wieder bestätigt: 'Deutschland schafft sich ab'“. Stürzenberger stellte sich in die Reihe von „unbeugsamen Islamkritikern wie Geert Wilders, Oskar Freysinger, Robert Spencer (...). Es müssen die Dinge angesprochen werden, über die andere noch nicht einmal zu denken wagen.“ Das „Appeasement-Geschwätz“ hätte damals zum Weltkrieg geführt und so werde es wieder geschehen: „Naive Hoffnungen werden uns ebenfalls in die Katastrophe führen. Es bleibt nur die Frage, wann es die Menschen in Deutschland und Europa endlich erkennen.“

Am 26. Oktober folgte auf PI-news: „Erläuterung: Thesenpapier gegen Islamisierung“,⁷⁵ worin Stürzenberger seine Thesen präzierte und forderte, dass „alle Moslems in Schulungen und Intensivkursen über die Inhalte ihrer eigenen Religion“ aufgeklärt werden müssten. Wenn sie es dann immer noch nicht verstanden haben, wird ihnen in „nochmaligen Intensivkursen und Schulungen [...] ein letztes Mal verdeutlicht, welche gefährlichen Botschaften sie immer noch befürworten. Wer selbst danach noch halsstarrig ein Moslem bleiben möchte, dürfte sich in seinem geistigen Zustand wohl nicht mehr allzusehr von den Inhaftierten in Guantanamo unterscheiden.“ Wiederum stösst Stürzenberger in den Kommentaren zumeist auf Zustimmung: „Hier muss die Erfahrung mit der Entnazifizierung genutzt werden. Der Islam als totalitäre verfassungswidrige Ideologie muss verboten werden, alle islamischen Organisationen und Einrichtungen aufgelöst, alle Moscheebäude umfunktioniert werden. NAZIS RAUS !!!“

22.4.1. Islamkritik als Kulturkritik

Der studierte Sozialwissenschaftler Manfred Kleine-Hartlage nutzte nach der verlorenen Berlin-Wahl die Gunst der Stunde für einen klärenden programmatischen Aufsatz bei PI-news.⁷⁶ Unter „Liberale und konservative Islamkritik“ bescheinigte er der PI-Community Ende September 2011, dass deren „bevorzugte liberale Islamkritik“, welche die „offenkundigen Illiberalität“ des Islams kritisiere, völlig legitim sei und „viel Richtiges“ aufgedeckt habe. Damit könne man zwar den Islam kritisieren und „die Linken als dessen nütz-

⁷⁴ <http://www.pi-news.net/2011/10/das-islamische-ideologische-gift-in-den-kopfen/> (30.1.2014).

⁷⁵ <http://www.pi-news.net/2011/10/erlautung-thesenpapier-gegen-islamisierung/> (30.1.2014).

⁷⁶ <http://www.pi-news.net/2011/09/liberale-und-konservative-islamkritik/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

liche Idioten“ vorführen, aber nicht die „Islamisierung“ effektiv bekämpfen. Als entscheidende Frage nennt Kleine-Hartlage: „*Warum* dringt der Islam vor?“ Der Westen sei doch dem Islam in jeder Hinsicht haushoch überlegen, und dennoch sehe es so aus, als solle dieser Westen eine islamische Kolonie werden. Daraus schliesst er: „Wenn das nicht an der Stärke des Islam liegt, dann muss es wohl an der Schwäche des Westens liegen.“

Der Islam dringe vor, „weil wir die Einwanderung von Muslimen dulden, weil wir von unseren Eliten verraten werden, weil die europäischen Völker schrumpfen und altern, also schon rein demographisch der expandierenden Umma nichts entgegensetzen haben, (...)“. Man habe vergessen, „dass es unser gutes *souveränes* Recht ist, einwandern zu lassen oder auszusperren, wen immer wir wollen, und dass wir dafür niemandem Rechenschaft schulden, einfach weil Deutschland *unser* Land ist, das mit dem Schweiss *unserer* Vorfahren aufgebaut und mit ihrem Blut verteidigt worden ist.“ Was „infantile Gutmenschen“ nicht sehen würden, sei, dass Völker „Solidargemeinschaften“ bilden müssten, „deren interne Solidarität oberstes religiöses Gebot ist und deshalb überhaupt nicht zur Disposition stehen kann. Durch Moslems zum Beispiel.“ Das Überleben der „europäischen Zivilisation“ stehe auf dem Spiel, weil die traditionelle Selbstverständlichkeit eines transzendenten Bewusstseins, „Teil eines übergreifenden Zusammenhangs zu sein“, der die Lebensauffassung der ganzen Gesellschaft präge, verloren gehe.

Eine Gesellschaft, „die Kinderkriegen nicht mehr als natürliche Bestimmung des Menschen ansieht, sondern als bloss *ein* mögliches 'Lebensmodell' unter vielen; die Abtreibung für ein Menschenrecht hält; die wechselnde Lebenspartnerschaften und demgemäss Patchworkfamilien für völlig normal hält; die Homosexualität nicht nur duldet, sondern geradezu propagiert; die Frauen für 'unterdrückt' hält, wenn sie nicht Karriere machen; kurz (...) die jede Pflicht und jede Bindung zugunsten der individuellen Selbstverwirklichung hintanstellt und jeden verteufelt, der es anders sieht: Eine solche Gesellschaft hat schon aus demographischen Gründen keine Überlebenschance.“

Dann folgt die endgültige Absage an die liberale Islamkritik, denn wer den Islam hauptsächlich deshalb kritisiere, weil Muslime die skizzierte westliche Gesellschaft ablehnen, der könne genau solange weiterkritisieren, „bis die Moslems zahlenmässig stark genug sind, ihm das Maul zu stopfen“. „Freiheit“ sei nur möglich, wo es Bindungen gebe, „die sich nicht allein darin erschöpfen, die staatlichen Gesetze zu beachten“. Die herrschende liberale Ideologie, die diese Bindungen missachte, sei „der grösste Feind der Frei-

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

heit“, weil sie ihre Voraussetzungen zerstöre: „Islamkritik wird zahnlos bleiben, wenn sie nicht zugleich eine konservative Kulturkritik ist.“

Dann distanziert sich Kleine-Hartlage auch von Islamophobie im engeren Sinne, da er anmahnt, niemand solle sich einbilden, „dass die Ergebnisse wesentlich anders wären, wenn statt der Moslems *andere* Einwanderer in Millionenscharen nach Deutschland strömen“ würden. Er wirft aber wieder relativierend ein: „Auch wenn der Islam ohne jede Frage eine *besonders aggressive* Kultur ist (...)“, um seine islamophobe Leserschaft bei der Stange zu halten. Daraufhin greift er das „Paradigma“ des 'Clash of Civilizations' an, wonach die Weltpolitik als ein Kampf zwischen dem Westen und dem Islam zu beschreiben sei. Er fragt, weshalb denn etwa Grossbritannien, „als dasjenige europäische Land, das sich am stärksten am militärischen Kampf gegen islamische Länder beteiligt“, zugleich das Land sei, „das sich am willenlosesten und dhimmihaftesten der Islamisierung hingibt?“ Wer eine pro-westliche Haltung habe und „Amerikaner und Israelis als Ersatzhelden“ adoptiere, traue sich doch einfach nicht selbst „Patriot zu sein“.

Die „Leiterzählung vom 'Kampf der Kulturen'“ sei offensichtlich falsch, vielmehr sollte ein „antiglobalistisches Paradigma“ gelten, denn „die Entmachtung der Nationalstaaten und die Förderung globaler Massenmigration“, sei Teil eines liberalen Herrschaftskonzeptes „zur Zerstörung von Völkern, Staaten, Religionen und Familien“. Diese Sichtweise will er als die richtige Deutung des „Eurabia-Projektes“ (vgl. Kapitel 20) verstanden wissen. Denn beim Versuch „Europa und die muslimisch-arabische Welt miteinander zu verschmelzen“, gehe es um die Entwicklung hin zu „supranationalen Organisationen“, wobei „die Islamisierung“ nur Nebenprodukt dieses kulturellen „Zersetzungsprozesses“ sei.

Damit hatte Kleine-Hartlage praktisch die gesamte Grundlage des (öffentlichen) PI-news-Projekts angegriffen. Dennoch fand seine Position unter den kommentierenden 130 Lesern auch Zustimmung. Viele standen seiner Darstellung aber kritisch bis ablehnend gegenüber. *raymond* zitierte etwa die Stelle mit den „Vorfahren“ und deren Schweiss und Blut, um zu fragen, von welchem Deutschland Kleine-Hartlage denn spreche. Mit solchen Beiträgen erweise man den pi-news-Hassern wertvolle Dienste und den liberalen Fürsprechern einen Bärendienst. *Susi* hielt es für „völkisch angehauchten Verschwörungsbrei“, was *islaminfo* unterstützte: Ja klar - die Weltherrschaft der Bilderberger *gähnt*. Doch für Leser wie *Salander* war der Artikel „längst überfällig“. Und für *Hagene von Tronege* gar: „Mit Abstand der beste Arti-

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

kel, der seit langem auf PI erschienen ist. (...) Weiter so PI.“

Kleine-Hartlage ist ein Unterstützer der Pro-Bewegung⁷⁷, die nun wieder auf PI-news zurückdrängte. Er hatte zuvor aber auch Kontakt zur „Freiheit“, wie seinem Blog zu entnehmen ist.⁷⁸ Im Sommer 2010 erschien sein Buch „Das Dschihadssystem – Wie der Islam funktioniert“ im Resch Verlag. *Frankfurter* berichtete Ende 2010 noch positiv über einen Vortrag Kleine-Hartlages zu seinem Buch auf PI-news,⁷⁹ wo dieses bereits besprochen und als „Buch-Tipp“ zum Kauf empfohlen wurde.⁸⁰ Auch im Magazin *Zukunft CH* (2/2011) erschien ein Auszug aus „Das Dschihadssystem“, welches dort auch zum Kauf empfohlen wurde (vgl. zu *Zukunft CH* und CSI Abschnitt 20.2).

Solche konservative Islamkritik war auf PI-news zuletzt etwa im Interview mit dem Pro-Deutschland Kandidaten Alexander Schlesinger zu lesen (vgl. Abschnitt 22.2.2). Dieser meinte zum Kampf zwischen den Parteien: „[D]ie Abgrenzungsrituale gerade Ihrer derzeitigen Lieblingspartei 'Freiheit' lassen erkennen, dass diese Leute genau den Duktus ihrer angeblichen 'Gegner' benutzen, um das wertekonservative islamkritische Lager zu spalten und dadurch zu schwächen.“⁸¹ Schlesinger sah demnach Islamkritik zwingend mit einem 'wertekonservativen' Lager verbunden.

Diese Wahrnehmung wird dadurch gestützt, dass die (immer gleichen) „Islamexperten“, welche in den Argumentationen von Islamkritikern jeden Couleurs jeweils angeführt werden, durchwegs (jüdisch-)christlich-konservative Akademiker sind, die Kulturkritik betreiben oder gleich religiöse Islamkritik, wenn zur Muslimmission aufgerufen oder 'Allah' als 'Satan' dargestellt wird.

So hatte Riexinger (2009: 459) etwa zum in der deutschsprachigen Islamkritik wirkmächtigen Experten Hans-Peter Raddatz festgestellt: „Gerade in seinen ersten beiden Büchern 'Von Gott zu Allah' und 'Von Allah zum Terror' ist auffälligerweise weniger vom Islam als vom Westen im Allgemeinen und der Katholischen Kirche im Besonderen die Rede.“ Und auch Widmann (2008: 54f.) sieht bei Raddatz vor allem die Problematisierung einer „liberalen Erosion“, was durch den „kritischen Blick auf die eigene Geschichte“ die westliche Kultur schwächen würde.

⁷⁷ Er hielt etwa einen Vortrag an der Weihnachtsfeier 2010 von Pro-Deutschland: <http://www.pro-berlin.net/?p=1718> (30.1.2014).

⁷⁸ <http://korrektheiten.com/2010/11/09/was-der-freiheit-peinlich-ist/> (30.1.2014).

⁷⁹ <http://www.pi-news.net/2010/11/vortrag-das-dschihadssystem/> (22.8.2011).

⁸⁰ <http://www.pi-news.net/2010/07/rezension-das-dschihadssystem/> (30.1.2014).

⁸¹ <http://www.pi-news.net/2011/04/interview-mit-alexander-schlesinger-pro-berlin/> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

Udo Ulfkotte, der Islamkritik gerne aus der Perspektive eines „Sicherheitsexperten“ betreibt, hatte am „1. Deutschen Islamkritikertreffen“ in Wertheim (vgl. Abschnitt 18.2) klar gemacht, dass es ihm nicht darum geht, „die aufklärungshumanistische Leitkultur des säkularisierten Kerneuropas gegenüber dem Vormarsch der islamischen Religionsdiktatur zu verteidigen, sondern den christlich-konservativen Werteverfall zu überwinden.“ Der Islam sollte dabei, so der Beobachter Hartmut Krauss, als religiös-kultureller Konkurrent im Kampf um den 'richtigen' Konservatismus gesehen werden. Der „Berliner CDU-Politiker“ (wohl René Stadtkewitz) habe sich daraufhin mit Ulfkottes Anliegen solidarisiert.⁸²

Dass eben auch die vorgeblich liberale Islamkritik der Stadtkewitz'schen Partei „Die Freiheit“ nicht frei von Konservatismus ist, zeigt ein Blick ins Parteiprogramm. Im „Berliner Programm 2011“ findet sich Law-and-Order Politik mit islamfeindlichen Forderungen. (Neo-)liberal sind einzig die Forderungen in der Wirtschaftspolitik: Bürokratieabbau und effizientes Wirtschaften der Stadtverwaltung, komplette Abschaffung der Gewerbesteuer.

Bei den „Politischen Leitsätzen“ ist der erste Punkt „Demokratie und Transparenz“ Oskar Freysinger geschuldet: „Direkte Demokratie nach Schweizer Vorbild.“ Dann heisst es unter „Die Werte der Aufklärung“: „Gleichberechtigung von Mann und Frau und das Prinzip der Trennung von Staat und Religion sind die Grundlagen unserer Gesellschaft“. Unter „Jüdisch-Christliche Wurzeln“ dann aber: „Wir gehen dabei vom positiven Menschenbild aus, wie es das Neue Testament der Bibel verkündet. Mann und Frau sind gleich an Würde“. Und unter „Trennung von Staat und Religion“ wird eingeschränkt: „Glauben und religiöses Bekenntnis dürfen nicht den Werten der Aufklärung und den Wurzeln unserer Gesellschaft entgegenstehen.“ Diese „Wurzeln“ der Gesellschaft wurden zuvor als „jüdisch-christlich“ bestimmt.

22.4.2. Neue Rechte

Zur Breiviks favorisierter konservativen „Wiener Denkschule“ gehört der Blogger *Fjordman* (vgl. Abschnitt 19.2). Im Verlag Edition Antaios von Götz Kubitschek erschien im Oktober 2011 das *Fjordman*-Buch „Europa verteidigen. 10 Texte“. Herausgeber sind Martin Lichtmesz von der Zeitschrift *Sezession* des *Instituts für Staatspolitik* (IfS) und Manfred Kleine-Hartlage. Lichtmesz bezeichnete *Fjordman* auf dem Blog von *Sezession* als der „un-

⁸² <http://www.glasnost.de/autoren/krauss/islamkonf.html> (30.1.2014).

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

angefochtene 'Star' unter den Autoren der islamkritischen 'Counterjihad'-Szene“, der „seit 2005 im Internet hunderte Artikel und Glossen“ veröffentlicht habe. Zusammen mit dem aus dem „'Counterjihad'-Eck“ kommenden Soziologen Kleine-Hartlage habe man schliesslich entschieden, „dass die Aufsätze zu wichtig sind, um sie der doppelten Geiselhaft der politisch korrekten Meinungsmacher und Inquisitoren als auch des psychopathischen Ursurpators [Anders Breivik, OW] zu überlassen.“⁸³

Lichtmesz verwies Ende September 2011 auf dem *Sezessions*-Blog auch auf den „lesenswerten Artikel des gelegentlichen *Sezession*-Mitarbeiters“ Kleine-Hartlages auf PI-news „Liberale und konservative Islamkritik“ (vgl. Abschnitt 22.4.1) und publizierte diesen auszugsweise. Auf PI-news warb das *Institut für Staatspolitik* (IfS) mit einem Banner für das Buch „Der Fall Sarrazin“.

Volker Weiss schrieb in einem Gastartikel im *Spiegel* über die „Konservative Revolution“, auf die sich Breivik in seinem Manifest beziehe.⁸⁴ Die Idee der „Konservativen Revolution“ sei zwischen den Weltkriegen entstanden und sei „militant antiwestlich, antiliberal und antimarxistisch“ gewesen. Wie in Breiviks Manifest werde „der Zyklus von Kulturverfall und Erneuerung beschworen, als dessen Stationen Dekadenz, Krise, Kampf und Wiedergeburt galten“. Es gebe heute eine europäische Rechte, die sich auf die Theoretiker der zwanziger Jahre beziehen und deren Vorstellungen an die Zeit angepasst hätten. Vertreter dieser Schule fänden sich in der *Jungen Freiheit* oder in *Sezession*. Weiss meint, dass die „Krise der globalen Moderne“ ihren „reaktionären Gegenbewegungen“ Auftrieb geben würde: „Der Drang nach Überschaubarkeit, Identität und der Sicherheit einer mythisch-religiösen Überwölbung der Welt (...) Die Welt soll wieder so werden, wie sie nie war.“ Diese Einschätzung passt zu einer Aussage Breiviks in seinem Video zum Manifest, wonach er sich am europäischen kulturellen Modell der 1950er Jahre orientiere (Minute 11:21).

Die konservative sogenannte Neue Rechte arbeitet publizistisch an einem längerfristigen Ziel: Der „Erringung der politisch-kulturellen Hegemonie“ durch einen „Gramscismus von rechts“ wie Kellershohn (2007: 124) die strategischen Konzepte aus der *Jungen Freiheit* zitiert. Andreas Molau von Pro-NRW (vgl. Abschnitt 22.2.1) war in den 1990er Jahren noch Ressortleiter Kultur in der *Jungen Freiheit*, danach wurde er Chefredaktor des NPD-Organs *Deutsche Stimme* (Kellershohn 2007: 121). Die *Jungen Freiheit* wird

⁸³ <http://www.sezession.de/28240/fjordman-europa-verteidigen.html> (30.1.2014).

⁸⁴ Spiegel vom 27.7.2011: Weltbild des norwegischen Attentäters.

22. Religiöse, konservative und liberale Islamkritik

durch das 2000 gegründete *Institut für Staatspolitik* (IfS) ergänzt, das sich auf „Meta-Politik“ beschränkt und versuche u.a. in den Bereichen Forschung und Wissenschaft „geistige Orientierung“ zu geben (Kellershohn 2009: 259). Auf PI-news wurde im Mai 2011 unter „JF – 25 Jahre Kampf gegen die Medien-Jakobiner“ das Jubiläum der *Jungen Freiheit* gefeiert, denn „der Spielraum für zeitgeistkritische Publizistik“ wachse in Deutschland.⁸⁵

Volker Weiss schrieb über die politischen Konservativen, dass diese glauben, in einem „Interregnum“, einer führer- und orientierungslosen „Zwischenzeit“ zu leben, im „Widerstand“ kämpfend im Geist der „Partisanen“ Carl Schmitts und des „Waldgängers“ Ernst Jüngers.⁸⁶ Niggli und Frischknecht (1998: 522) zitierten Ulrich Schlüer, den Chefredaktor der *Schweizerzeit* mit dem Satz: „Jeder Konservative ist irgendwie ein Einzelgänger.“ Aus der Schwarzenbach-Zeit (vgl. Abschnitt 11.2) habe er gelernt: „Es ist unmöglich, die konservativen Kräfte auf Parteiebene zu sammeln, das ist der falsche Weg. Die Zeitung ist der bessere.“ Nach Skenderovic (2009: 224) steht die *Schweizerzeit* exemplarisch für die Entwicklung der neokonservativen Strömung ab Ende der 1980er. Die Zeitung habe zusehends mit dem Zürcher Flügel der SVP zusammengearbeitet und dessen migrations- und aussenpolitische Agenda unterstützt, dabei aber immer versucht, parteipolitische Interessen mit kulturellen und intellektuellen Ansprüchen zu verbinden: „Die *Schweizerzeit* fungiert auch als wichtige Scharnierstelle zur deutschen Rechten, indem sie dazu beitrug, dass Autoren deutscher Zeitungen und Zeitschriften wie *Jungen Freiheit*, *Criticón* und *Mut*, auch in der Schweiz ihre Leserschaft fanden. Umgekehrt publizierten Redakteure und Autoren der *Schweizerzeit* in Organen der deutschen Neuen Rechten, insbesondere in der *Jungen Freiheit*.“

⁸⁵ <http://www.pi-news.net/2011/05/jf-25-jahre-kampf-gegen-die-medien-jakobiner/> (30.1.2014).

⁸⁶ Spiegel vom 27.7.2011: Weltbild des norwegischen Attentäters.

23. Fazit Teil IV

In Teil IV wurde nachgezeichnet, wie sich mit Beginn der 2000er Jahre ein islamophobes Netzwerk zu entwickeln begann. Ausgehend von lokalen Konflikten um islamische Bauprojekte in Deutschland und der Schweiz, entstanden Organisationen, die miteinander in Kontakt traten und zum Teil auch fusionierten. An den kommunikativen Schnittstellen standen „Islamexperten“, die überall auftraten, wo sie gebraucht wurden und islamophobe Artikel und Bücher publizierten, die zum Teil auf Bestseller-Listen gelangten und so die Autoren einem breiten Publikum bekannt machten, wodurch sie etwa zu gefragten Interviewpartnern, Gastautoren und Kolumnisten in Zeitschriften oder auf Blogs wurden.

Eine islamophobe religiöse Rechte konnte auf Ressourcen und Kanäle zurückgreifen, die für die Verbreitung der „Islamkritik“ etablierte publizistische Plattformen bieten konnten und in der Lage war, Veranstaltungen wie Vorträge, Diskussionen oder Demonstrationen professionell zu organisieren. Eine enge organisatorische und personelle Verflechtung konnte zwischen bestimmten christlichen Hilfs- und Missionsorganisationen und spezifisch islamophoben Organisationen und Websites festgestellt werden. Eine wichtige Scharnierfunktion nehmen dabei christliche, zum Teil konvertierte „Islamexperten“ ein, die in der Lage sind, ihre Argumentation ausserhalb ihres genuin religiösen Feldes anzupassen.

Politische Akteure in der Schweiz, Deutschland und Österreich waren in der Lage den islamophoben Anliegen durch parlamentarische Vorstösse und Initiativen und in Wahlkämpfen Aufmerksamkeit zu verschaffen. Eine zentrale Rolle bei der Vernetzung einer islamophoben Szene spielten ab etwa 2006 zunehmend Internetplattformen, deren Betreiber vor allem viel Zeit und Energie in ihre Projekte investierten und europäisch wie transnational kooperierten. Diese Blogs trugen durch die Publikation von Essays, Video-Mitschnitten von Veranstaltungen oder Interviews dazu bei, dass innerhalb eines islamophoben Milieus ein reger Gedankenaustausch stattfinden konnte. Insbesondere durch Transkription und Übersetzung von Essays, Reden und Interviews gelang es, sonst wegen den Sprachgrenzen unverbundenen

23. Fazit Teil IV

Szenen zu vernetzen.

Neben den akademischen und politischen Akteuren, die sich am islamophoben Diskurs mehr oder weniger selektiv und mit unterschiedlichen Motivationen beteiligten, waren und sind es insbesondere fanatische Aktivisten, die sich durch bestimmte Ereignisse, wie etwa ein umstrittenes Bauprojekt oder auch durch den Karikaturenstreit, radikalisierten und sich dann über Jahre hinweg hochmotiviert in die Sache hineinsteigerten.

Als eine zentrale Theorie, auf die sich praktisch alle relevanten Akteure mehr oder weniger stark beziehen, kann *Bat Ye'ors* Eurabia-Theorie gesehen werden. Diese Vorstellung einer Verschwörung europäischer und arabischer Eliten erlaubt unterschiedliche Zugänge zur Islamkritik, da sie verschieden interpretiert werden kann. Einige Vertreter leiten daraus eine europafeindliche Haltung mit gleichzeitiger Unterstützung der USA und Israels ab, insbesondere in Bezug auf eine unnachgiebige Nahostpolitik gegenüber „dem Islam“. Hier findet sich auch ein ausgeprägter christlicher Philosemitismus bzw. politischer Zionismus. Andere nutzen die Idee einer Verschwörung von Eliten zur populistischen Gegenüberstellung von „korrupter Elite“ und „wahrem Volk“.

Als „liberale Islamkritik“ lässt sich die pro-westliche Haltung im Sinne der Unterstützung einer US-amerikanischen wirtschaftlichen und politischen Hegemonie beschreiben. Eine „religiöse Islamkritik“ findet sich vorwiegend im evangelikalen Fundamentalismus charismatischer oder dispensationalistischer Ausprägung, während das Engagement evangelischer und katholischer Konservativer auf „Kulturkritik“ fusst, was sie mit der „konservativen Islamkritik“ der Neuen Rechten verbindet, die beide die „Islamisierung“ an einer „westlichen Dekadenz“ festmachen und somit genau das kritisieren, was die „liberale Islamkritik“ gegen den „Islam“ verteidigen will. Dabei hat die „liberale Islamkritik“ zwar die grösste Glaubwürdigkeit ausserhalb des islamophoben Milieus, aber gleichzeitig auch den schwersten Stand innerhalb der Bewegung, da sie im Gegensatz zur religiösen und politischen Rechten keine organisatorische und publizistische Basis hat und den anderen mehr als diskursive Manövriermasse dient, die nach politischer Opportunität eingesetzt wird.

24. Schluss

Aufgrund der gewonnenen Einsichten aus der vorliegenden Arbeit sind nun verschiedene Dinge klarer geworden. So hat sich herausgestellt, dass lokale Konflikte um islamische Bauprojekte in der Schweiz seit 2006 und in Deutschland bereits einige Jahre früher, nicht mehr isoliert betrachtet werden können, wie dies beispielsweise in den 1990er Jahren in Deutschland noch eher möglich war. Denn durch den Einfluss von zumeist christlich-konservativen „Islamexperten“ verbreiteten sich deren islamophobe Deutungsmuster überall, wo „Islam“ zum Thema (gemacht) wurde. Durch die Grundlagenarbeit u.a. von christlichen Theologen, standen Diskursakteuren eine Fülle von Informationen über die vielfältig begründbare angebliche Unvereinbarkeit des „Islams“ mit dem „Eigenen“, dem Christentum, Westen, Abendland oder dem eigenen Volk zur Verfügung.

Diskursiv wirkmächtig wurde dieses „islamkritische“ Wissen zuerst im religiösen Feld. Erst im heilsgeschichtlichen Kontext des evangelikalen Fundamentalismus, dann auch verbreitet im allgemeinen christlichen Konservatismus nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, da sich in der Auseinandersetzung mit dem „gottlosen“ Kommunismus vielfältiges anti-kommunistisches Engagement institutionalisiert hatte. Diese bereits etablierten Organisationen mit ihren publizistischen Organen wurden ab Mitte der 1990er Jahre nun teilweise für eine Auseinandersetzung mit einem als anti-christlich wahrgenommenen Islam eingesetzt. Christlich-fundamentalistische Kleinparteien und Organisationen nahmen in der Schweiz und in Deutschland bereits viele der erst Jahre später breitenwirksamen islamophoben Argumentationsmuster vorweg.

Zwei Dinge waren entscheidend dafür, dass die Islamfeindlichkeit schliesslich weite Verbreitung fand. Autoren, die islamophobe Schreckensszenarien zeichneten, fanden nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 plötzlich eine breite Bühne für ihre Bücher, die Bestseller wurden, und denen sogleich neue Bücher nachgereicht wurden. Die Autoren wurden zu gefragten Experten in den Massenmedien und waren zuvor zum Teil Redaktoren in etablierten Zeitungen oder Zeitschriften, was sie unverdächtig machte. Nie-

24. Schluss

mand fragte mehr nach, was diese „Experten“ denn genau in ihren Büchern geschrieben hatten, was sie zum Beispiel für Verschwörungstheorien („Eura-bia“) behaupteten und woher ihre Informationen über „den Islam“ stammten. Ihre Lesergemeinde hingegen saugte diese Informationen förmlich auf. Ergänzt wurden die Bücher bald mit Websites, die jeden Tag und jahrelang Informationen über Ereignisse irgendwo auf der Welt lieferten, die immer eines gemeinsam hatten: Schuld war der „Musel“. Daraus entwickelten sich die Stereotype, die einzeln auftretend noch harmlos wirken mögen, wie das angeblich schnelle Beleidigtsein der Muslime, den Hang, masslos immer mehr zu fordern und sich nie anzupassen oder ständig in Gewalthandlungen verstrickt zu sein. Verknüpft mit kulturessentialistischen Vorstellungen eines „die können halt nicht anders“ und dem Verschwörungsdenken einer bewussten, organisierten Unterwanderung des eigenen Landes, wobei jegliche Gegenbeispiele mit: „Taqīya!“ – dem angeblich religiösen Gebot sich zu verstellen und zu lügen – gekontert werden, ergibt sich eine Islamophobie, die in sich schlüssig ist und wahnhaftige Züge annehmen kann, wie im letzten Teil dargestellt wurde.

Zweitens wurde die Verbreitung islamophober Deutungsmuster neben der publizistischen Aufbereitung durch politische Instrumentalisierung befördert. Zahlreiche populistisch handelnde politische Akteure benutzten beispielsweise den bereits skandalisierten Bau von Minaretten oder Moscheen, um sich durch eigene Forderungen, oft ohne Bezug zu einem konkreten Fall, öffentlichkeitswirksam zu präsentieren.

Die eingangs aufgeworfene Frage nach der Bedeutung der Aussage: „Wir haben nichts gegen Muslime – wir sind nur gegen den Islam“ kann hier auf zwei Weisen beantwortet werden: als eine religiöse oder eine politische Aussage. Erstere ist älter. Danach ist der „Islam“ eine menschenfeindliche Religion, weil sie vom Teufel instrumentalisiert wird, um den Heilsplan Gottes zu durchkreuzen. Muslime müssten deshalb aus dieser dämonischen Umklammerung erlöst werden, in der Regel durch „Jesus lieb machen“. Eine politische Bedeutung hat die Aussage durch einen wahrgenommen Kulturkampf zwischen dem „Westen“ und dem „Islam“ bekommen, wodurch der „Islam“ zu einer „Politreligion mit religiösem Deckmantel“ wird. Da die Muslime in der Regel in den Islam „hineingeboren“ wurden, werden sie nicht für die Ambitionen der „Politreligion“ haftbar gemacht. Es sei denn, man hält den 'Islam an sich' für ein solch grosses Übel, dass jeder „Muslim“, der sich nicht von der „Scharia“ und dem Koran distanziert, auch als Bedrohung an-

24. Schluss

gesehen wird. Zumindest kann dann aber an deren Loyalität gezweifelt und ein Gesinnungstest verlangt werden, wie in Teil III ausgeführt wurde.

Dramatisiert wird die Vorstellung einer „Islamisierung“ durch die Wahrnehmung einer historischen Kontinuität eines über die Jahrhunderte immer wieder angreifenden „Erbfeindes“. Die Kreuzzüge werden dann als notwendige Abwehrreaktionen dargestellt und die heutige Situation alarmistisch mit jener kurz vor dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs verglichen.

„Islam“ wird dem „Eigenen“ in einer islamophoben Interpretation nicht nur als etwas völlig Fremdes gegenübergestellt, sondern auch als etwas Minderwertiges. Der Islam stünde etwa auf einer tieferen zivilisatorischen „Entwicklungsstufe“. Die ganzen Kriegs- und Katastrophenbilder aus dem „Orient“ befördern die Vorstellung einer gewalttätigen, barbarischen „Steinzeitkultur“. Diese Vorstellungen machen insbesondere die „liberale Islamkritik“ anschlussfähig. Gegenüber der „Islamisierung“ verteidigt würden insbesondere der gesellschaftliche Pluralismus und Liberalismus, bekämpft dagegen Monokultur, Patriarchat, Antisemitismus und Homophobie. In der massenmedial hergestellten Öffentlichkeit stösst denn diese „liberale Islamkritik“ auch auf Resonanz.

Öffentlich gar nicht wahrnehmbar ist die „religiöse Islamkritik“. Religiöse Argumentation ist im öffentlichen Diskurs in keiner Art und Weise anschlussfähig. Sie wird als anachronistisch zurückgewiesen, bestenfalls als Kuriosum ignoriert. Deshalb wird die „religiöse Islamkritik“ unterschätzt. Diese „Islamkritik“ beruht auf einer religiösen Interpretation, welche die „Islamisierung“ als eine Auseinandersetzung zwischen „Licht“ und „Finsternis“ wahrnimmt. Religiöse Akteure sind massgeblich an der Verbreitung des Deutungsmusters einer (muslimischen) „Christenverfolgung“ beteiligt, welche mit der „Reziprozitätsforderung“ kombiniert wird. Demnach müssten Moscheebauten nicht zugelassen werden, solange in Mekka keine Kirche gebaut wird. Diese Argumentation wird etwa auch gegenüber Albanern angewandt.

Am weitesten verbreitet, aber ebenfalls unterschätzt, dürfte die „konservative Islamkritik“ sein. Unterschätzt wird sie, weil sie Mimikry betreibend, oft im Gewand einer „liberalen Islamkritik“ daherkommt. Dies deshalb, weil „liberale“ Argumente eben anschlussfähig sind. Erkennbar ist die Mimikry an widersprüchlichen Forderungen, wenn etwa konservative Akteure Muslimen gegenüber die „Scharia“ verdammend Frauenrechte einfordern, gleichzeitig aber auch fordern, dass sich Mütter auf die Familie konzentrieren sollen und Angebote zur externen Kinderbetreuung, Frauenhäuser, Gleichstellungsbü-

24. Schluss

ros und Ähnliches als überflüssig erachtet werden. Hinzu kommt, dass „konservative Islamkritik“ am unschärfsten ist. Dies rührt daher, dass „konservative Islamkritik“ am weitesten von der Definition von Islamophobie, wie sie in Teil II vorgeschlagen wird, entfernt ist. Hier sind keine ganz bestimmten Befürchtungen vor einer systematischen Unterwanderung des „Islams“ nötig. Denn hier gehören all die „diffusen Ängste“ hinein, die, wie im Minarettstreit in Wangen in Teil I, ein Unbehagen zum Ausdruck bringen, etwa angesichts eines fremdartigen Turmes. Ein ungutes Gefühl, dass alles zu schnell geht, dass man den Anschluss verliert, weil sich alles ständig verändert. Die „konservative Islamkritik“ kann aber auch offensiv eingesetzt werden in einer antimodernistischen Gegenbewegung, welche die „Islamisierung“ als ein Symptom für einen generellen Werteverfall betrachtet und „Konsumegoismus, bindingslose Selbstverwirklichung und niedrige Geburtenraten“ bekämpfen will, um das eigene „Volk“ zu retten. Hier findet sich eine christlich-konservative und eine nationalkonservative Islamkritik, die in einer religiösen bzw. politischen Rechten verankert ist und daher über mehr Ressourcen verfügt als die „liberale Islamkritik“.

Diese unterschiedlichen Vorstellungen von Islamkritik kommen allerdings erst dann zum Tragen, wenn Akteure genötigt werden, sich auf etwas Gemeinsames zu einigen, wie in Teil IV anhand der Entstehung von islamophoben Parteien in Deutschland aufgezeigt wurde. Bei der Anti-Minarett-Kampagne in der Schweiz, wie sie in Teil II beschrieben wurde, wurden solche Differenzen allerdings nicht sichtbar, da nur Einigkeit im „Nein“ zu den Minaretten nötig war und so jene Argumente vorgebracht wurden, die am aussichtsreichsten auf Resonanz stossen und mit Unterstützung rechnen konnten.

Offen bleibt, wie die islamophoben Aktivisten weiter mit der Spannung umgehen werden, die entsteht, wenn sie einerseits eine unmittelbare, fürchterliche Bedrohung wahrnehmen („Es ist 5 vor 12!“), dabei aber andererseits ausserhalb ihres Milieus auf Unverständnis und offene Ablehnung stossen. Ebenfalls offen bleibt, wie auf muslimischer Seite mit diesen Entwicklungen umgegangen wird. Führt die Islamophobie zu einer Radikalisierung unter Muslimen, so könnten sich Emotionen im Sinne einer sich selbst erfüllenden Prophezeiung gegenseitig hochschaukeln.

Literaturverzeichnis

- Allen, Christopher 2006: Was ist Islamophobie? Ein evolutionärer Zeitstrahl. In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. Religionsforum Bd. 1. Stuttgart: Kohlhammer, S. 67-78.
- Allievi, Stefano 2003: Konflikte um islamische Symbole in Europa. Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 5 (2), S. 6-31.
- Altermatt, Urs 1991: Katholizismus und Moderne. Zur Sozial- und Mentalitätsgeschichte der Schweizer Katholiken im 19. und 20. Jahrhundert. Zürich: Benziger.
- Angst, Doris 2006: Mehrheit und muslimische Minderheit in der Schweiz: Stellungnahme der Eidgenössische Kommission gegen Rassismus EKR zur aktuellen Entwicklung. Bern.
- Angst, Doris 2010a: Muslimenfeindlichkeit - Islamophobie: Definitionen. Tangram, (25 der Gesamtfolge), S. 36-40.
- Angst, Doris 2010b: Das Minarettverbot in der Schweiz. Eine Diskursanalyse mit Blick auf die Menschenrechte. Zeitschrift für Menschenrechte, 4 (1), S. 158-172.
- Anhut, Reimund/Wilhelm Heitmeyer 2000: Desintegration, Konflikt und Ethnisierung. Eine Problemanalyse und theoretische Rahmenkonzeption. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Reimund Anhut (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim: Juventa-Verlag, S. 17-76.
- Arslan, Emre 2009: Der Mythos der Nation im Transnationalen Raum: Türkische Graue Wölfe in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Assmann, Jan 2005: Das kollektive Gedächtnis zwischen Körper und Schrift. Zur Gedächtnistheorie von Maurice Halbwachs. In: Krapoth, Hermann/Denis Laborde (Hrsg.): Erinnerung und Gesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 65-81.
- Attia, Iman 2009: Die „westliche Kultur“ und ihr Anderes. Zur Dekonstruktion von Orientalismus und antimuslimischem Rassismus. Kultur und soziale Praxis. Bielefeld: Transcript-Verlag.

Literaturverzeichnis

- Attia, Iman/Yasemin Shooman 2010: „Aus blankem Hass auf Muslime“. Zur Rezeption des Mordes an Marwa el-Sherbini in deutschen Printmedien und im deutschsprachigen Internet. In: Hafez, Farid (Hrsg.): *Jahrbuch für Islamophobieforschung* 2010. Innsbruck: Studien Verlag, S. 23-46.
- Baar, Marius 1980: *Das Abendland am Scheideweg. Versuch einer Deutung der endgeschichtlichen Prophetie*. Asslar: Schulte Gerth.
- Baar, Marius 1994: *Frieden für Jerusalem - um jeden Preis?* Moers: Brendow.
- Bahr, Ulrich/Timm Köhler/Esther Lehnert 2007: *Akteurs- und Diskursanalyse zum Moscheebaukonflikt in Pankow-Heinersdorf*. Handreichung für das Bezirksamt Pankow. Berlin.
- Baumann, Martin 1999: Religion und umstrittener öffentlicher Raum: Gesellschaftspolitische Konflikte um religiöse Symbole und Stätten im gegenwärtigen Europa. *Zeitschrift für Religionswissenschaft*, 7 (2), S. 187-204.
- Baumann, Martin/Tunger-Zanetti Andreas 2010: Wenn Religionen Häuser bauen; Sakralbauten, Kontroversen und öffentlicher Raum in der Schweizer Demokratie. In: Baumann, Martin/Frank Neubert (Hrsg.): *Religionspolitik - Öffentlichkeit - Wissenschaft. Studien zur Neuformierung von Religion in der Gegenwart*. CULTuREL. Zürich: Pano, S. 151-188.
- Behloul, Samuel M. 2009: Minarett-Initiative: Im Spannungsfeld zwischen Abwehr- Reflex und impliziter Anerkennung neuer gesellschaftlicher Fakten. In: Tanner, Mathias (Hrsg.): *Streit um das Minarett*. Zürich: TVZ, S. 103-122.
- Benz, Wolfgang 2008a: Vorwort. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 17. Berlin: Metropol Verlag, S. 9-14.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) 2008b: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 17. Berlin: Metropol Verlag.
- Benz, Wolfgang (Hrsg.) 2009: *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 18. Berlin: Metropol Verlag.
- Bielefeldt, Heiner 2009: Das Islambild in Deutschland: Zum öffentlichen Umgang mit der Angst vor dem Islam. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 167-200.
- Bleisch Bouzar, Petra 2007: Von Wohnungen und Fabrikhallen zu repräsentativen Moscheen - aktuelle Bauvorhaben von Moscheen und Minaretten in der Schweiz. In: Pahud de Mortanges, René (Hrsg.): *Bau und Umwandlung religiöser Gebäude*. Zürich: Schulthess, S. 49-70.

Literaturverzeichnis

- Bodemann, Y. Michal/Gökce Yurdakul 2005: Geborgte Narrative: Wie sich türkische Einwanderer an den Juden in Deutschland orientieren. *Soziale Welt*, 56 (4), S. 441-451.
- Bozay, Kemal 2005: „... ich bin stolz, Türke zu sein!“: Ethnisierung gesellschaftlicher Konflikte im Zeichen der Globalisierung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Broder, Henryk M. 2008: Eine Moschee für eine Kirche. In: Sommerfeld, Franz (Hrsg.): *Der Moscheestreit*. Köln: Kiepenheuer & Witsch, S. 52-55.
- Bublitz, Hannelore 2006: Differenz und Integration. Zur diskursanalytischen Rekonstruktion der Regelstrukturen sozialer Wirklichkeit. In: Keller, Reiner/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden*. Bd. 1. 2. aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 227-262.
- Butterwegge, Christoph/Gudrun Hentges (Hrsg.) 2006: *Massenmedien, Migration und Integration: Herausforderungen für Journalismus und politische Bildung*. Interkulturelle Studien Bd. 17. Wiesbaden: VS Verlag.
- Carr, Matt 2006: You are now entering Eurabia. *Race & Class*, 48 (1), S. 1-22.
- Cesari, Jocelyne 2005: Mosque Conflicts in European Cities: Introduction. *Journal of Ethnic and Migration Studies*, 31 (6), S. 1015-1024.
- Christmann, Anna 2010: Damoklesschwert Referendum? Die indirekte Wirkung ausgebauter Volksrechte auf die Rechte religiöser Minderheiten. *Swiss Political Science Review*, 16 (1), S. 1-41.
- Coser, Lewis A. 1972: *Theorie sozialer Konflikte*. Soziologische Texte Bd. 30. Neuwied: Luchterhand.
- Curio, Claudia 2009: Die Feindbildkonstruktionen des niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 18. Berlin: Metropol Verlag, S. 235-248.
- Dahinden, Urs/Vinzenz Wyss 2010: Die Darstellung von Religionen in Schweizer Massenmedien: Zusammenprall der Kulturen oder Förderung des Dialogs? Schweizerischer Nationalfonds (SNF).
- Decker, Oliver/Nora Langenbacher 2010: *Die Mitte in der Krise: Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010*. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin.
- Diehl, Claudia/Matthias Koenig 2009: *Religiosität türkischer Migranten im*

Literaturverzeichnis

- Generationenverlauf: Ein Befund und einige Erklärungsversuche. *Zeitschrift für Soziologie*, 38 (4), S. 300-319.
- Diekmann, Andreas 2007: Empirische Sozialforschung: Grundlagen, Methoden, Anwendungen. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt-Taschenbuch-Verlag.
- Dubiel, Helmut 1997: Unversöhnlichkeit und Demokratie. In: Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.): Was hält die Gesellschaft zusammen? Bd. 2. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 425-444.
- Elias, Norbert/John L. Scotson 2002 (1965): Etablierte und Aussenseiter. *Gesammelte Schriften/ Norbert Elias* Bd. 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Ettinger, Patrik 2010a: Qualität der Medienberichterstattung zur Minarettinitiative. In: *Jahrbuch Qualität der Medien Schweiz. Forschungsbereich Öffentlichkeit und Gesellschaft (fög) / Universität Zürich*. Zürich, S. 267-274.
- Ettinger, Patrik 2010b: Die Problematisierung der muslimischen Minderheit in der öffentlichen Kommunikation der Schweiz. *Tangram*, (25 der Gesamtfolge), S. 41-44.
- Friskhnecht, Jürg/Ueli Haldimann/Peter Niggli 1984: Die unheimlichen Patrioten. *Ergänzungsband 1979 - 84 ; Politische Reaktion in der Schweiz*. Zürich: Limmat-Verlag.
- Froschauer, Ulrike/Manfred Lueger 2003: Das qualitative Interview. *Zur Praxis interpretativer Analyse sozialer Systeme*. UTB Soziologie Bd. 2418. Wien: WUV Universitätsverlag.
- Früh, Werner 2007: *Inhaltsanalyse: Theorie und Praxis*. Konstanz: UVK Verlagsgesellschaft.
- Gale, Richard/Simon Naylor 2002: Religion, Planning and the City: The Spatial Politics of Ethnic Minority Expression in British Cities and Towns. *Ethnicities*, 2 (3), S. 387-410.
- Geden, Oliver 2006: Diskursstrategien im Rechtspopulismus: Freiheitliche Partei Österreichs und Schweizerische Volkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Geden, Oliver 2007: Rechtspopulismus: Funktionslogiken - Gelegenheitsstrukturen - Gegenstrategien. *Stiftung Wissenschaft und Politik (Berlin)*. Berlin.
- Goldbach, Erich 2001: Protestantischer Fundamentalismus in den USA und Deutschland. *Ökumenische Studien* Bd. 21. Münster: Lit.
- Gerhards, Jürgen 2008: Diskursanalyse als systematische Inhaltsanalyse. *Die*

Literaturverzeichnis

- öffentliche Debatte über Abtreibungen in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich. In: Keller, Reiner (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Forschungspraxis. Bd. 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 333-358.
- Gianni, Matteo 2010: Muslime in der Schweiz: Identitätsprofile, Erwartungen und Einstellungen. Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen EKM (Bern): Eine Studie der Forschungsgruppe „Islam in der Schweiz“ (GRIS). Bern.
- Glaser, Barney G./Anselm L. Strauss/Axel T. Paul 2008: Grounded theory: Strategien qualitativer Forschung. Bern: Huber.
- Gottschlich, Pierre 2008: Diasporagemeinschaften und ferner Nationalismus. Beitrag an Dreiländertagung der DVPW, ÖGPW, SVPW: Die Verfassung der Demokratie. 21. - 23. November 2008. Universität Osnabrück.
- Gross, Andreas 2009: Minarette sind nur ein Anfang... Der Initiant der Volksinitiative Walter Wobmann im Interview. In: Gross, Andreas/Fredi Krebs/Martin Stohler (Hrsg.): Minarett-Initiative: Von der Provokation zum Irrtum. St. Ursanne: Editions le Doubs, S. 39-41.
- Haab, Katharina/Claudio Bolzman/Andrea Kugler/Özcan Yilmaz August 2010: Diaspora und Migrantengemeinschaften aus der Türkei in der Schweiz. Swiss Academy for Development (SAD) und Centre de recherche sociale (CERES) im Auftrag des Bundesamts für Migration (BFM) (Bern).
- Hafez, Farid 2010a: Anstelle eines Vorworts. In: Hafez, Farid (Hrsg.): Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010. Innsbruck: Studien Verlag, S. 7-22.
- Hafez, Farid 2010b: Islamophobie und die FPÖ im Jahr 2009. In: Hafez, Farid (Hrsg.): Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010. Innsbruck: Studien Verlag, S. 62-77.
- Hafez, Farid (Hrsg.) 2010c: Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010: Deutschland - Österreich - Schweiz. Innsbruck: Studien Verlag.
- Hafez, Kai 2000: Imbalances of Middle East Coverage: A Quantitative Analysis of the German Press. In: Hafez, Kai (Hrsg.): Islam and the west in the mass media. Cresskill, NJ: Hampton Press, S. 181-197.
- Halm, Dirk 2008: Der Islam als Diskursfeld: Bilder des Islams in Deutschland. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Halm, Heinz 1991: Die Panikmacher: Wie im Westen der Islam zum neuen Feindbild aufgebaut wird. In: Mattes, Norbert (Hrsg.): „Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer!“ Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg.

Literaturverzeichnis

- Frankfurt am Main: Dayyeli Verlag, S. 196-206.
- Hanioglu, M. Sükrü 2008: A brief history of the late Ottoman empire. Princeton: Princeton University Press.
- Häusler, Alexander (Hrsg.) 2008a: Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“: Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Häusler, Alexander 2008b: Antiislamischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket. In: Häusler, Alexander (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 155-169.
- Häusler, Alexander 2010: Minarettstreit - ein Einfallstor zum antiislamischen Kulturkampf? Hintergründe und Fakten zum antiislamischen Rechtspopulismus. Arbeitsstelle Neonazismus. Fachhochschule Düsseldorf.
- Heim, Bea 2009: Warum gerade im solothurnischen Wangen? In: Gross, Andreas/Fredi Krebs/Martin Stohler (Hrsg.): Minarett-Initiative: Von der Provokation zum Irrtum. St. Ursanne: Editions le Doubs, S. 48-52.
- Helbling, Marc 2010: Islamophobia in Switzerland: A New Phenomenon or a New Name for Xenophobia? In: Hug, Simon/Hanspeter Kriesi (Hrsg.): Value change in Switzerland. Lanham Md.: Lexington Books, S. 65-80.
- Hirschman, Albert O. 1994: Wieviel Gemeinsinn braucht die liberale Gesellschaft? Leviathan, 22, S. 293-304.
- Hirter, Hans/Adrian Vatter 2010: Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 29. November 2009. VOX-Analyse, gfs.bern und Universität Bern IPW (Bern).
- Hohmann, René 2003: Konflikte um Moscheen: Eine Fallstudie zum Moscheebauprojekt in Schlüchtern (Hessen). Humboldt Universität zu Berlin, Institut für Sozialwissenschaften, Diplomarbeit. Berlin.
- Höhne, Thomas 2008: Die Thematische Diskursanalyse – dargestellt am Beispiel von Schulbüchern. In: Keller, Reiner (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Forschungspraxis. Bd. 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 423-453.
- Hornstra, Willem Laurens 2007: Christian Zionism among Evangelicals in the Federal Republic of Germany. Diss. Oxford: Oxford Centre for Mission Studies.
- Hüttermann, Jörg 2000: Der avancierende Fremde: Zur Genese von Unsicherheitserfahrungen und Konflikten in einem ethnisch polarisierten und sozialräumlich benachteiligten Stadtteil. Zeitschrift für Soziologie, 29 (4),

Literaturverzeichnis

S. 275-293.

- Hüttermann, Jörg 2003: Der Konflikt um islamische Symbole zwischen lebensweltlich sedimentiertem Gastrecht und formalem Recht: Eine fallgestützte Analyse. *Journal für Konflikt- und Gewaltforschung*, 5 (2), S. 74-102.
- Hüttermann, Jörg 2006: *Das Minarett: Zur politischen Kultur des Konflikts um islamische Symbole*. Weinheim: Juventa-Verlag.
- Imhof, Kurt 2011: *Die Krise der Öffentlichkeit. Kommunikation und Medien als Faktoren des sozialen Wandels*. Frankfurt a.M., New York: Campus.
- Imhof, Kurt/Patrik Ettinger 2007: Religionen in der medienvermittelten Öffentlichkeit der Schweiz. In: Baumann, Martin/Jörg Stolz (Hrsg.): *Eine Schweiz - viele Religionen. Kultur und soziale Praxis*. Bielefeld: Transcript-Verlag, S. 285-300.
- Kamber, Esther/Mario Schranz 2001: Die Wahrnehmung des Fremden in deutschschweizerischen Medien. In: Hoffmann-Nowotny, Hans-Joachim (Hrsg.): *Das Fremde in der Schweiz*. Zürich: Seismo, S. 135-153.
- Kamphausen, Erhard 2007: Christlicher Zionismus. Die Bedeutung Jerusalems im Endzeitdenken des protestantischen Fundamentalismus. In: Evangelische Akademie Bad Boll (Hrsg.): *Tagung: Auf zum letzten Gefecht? Christlicher Zionismus auf dem Vormarsch*. 8.-10. Dezember 2006. Bad Boll.
- Kelek, Necla 2006: *Die verlorenen Söhne. Plädoyer für die Befreiung des türkisch-muslimischen Mannes*. Köln: Kiepenheuer & Witsch.
- Keller, Reiner 2001: Wissenssoziologische Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden*. Bd. 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 113-143.
- Keller, Reiner/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver 2001: Zur Aktualität sozialwissenschaftlicher Diskursanalyse – Eine Einführung. In: Keller, Reiner/Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.): *Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden*. Bd. 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 7-29.
- Kellershohn, Helmut 2007: Volk, Staat und Nation. Konturen des völkischen Nationalismus in der „Jungen Freiheit“. In: Braun, Stephan/Ute Vogt (Hrsg.): *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 117-145.
- Kellershohn, Helmut 2009: *Widerstand und Provokation: Strategische Optio-*

Literaturverzeichnis

- nen im Umkreis des „Instituts für Staatspolitik“. In: Braun, Stephan/Alexander Geisler/Martin Gerster (Hrsg.): *Strategien der extremen Rechten*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 259-289.
- Kermani, Navid 2009: „Und tötet sie, wo immer ihr sie findet.“ Zur Missachtung des textuellen und historischen Kontexts bei der Verwendung von Koranzitaten. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): *Islamfeindlichkeit*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 201-207.
- Kertzer, David I. 2001: *Die Päpste gegen die Juden: Der Vatikan und die Entstehung des modernen Antisemitismus*. Berlin: Propyläen-Verlag.
- Kettiger, Daniel 1. März 2010: Minarettverbot: Offene Fragen zur Umsetzung. Jusletter.
- Kley, Andreas/Alexander Schaer 2009: Gewährleistet die Religionsfreiheit einen Anspruch auf Minarett und Gebetsruf? In: Tanner, Mathias (Hrsg.): *Streit um das Minarett*. Zürich: TVZ, S. 88-102.
- Kloke, Martin 2004: Endzeitfieber und Pulverfass: Israel und der christliche Fundamentalismus in Deutschland. *Zeitschrift für Theologie und Gemeinde*, 9, S. 141-162.
- Könemann, Judith/André Bächtiger/Ansgar Jödicke 2010: *Religion in der Schweizer Zivilgesellschaft: Die Beteiligung von Religionsgemeinschaften am Prozess politischer Meinungsbildung am Beispiel von Volksabstimmungen*. Schweizerischer Nationalfonds (SNF).
- Königseder, Angelika 2008: Feindbild Islam. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Jahrbuch für Antisemitismusforschung* 17. Berlin: Metropol Verlag, S. 17-44.
- Kreis, Georg 2010a: Zur Islamophobie in der schweizerischen Variante. In: Hafez, Farid (Hrsg.): *Jahrbuch für Islamophobieforschung* 2010. Innsbruck: Studien Verlag, S. 47-61.
- Kreis, Georg 2010b: *Judenfeindlichkeit und Muslimenfeindlichkeit*. Tangram, (25 der Gesamtfolge), S. 32-34.
- Kriesi, Hanspeter/Ruud Koopmans/Jan Willem Duyvendak/Marco G. Giugni 1995: *New social movements in Western Europe. A comparative analysis (Social Movements, Protest, and Contention, Volume 5)*. Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Kuhn, Oliver 2010: *Spekulative Kommunikation und ihre Stigmatisierung – am Beispiel der Verschwörungstheorien: Ein Beitrag zur Soziologie des Nichtwissens*. *Zeitschrift für Soziologie*, 39 (2), S. 106-123.

Literaturverzeichnis

- Kühnel, Steffen/Jürgen Leibold 2007: Islamophobie in der deutschen Bevölkerung: Ein neues Phänomen oder nur ein neuer Name? Ergebnisse von Bevölkerungsumfragen zur gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit 2003 und 2005. In: Wohlrab-Sahr, Monika/ Levent Tezcan (Hrsg.): Konfliktfeld Islam in Europa. Soziale Welt Bd. 17 (Sonderband). Baden-Baden: Nomos, S. 135-154.
- Kury, Patrick 1997: Die Kehrseite der Medaille: Antisemitismus in Basel zur Zeit der Jahrhundertwende. In: Haumann, Heiko (Hrsg.): Der Erste Zionistenkongress von 1897. Ursachen, Bedeutung, Aktualität; ... in Basel habe ich den Judenstaat gegründet. Basel: Karger, S. 191-196.
- Leibold, Jürgen 2009: Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie: Fakten zum gegenwärtigen Verhältnis genereller und spezifischer Vorurteile. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 145-154.
- Lienemann, Wolfgang 2009a: Argumente für ein Minarett-Verbot? Eine kritische Analyse. In: Tanner, Mathias (Hrsg.): Streit um das Minarett. Zürich: TVZ, S. 123-139.
- Lienemann, Wolfgang 2009b: Religiöse Symbole in der Öffentlichkeit: Das Beispiel des Minaretts in religionswissenschaftlicher Perspektive. In: Müller, Wolfgang W. (Hrsg.): Christentum und Islam. Zürich: TVZ, S. 41-64.
- Luhmann, Niklas 1981: Konflikt und Recht. In: Luhmann, Niklas (Hrsg.): Ausdifferenzierung des Rechts. Frankfurt Main: Suhrkamp, S. 92-112.
- Mathwig, Frank 2009: Das Kreuz mit den Minaretten: Theologische Bemerkungen zur Rolle der Kirchen in der Minarett-Diskussion. In: Tanner, Mathias (Hrsg.): Streit um das Minarett. Zürich: TVZ, S. 141-187.
- Mathwig, Frank 2010: Christus oder Mohammed? Muslimenfeindlichkeit im Horizont der Geschichte des Christentums. *Tangram*, (6), S. 47-49.
- Meuser, Michael/Ulrike Nagel 2009: Das Experteninterview – konzeptionelle Grundlagen und methodische Anlagen. In: Pickel, Susanne/Detlef Jahn/Hans-Joachim Lauth/Gert Pickel (Hrsg.): Methoden der vergleichenden Politik- und Sozialwissenschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 465-479.
- Micksch, Jürgen 2009: Konflikte zu Chancen machen. In: Micksch, Jürgen (Hrsg.): Antimuslimischer Rassismus. Interkulturelle Beiträge Bd. 25. Frankfurt am Main: Lembeck, S. 7-20.
- Mudde, Cas 2004: The Populist Zeitgeist. *Government and Opposition*, 39

Literaturverzeichnis

- (4), S. 542-563.
- Niggli, Peter/Jürg Frischknecht 1998: Rechte Seilschaften: Wie die „unheimlichen Patrioten“ den Zusammenbruch des Kommunismus meisterten. Zürich: Rotpunktverlag.
- Pollack, Detlef 2010: „Wahrnehmung und Akzeptanz religiöser Vielfalt“: Bevölkerungsumfrage des Exzellenzcluster „Religion und Politik“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (WWU).
- Raddatz, Hans-Peter 2007: Allah und die Juden: Die islamische Renaissance des Antisemitismus. Berlin: Wjs-Verlag.
- Riexinger, Martin 2009: Hans-Peter Raddatz: Islamkritiker und Geistesverwandter des Islamismus. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 457-467.
- Rommelspacher, Birgit 2009: Islamkritik und antimuslimische Positionen am Beispiel von Necla Kelek und Seyran Ates. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 433-455.
- Schaer, Alexander 2008: Das Minarett im (politischen) Kreuzfeuer: Rechtliche Überlegungen anlässlich der Einreichung der „Minarettinitiative“. Aktuelle Juristische Praxis, (9), S. 1133-1138.
- Schaer, Alexander 2009: Das Minarett, die Antiminarett-Initiative und die Bundesverfassung. In: Gross, Andreas/Fredi Krebs/Martin Stohler (Hrsg.): Minarett-Initiative: Von der Provokation zum Irrtum. St. Ursanne: Editions le Doubs, S. 100-104.
- Schetsche, Michael 2008: Empirische Analyse sozialer Probleme: Das wissenssoziologische Programm. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schiffauer, Werner 2004: Vom Exil- zum Diaspora-Islam: Muslimische Identitäten in Europa. Soziale Welt, 55 (4), S. 347-368.
- Schiffauer, Werner 2006: Verfassungsschutz und islamische Gemeinden. In: Kemmesies, Uwe Ernst (Hrsg.): Terrorismus und Extremismus - der Zukunft auf der Spur. Neuwied: Luchterhand, S. 237-254.
- Schiffer, Sabine 2009a: Grenzenloser Hass im Internet: Wie „islamkritische“ Aktivisten in Weblogs argumentieren. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 341-362.
- Schiffer, Sabine/Constantin Wagner 2009b: Antisemitismus und Islamopho-

Literaturverzeichnis

- bie. Ein Vergleich. Wassertrüdingen: HWK-Verlag.
- Schmitt, Thomas 2003: Moscheen in Deutschland: Konflikte um ihre Errichtung und Nutzung. Flensburg: Dt. Akad. für Landeskunde.
- Schmitt, Thomas 2007: Umstrittene Orte: Debatten um Moscheen in Deutschland. In: Meyer, Frank (Hrsg.): Wohnen - Arbeit - Zuwanderung. Münster: LIT-Verlag, S. 175-192.
- Schneiders, Thorsten Gerald 2009a: Die Schattenseite der Islamkritik: Darstellungen und Analysen der Argumentationsstrategie von Henryk M. Broder, Ralph Giordano, Necla Kelek, Alice Schwarzer und anderen. In: Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.): Islamfeindlichkeit. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 403-432.
- Schneiders, Thorsten Gerald (Hrsg.) 2009b: Islamfeindlichkeit: Wenn die Grenzen der Kritik verschwimmen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Schulze, Reinhard 1991: Vom Anti-Kommunismus zum Anti-Islamismus. Der Kuwait- Krieg als Fortschreibung des Ost-West-Konflikts. Peripherie, (41 der Gesamtfolge), S. 5-12.
- Schwab-Trapp, Michael 2001: Diskurs als soziologisches Konzept: Bausteine für eine soziologisch orientierte Diskursanalyse. In: Keller, Reiner/ Andreas Hirsland/Werner Schneider/Willy Viehöver (Hrsg.): Handbuch sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Theorien und Methoden. Bd. 1. Opladen: Leske + Budrich, S. 261-283.
- Schwab-Trapp, Michael 2008: Methodische Aspekte der Diskursanalyse. Probleme der Analyse diskursiver Auseinandersetzungen am Beispiel der deutschen Diskussion über den Kosovokrieg. In: Keller, Reiner (Hrsg.): Handbuch Sozialwissenschaftliche Diskursanalyse: Forschungspraxis. Bd. 2. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 171-196.
- Shooman, Yasemin 2008: Islamfeindschaft im World Wide Web. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17. Berlin: Metropol Verlag, S. 67-96.
- Skenderovic, Damir 2006: Feindbild Muslime - Islamophobie in der radikalen Rechten. In: Altermatt, Urs (Hrsg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. Religionsforum Bd. 1. Stuttgart: Kohlhammer, S. 79-98.
- Skenderovic, Damir 2007: Das rechtspopulistische Parteienlager in der Schweiz: Von den Splitterparteien zur Volkspartei. In: David, Thomas (Hrsg.):

Literaturverzeichnis

- Geschichte der politischen Parteien der Schweiz. Zürich: Chronos, S. 45-63.
- Skenderovic, Damir 2009: Die politische Familie der radikalen Rechten in der Schweiz: Ideologie, Strukturen und Beziehungsfelder. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 18. Berlin: Metropol Verlag, S. 213-234.
- Steffek, Alexander 2010: Islamophobie in Österreich - ein qualitativer Bericht. In: Hafez, Farid (Hrsg.): Jahrbuch für Islamophobieforschung 2010. Innsbruck: Studien Verlag, S. 100-108.
- Stolz, Jörg 2005: Explaining Islamophobia. A Test of four Theories Based on the Case of a Swiss City. Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 31 (3), S. 547-566.
- Stüssi, Marcel 2008: Banning of Minarets: Addressing the Validity of a Controversial Swiss Popular Initiative. Religion and Human Rights, (3), S. 135-153.
- Tanner, Mathias/Felix Müller 2009: Muslime, Minarette und die Minarett-Initiative in der Schweiz: Grundlagen. In: Tanner, Mathias (Hrsg.): Streit um das Minarett. Zürich: TVZ, S. 21-43.
- Tezcan, Levent 2000: Kulturelle Identität und Konflikt: Zur Rolle politischer und religiöser Gruppen der türkischen Minderheitsbevölkerung. In: Heitmeyer, Wilhelm/ Reimund Anhut (Hrsg.): Bedrohte Stadtgesellschaft. Weinheim: Juventa-Verlag, S. 401-448.
- Tezcan, Levent 2003: Religiöse Strategien der „machbaren“ Gesellschaft: Verwaltete Religion und islamistische Utopie in der Türkei. Bielefeld: Transcript Verlag.
- Udris, Linards 2007: Rechtsextremismus in der öffentlichen Kommunikation. Gestiegene Resonanzchancen und schwieriger Umgang. Medienheft vom Juni 2007.
- Udris, Linards/Kurt Imhof/Patrik Ettinger 2009: New Chances for Attracting Attention: The Extreme Right and Radical Right in Swiss Public Communication, 1960-2005. In: Niggli, Marcel Alexander (Hrsg.): Right-wing extremism in Switzerland. Studien zur Schweizer Politik Bd. 2. Baden-Baden: Nomos, S. 41-57.
- Uehlinger, Christoph/Dorothea Lüddeckens/Rafael Walthert (Hrsg.) 2013: Die Sichtbarkeit religiöser Identität. Repräsentation – Differenz – Konflikt. CULTuREL. Zürich: Pano.

Literaturverzeichnis

- Vatter, Adrian (Hrsg.) 2011: Vom Schächt- zum Minarettverbot. Religiöse Minderheiten in der direkten Demokratie. Zürich: Verlag NZZ.
- Wäckerlig, Oliver/Rafael Walthert 2013a: Von der Islamophobie zum Minarettverbot. Der Erfolg einer sozialen Bewegung. Jahrbuch für Islamophobieforschung. Wien: new academic press, S. 66-87.
- Wäckerlig, Oliver/Rafael Walthert 2013b: Islamophobe Wahlverwandtschaften. Deutungsmuster, Akteure und Strategien der Schweizer Minarettopposition. In: Uehlinger, Christoph/Dorothea Lüddeckens/Rafael Walthert (Hrsg.): Die Sichtbarkeit religiöser Identität. Repräsentation – Differenz – Konflikt. CULTuREL. Zürich: Pano. S. 349-390.
- Wamper, Regina 2007: Das christliche Bild von Juden und Judentum in der „Jungen Freiheit“. In: Braun, Stephan/Ute Vogt (Hrsg.): Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 147-169.
- Wessler, Hartmut 2002: Reden über Streit: Theoretische Überlegungen zur politischen Konfliktkommunikation in der Mediengesellschaft. In: Schatz, Heribert (Hrsg.): Politische Akteure in der Mediendemokratie. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, S. 189-201.
- Widmann, Peter 2008: Der Feind kommt aus dem Morgenland: Rechtspopulistische „Islamkritiker“ um den Publizisten Hans-Peter Raddatz suchen die Opfergemeinschaft mit Juden. In: Benz, Wolfgang (Hrsg.): Jahrbuch für Antisemitismusforschung 17. Berlin: Metropol Verlag, S. 45-68.
- Winzeler, Christoph 2006: Ordnung oder Freiheit? Die zwei Paradigmen der Judikatur des Schweizerischen Bundesgerichts zur Religionsfreiheit als Individualrecht. In: Allematt, Urs (Hrsg.): Der Islam in Europa. Zwischen Weltpolitik und Alltag. Religionsforum Bd. 1. Stuttgart: Kohlhammer, S. 281-291.
- Witzel, Andreas 1982: Verfahren der qualitativen Sozialforschung. Überblick und Alternativen. Frankfurt am Main/ New York: Campus Verlag. Würtz, Stefanie/Roland Eckert 1998: Aspekte modischer Kommunikation. In: Willems, Herbert/Martin Jurga (Hrsg.): Inszenierungsgesellschaft. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 177-190.
- Zander, Ulrike 2007: Philosemitismus im deutschen Protestantismus nach dem Zweiten Weltkrieg: Begriffliche Dilemmata und auszuhaltende Diskurse am Beispiel der Evangelischen Kirche im Rheinland und in Westfalen. Diss. Historia profana et ecclesiastica Bd. 16. Berlin: LIT-Verlag.

More Books!



yes i want morebooks!

Buy your books fast and straightforward online - at one of world's fastest growing online book stores! Environmentally sound due to Print-on-Demand technologies.

Buy your books online at
www.get-morebooks.com

Kaufen Sie Ihre Bücher schnell und unkompliziert online – auf einer der am schnellsten wachsenden Buchhandelsplattformen weltweit! Dank Print-On-Demand umwelt- und ressourcenschonend produziert.

Bücher schneller online kaufen
www.morebooks.de



VDM Verlagsservice-
gesellschaft mbH

VDM Verlagsservicegesellschaft mbH

Heinrich-Böcking-Str. 6-8
D - 66121 Saarbrücken

Telefon: +49 681 3720 174
Telefax: +49 681 3720 1749

info@vdm-vsg.de
www.vdm-vsg.de

